



4<sup>o</sup> Nov  
103 2 (1833









# A m t s - B l a t t



der

Königlich Preussischen Regierung

zu

Merseburg.

Abgegeben v. d.  
Bibliothek d.  
Auswärtigen Amts.

---

1833.

---

Merseburg,  
gedruckt bei den Robitschischen Erben.



Received of the  
Library of the  
University of Michigan

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

1. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 12. Januar 1833.

Dem Allerhöchsten Befehle Sr. Majestät des Königs gemäß wird nachstehende Kabinettsorder: Nr. 1.

Aus dem Zeitungsberichte der Regierung vom verflossenen Monat habe Ich beifällig ersehen, daß die Hemmung des im Unterforst Döllingen entstandenen Walobrandes vorzüglich der Thätigkeit der Gemeinde Gorden verdankt wird, und will Ich, daß dieses hülfreiche Bemühen im Amtsblatte belobend anerkannt werde.

Berlin, den 20. December 1832.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 27. December 1832.

Königlich Preussische Regierung.

In Veranlassung des Herrn Geheimen Staats-Ministers von Klewiz Exzellenz vom 15. December d. J. wird nachstehender Bundes-Beschluß, als: Nr. 2.

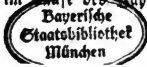
Mit Bezugnahme auf das von der Deutschen Bundes-Versammlung am 6. September d. J. beschlossene und unterm 20. October d. J. bekannt gemachte Verbot des in Hildburghausen erschienenen Zeitblattes: „der Volksfreund“, wird hierdurch, der Allerhöchsten Bestimmung zufolge, zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß, laut anderweiten Beschlusses der Deutschen Bundes-Versammlung vom 15. v. M., Joseph Meyer in Hildburghausen, welcher sich als Redacteur jenes verbotenen Blattes bekannt hat, binnen fünf Jahren, vom 6. September d. J. an, in keinem Bundes-Staate bei der Redaction ähnlicher Schriften zuzulassen ist.

Hierdurch zur allgemeinen Kenntniß des Publikums gebracht.

Merseburg, den 23. December 1832.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der Königl. Regierung erwidere ich auf den Bericht vom 18. v. M., daß es unter Festhaltung des wiederholt in der Verfügung vom 11. Februar 1830 ausgesprochenen Grundsatzes: daß im Laufe des Jahres die festgesetzten Klassen: Nr. 3.



Steuerbeträge nicht erhöht werden dürfen; unstatthaft ist, solche Steuer-Erhö-  
 hungen, deren Zulässigkeit sich erst nach Vollziehung und Publication der Steuerlisten  
 herausstellt, noch im laufenden Jahre eintreten zu lassen. Offenbare Irrthümer  
 oder Schreibfehler im Vergleich gegen die vorjährige Veranlagung sind dagegen  
 nach ihrer Entdeckung sofort zu berichtigen.

Berlin, den 5. December 1832.

Der General-Director der Steuern,

An die Königl. Regierung zu Merseburg.

(gez.) Kuhlmeier.

III. 27.513.

Vorstehendes, den von uns gemachten Anträgen entsprechendes, Rescript des  
 Herrn General-Directors der Steuern wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß  
 gebracht, mit dem Bemerken, daß die zur Klassensteuer eingeschätzten Contribuen-  
 ten im Laufe des Veranlagungsjahres keinen Erhöhungen ihres Klassensteuerbetrages  
 unterworfen sind, und daher nur denjenigen Klassensteuerbeitrag zu entrichten ha-  
 ben, welcher von uns in der durch den betreffenden Königl. Landrath der Ge-  
 meinde publicirten Jahres-Veranlagungsliste für sie festgestellt ist, und sich darin  
 eingezeichnet befindet. Das Verfahren hinsichtlich der Berechnung der gewöhn-  
 lichen Zu- und Abgänge, welche durch zutretende oder abgehende Contribuenten  
 einer Gemeinde entstehen, erleidet jedoch hierdurch keine Abänderung.

Merseburg, den 22. December 1832.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
 der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 4.

Nach einer Bestimmung der Königl. Ministerien des Innern und der Finan-  
 zen soll Niemanden vor erreichtem dreißigjährigen Lebensalter ein Gewerbeschein  
 ertheilt werden, wenn dazu nicht die specielle Erlaubniß der genannten hohen  
 Ministerien ertheilt worden ist. Indem wir diese Bestimmung zur öffentlichen  
 Kenntniß bringen, bemerken wir zugleich, daß hiernach auch dann, wenn ein Ge-  
 werbe im Umherziehen in Gesellschaften betrieben wird, wie bei Musikern und  
 Schauspielern, nicht nur die Vorsteher, sondern auch die einzelnen Mitglieder die-  
 ser Gesellschaften sich bei ihren Anträgen auf Ertheilung von Gewerbescheinen  
 über ihr Alter ausweisen müssen, und Falls sie nicht sämmtlich das dreißigste  
 Lebensjahr erreicht haben, den Gewerbeschein nur nach vorgängiger Genehmigung  
 der Königl. Ministerien des Innern und der Finanzen erhalten können.

Merseburg, den 23. December 1832.

Königlich Preussische Regierung.

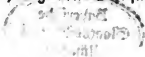
Nr. 5.

Die Denun-  
 cianten = An-  
 theile in Hü-  
 tungs-Contra-  
 ventionsfällen  
 betr.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob durch die in §. 15. unserer Verord-  
 nung vom 26. Januar v. J.

(Amtsblatt von 1832. Seite 174.)

enthaltene Bestimmung, wonach von den wegen verübter Hütungs-Contraventio-  
 nen eingehenden Polizeistrafen die Hälfte den Denuncianten zufällt, die frühere  
 Vorschrift, welche die Auszahlung von Strafantheilen an die Königl. Forstbeam-



ten in Forst-Contraventionsfällen verbietet, aufgehoben sey. Zur Beseitigung dieser Zweifel finden wir uns veranlaßt, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß die letzterwähnte Vorschrift durch obige Bestimmung nicht abgeändert ist, und daher die Königl. Forstbeamten, welche die in Königl. Forsten verübten Hütungs-Contraventionen zur Anzeige bringen, zum Bezuge eines Straftheils auch jetzt nicht befugt sind, in solchen Fällen vielmehr die vollen Strafgelder zur Königl. Kasse fließen.

Merseburg, den 2. Januar 1833.

Königlich Preussische Regierung.

**Martini-Durchschnitts-Marktpreise**  
des Getreides pro 1832, der in der Bekanntmachung vom 8. Mai 1822, Amtsblatt pro 1822, pag. 193, genannten Städte, welche nach den im Gesetz vom 7. Juni 1821 enthaltenen nähern Bestimmungen bei Ablösung von Getreide-Natural-Leistungen zu Grunde gelegt werden sollen.

Nr. 6.

Nr.	Namen der Städte.	Getreide.												Bemerkungen.
		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.			
		Der Preussische Scheffel												
		Zblr.	fgt.	pf.	Zblr.	fgt.	pf.	Zblr.	fgt.	pf.	Zblr.	fgt.	pf.	
1.	Halle . . . . .	1	19	5	1	11	11	1	1	11	—	26	8	Die nebenstehenden Durchschnittspreise der Stadt Halle sind nur für die in der Bekanntmachung vom 8ten Mai 1822 genannten, zum Herzogthum Sachsen gehörigen Ortschaften gültig.
2.	Weißensfeld . .	1	21	9	1	12	11	—	29	—	—	22	5	
3.	Leipzig . . . .	2	—	—	1	20	10	1	4	1	—	27	5	
4.	Raumburg . .	1	22	9	1	15	11	—	27	7	—	22	—	
5.	Zeitz . . . . .	1	20	11	1	16	3	1	—	11	—	23	9	
6.	Wittenberg . .	1	20	11	1	12	1	—	27	10	—	26	10	
7.	Torgau . . . .	1	17	11	1	12	2	—	29	11	—	25	9	
8.	Nordhausen . .	1	20	4	1	13	4	1	3	—	—	23	1	

Merseburg, den 31. December 1832.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

des Getreides von den Städten Halle und Quedlinburg, welche in Gemäßheit der Bekanntmachung der Königl. General-Commission der Provinz Sachsen vom 9. Juni 1831 (Amtsblatt Jahrgang 1831, Stück 25, Nr. 178,) bei Ausführung der Abfüßungsordnung vom 19. Juli 1829 in der Zeit vom 18. November d. J. bis dahin 1833 zum Grunde gelegt werden sollen.

Nr.	Namen der Städte.	G e t r e i d e .												Bemerkungen.
		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.			
		Der Preussische Scheffel												
		Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	
1.	Halle . . . . .	1	21	10	1	9	9	—	28	7	—	21	7	
2.	Quedlinburg .	1	20	—	1	11	7	—	29	11	—	22	4	

Merseburg, den 31. December 1832.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 8.  
Die Beschädigung der  
Maalzeichen  
an öffentlichen  
Flüssen betr.

Obwohl wir mittelst Verordnung vom 7. October 1830 (Amtsblatt 1830, Stück 48.) die Beschädigung und Verletzung der zur Sicherheit der Schifffahrt auf den öffentlichen Flüssen des hiesigen Regierungsbezirks angebrachten Maalzeichen bei Strafe von 1—5 Thlr. untersagt haben, so ist doch neuerdings zu unserer Kenntniß gekommen, daß dieses Verbots ungeachtet hier und da dergleichen frevelhafte Handlungen begangen und an einigen Stellen des Elbstroms sogar die obgedachten Marken entwendet worden sind.

Wenn es nun in strompolizeilicher Hinsicht von der größten Wichtigkeit ist, daß diesem Missfuge gesteuert werde, so sehen wir uns veranlaßt, die obige Polizeistrafe für den begangenen Frevel und die Störung der strompolizeilichen Ordnung hierdurch auf 5—10 Thlr. zu erhöhen, zugleich aber auf die Bestimmung des §. 1141, Tit. 20, Th. II. des Allgemeinen Landrechts aufmerksam zu machen, wonach die Entwendung von Sachen, welche nicht unter genauer Aufsicht und Verwahrung gehalten werden können, als ein unter erschwerenden Umständen begangener Diebstahl betrachtet und demzufolge noch außerdem mit verschärfter Strafe geahndet werden soll.

Merseburg, den 20. December 1832.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Von den nachbenannten, im Depositorio des unterzeichneten Königl. Landgerichts befindlichen, theils unter dessen Verwaltung, theils unter derjenigen der einbezirkten Gerichtsämter stehenden Depositalkassen, als:

- A. der am 13. Juni 1753 zu Harsdorf gebornen, verschollenen Marie Elisabeth Thiele, zum Betrage von 15 Thlr. 14 Sgr. 5 Pf. Courant;
- B. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf den vormaligen Universitätsactuaris Carl Friedrich Odel hieselbst gekommenen Percepti von 10 Thlr. Gold und 17 Sgr. Courant;
- C. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf den verstorbenen Zinngießer Johann Friedrich Ehrlich von hier gekommenen Percepti von 10 Thlr. Gold und 3 Thlr. 8 Sgr. 1 Pf. Courant;
- D. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf die verhehlichte Marie Sophie Schulze von hier gekommenen Percepti von 30 Thlr. Gold und 2 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf. Courant;
- E. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf die unverhehlichte Christiane Müller zu Erben gekommenen Percepti der 10 Thlr. Gold und 2 Sgr. 6 Pf. Courant;
- F. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf die verhehlichte Pastor Charlotte Sophie Franziska Wend hieselbst gekommenen Percepti der 20 Thlr. Gold und 2 Thlr. 26 Sgr. 8 Pf. Courant;
- G. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf die verhehlichte Diaconus Ernestine Sophie Auguste Uebelader von hier gekommenen Percepti der 5 Thlr. 7 Sgr. 1 Pf. Courant;
- H. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf Johanne Charlotte v. Schönberg von hier gekommenen Percepti der 60 Thlr. Gold und 2 Thlr. 7 Sgr. 5 Pf. Courant;
- I. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf die verwittwete Justitiarius Johanne Auguste Schütz, geb. Becker, gekommenen Percepti von 3 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf. Courant;
- K. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf den verstorbenen Diaconus Rothe in der Vorstadt Glaucha vor Halle gekommenen Percepti der 5 Thlr. Gold und 2 Thlr. 28 Sgr. 5 Pf. Courant;
- L. der Hälfte des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf den verstorbenen Hofrath und Professor Wilhelm Friedrich Koppel zu Helmstädt gekommenen Percepti, von welchem die andere Hälfte an die bereits sich legitimirten Miterben ausgezahlt worden ist, ad 30 Thlr. Gold und — Sgr. 3 Pf. Courant;
- M. des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf die unverhehlichte Auguste Friederike Siebenhaar aus Leipzig gekommenen Percepti ad 15 Thlr. Gold und 3 Thlr. 19 Sgr. 11 Pf. Courant;
- N. des aus der Maurermeister Martin Freimuthschen Subhastationsmasse von Lößjün auf die Erben des Christian Rebling gekommenen Percepti von 57 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf. Courant;

- O. des aus der Subhastationsmasse des Pfannenstulmeisters Christian Nicolaus Künstler hieselbst auf den Sattler Johann Friedrich Fröster von hier gekommenen Percepti von 7 Thlr. 22 Sgr. 1 Pf. Courant;  
 P. der zur Nachlassmasse des zu Dömnitz verstorbenen Invaliden Johann Gottfried Beder gehörigen baaren Gelder der 11 Thlr. 5 Sgr. 3 Pf. Cour.;  
 Q. des Nachlasses des zu Merseburg verstorbenen Privatsecretairs Madensee von 1 Thlr. 2 Sgr. Courant,

haben die Eigenthümer nicht ermittelt werden können. Es werden daher die Eigenthümer dieser Massen, oder deren Erben hierdurch aufgefordert, sich wegen Empfangnahme der benannten Depositarmassen binnen 4 Wochen bei dem unterzeichneten Landgerichte zu melden und sich als Eigenthümer derselben, oder deren Erben gehörig zu legitimiren, widrigenfalls diese Massen an die Allgemeine Justizofficianten-Wittwenkasse werden abgeliefert werden.

Halle, den 28. December 1832.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 10.

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß

I. das Hypothekenbuch

- 1) über die geschlossenen Grundstücke von Seegel, zur Gerichtsbarkeit des Gerichtsamts Lützen gehörig,
  - 2) über die in Modelwitz belegenen Pertinenzfeldgrundstücke der in Modelwitz und Wolteritz gelegenen, unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden Häuser, zur Gerichtsbarkeit des Gerichtsamts Schkeuditz gehörig, und
  - 3) über die geschlossenen Grundstücke von Zscherneddel und die in dortiger Flur gelegenen Pertinenzfeldgrundstücke der in Zscherneddel gelegenen, unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden Häuser, zur Gerichtsbarkeit des Gerichtsamts Schkeuditz gehörig,
- vollendet und an die Gerichtsämter Lützen und Schkeuditz zur Fortführung abgegeben worden sind.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen.

II. die Hypothekentabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, von

- 1) sämtlichen in Keuschberg, im Bezirke des Gerichtsamts Lützen gelegenen geschlossenen Grundstücken, mit Ausnahme von Nr. 45. 47. 55,
- 2) den geschlossenen Grundstücken der Marie Rosine Klopß, vorher vermittelte Größhner, geb. Grabner, zu Bockfeld sub Nr. 17, in dem vorgedachten Gerichtsamtsbezirke,

vollendet sind und in dem Zeitraume vom 1. Januar bis ult. Februar l. J. in unserm Hypothekenarchive eingesehen werden können; daß aber nach Ablauf dieser Frist Erinnerungen gegen diese Tabellen nicht mehr angebracht werden können.

Halle, den 7. December 1832.

Königlich Preussisches Landgericht.



# Personal-Chronik.

Als Pfarrer sind neu angestellt nachstehend genannte Candidaten des Pre. Nr. 11. distamts:

- 1) Eduard Franz Preisgott Schröter, als Diaconus in Zahna;
- 2) Johann Gottlieb Zentisch, als Pfarrer zu Gordsdorf, Ephorie Jessen;
- 3) Friedrich Christian Erdmann Matthes, als Pfarrer zu Lausa, Ephorie Torgau;
- 4) Karl Adolph Ferdinand Döhl, als Pfarrer zu Hemleben, Ephorie Heldrungen;
- 5) Ernst August Ludwig Siebelhausen, als Pfarrer zu Volkstedt, Ephorie Eisleben;
- 6) Karl Friedrich Gress, als Diaconus zu Saathain, Ephorie Eisterwerda;
- 7) Ernst Theodor Schönherr, als Pfarrer zu Hohenprießnitz, Ephorie Eilenburg;
- 8) Friedrich Wilhelm Langer, als Adjunctus Ministerii an der Schloß- und Domkirche in Merseburg;
- 9) Rudolph Wilhelm Gräfenhain, als Pfarrer zu Pansfelde, Ephorie Ermsleben;
- 10) Ernst Bernhard Grobe, als Diaconus in Ebnern;
- 11) Friedrich Christoph Jacobi, als Pfarrer zu Rothenberga, Ephorie Eckartsberga.

Weiter befördert sind:

- 1) der Pfarrer zu Lausa, Karl Anton Jacob, als Pfarrer nach Gatterstädt, Ephorie Quersurth;
- 2) der Pfarrer in Belleben, M. Johann Christoph Häfner, als Pfarrer nach Horbürg, Ephorie Merseburg;
- 3) der Divisionsprediger in Luxemburg, Johann Heinrich Boyde, als Pfarrer nach Gollme, Ephorie Delitzsch;
- 4) der Archidiaconus in Mühlberg, Heinrich Gottlieb Adolph Verlach, als Pfarrer nach Allerstedt, Ephorie Artern;
- 5) der ordinirte Hülfsprediger in Wittenberg, Heinrich August Schmidt, als Pastor nach Schmiedeberg, Ephorie Remberg;
- 6) der Pfarrer zu Poritz, im Königreiche Sachsen, Friedrich Lebrecht Seyffert, als Pastor nach Saathain, Ephorie Eisterwerda;
- 7) der Pfarrer zu St. Ulrich, Christian Friedrich Herbst, als Pfarrer nach Gleina, Ephorie Freiburg;
- 8) der vierte Diaconus an der Stadtkirche zu Wittenberg, M. Johann Samuel Seelisch, als Archidiaconus an dieser Kirche;
- 9) der Pfarrer zu Naussig im Thal, Friedrich Wilhelm Siedel, als Pfarrer nach Belleben, Ephorie Ebnern;
- 10) der Pfarrsubstitut in Steigra, Johann Christian Rothmann, als Pfarrer nach Naussig im Thal, Ephorie Artern;
- 11) der Pfarrer zu Schortau, Gotthilf August Schulze, als Pfarrer nach St. Ulrich, Ephorie Freiburg.

Als Schullehrer sind neu angestellt nachstehend genannte Schulamts-Candidaten: Nr. 12.

- 1) Wilhelm Lechner, als Schulmeister zu Eylde, Ephorie Ermsleben;
- 2) Christian Wilhelm Festner, als zweiter Lehrer an der Schule zu Laublingen, Ephorie Ebnern;

- 3) Karl Gottlob Berger, als vierter Lehrer an der Schule in Schaaffstädt, Ephorie Merseburg;
- 4) Christian Friedrich Fischer, als Kirchner und Mädchenlehrer in Preßsch, Ephorie Wittenberg;
- 5) Christian Bernhard Voigt, als Schullehrer und Organisten-Substitut in Schraplau;
- 6) Johann Gottfried Richter, als Katechet zu Großförga, Ephorie Jessen.

Weiter befördert sind:

- 1) der zweite Lehrer in der Schule zu Laublingen, Karl Albert Schaller, als Schulmeister in Trebnitz, Ephorie Ebnern;
- 2) der Schulgehülfe in Demünde, Johann August Wilhelm Bobardt, als Schulmeister-Adjunctus daselbst, 1ste Ephorie Halle;
- 3) der Schulschülfe in Saubach, Johann Christian Rede, als Organist, Mädchenlehrer und Oldener in Wiebe, Ephorie Sangerhausen;
- 4) der Schulmeister in Gräfendorf, Friedrich Anton Krösch, als Schulmeister und Küster in Budau, Ephorie Herzberg;
- 5) der Kinderlehrer in Köpfska, Christian Gottlieb Baum, als Schulmeister und Küster in Zülledorf, Ephorie Herzberg;
- 6) der Kinderlehrer in Röschstädt, Johann Gottlob Ackermann, als Schulmeister und Küster in Merbitz, Ephorie Ebnern;
- 7) der Kinderlehrer in Bernsdorf, Karl August Leißling, als Schulmeister und Küster in Eilbitz, Ephorie Zeitz;
- 8) der Kinderlehrer in Großprießelitz, Christian Gottlieb Menke, als Katechet in Lausitz, Ephorie Remberg;
- 9) der Schulmeister in Knippsdorf, Gottfried Friedrich Müller, als Schulmeister und Küster in Langennaundorf, Ephorie Liebenwerda;
- 10) der Kinderlehrer in Kalbitz, Johann Christian David Leinung, als Schulschülfe zu Saubach, Ephorie Eckartsberga;
- 11) der Lehrer an der Bürgerschule in Zeitz, Johann Gottfried Heinrich Born, als Schulmeister und Küster in Goldschau, Ephorie Weissenfels;
- 12) der Hülfslehrer an der Seminarschule in Weissenfels, Karl Mehr, als Cantorsubstitut in Eilenburg;
- 13) der Schulschülfe in Seegrehna, Ephorie Remberg, Johann Gottlob Merssch, als Schulmeister und Küster daselbst;
- 14) der Schulmeister in Zschornowitz, Karl Friedrich Lauche, als Schulmeister und Küster in Bergwitz, Ephorie Remberg.

Merseburg, den 27. December 1832.

Nr. 16.

Der Justizcommissarius Göschel zu Langensalza ist zugleich zum Notarius im Departement des Oberlandesgerichtes zu Naumburg bestellt worden.

Naumburg, den 21. December 1832.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 2. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 19. Januar 1833.

Das 22ste Stück der Gesefsammlung enthält unter  
Nr. 1400. Extract Allerhöchster Kabinettsorder vom 11. November 1832, die Verleihung der revidirten Städteordnung an die Städte Winden und Herford betreffend.

Nr. 1401. Allerhöchste Kabinettsorder vom 18. November 1832, die, auf Preussischen nach andern Welttheilen segelnden Schiffen, ihre Militairpflicht ableistenden Mannschaften betreffend.

Nr. 14.

Sie nehmen in Ihrem Berichte vom 9. d. M. ganz richtig an, daß bei Meiner Bestimmung vom 4. October 1827 Mein Wille dahin gerichtet gewesen ist, Schiffseuten auf Preussischen Schiffen, welche nach andern Welttheilen segeln, die Begünstigung, daß ihnen der Schiffsdienst auf ihren zu leistenden Militairdienst angerechnet werden soll, nur bei guter Führung zu statten kommen zu lassen und Ich setze daher, in Verfolg obiger Verfügung, noch ausdrücklich fest, daß die Schiffseute vorgedachter Begünstigung verlustig gehen, wenn sie auf der Seereise eins von dem im allgemeinen Landrechte Theil II. Titel VIII. §§. 1606. bis 1616. einschließlic, bezeichneten Vergehen sich schuldig machen und deßhalb, oder eines gemeinen Verbrechens wegen, zu einer mehr als sechswochentlicen Gefängnißstrafe verurtheilt werden.

Nr. 15.

Die ihre Militairpflicht auf Preuss. Schiffen, welche nach andern Welttheilen segeln, ableistenden Mannschaften betr.

Ich trage Ihnen auf, diese Erklärung bekannt zu machen.  
Berlin, den 18. November 1832.

An (gez.) Friedrich Wilhelm.  
die Staatsminister v. Schumann und v. Hake.

Vorstehende Allerhöchste Kabinettsorder wird in Folge einer Bestimmung des Königl. Hohen Ministerii des Innern für Handel und Gewerbe und mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 11. November 1827 (Amtsblatt 1827, Stück 46, Seite 319, Nr. 150.) von uns hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und weisen wir die Civilmitglieder der Ersaz-Commissionen unseres Verwaltungsbezirks hierbei gleichzeitig an, hiernach zu verfahren.

Merseburg, den 9. Januar 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 16.  
Die Anlegung  
von Ortschrei-  
niken betr.

Durch des Königl. Geh. Staatsministers Hrn. v. Klemm's Erceßenz ist mit-  
teltst Rescriptes vom 11. December v. J. die bereits im J. 1817, (Amtsblatt  
1817, Seite 275.) eingeleitete Anlegung und Fortführung der Ortschroniken von  
Neuem angeregt worden. Wir fordern die Herren Landräthe hierdurch auf, in  
ihren Zeitungsberichten, zunächst in dem für Monat April d. J., künftig aber  
alljährlich in den Zeitungsberichten für Monat December, diesen Gegenstand auf-  
zunehmen, und anzuzeigen, wie weit die in den einzelnen Städten ihrer Kreise  
vorbereiteten und resp. angefangenen Ortschroniken gedeihen sind.

Außerdem werden die Kreisblätter dazu benutzt werden können, die Neigung  
und das Talent einzelner sachkundiger Männer auf diese interessante und nützliche  
Arbeit von Neuem hinzulenken; auch bemerken wir, daß die Anlegung solcher  
Chroniken nicht bloß für Städte, sondern auch für Dorfschaften wichtig und er-  
wünscht seyn kann, dafern sich angemessener Stoff dazu vorfindet; und der Bear-  
beiter desselben bei Zusammenstellung der Materialien das bloß Local-Deutwürdige  
von dem allgemein Interessanten genugsam unterscheidet.

Merseburg, den 10. Januar 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 17.  
Die geböra-  
zeitige Anmel-  
dung zur Be-  
günstigung  
des einjährigen  
freiwilligen  
Militärdien-  
stes betr.

Den bestehenden Vorschriften gemäß müssen alle diejenigen jungen Leute,  
welche auf die Begünstigung, ihre Militairpflicht in der Königl. Preussischen Ar-  
mee mit einem einjährigen Dienst ablösen zu dürfen, Anspruch machen zu können  
glauben, sich hierzu noch vor dem 1. August des Jahres, in welchem sie ihr  
20stes Lebensjahr vollenden, bei der Departements-Prüfungs-Commission mel-  
den, ingleichen die, welche sich zu gehöriger Zeit gemeldet haben und als zum  
einjährigen Dienst berechtigt anerkannt worden sind, ihren Dienst vor zurückge-  
legtem 23sten Lebensjahre antreten, wenn sie nicht gewärtigen wollen, im Wege  
der ordentlichen Aufhebung mit zum dreijährigen Dienst herangezogen zu werden.

Um nun den wesentlichen Nachtheilen, welche durch die Einstellung solcher  
jungen Leute zum dreijährigen Dienst für ihre ganze Laufbahn entstehen, mög-  
lichst vorzubeugen, bringen wir gedachte Vorschriften nicht nur allen denen, im  
hiesigen Regierungsbezirke sich aufhaltenden jungen Leuten, welche ihren Verhält-  
nissen nach auf jene Begünstigung Anspruch machen zu können glauben und im  
Jahre 1813 geboren, mithin mit dem 1. Januar des jetzt laufenden Jahres in  
das militairpflichtige Alter getreten sind und sich daher bis zum 1. August d. J.  
zu jener Begünstigung melden müssen, so wie denen, welche im Jahre 1810 ge-  
boren und bereits mit einem Atteste über ihre Berechtigung zu jener Begünsti-  
gung versehen sind, hierdurch in Erinnerung, sondern fordern auch die Directoren  
der Gymnasien, Versichter von Pensionsanstalten u. wiederholentlich auf, ihre  
dem militairpflichtigen Alter sich nähernde Zöglinge vor 23stem eines jeden Jah-  
res, besonders auch noch vor deren Abgang von den Gymnasien u., auf die  
Nothwendigkeit der zeitigen Anmeldung zum einjährigen, freiwilligen Dienste  
und auf die sonst durch Einstellung zum dreijährigen Dienste zu besorgenden  
Nachtheile speciell aufmerksam zu machen.

Zugleich bemerken wir, daß die Termine zur Prüfung der sich bis zum 1. August d. J. bei hiesiger Departements-Prüfungs-Commission zu gedachter Begünstigung meldenden Individuen auf den

Vierten März,  
Dritten Juni und

Zweiten September dieses Jahres  
angesezt sind, und diejenigen, welche zu einer dieser Prüfungen zugelassen zu werden wünschen, sich gehörig zeitig vorher bei mehrgenannter Commission schriftlich zu melden und ihren Gesuchen mit beizufügen haben:

- 1) ihren Geburtschein;
- 2) den Erlaubnißschein ihrer Eltern oder Vormünder;
- 3) ein Zeugniß über ihre zeitliche sittliche Führung, und
- 4) je nachdem sie ihren Unterricht auf einem Gymnasio oder auf einem andern Wege erhalten haben, ein Zeugniß des betreffenden Gymnasii oder ihrer Lehrer über den Grad der gewonnenen wissenschaftlichen Ausbildung.

Uebrigens sind alle dergleichen Gesuche und sonstige auf die Bewilligung der in Rede stehenden Begünstigung Bezug habenden Correspondenzen portofrei an den Militair-Departements-Rath hiesiger Königl. Regierung, Herrn Regierungs-Rath Schulz, zu adressiren.

Merseburg, den 6. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Obgleich durch unsre Verfügung vom 9. November 1827 (Amtsbl. pro 1827, Seite 320 und 321,) und durch die erneuerte Bekanntmachung derselben vom 12. Januar 1831 (Amtsbl. pro 1831, S. 18,) gemeinest vorgeschrieben ist: „daß Neu- und Reparaturbauten bei geistlichen, Schul- und Instituts-Gebäuden, wozu aus Königl. oder andern öffentlichen Kassen Zahlungen geleistet werden, von den Interessenten spätestens bis zum 1. April jeden Jahres angemeldet werden müssen, um sie nach näherem Befund im nächsten Jahre ausführen zu können,“

Nr. 18.

Das Verfahren bei geistlichen Bauten betr.

so kommen immer noch Fälle vor, wo diese Vorschrift außer Acht gelassen wird. Wir sehen uns daher veranlaßt, die betreffenden Interessenten nochmals auf diese Anordnung aufmerksam zu machen, mit dem Hinzufügen:

„daß Baulichkeiten, die bis zum 1. April d. J. angemeldet werden, im Laufe des Frühjahr und Sommers d. J. zur Untersuchung und Veranschlagung, und im Jahr 1834 zur Ausführung kommen werden,“  
 dagegen alle spätern Anmeldungen für dieses Jahr nicht, und erst für das nächste Jahr zur Untersuchung und Veranschlagung, und das Jahr darauf, also 1835 zur Ausführung kommen. In dieser Reihenfolge wird auch künftighin unabänderlich fortgefahren werden.

Merseburg, den 3. Januar 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

**Nr. 19.** Den Königl. Rentämtern ist instructionsmäßig das Erheben von Sportuln und Gebühren aller Art, sofern solche nicht durch gesetzliche Bestimmungen oder specielle Verfügungen begründet sind, untersagt. Wenn gleich nun die Annahme einer Bezahlung für solche Privatbesorgungen, welche die Königl. Rentbeamten für geschäftsbeihilfige Individuen auf deren Ansuchen zur mehreren Förderung des Geschäfts vielleicht hin und wieder bisher übernommen haben, nicht eigentlich als ein unerlaubtes Sportuliren angesehen werden kann, so finden wir uns dennoch veranlaßt, auch die Uebernahme von dergleichen Privatbesorgungen gegen Bezahlung, da sie auf das dienstliche Verhältniß nachtheilig einwirken, und in mehrfacher Beziehung unzulässig erscheinen, hierdurch streng zu untersagen.

Merseburg, den 20. December 1832.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
der directen Steuern, Domainen und Forsten.

**Nr. 20.** Es ist häufig und namentlich in der letzten Zeit vorgekommen, daß die resp. Behörden, welchen die Aufnahme der Untersuchungsverhandlungen in Gewerbesteuer-Contraventionen und deren Begutachtung obliegt, bei der letztern Anträge formirt haben, welche mit den gesetzlichen Vorschriften durchaus nicht übereinstimmen.

Dahin gehören vorzugsweise die Anträge auf Milderung oder auf gänzliche Niederschlagung der im Gesetze ausgesprochenen Strafen, welche wir, bei aller Geneigtheit vorfindenden Falles mildernde Umstände zu berücksichtigen, bei Abfassung der Resolute, da wo die bestimmte gesetzliche Vorschrift entgegensteht, doch nicht genehmigen können. Um nun zu vermeiden, daß in Zukunft dergleichen unbegründete Anträge minder vorkommen, veranlassen wir die vorgedachten Behörden hierdurch nicht allein, der in unserer Bekanntmachung vom 21. Juli 1831 (Amtsblatt pro 1831, Stück 30,) gegebenen Vorschrift gemäß, in jedem einzelnen Contraventionsfalle ein bestimmtes und motivirtes Gutachten in den Begleitungsbericht mit aufzunehmen, sondern auch jedesmal speciell das Gesetz anzugeben, auf welches das Gutachten sich gründet, widrigenfalls wir uns veranlaßt sehen, ohne weiteres den diesfälligen Bericht der betreffenden Behörde zur Vervollständigung zurück zu geben.

Es versteht sich jedoch hierbei von selbst, daß über etwaige Milderungsgründe gehörig instruiert werden muß, so wie denn auch deren Erheblichkeit gutachtlich zu beleuchten ist, damit da, wo es zulässig ist, und namentlich bei den Recursen, darauf die gehörige Rücksicht genommen werden kann.

Merseburg, den 5. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
der directen Steuern, Domainen und Forsten.

**Nr. 21.** Sämmtliche Untergerichte unseres Departements werden in Bezug auf die Erbschafts-, Stempel-Tabellen gemessenst angewiesen:

es niemals zu unterlassen, bei vorhandenen unerledigten Erbfällen mit jeder Tertial-Tabelle auch eine Nachtrags-Tabelle bei und einzureichen, und darin jeden, in dieselbe, theils von den Gerichten selbst, theils von der Revisionsbehörde verwiesenen Erbfall fortzuführen, genau zu ordern und so schnell als möglich zu erledigen.

Raumburg, den 31. December 1832.

Rönlgl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Der bisherige Justitiar Blüchner zu Zeiz ist auf sein Ansuchen, nach erfolgter Niederlegung seiner Patrimonialgerichts-Verwaltungen, zum Justiz-Commissarius bei den Untergerichten des Königl. Landgerichts zu Raumburg, mit Einschluß der Patrimonialgerichte und mit Anweisung seines Wohnsitzes in Zeiz, jedoch mit der Beschränkung bestellt worden, daß er in keiner der bisher von ihm als Justitiar bearbeiteten Proceßsachen als Mandatar auftreten dürfe; solches wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Raumburg, den 8. Januar 1833.

Rönlgl. Preussisches Oberlandesgericht.

Laut hier aushangender Edictalladung ist wegen des angeblich dem Traugott Striegler zu Zbanitz im Königreiche Sachsen gehörigen, durch Brand vernichteten, sonst Königl., jetzt Großherzoglich Sächsischen Steuercreditscheins C. Nr. 5,468. über 200 Thaler, nebst Zinsleiste pr. Michaelis 1817, der Edictalproceß eröffnet und der Funfzehnte April 1833 zum Liquidations-, so wie

der Vierte Mai 1833

zum Bescheideröffnungs-Termin anberaumt worden, wozu der unbekannte Inhaber unter den gesetzlichen, in jener Edictalladung ausgesprochenen Rechtsnachtheilen auch hierdurch vorgeladen wird.

Weimar, den 30. November 1832.

Großherzoglich Sächsische Landesregierung.  
von Müller.

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß

I. das Hypothekenbuch über

- a) die in Klein-Görschen unter der Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichtsamts Lützen gelegenen geschlossenen Grundstücke, und die in Klein-Görschner Flur gelegenen Pertinenz-Feldgrundstücke zu denen in Klein-Görschen unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden Häusern gehörig;
- b) das über die in Rahna unter der Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichtsamts Lützen gelegenen geschlossenen Grundstücke, und die in Rahnaer Flur gelegenen Pertinenz-Feldgrundstücke zu denen in Rahna unter Jurisdiction des Domprobsteigerichts zu Merseburg stehenden Häusern gehörig, vollendet, und an das Königl. Gerichtsamts zu Lützen zur Fortführung abgegeben worden sind.

Nr. 22.

Nr. 25.

Nr. 21.

Der Erwerb von Hypothekenrechten ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen.

II. die Hypothekentabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, von folgenden, im Bezirke des Königl. Gerichtsamts Lützen gelegenen Grundstücken, als:

- A. Bothfeld Nr. 11, die geschlossenen Besitzungen des Christian Hübener und dessen Ehefrau, Johanne Friederike geb. Förster;
- B. Meuschen Nr. 34, die geschlossenen Besitzungen des Carl Friedrich August Voigt;
- C. Meuschen Nr. 41, die geschlossenen Besitzungen des Johann Lampert Thomas, und
- D. Rahna Nr. 17, die geschlossenen Besitzungen des Johann Gottlieb Haase,

vollendet sind, und vom 1. Februar bis ult. März k. J. in unserm Hypothekenarchive eingesehen, nach Ablauf dieser Frist aber Erinnerungen gegen diese Tabellen nicht mehr angebracht werden können.

Halle, den 22. December 1832.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 25. Die Hypothekentabelle über die zum Föhringschen Pferdneroute zu Gönthitz portinentialiter gehörigen, unter Jurisdiction des unterzeichneten Königl. Gerichtsamts gelegenen Grundstücke ist fertig. Dies wird den Interessenten mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß die Tabelle in unserer Registratur vom 10. Januar k. J. bis 10. März täglich eingesehen und die etwaigen Erinnerungen dagegen angebracht werden können, später aber dergleichen nicht mehr Statt finden und unberücksichtigt gelassen werden müssen.

Delitzsch, den 31. December 1832.

Königlich Preussisches Gerichtsamt.

Nr. 26. Die alle drei Rubriken enthaltenden Hypothekentabellen über sämtliche geschlossene Besitzungen der unter unsere Jurisdiction gehörigen Dörfer: Altbnnewitz, Falkenberg, Priescha nebst der Johann Gottlob Winklerschen Händlernahrung sub Nr. 1. zu Hayda, und Schmerkendorf, im Liebenwerdaer Kreise und Gerichtsbezirke, sind fertig und liegen von heute ab bis Ende Februar 1833 in der Expedition unsers Justitiars zu Herzberg für jeden Interessenten zur Einsicht bereit; nach Ablauf dieser Frist aber können Erinnerungen dagegen nicht mehr angenommen werden.

Altbnnewitz, Falkenberg, Priescha und Schmerkendorf, den 22. December 1832.

Die Patrimonialgerichte.

Martini, Justitiar.



Dem Papier-Fabrikanten E. D. Reiserstein ist unter dem 23. December 1832 ein Zehn hinter einander folgende Jahre und für den ganzen Umfang des Staats gültiges Patent:  
auf ein durch Beschreibung erläutertes neues und eigenthümliches Verfahren zur Darstellung eines dem Chinesischen gleichkommenden Papiers, für den Kupfer-, Stein- und Holz-Druck, verliehen worden.

Nr. 27.

### Personal-Chronik.

Der Königl. Forstmeister Herr Rink hat, vom 1. Januar 1833 ab, seinen bisherigen Wohnsitz, Eöllichau, mit höherer Genehmigung verlassen und ist nach Dommigsh gezoogen. Deggelichen hat der, bisher in Preßsch wohnhaft gewesene, Königl. Oberförster Herr Morgenstern seinen Wohnsitz nach Eöllichau verlegt.

Nr. 28.

Der Pfarrer zu Gdrschén, Ephorie Naumburg, Johann Gottfried Frölich, ist am 11. December 1832 im 73sten Lebensjahre gestorben.

Nr. 29.

Der bisherige Pfarrer in Wülzig, Ephorie Zabna, Immanuel Traugott Zückler, ist am 10. December 1832 im 78sten Lebensjahre gestorben. Merseburg, den 9. Januar 1833.

Nr. 30.

1) Der hiesige Oberlandesgerichts-Auscultator, Karl Ludwig Werther, ist den 7. December pr. auf sein Ansuchen zum Oberlandesgericht in Münster, 2) der hiesige Oberlandesgerichts-Auscultator, Hermann Albert Lessing, ist den 28. December pr. zum Oberlandesgericht in Frankfurt nach seinem Antrage entlassen;

Nr. 31.

3) der hiesige Auscultator, Johann Wilhelm Rinkleben, ist den 28. December pr. zum Actuar bei dem Gerichtsamte zu Müheln, an des Herzog Stelle, ernannt;

4) die Candidaten der Rechte, Friedrich August Ziegert und August Heinrich Eduard Genzsch, sind den 21. December pr. zu Auscultatoren des Oberlandesgerichts hieselbst angenommen;

5) der invalide Sergeant und jetzige Hülfsbote bei dem Gerichtsamte zu Rüpyndorf, Adam Bra, ist den 7. December pr. zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamte des Stadtbezirks Halle, an des verstorbenen Klempt Stelle,

6) der invalide Unterofficier und Hülfsbote bei dem Gerichtsamte zu Liebenwerda, Johann-Friedrich Jabin, ist den 18. desselben Monats zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamte zu Heringen, an des Rühling Stelle,

7) der invalide Unterofficier, Johann Matthias Heinze, ist den 28. December pr. zum interimistischen Oberlandesgerichtsboten und Executor für den Landgerichtsbezirk Torgau bestellt.

Naumburg, den 4. Januar 1833.

Nr. 32.

# N a c h w e i s u n g

der

im Monate December 1832

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.						R a u c h f u t t e r.										
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbsen		Linsen		Kartof- feln	Heu	Stroh								
	der Preussische Scheffel								der Preussische Scheffel						Schf.	à Cent.	à Scho.								
	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.							
1 Merseburg	1 19	3		1 11	3	—	28	9	—	25	9	—	—	—	1 20	—	2 20	—	20	—	1 15	—	6	—	—
2 Halle	1 16	4		1 10	6	1	—	10	—	25	—	5 15	—	2	—	5 15	—	—	20	—	1 10	—	7	—	—
3 Naumburg	1 18	4		1 11	10	—	27	4	—	22	9	4 20	—	2	—	—	—	20	—	1 16	3	5	—	—	—
4 Tergau	1 20	—		1 12	—	1	1	—	27	—	—	4 10	—	2	—	—	—	15	—	1 15	—	5	—	—	—
5 Wittenberg	1 20	4		1 10	6	1	4	5	—	27	2	6 20	—	3	2	4	—	—	16	3	—	—	—	—	—
6 Eisleben	1 16	11		1 11	3	1	2	5	—	25	7	6	—	2	8	2 15	4	—	22	6	1	8	9	4 21	3
7 Zeitz	1 20	—		1 12	6	—	28	9	—	21	3	5 15	—	1 16	3	2	7	6	—	16	3	1 20	—	3	—
8 Quersurth	1 20	—		1 11	11	—	28	9	—	22	6	4 5	—	1 15	—	1 20	—	—	20	—	1 10	—	3 15	—	—
9 Bitterfeld	1 18	8		1 10	5	—	29	8	—	27	5	—	—	1 22	6	—	—	—	15	—	1 15	—	4 15	—	—

Merseburg, den 4. Januar 1833.

K ö n i g l i c h . P r e u ß i s c h e R e g i e r u n g .

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 3. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 26. Januar 1833.

In der Mitte des Monats Mai laufenden Jahres wird in der Königlichen Unterrichtsanstalt für Schärer zu Frankensfelde bei Briegen, unsern Berlin, ein neuer Lehr-Cursus beginnen. Nr. 35.

Im Verfolg der Bekanntmachung vom 18. Januar v. J. wird das betreffende Publikum hiervon in Kenntniß gesetzt, mit dem Bemerken, daß die besten Bedingungen wegen der Theilnahme am Unterrichte keine Abänderungen erlitten haben.

Magdeburg, den 17. Januar 1833.

Der Geheime Staatsminister von Kiewitz.

Im Auftrage:

der Geheime Ober-Regierungsrath, Vice-Präsident v. Seydewitz.

Das Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten will gestatten, daß Bau-Conducteurs, welche bei der entfernten Aussicht auf eine Anstellung und der oft mangelnden Gelegenheit zu einer diätarischen Beschäftigung sich als Privat-Baumeister einen Erwerb zu verschaffen suchen und Bauten selbstständig unternehmen und selbst ausführen, gleich denen, welche ohne fixirte Anstellung als Kreis- oder Communal-Baumeister eine Beschäftigung zu erlangen bemüht sind, in den Listen als Bau-Conducteurs fortgeführt werden, und daß auf sie, wenn sie es wünschen, bei Anstellungen im Staatsdienste Rücksicht genommen werde. Es wird dann aber die jährliche Anmeldung solcher Bau-Conducteurs bei den Regierungen wie die aller übrigen geschehen müssen, und ihnen auch die Verpflichtung obliegen, die Bau-Ausführungen anzuzeigen, welche sie bewirkt haben, damit man sich von ihrer Tüchtigkeit und ihrem Betragen überzeugen könne. Nr. 36.

Die Königliche Regierung wird daher angewiesen, diese Bestimmungen durch ihr Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, außerdem aber diese Bau-Conducteurs darauf aufmerksam zu machen, daß, da die erste Anstellung im Baufache die eines Wege-Baumeisters sey, und diese nicht ohne Ueberzeugung practischer Tüchtigkeit in dem besagten Fache erfolgen könne, sie jedenfalls wohl-

thun würden, den Begebau ordentlich betrieben zu haben, ehe sie Privat-Bau-meister werden.

Berlin, den 14. December 1832.

Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-  
Angelegenheiten.

Vorstehendes Rescript wird hiermit zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.  
Merseburg, den 18. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 35.  
Personal-Ver-  
änderungen  
bei der Feuer-  
polizei der  
Stadt Halle  
betr.

Der Stadtbaumeister Schiff in Halle ist von der ihm übertragen gewesenen Stelle als Feuerpolizei-Commissarius im 6ten, die Stadt Halle in sich begrei-fenden Districte entbunden, und dafür der erste Stellvertreter desselben, Polizei-Inspector Hesse zum Feuerpolizei-Commissarius in diesem Districte, der zweite Stellvertreter, Polizei-Commissarius Springöfeld aber zum ersten und einzigen Stellvertreter ernannt worden.

Merseburg, den 15. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 36.

Den Pferdezüchtern wird hierdurch bekannt gemacht, daß in diesem Jahre wiederum, unter denselben Bedingungen als in den frühern Jahren, folgende Stations-Orte, als:

- |                   |               |                        |
|-------------------|---------------|------------------------|
| 1) Merseburg,     | 7) Reppig,    | 13) Schweinig,         |
| 2) Heldrungen,    | 8) Preßsch,   | 14) Cosßdorf,          |
| 3) Oßerröblingen, | 9) Radith,    | 15) Raundorf,          |
| 4) Götßbach,      | 10) Blesfern, | 16) Prieststäblich und |
| 5) Gradiß,        | 11) Seyda,    | 17) Döbeltig           |
| 6) Döhlen,        | 12) Elßden,   |                        |

mit Beschälern Sächsischen Landgestüts besetzt werden, welche nach den sub Nr. 1. 2. 3. u. 4. aufgeführten Orten den 1. Februar, nach den übrigen aber, den 1. März c., von hier aus abgehen, so daß die Bedeckung einige Tage nach dem Eintreffen der Beschäler am Bestimmungs-Orte beginnen kann.

Merseburg, den 14. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 37.

Unserer Bekanntmachungen vom 25. April und 17. December pr. ungeach-tet, sind noch heute mehrere Untergerichte mit Einsendung der Nachweisung der bei ihnen zur Untersuchung gekommenen Holzdiebstähle im Rückstande und dieselben werden daher hierdurch nochmals angewiesen, diese Nachweisung, oder eine Vacatanzeige, unverzüglich an uns einzureichen. Widrigenfalls wird von den säumigen Gerichten diese Anzeige auf ihre Kosten eingefordert werden.

Raumburg, den 18. Januar 1833.

Criminal-Scnat des Königl. Preuß. Oberlandesgerichts.

**Nachstehendes Justiz-Ministerialrescript:**

**Nr. 38**

Das Königl. Oberlandesgericht wird hierdurch veranlaßt, die ihm untergeordneten Justiz-Behörden anzuweisen, daß sie den Ersatz- und Landwehr-Behörden von den Urtheilsprüchen, welche gegen die auf Seereisen begriffenen Schiffseute, wegen eines in den §§. 1606 bis 1616. Theil II. Titel 20. des Allgemeinen Landrechts, verbotenen Vergehens abgefaßt werden, in jedem Falle beglaubigte Abschriften mittheilen.

Berlin, den 22. December 1832.

Das Justiz-Ministerium.

(gez.) v. Kamph.

(gez.) Mühler.

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

E. 720.

wird den sämmtlichen Untergerichten unsers Bezirks zur Nachricht und Beachtung hierdurch bekannt gemacht.

Raumburg, den 11. Januar 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nachdem in Folge des Antrags der Local-Kircheninspection von den innerhalb des Bezirks des unterzeichneten Königl. Gerichtsamts belegenen, der Kirche zugehörigen Feld- und Wiesengrundstücken nachträglich

**Nr. 39.**

die alle drei Rubriken in sich fassende Landungstabelle über die zur Caplanei oder dem Diaconate hieselbst gehörigen waldenden Grundstücke zu fertigen gewesen, so kann dieselbe von allerseits Interessenten in dem Zeitraume vom 1. Februar bis ult. März 1833 an hiesiger Gerichtsamtstelle eingesehen und etwaige Erinnerungen dagegen angebracht werden.

Gerichtsamtswegen werden daher dieselben andurch mit dem Bedenken dazu aufgefordert, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Brehna, den 31. December 1832.

Königlich Preussisches Gerichtsamt.

Das Formular über die 34 Acker Wiese in Schleudiger Aue, welche pertinentialiter zu dem im Delitzscher Kreise gelegenen, im Hypothekenbuche des Königl. Oberlandesgerichts von Sachsen zu Raumburg Tom. I. sub Nr. 17. pag. 370 sqq. eingetragenen Allodial-Rittergute Brebrehna gehören, ist entworfen und liegt für den Zeitraum vom 1. Februar bis zum 31. März d. J. in unserer Registratur zur Einsicht offen. Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen dies Formular nicht angenommen werden.

**Nr. 40.**

Schleuditz, den 17. Januar 1833.

Königlich Preussisches Gerichtsamt.

Die alle drei Rubriken umfassenden Hypothekentabellen über die im hiesigen Gerichts-dorfe Althelgern sub Nr. 2 bis mit 6, Nr. 8 bis mit 18. und Nr. 20

**Nr. 41.**

bis mit 27 belegenen, geschlossenen Grundstücke sind fertig geworden und liegen zur Einsicht für diejenigen, welche ein Interesse dabei haben, vom 20. Januar bis 20. März dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Gerichts zu Mühlberg bereit. Nach Ablauf dieser Frist werden Erinnerungen dagegen nicht angenommen.

Martinskirchen, den 14. Januar 1833.

Das Herrlich Stephanssche Patrimonialgericht.  
Triebl, Justitiar.

- Nr. 42. Daß das Hypothekenbuch des unterzeichneten Patrimonialgerichts angefertigt ist, wird hiermit mit der Bemerkung, daß der Erwerb der Hypothekenrechte nun nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung beurtheilt wird, bekannt gemacht.

Müldenstein, den 14. Januar 1833.

Das Patrimonialgericht.  
Art, Justitiar.

- Nr. 43. Nachdem die Hypothekenbücher über die geschlossenen Grundstücke der unter hiesiger Jurisdiction im Wittenberger Polizeikreise belegenen Dörfer Großwig, Dahlenberg, Proschwitz und Mahlsch, und der im Torgauer Polizeikreise belegenen Dörfer Gräfendorf, Reiden und Langenreichenbach (Ritterguteantheil) beendigt worden sind, so wird dies hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allg. Landrechts und der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Dommigsch, den 19. Januar 1833.

K r e i s - G e r i c h t.  
Esbach.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

- Nr. 44. Der bisherige Unterofficier Mielke zu Torgau ist als Amtsdienner bei dem Königl. Rentamte Zeitz angenommen worden.
- Nr. 45. Der bisherige Oberpfarrer in Wahrenbrück, Exhorie Liebenwerda, M. Ernst Traugott Viebig, ist am 3. Januar 1833 im 67ten Lebensjahre gestorben.
- Nr. 46. Der Pfarrer zu Hohenlohe, Exhorie Merseburg, M. Karl August Dietrich, ist am 8. Januar c. im 58ten Lebensjahre gestorben.
- Merseburg, den 15. Januar 1833.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

4. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 2. Februar 1833.

Nachstehende Verordnung:

„Im Verfolg der Allerhöchsten Cabinetsorder vom 25. Januar v. J., worin verordnet ist:

daß ein Kauf- oder Erbpachtsgeschäft, wodurch Dorfgemeinden, als moralische Personen, oder einzelne Klassen, oder mehrere Mitglieder derselben, ein Rittergut ganz oder theilweise erwerben, dann erst rechtsgültig seyn soll, wenn solches von der Provinzial-Regierung zuvor geprüft und genehmigt worden ist,

werden die Königl. Regierungen wegen Ihres dabei zu beobachtenden Verhältnisses mit folgender Instruction versehen.

- 1) In allen Fällen, in welchen Gemeinden, oder ganze Klassen derselben ein Rittergut zu erwerben beabsichtigen, haben diese sich vor dem Abschlusse des Geschäfts an die betreffende Provinzial-Regierung zu wenden, welche die Verhältnisse zu untersuchen, und dergleichen Erwerbungen in dem Falle möglichst zu befördern hat, wenn entweder dadurch schwierige Verhältnisse zwischen Rittergut und Gemeinde, deren Abwicklung auf anderem Wege bedeutende Kosten, oder doch Weitläufigkeiten und Streitigkeiten verursachen würde, in der Kürze beseitigt, oder Hindernisse, die sich dem Wirtschaftsbetriebe entgegengestellt haben, gehoben, und Mittel zur Erleichterung desselben gewonnen werden.
- 2) Die Regierungen haben dahin zu sehen, daß die bereiten Mittel der Ankäufer genügend seyen, um einen angemessenen Theil des Kaufgeldes, mindestens die Hälfte, zu bezahlen.
- 3) Die Uebernahme von Correal-Verpflichtungen von Seiten der Gemeinden, oder ganzer Klassen derselben, ist in keinem Falle zu gestatten. Vielmehr ist, insoweit das zu erwerbende Gut allein dem Gläubiger nicht zur Sicherheit dient, die Sache dahin zu reguliren, daß jedes Mitglied einen angemessenen Theil der Schuld als Privatschuld übernehme.
- 4) Wird in den Fällen, wenn die Erwerbung für die Gemeinde geschieht, das zeitliche Corporationen-Vermögen dem Gläubiger mit zur Sicherheit eingesetzt, so muß mit demselben die Verabredung getroffen werden, daß, wenn auch auf Sequestration oder Subhastation der verpfändeten

Nr. 47.

Instruction für sämtliche Königl. Regierungen, die von denselben zur Erwerbung von Rittergütern Seitens der Dorfgemeinden, oder einzelner Klassen und Mitglieder derselben zu erhebende Genehmigung und die dabei zu befolgenden Grundsätze betr.

Gemeindegrundstücke angetragen werden sollte, dennoch die zu Erhaltung der Gemeinde-Administration, z. B. für Besoldung des Ortsvorstandes, für Kirche und Schule, für Erhaltung der Feuerlöschungs- und Armen-Anstalten, der Wege, Gebäude u. c. erforderliche Summe, welche die Regierung festzusetzen hat, freigelassen werde.

- 5) Da in manchen Orten nicht sämtliche Einwohner, sondern nur gewisse Klassen derselben die Ortsgemeinde bilden, so ist immer genau zu ermitteln, welche Birthe an solchen Erwerbungen Theil nehmen, und dafür zu sorgen, daß den übrigen Einwohnern weder zu der Verzinsung und Tilgung der Kaufgelder, noch auch zu den sonstigen auf dem Rittergute ruhenden Verpflichtungen irgend eine Leistung angesonnen, sondern deren Erfüllung lediglich von den Theilnehmern an der Erwerbung gefordert werde.

- 6) In allen Fällen ist dafür zu sorgen, daß in Hinsicht der Benützung des zu erwerbenden Gutes, sey es durch Ueberweisung von Parzellen an die einzelnen Mitglieder, oder durch Verpachtung oder Administration für gemeinschaftliche Rechnung, in Voraus möglichst genaue und nur mit Genehmigung der Regierungen abzuändernde Bestimmungen getroffen werden. Je nachdem daher die Theilnehmer das Grundstück unter sich zu vertheilen oder gemeinschaftlich zu besitzen und zu benutzen beabsichtigen, sind ersten Falls die Theilungsgrundsätze, andern Falls die Bedingungen des Theilnahmerechts und der Uebertragung desselben genau zu bestimmen, wobei festzusetzen ist: ob dasselbe ein Zubehör anderer Besitzungen der Theilnehmer bleiben, oder einen unabhängigen Gegenstand des Eigenthums ausmachen? in welcher Art und Weise über die gemeinsamen, diesen Besitz betreffenden Angelegenheiten Beschluß gefaßt? durch wen und mit welchen Befugnissen und Beschränkungen die gemeinschaftliche Verwaltung besorgt und geleitet, wie es mit der Concurrenz zu den wirthschaftlichen Arbeiten und Geldbeiträgen gehalten, und in welcher Art und Weise die gemeinschaftliche Einnahme vertheilt? insonderheit auch wie die Erfüllung der in Hinsicht des Patronats, der Jurisdiction, der Cinquantierung, des Vorpanns, der Unterhaltung von Wegen, Brücken u. s. w., dem Rittergute obliegenden Verbindlichkeiten regulirt und sichergestellt werden soll? wobei insonderheit das unter 5 erwähnte Verhältniß sorgfältig zu beachten ist.

- 7) Da es nicht die Absicht ist, die Einzelnen in der Verfügung über ihr Vermögen ohne dringende Veranlassung zu beschränken, so haben die Königl. Regierungen in dem Falle, wenn nicht ganze Gemeinden, oder ganze Klassen derselben, sondern nur mehrere einzelne Mitglieder ein Rittergut zu erwerben beabsichtigen, zunächst zu beurtheilen, ob aus Rücksicht auf das öffentliche Interesse ein tieferes Eingehen in die contractlichen Abreden nothwendig, oder ob nicht der Abschluß als der eines bloßen Privatgeschäfts dem Ermessen der Betheiligten lediglich



zu überlassen sey? Ersteres ist anzunehmen, wenn die Erwerber sich zur Uebernahme von Correal-Verpflichtungen verstanden haben.

Vergleichen Verpflichtungen können nur ausnahmsweise, wenn sich einige wenige Interessenten dazu verbunden haben, niemals aber für eine größere Mehrzahl gestattet werden. Immer aber ist dafür zu sorgen, daß die Erfüllung der dem Rittergute obliegenden, am Ende des 6. Paragraphen näher angegebenen polizeilichen und anderen Verpflichtungen gehörig geordnet und sichergestellt, und nicht durch den Einfluß der Erwerber den Gemeinden eine dem Rittergute obliegende Leistung aufgebürdet werde.

Hiernach haben sich sämmtliche Königl. Regierungen bei Behandlung der bezeichneten Angelegenheiten zu achten.

Berlin den 18. December 1832.

Minister des Innern für Handel und Gewerbe,  
(gez.) v. Schumann.

Minister des Innern und der Polizei,  
(gez.) Frhr. v. Brenn.“

wird hierdurch in Verfolg der ergangenen Anweisung gehörig publicirt.

Merseburg, den 22. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nach dem §. 36. des Gewerbesteuergesetzes vom 30. Mai 1820 ist den Kommunen die Lantieme von 4 Procent von der Einnahme der Gewerbesteuer für die bei Ermittlung, Vertheilung und Erhebung dieser Steuer ihnen übertragenen Geschäfte zugestanden, und es kann keinem Bedenken unterliegen, daß zu den die Ermittlung der Gewerbesteuer betreffenden Geschäften auch die Untersuchungen über die Statt findenden Contraventionen gehören, weshalb auch die Führung im §. 16 der Veranlagungs-Instruction vom 10. November 1820 den Gewerbesteueraufnahme-Behörden übertragen ist. Da hiernach die Remuneration für die Führung der Untersuchungen schon in der Hebegebühr der 4 Procent liegt, so sind auch nach einer Entscheidung des Herrn General-Directors der Steuern die Gewerbesteueraufnahme-Behörden nicht berechtigt, in Gewerbesteuer-Contraventions-Untersuchungen Sporteln irgend einer Art zu liquidiren.

Nr. 48.

Indem wir diese Entscheidung des Herrn General-Directors der Steuern zur öffentlichen Kenntniß bringen, weisen wir die Aufnahmebehörden zugleich zur genauen Beachtung derselben an.

Merseburg, den 19. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Auf Veranlassung des nachstehenden Ministerial-Rescripts:

Nr. 49.

„Dem Königl. Oberlandesgericht wird auf den Bericht vom 16. December v. J. die Delegation der Gerichtsbarkeit über die beurlaubten Landwehr-Officiere an die Untergerichte betreffend, hiermit eröffnet, daß, nach-

dem durch die Landwehrordnung vom 21. November 1815, §. 75, ausgesprochen worden:

daß die Landwehr-Officiere, wenn sie in ihrer Heimath sind, als Officiere den Gerichtsstand der Erimirten hätten, nicht weiter auf das früher erlassene Rescript vom 25. Februar 1815 recurrirt werden kann, da die gesetzlichen Vorschriften Tit. 2, §. 58, der Proceß-Ordnung, welche eine allgemeine Delegation in den bezeichneten Fällen gestatten, auf Landwehr-Officiere keine Anwendung finden.

Berlin, den 7. Januar 1833.

Der Justiz-Minister,

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

(gez.) M ü h l e r.

A. 17873."

wird die nach dem Circular-Rescripte vom 25. Februar 1815 zulässig gewesene Delegation der Gerichtsbarkeit über die beurlaubten Landwehr-Officiere an die Untergerichte zurückgenommen und haben sich diese hiernach zu achten.

Raumburg, den 18. Januar 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 50.

Nach einer von der Königl. Regierung zu Merseburg erhaltenen Mittheilung sind Fälle vorgekommen, wo Gerichtsbehörden des hiesigen Departements Kaufverträge über zu dismembrirende Grundstücke, ohne den Nachweis einer desfalligen Concurrenz der Landespolizeibehörde zu verlangen, aufgenommen haben. Da dies den gesetzlichen Vorschriften des Edicts vom 9. October 1807, §. 4, der Hypothekenordnung Titel II, §. 91, und des Ministerial-Rescriptes vom 16. Februar 1813 und 17. August 1816 (v. Kampß Jahrbücher Bd. 2, S. 22; Bd. 8, S. 14.) zuwider ist, so werden sämtliche sowohl Königl. als Patrimonialgerichte unsers Departements hierdurch angewiesen, bei Aufnahme von dergleichen Verträgen die Verschönerung des betreffenden Landraths darüber, daß ihm von der beabsichtigten Dismembration Anzeige gemacht und diese Anzeige von ihm der Regierung überreicht worden sey, so wie bei Dismembrationen von den mit grundherrlichen Abgaben und Verpflichtungen belasteten Grundstücken den Nachweis der erfolgten Repartition der Grundabgaben zu erfordern.

Raumburg, den 8. Januar 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 51.

Dem Kaufmann C. L. W. Schneider in Berlin ist unter dem 17. Januar 1833 ein Patent

auf eine Drehrolle mit doppeltem Roll-Boden und Hebel-Druckwerk, nach der, mittelst Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, für neu und eigenthümlich anerkannten Zusammensetzung, gültig auf acht hinter einander folgende Jahre, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, und im ganzen Umfange des Preussischen Staats, ertheilt worden.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 5. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 9. Februar 1833.

Obchon die Festsetzung der, nach §. 124 der revidirten Städteordnung, vor Anfang eines jeden Jahres und nach Maassgabe unserer Instruction vom 30. März 1832 zu entwerfenden städtischen Verwaltungs-Etats, nach §. 114 der revidirten Städteordnung, Sache jeder Stadtverordneten-Versammlung ist und diese Etats unserer Genehmigung nicht weiter bedürfen; so sehen wir uns doch veranlaßt, theils weil wir wahrgenommen haben, daß jene Vorschriften in Beziehung auf Zeit, Form und Inhalt häufig unbeachtet geblieben sind, theils weil uns, besonders so lange die mehresten Städte noch bedeutende Schulden haben, eine genaue Kenntniß ihres finanziellen Zustandes erforderlich ist, in Gemäßheit der uns nach §. 139 der Städteordnung obliegenden Obergewalt über die Stadtverwaltung, sämtliche Magisträte des hiesigen Regierungsbezirks hiermit aufzufordern, binnen Sechs Wochen und also längstens mit Ablauf des Monats März d. J. beglaubigte Abschriften ihrer diesjährigen Verwaltungs-Etats anher einzureichen. Die Unterlassung dieser Einreichung würde uns nöthigen, solche auf Kosten der Magisträte zu erinnern.

Merseburg, den 29. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Königl. Hohen Ministerien des Innern haben mittelst Rescripts vom 14. December v. J. festgesetzt, daß, wenn jemand für seine Person zum Betriebe der Schank- oder Gastwirthschaft concessionirt worden, die erlangte Befugniß als dergestalt persönlich betrachtet werden müsse, daß sie von einem Gewerbetreibenden auf einen andern nicht übertragen werden kann und daher auch nicht die Ausübung durch dritte Personen, seyen es Pächter oder Verwalter, gestattet werden darf. Es versteht sich jedoch, daß damit die Statthaftigkeit der Verpachtung des Locals, worin das Schankgewerbe betrieben worden, nicht ausgeschlossen ist, die aber niemals auf die Befugniß zum Gewerbebetrieb bezogen werden kann, weshalb dieser Betrieb stets durch eine vorgängige Concessions-Ertheilung an den Pächter bedingt ist. Ob diese Concession zu ertheilen, wenn der Verpächter seine persönliche Befugniß nicht aufgibt, sondern in einem andern Local sie ausüben will, wird davon abhängen, ob und in wie weit die Vermehrung der Schankstellen für nützlich erachtet wird.

Nr. 52.  
Die Einreichung beglaubigter Abschriften der diesjährigen städtischen Verwaltungs-Etats betr.

Nr. 53.  
Die Verpachtung der Schankwirthschaften betr.

Indem wir diese Bestimmungen zur öffentlichen Kenntniß bringen, weisen wir sämtliche betreffenden Behörden an, sich vorkommenden Falls genau nach denselben zu achten. Merseburg, den 26. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 54. Im Laufe des verfloßenen Jahres sind durch die Gensd'armerie in unserm Regierungsbezirke

575 Verbrecher,

4,805 Personen wegen Bettelns, Vagabundirens, ermangelnder Legitimation u.

arrestirt worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 1. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 55. Ich finde mich veranlaßt, in Rücksicht auf die Vertreibung der Domainen-Gefälle folgendes zu bestimmen:

- 1) Bei Pfändungen sind den Schuldnern und ihren Familien die Betten und Kleidungsstücke, deren sie zu ihrem nothwendigen Gebrauche bedürfen, mit Einschluß der Sonntagskleidung; desgleichen die zu dem unentbehrlichen Hausgeräthe gehörenden Stücke zu belassen und eben so ist denjenigen Schuldnern, welchen nicht schon als Landwirthcn das erforderliche Brodgetreide verbleiben muß, der einmonatliche Bedarf für den Haushalt von dem vorhandenen Vorrath an Mehl und andern gewöhnlichen Lebensmitteln nicht zu entziehen.
- 2) Da kürzlich einige Fälle vorgekommen sind, wo Domainen-Executoren die rückständigen Gefälle selbst erhoben und nicht abgeliefert haben; so ist dafür zu sorgen, daß die Executoren gehörige Caution bestellen, auch darauf zu halten, daß nur rechtliche und zuverlässige Leute zu Domainen-Executoren angenommen und verpflichtet werden.

Berlin, den 14. Januar 1833.

Der Finanz-Minister,

An die Königl. Regierung zu Merseburg.

(gez.) M a s s e n.

II. 16,970.

Vorstehendes Rescript Sr. Excellenz des Herrn Finanz-Ministers bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und veranlassen die Domainen- und Rentämter unsers Bezirks, hiernach die Executoren nicht nur mit der nöthigen Anweisung zu versehen, sondern auch strenge darauf zu halten, daß die hier erteilten Vorschriften auf das Genaueste befolgt werden. Etwanige Uebertretungen derselben von Seiten der Executoren sind sofort zu unserer Kenntniß zu bringen und die erlassenen Bestimmungen wegen der persönlichen Qualification der Executoren und wegen der Cautionleistung bei den Vorschlägen wegen Anstellung neuer Executoren gehörig zu beachten. Merseburg, den 31. Januar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die bisherigen Nr. 56. Patrimonialgerichte:

Adelwitz, Ummelgostewitz, Bennewitz, Grannichau, Ottersitz, Lauschwitz und Wessig, mit einem Theile von Döbelitz, mit Genehmigung des Herrn Justiz-Ministers Mühlner Excellenz zu einem Gerichte unter dem Namen „Patrimonial-Landgericht“, welches durch den Landrichter Geißler zu Belgern verwaltet wird, vereinigt worden sind. Hierbei ist zugleich von des Herrn Justiz-Ministers Excellenz angeordnet worden, daß die bisherigen Patrimonial-Kreisgerichte zu Wiehe, Wittenberg, Halle und Dommigshaus künftig die Benennung „Patrimonial-Landgerichte“ führen sollen, den dieselben verwaltenden Patrimonial-Kreisrichtern aber, der Titel „Landrichter“ beigelegt werden.

Raumburg, den 18. Januar 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Laut hier aushängender Edictalladung ist wegen des angeblich dem Trau- Nr. 57. gott Striegler zu Ibanitz im Königreiche Sachsen gebürigen, durch Brand vernichteten, sonst Königl., jetzt Großherzoglich Sächsischen Steuercreditscheins C. Nr. 5,468. über 200 Thaler, nebst Zinsleiste pr. Michaelis 1817, der Edictalproceß eröffnet und der Funfzehnte April 1833 zum Liquidations-, so wie

der Vierte Mai 1833

zum Bescheideröffnungs-Termin anberaumt worden, wozu der unbekannte Inhaber unter den gesetzlichen, in jener Edictalladung ausgesprochenen Rechtsnachtheilen auch hierdurch vorgeladen wird.

Weimar, den 30. November 1832.

Großherzoglich Sächsische Landesregierung.  
von Müller.

Das Königl. Landgericht zu Eisleben macht hierdurch bekannt:

Nr. 58.

I. daß das neue Hypothekenbuch von den Häusern und geschlossenen Gütern:

1) des Dorfes Helfta; 2) des Dorfes Bischoffrode; 3) des Dorfes Zabitz; 4) des Dorfes Hornburg;

ingleichen von den in nachbenannten Dörfern zu dessen Gerichtsbarkeit gehörigen Häusern und Grundstücken, nämlich:

5) im Dorfe Oberböblingen, von den Nummern 3. 4. 9. 17. 18. 20. 25. und 41; 6) im Dorfe Ebedten, von den Nummern 23. 33. 90. 100. 101. und 102; 7) im Dorfe Hedersleben, von den Nummern 33. 37. 38. 40. 41. 54. 80. und 81; 8) im Dorfe Wenddorf, von den Nummern 20. und 31; 9) im Dorfe Volkstädt, von der Nummer 24, vollendet worden ist. Es hört also, rücksichts aller dieser Grundstücke, die in der Verordnung vom 16. Juni 1820, §. 9, verhängte Suspension der daselbst erwähnten gesetzlichen Bestimmungen auf. Ferner ist:

10) der erste und zweite Band des Hypothekenbuchs von den Häusern der

Stadt Ermöleben fertig und an das Königl. Gerichtsam Ermöleben zur Fortführung abgegeben worden;

diese beiden Bände enthalten die Nummern 1 bis 80, hinsichtlich derer die gedachte Suspension ebenfalls aufhört und alle das Hypothekenwesen betreffende Gesuche von nun an bei dem Königl. Gerichtsamte anzubringen sind;

II. von den Häusern der Stadt Sangerhausen ist der 12., 13., 14. und 15. Band des neuen Hypothekenbuchs bis auf die Communalgrundstücke vollendet und an das dasige Gerichtsam abgegeben. Es sind darin die Nummern 463 bis 608. enthalten, und das Hypothekenbuch von den Häusern dieser Stadt bis auf die Communalgrundstücke ganz fertig. Der Erwerb neuer Hypothekenrechte ist daher von nun an lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Allgemeinen Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen; alle Gesuche in Hypothekensachen aber sind bei dem Königl. Gerichtsamte anzubringen;

III. die Eintragungstabellen von den geschlossenen Gütern des Dorfes Schmalzerode sind vollständig entworfen, und können von den Interessenten bis Ende des Monats März in unserm Archive eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist wird die Uebertragung derselben in das neue Hypothekenbuch erfolgen, und können alsdann keine Erinnerungen dagegen mehr vorgebracht werden.

Ermöleben, den 22. Januar 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 59. Die Hypothekentabelle über die zu dem Deutelschen Pferdnergute zu Zschor-  
tau pertinentialiter gehörige, unter Jurisdiction des unterzeichneten Königl. Ger-  
richtsamts gelegene Hufe Feld und 4 Ader Wiesewachs ist fertig.

Dies wird den Interessenten mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß die  
Tabelle in unserer Registratur vom 10. Februar bis zum 10. April d. J. täglich  
eingesehen und etwaige Erinnerungen dagegen angebracht werden können, später  
aber dergleichen nicht mehr Statt finden und unberücksichtigt gelassen werden müssen.

Delitzsch, den 26. Januar 1833.

Königlich Preussisches Gerichtsam.

### Personal-Chronik.

Nr. 60. Der bisherige Pfarrer zu Rayna, Ephorie Zeitz, Johann George Kreschel,  
ist am 24. December 1832 im 68sten Lebensjahre gestorben.

Nr. 61. Der bisherige Pfarrer zu Arnstedt, Ephorie Ermöleben, Johann Christian  
Gottlieb Umlauf, ist am 13. Januar 1833 im 74sten Lebensjahre gestorben.  
Mersburg, den 26. Januar 1833.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

6. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 16. Februar 1833.

Das 1ste Stück der Gesetzsammlung enthält unter

- Nr. 1402. Allerhöchste Kabinettsorder vom 9. December 1832, wegen des öffentlichen Tabakrauchens in den Städten.
- Nr. 1403. Allerhöchste Kabinettsorder vom 26. December 1832, betreffend das Aufhören des Capital-Indults der Westpreussischen Landschaft, Erhöhung des Quittungsgroschens und Bildung eines Tilgungsfonds.
- Nr. 1404. Allerhöchste Kabinettsorder vom 4. Januar 1833, die executivischen Maaßregeln gegen die in Kasernen und andern ähnlichen Dienstgebäuden wohnenden Militärpersonen betreffend.
- Nr. 1405. Allerhöchste Kabinettsorder vom 19. Januar 1833, wegen der Executionen gegen Oeconomie-Commissarien, Feldmesser und Bau-Conducteure.
- Nr. 1406. Statuten der ritterschaftlichen Privat-Bank in Pommern, vom 23. Januar 1833.

Nr. 62.

Der Maler C. Gebauer in Berlin hat sich entschlossen:

- 1) ein lithographisches Bildniß der hochseligen Königin Majestät, als Seitenstück zu dem von ihm erschienenen Bilde Sr. Majestät des Königs, in größtem Format;
- 2) ein dergleichen Bildniß in kleinerem Format, als Seitenstück zu den von ihm herausgegebenen Bildern der Königlichen Familie;
- 3) einen Kupferstich von einer Madonna nach Raphael, und zwar, die Bilder ad 1. und 3. zu dem Preise von 1 Thlr. 2½ Sgr. und das ad 2. zu 22½ Sgr., herauszugeben.

Nr. 65.

Von dem aus dem Verlaufe sich ergebenden Ertrage hat derselbe zwei Dritt-Theile für die Armen eines jeden Orts, an welchem die Bilder debitirt werden, bestimmt; der dritte Theil des Ertrags aber, soll zu den Kosten verwendet und das, was nach Abzug der letztern übrig bleiben wird, an die zu Berlin bestehende Gesellschaft für evangelische Missionen verabfolgt werden.

Des Königs Majestät haben diesen Plan des Malers E. Gebauer wohlge-  
fällig aufgenommen und gebilliget; und da die Bilder für gelungen zu achten  
sind, so läßt sich ein glücklicher Erfolg erwarten. Wir fordern nun hiermit die  
Herren Landräthe, die Stadtmagistrate und die ländlichen Polizei-Obrigkeiten  
auf, eine Subscription auf obgedachte Bildnisse in ihrem Verwaltungsbereiche  
zu veranstalten, und von dem Resultate ihrer diesfälligen verdienstlichen Be-  
mühungen an und binnen 3 Monaten unerinnert Anzeige zu erstatten, worauf  
wir ihnen sodann die erforderliche Anzahl Bildnisse zusenden werden. Jede Orts-  
behörde, der es gelungen ist, diese Bilder abzusetzen, kann sofort zum Vessen  
ihrer Armen zwei Dritt-Theile des Preises zurückbehalten, das letzte Dritt-Theil  
ist aber zu oberwähntem Behufe mittelst Lieferscheins an unsere Hauptkasse hier  
portofrei einzusenden. Von denjenigen Behörden, welche hierüber bis zum  
1. Juni d. J. keine Anzeige hierher erstattet haben werden, muß angenommen  
werden, daß ihnen die fragliche Subscribersammlung in ihrem Verwaltungs-  
bereiche nicht hat gelingen wollen.

Merseburg, den 9. Februar 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 64.

Da die bisher von Seiten der Kaiserlich Oestreichischen Grenzbehörden be-  
obachtete Vorschrift, den in die Oestreichischen Staaten einwandernden diesseitigen  
Handwerksgesellen ihre Reisepässe abzunehmen und statt derselben Wanderbücher  
zu ertheilen, für den Fall der Rückkehr in die diesseitigen Staaten oft Weitläuf-  
tigkeiten und Klagen veranlaßt hat, so ist, in Folge der Communication der dies-  
seitigen mit der Kaiserlich Oestreichischen Regierung nunmehr bestimmt worden:  
daß ausländische Handwerksgesellen, wenn sie mit keinem Wanderbuche  
versehen sind, für die Zeit ihres Aufenthalts in den Oestreichischen Staa-  
ten vorschriftsmäßige Wanderbücher zwar lösen müssen, ihnen solche in  
Zukunft aber ohne die bisher bestandene Abnahme ihrer Reisepässe oder  
sonstigen heimathlichen Reisedocumente verabfolgt werden, und die Oest-  
reichischen Grenzbeamten auf den Pässen nur bemerken sollen, daß diesel-  
ben in den Kaiserlich Oestreichischen Staaten ohne den gleichzeitigen Bes-  
itz des vorgeschriebenen Wanderbuchs keine Gültigkeit haben.

Solches wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 1. Februar 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 65.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die bisher noch in  
Beziehung auf die asiatische Cholera Königl. Sächs. Seits bestandenen Beschrän-  
kungen des Verkehrs mit dem Auslande nunmehr aufgehoben worden sind, und  
demnach für Reisende, Viehtransporte und Waaren, jedoch mit Ausnahme solcher  
alten Betten und Kleidungsstücke, welche von den Reisenden nicht bei sich geführt  
werden, wieder freier Eingang in das Königreich Sachsen Statt findet.



Wir bemerken hiebei zugleich, daß, nachdem die Nothwendigkeit der Ausstellung der im §. 22. der diesseitigen, die Cholera betreffenden Instruction vom 31. Januar v. J. gedachten Legitimationskarten, Behufs des innern Verkehrs, im hiesigen Regierungsbezirke bereits längst aufgehört hat, und, nach dem Obigen, auch für den Verkehr mit dem Königreiche Sachsen nicht mehr erforderlich ist: eine Ausstellung dieser Legitimationskarten nicht ferner Statt findet, daß vielmehr deren, bereits mißbräuchlich vorgenommene Ertheilung als Reiselegitimation im Inlande hiemit untersagt wird.

Namentlich werden die Ortsvorsteher und Schulzen auf dem platten Lande angewiesen, die bei ihnen etwa noch vorräthigen Exemplare an die ihnen vorgesetzten landrätthlichen Behörden abzuliefern.

Merseburg, den 2. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nach Vorschrift des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 und des dazu gehörigen Tarifs, sind amtliche Atteste in Privatangelegenheiten, namentlich auch die von den Pfarrern auszustellenden Tauf-, Trauungs- und Todtenscheine, dem Atteststempel von 15 Sgr. unterworfen, sobald der Gegenstand, in Bezug auf welchen oder zu dessen Erlangung sie ausgestellt werden, nicht nach den allgemeinen Bestimmungen im §. 3. des Stempelgesetzes von der Stempelpflichtigkeit ausgeschlossen ist: und derjenige, welcher ein stempelpflichtiges Attest ausgestellt hat, versällt in die gesetzliche Stempelstrafe, sobald dazu nicht der Atteststempel verwendet, oder nach näherer Bestimmung im §. 12. des Gesetzes dazu nachträglich kassirt worden ist.

Nr. 66.  
Stempelpflichtigkeit der kirchlichen Atteste betr.

Diese öfters verabsäumten gesetzlichen Vorschriften werden den Herren Geistlichen, wegen der oben bemerkten kirchlichen Atteste, hierdurch in Erinnerung gebracht, mit dem Erbitten, daß der auf Atteste selbst ausgedruckte Vorbehalt, daß der Stempelbogen nachträglich beizubringen, den Aussteller des Attestes nicht vor der gesetzlichen Stempelstrafe schützt, wenn die Nachbringung des Stempelpapiers, dem §. 12. des Gesetzes gemäß, nicht geschehen seyn sollte.

Gegen die Nachteile, welche daraus zu besorgen, daß die Aussteller von Zeugnissen durch falsche Angabe des Gegenstandes zu Contraventionen verleitet, oder die für stempelfreie Gegenstände ausgestellten Zeugnisse zu Zwecken gemißbraucht werden möchten, welche dieselben stempelpflichtig machen, können sich die Aussteller übrigens dadurch sichern, daß sie in dem ohne Stempel ausgestellten Attest den Grund der Stempelfreiheit mit kurzen Worten, z. B. dahin: Gegenwärtiges Taufzeugniß ist lediglich zum Gebrauch bei einem Prozesse, dessen Gegenstand weniger als 50 Thlr. beträgt, ausgestellt worden, ausdrücklich angeben.

Die Herren Geistlichen haben sich nach vorstehenden Bestimmungen zur Verwahrung vor Stempelstrafe zu richten, und wenn sie ein Attest, wegen Unvermögen des Extrahenten, stempelfrei ertheilen, so ist dies von ihnen jedesmal im Atteste selbst, nicht aber, wie gewöhnlich geschieht, am Rande, oder oben in

einer Ede, zu bemerken und darauf Bezug zu nehmen, auf welche glaubwürdige Weise sie von dieser Armuth sich Kenntniß verschafft haben und daher die stempelfreie Ausfertigung pflichtmäßig vertreten können.

Merseburg, den 2. Februar 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 67.

Der Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß. verloosbare, im Leipziger Neujahrsmarkt 1764 ausgestellte, mit Litt. A. Nr. 10,849 bezeichneter, auf 1000 Thlr. in Conventionsgeld und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Rosbach an der Saale gehörende Steuercredit-Kassenschein, ferner die beiden Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß., unter dem 22. September 1814 ausgestellten, auf jeden Inhaber und auf 100 Thlr. Conventionsgeld ein jeder lautenden, mit Litt. F. Nr. 1609 und 1611 bezeichneter, der Marie Dorothee verm. Partbey zu Güntheritz, jetzt zu Breitenfeld, gehörenden Centralsteuer-Obligationen, und der Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß., mit Litt. D. Nr. 2982 bezeichneter, verloosbarer, in dem Leipziger Neujahrsmarkt 1764 ausgestellte, auf 100 Thlr. Conventionsgeld und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Nüßwitz gehörende Steuercredit-Kassenschein, sind den genannten Eigenthümern abhanden gekommen.

Die etwaigen Inhaber derselben werden demnach aufgefordert, in dem, auf den Fünf und Zwanzigsten November k. J., Vormittags 10 Uhr, vor dem Oberlandesgerichts-Referendar Bromme, in unserm Geschäftslocale angesetzten Termine, entweder persönlich, oder durch einen gehörig legitimirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Oberlandesgerichts-Justizcommissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft der Hofrath Tellemann I., Justizrath Quinke und Justizcommissarius Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich mit ihren Ansprüchen zu melden, widrigenfalls ihnen ein ewiges Stillschweigen auferlegt und mit Amortisation der Obligationen verfahren werden wird.

Urkundlich unter dem größeren Siegel und Unterschrift.

Raumburg, den 18. October 1832.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 68.

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß

I. das Hypothekenbuch

- a) über die geschlossenen Grundstücke von Großgörschen und die zu denen unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden Häusern in Großgörschen gehörenden, in dasiger Flur belegenen Pertinenz-Feldgrundstücke, zur Jurisdiction des Königl. Gerichtsamts Lützen gehörend, und
- b) über die unter der Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichtsamts Lützen stehenden geschlossenen Grundstücke von Schleißbar vollendet und an das Gerichtsamt Lützen zur Fortführung abgegeben worden sind. Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr ledig-

lich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen;

- II. die Hypothekentabelle, welche alle drei Rubriken in sich faßt, von demjenigen Viertel-Landes Feld in Roddener Flur des Joh. Gotthold Merkel, welches zu dessen in Zweymen gelegenen Hause pertinentialiter gehört, und sub Nr. 21. des Hypothekenbuchs von Rodden eingetragen werden wird, vollendet ist, und vom 15. Februar ab bis zum 15. April d. J. in unserm Hypothekenarchive eingesehen werden kann. Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen diese Tabelle nicht mehr angebracht werden.

Halle, den 25. Januar 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypothekentabellen sind nun folgende wiederum speciell revidirt:

Nr. 69.

- I. über sämtliche geschlossene Grundstücke der hiesigen Schloßthorvorstadt, mit Ausnahme folgender Wohnhäuser und deren Zubehör, des Starckschen Nr. 40; des Richterschen Nr. 44; des Winklerschen Nr. 59; des Hauptschen Nr. 61; des Göbrickschen Nr. 130; des Göbrickschen Nr. 210; des Schildeschen Nr. 407; des Winklerschen Nr. 410; des Göbrickschen Nr. 411; des Schreiberschen Nr. 412; des Krügerschen Nr. 422; des Küsterschen Nr. 163.<sup>b</sup> und des Schulzeschen Gasthofs (genannt zum goldenen Stern) Nr. 221. des Brandkafasters;
- II. über sämtliche geschlossene Grundstücke von hiesiger Elstertorvorstadt, mit Ausnahme folgender Wohnhäuser und deren Zubehör, des Schinkeschen Nr. 244; des Winklerschen Nr. 362; des Matthieschen Nr. 300; des Piegnerschen Nr. 363; des Höhneshen Nr. 396; des Matthieschen Nr. 399; des Randewigischen Nr. 400; des Herrmannschen Nr. 401. und des Matthieschen Nr. 417. des Brandkafasters;
- III. über sämtliche geschlossene Grundstücke des Dorfes Großkühna und die Schrötersche halbe Hufe Feld in Großkühna-Mark;
- IV. über sämtliche geschlossene Grundstücke des Dorfes Großlissa, im Gerichtsamtbezirke Landeberg;
- V. über sämtliche geschlossene Grundstücke des Dorfes Doberschütz, im Gerichtsamtbezirke Eilenburg;
- VI. über das Lüdemannsche Allodialgut Rodigkau, im Gerichtsamtbezirke Jörbig;
- VII. über einen Morgen Wiese in der Feldmark der Stadt Jörbig und zwar in der Lehnmark belegen, als Pertinenzstück der verbundenen Rittergüter zu Roddern;
- VIII. drei und ein halber Acker in zwei Wiesen bei der Stadt Bitterfeld in den alten Rodelandswiesen und

- IX. zwei Acker Wiesen ebenfalls bei Bitterfeld vor dem Burgthore am Lober, so pertinentialiter zu den jetzt Dörflingschen Rittergütern in Ködern gehörend;
- X. über folgende von frühern Bekanntmachungen ausgeschlossene Häuser in hiesiger Vorstadt Friedrichstadt, a) des Langeschen Nr. 4. und b) des Kühneschen Nr. 76. des Brandkatasters;
- XI. das von frühern Bekanntmachungen ausgeschlossene Schulze'sche Hufnergut Nr. 1. zu Schmilkendorf,

im Gerichtsamte für den Landbezirk Wittenberg.

Wir machen solches in Gemäßheit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 5. April 1824, Gesetzsammlung pag 78, mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen in dem Zeitraume vom 15. Februar bis zum 15. April dieses Jahres in unserer Hypothekenregistratur zum Behuf der Anbringung etwaiger Erinnerungen eingesehen werden können, späterhin dergleichen aber nicht mehr Statt finden.

Wittenberg, den 2. Februar 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 70.

Von nachstehenden einzelnen Grundstücken sind nunmehr die sämmtlichen drei Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen fertig geworden, als:

- I. von folgenden, auf dem Elbstrome schwimmenden Eibschiffmühlen:
  - 1) der Friedrich Schöneschen bei Camitz; 2) der Krausch'schen daselbst;
  - 3) der Johann George Schröderschen bei Modritz; 4) der Gottfried Zellerschen bei Prettin; 5) der Königsfischen daselbst; 6) der Hamannschen daselbst; 7) der Gottfried Kleinsmagerschen bei Arien; 8) der Lempe'schen sogenannten rothen Hirsdmühle;
- II. im Gerichtsamtsbezirke Herzberg:
  - 9) von der Stadt Herzberg die Nr. 76. 94. 180. 424; 10) die zum Rittersgute Grochwitz gehörige Kastenbreite an der Lawine;
- III. im Gerichtsamtsbezirke Schildau:
  - 11) von Eigenroda Nr. 31;
- IV. im Gerichtsamtsbezirke Prettin:
  - 12) von Prettin Nr. 155; 13) von Lichtenburg Nr. 2. 14.<sup>a</sup>; 14) von Ploßig Nr. 9;
- V. im Gerichtsamte Belgern:
  - 15) die Gregorsche Hufe in der Mark Hilbersdorf;
- VI. im Gerichtsamte Schweinitz:
  - 16) von Neuerstadt Nr. 1;
- VII. im Gerichtsamte Dommitsch:
  - 17) von Dommitsch Nr. 101.

Dies machen wir in Gemäßheit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 5. April 1824 (Gesetzsammlung von 1824, pag. 78,) den Interessenten mit der Aufforderung bekannt, gedachte Tabellen in der Zeit vom 15. Februar bis 15. April d. J. in unserer Hypotheken-Registratur einzusehen, und ihre etwaigen Erinne-

rungen dagegen vorzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser Frist keine Erinnerungen mehr berücksichtigt werden können.

Torgau, den 26. Januar 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Sämmtliche alle drei Rubriken in sich fassende Hypothekentabellen von allen in Ober- und Unterbuchtig und in Schlettau, so wie in den Fluren besagter Ortschaften belegenen Häusern und geschlossenen Gütern, sind fertig und liegen während des Zeitraums vom 17. Februar bis 17. April d. J. in der Gerichtskammer zu Merseburg zur Einsicht für die Interessenten bereit, welches mit dem Bemerken, daß nach Ablauf dieser Frist Erinnerungen gegen die fraglichen Tabellen nicht weiter berücksichtigt werden können, bekannt gemacht wird.

Merseburg, den 8. Februar 1833.

Von Willebaldsches Patrimonialgericht Buchtig mit Schlettau.  
Begeh.

### Personal-Chronik.

Der Königl. Kammergerichts-Referendar, Franz Ulrich v. Trotha, ist, nach Auf sein Ansuchen erhaltener Entlassung aus dem Justizdienste, heute bei der Königl. Regierung hieselbst, als Referendar angestellt worden.

Merseburg, den 8. Februar 1833.

Dem Oberlandesgerichts-Justiz-Commissar und Notar Dr. Thilo hieselbst ist die nachgesuchte Entlassung von diesem Amte den 26. December pr.,

dem hiesigen Oberlandesgerichts-Referendar, Karl Friedrich Heinrich Georg August Freih. v. Hanstein, ist den 17. December pr. die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt;

der bisherige erste hiesige Oberlandesgerichts-Salarienkassen-Assistent, Karl August Dächsel, ist den 4. Januar c. zum Oberlandesgerichts-Salarienkassen-Buchhalter hieselbst bestellt;

der Hülfsexpedient, Friedrich Ernst Wendt, ist den 8. Januar c. zum Actuar bei dem Gerichtsamte zu Schlieben an des 1. Junker Stelle ernannt;

der invalide Ergant, Christian Büchel, ist den 11. Januar c. zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamte in Lößjün an des Haring Stelle, und

die invaliden Unterofficiere, Johann Gottlieb Rummel und Christian Friedrich Zülsdorf, sind zum zweiten und resp. dritten Boten und Executor bei dem Landgerichte zu Torgau an des verstorbenen Poschwitz und an des abgesetzten Helle Stelle den 22. Januar c. angenommen.

Raumburg, den 1. Februar 1833.

Nr. 74.

# R a c h w e i s u n g

der

im Monate Januar 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bekannt-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.												H ü l s e n f r ü c h t e.												R a u c h f u t t e r.									
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer				Hirse				Erbsen				Linsen				Kartoffeln		Heu		Stroh	
	der Preussische Sackful												der Preussische Sackful												Sackful		Cent.		Schock.					
	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.				
1 Merseburg	1	16	9	1	9	10	—	28	6	—	25	8	—	—	—	1	20	—	2	20	—	20	—	1	15	—	6	—	—					
2 Halle	1	14	2	1	8	11	—	28	10	—	25	2	5	25	—	2	5	—	5	20	—	20	—	1	10	—	7	—	—					
3 Naumburg	1	17	10	1	9	5	—	25	10	—	21	1	4	20	—	2	—	—	2	—	—	20	—	1	12	8	5	—	—					
4 Torgau	1	19	—	1	15	—	—	1	1	—	27	—	4	10	—	2	—	—	—	—	—	20	—	1	15	—	5	—	—					
5 Bittenberg	1	17	9	1	8	4	—	1	5	—	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	6	—	—	—	6	—	—	—					
6 Gielesben	1	15	5	1	10	8	—	1	3	—	25	7	5	20	—	2	10	—	2	27	4	—	22	6	1	7	6	5	—					
7 Zeitz	1	15	—	1	12	6	—	25	—	—	22	6	5	15	—	1	10	—	2	7	6	—	13	8	1	18	9	5	—					
8 Quersfurth	1	16	5	1	8	9	—	27	6	—	22	6	4	5	—	1	15	—	1	16	5	—	20	—	1	10	—	5	15	—				
9 Bitterfeld	1	18	11	1	8	—	—	27	4	—	25	10	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	1	15	—	5	—	—	—					

Merseburg, den 6. Februar 1833.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

7. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 2. März 1833.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 9. October v. J. bringe ich hierdurch zur Kenntniß des theilhaftigen Publicums, daß in Folge neuerlich getroffener Anordnungen die im §. 1. jener Bekanntmachung erwähnte Abgabe von 1 Sgr. für Pferd und Meile, welche Preussische Lohnkutscher bei einer jeden auf mehr als zwei Meilen sich erstreckenden Personen-Fuhre von oder über Poststationen im Großherzogthum Hessen entrichten sollen, dort in Zukunft nicht ferner erhoben wird.

Nr. 75.

Magdeburg, den 19. Februar 1833.

Der Geheime Staatsminister von Kiewitz.

Im Auftrage:

der Geheime Ober-Regierungsorath, Vice-Präsident d. v. Seydewitz.

Nachstehende Instruction:

## I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die Wahl der zu erledigten Landrathsstellen vorzuschlagenden Candidaten erfolgt nach §. 1. und 2. des Reglements vom 22. August 1826

a) ausschließlich durch die Rittergutsbesitzer in den Kreisen

1) Wangleben, 2) Kalbe, 3) erster Jerichowscher Kreis, 4) zweiter Jerichowscher Kreis, 5) Neuhaldensleben, 6) Wolmirstedt, 7) Stendal, 8) Gardelegen, 9) Salzwedel, 10) Osterburg, 11) Saalkreis, 12) Mannsfelder Gebirgskreis, 13) Mannsfelder Seekreis, 14) Nordhausen.

b) durch die Kreis-Versammlungen in den Kreisen

1) Halberstadt, 2) Oschersleben, 3) Aschersleben, 4) Merseburg, 5) Bitterfeld, 6) Wittenberg, 7) Schweinitz, 8) Liebenwerda, 9) Torgau, 10) Delitzsch, 11) Weissenfels, 12) Zeitz, 13) Raumburg, 14) Eckartsberga, 15) Querfurt, 16) Sangerhausen, 17) Weissensee, 18) Langensalza, 19) Worbis, 20) Heiligenstadt, 21) Mühlhausen, 22) Erfurt, 23) Schleusingen, 24) Ziegenrück.

§. 2.

Bei der Wahl führt einer der Kreis-Deputirten, welchen die Regierung nach

Nr. 76.

Instruction über das Verfahren bei den Landrathswahlen in der Provinz Sachsen.

Gutbefinden bestimmt, den Vorſiß. (§. 6. L. c. und Allerhöchſten Kabinetsorder vom 30. April 1827.)

Sind keine Kreis-Deputirte vorhanden, oder dieſelben erwieſenermaßen verhin- dert, ſo ernennt die Regierung einen beſondern Wahl-Commiſſarius und zwar am angemefſenſten aus ihrer Mitte oder in der Perſon eines benachbarten Landraths.

§. 3.

Die Einberufung der Mitglieder der Kreis-Verſammlung geſchieht von dem zur Leitung des Wahlgeſchäfts Berufenen, welcher ſich hierbei der Hülfe des landrätblichen Bureaus bedienen kann. Zu dieſem Behuf hat derſelbe zuvor die ſämmtlichen Mitglieder der Kreis-Verſammlung genau zu ermitteln und nach Ordnung der verſchiedenen Stände in eine Liſte zu verzeichnen, wobei hiſichtlich

- a) des erſten Standes §. 4. Litt. A. der Kreisordnung vom 17. Mai 1827,
- b) des zweiten Standes die Matrifel der Ritterschaft,
- c) des dritten und vierten Standes die Wahl-Verhandlungen der Kreistags- Abgeordneten und deren Stellvertreter

zum Anhalt dienen.

Zweifelhafte Fälle ſind ſofort der Regierung zur Entſcheidung vorzutragen.

§. 4.

Nach dieſer Liſte werden zur Wahl-Verſammlung eingeladen:

- a) die Mitglieder des erſten Standes mittelſt beſonderer, durch die Kreisboten zu inſinuirender Schreiben. In Abweſenheit des Einzeladenden wird das Schreiben dem erſten ſeiner Beamten im Kreiſe zu dem Erſuchen um Beförderung zugefertigt und der Empfang von ihm beſcheinigt;
- b) die Kreistags-Mitglieder der übrigen drei Stände durch eine, oder nach Maßgabe der Ortsverhältniſſe durch mehrere von dem Kreisboten zu beſördernde Currenden.

§. 5.

In dem Einladungſchreiben und in der Currende iſt ausdrücklich bekannt zu machen, daß eine Wahl von Landraths-Candidaten Statt finden ſolle (Allerhöchſte Kabinetsorder vom 30. November 1827); auch iſt die Auftragsverſugung der Regierung, und Ort, Tag und Stunde der Verſammlung zu bezeichnen.

§. 6.

In der Currende ſind ſämmtliche Einzeladende einzeln zu benennen, auch den Namen der Abgeordneten vom dritten und vierten Stande die der Stellvertreter beizufügen, damit, wenn ein Abgeordneter — was von ihm auf der Currende ſelbſt mit Angabe der Gründe bemerkt werden muß — am Erſcheinen verhindert wäre, die Currende von dem inſinuirenden Kreisboten ſofort dem betreffenden Stellvertreter überbracht werden könne.

Würde ein Abgeordneter des dritten und vierten Standes ſpäter verhindert, ſo hat er ſolches dem Vorſitzenden der Wahl-Verſammlung ohne Verzug anzuzeigen, und letzterer den Stellvertreter nachträglich einzuladen; im Fall keine Zeit zu verlieren ſeyn ſollte, hat der Verhinderte ſeinem Stellvertreter gleichzeitig Nachricht zu geben.



Die Abgeordneten sind hierauf in der Currende besonders aufmerksam zu machen. Nicht weniger ist in der Currende zu bemerken, daß die im §. 4. B. a. der Kreisordnung bezeichneten Rittergutsbesitzer persönlich erscheinen oder ihre versiegelten Wahlzettel mittelst besonderen Schreibens dem Vorsitzenden einsenden müssen, und also zur Abgabe ihrer Stimmen Niemanden bevollmächtigen können, so wie daß die nach §. 5. a. b. der Kreisordnung ihre Kinder, Mündel oder Frauen vertretenden Väter, Vormünder und Ehemänner persönlich erscheinen müssen, und weder Wahlzettel einsenden, noch zur Abgebung ihrer Stimme Jemanden bevollmächtigen dürfen.

#### §. 7.

Der Kreisbote ist über die Art der Insinuation, wobei die Vorschriften der §§. 20, 22. und 23. des Titels 7. Thl. I. der Allg. Gerichtsordnung zu beachten, gehörrig zu belehren, auch anzuweisen, in Verhinderungsfällen eines Abgeordneten (§. 6.) dessen Stellvertreter sofort einzuladen.

### II. Eröffnung der Wahl-Versammlung.

#### §. 8.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung durch Vorlegung der Regierungs-Versfügung zur Abhaltung der Wahl, so wie

- a) der Liste sämtlicher Mitglieder der Kreis-Versammlung. (§. 3.)
- b) der Empfangsbescheinigungen derjenigen Mitglieder, an welche besondere Einladungsschreiben ergangen sind.
- c) der mit dem Insinuations-Vermerken versehenen Currende.

#### §. 9.

Die Versammlung, aus welcher dann in den §. 1. a. genannten Kreisen die Abgeordneten der Städte und Landgemeinden ausscheiden, schreitet hierauf zur Prüfung:

- a) der Vertretungs-Befugniß derjenigen Mitglieder, welche den Kreistag durch Bevollmächtigte oder Vertretung wahrnehmen, und der Qualifikation der letztern zur Vertretung nach den Bestimmungen der Kreisordnung (§. 5.). Der Vorsitzende bemerkt zugleich namentlich:
  - 1) die anwesenden volljährigen Söhne von Rittergutsbesitzern, welche ihnen die Verwaltung des Guts übertragen und der eigenen Ausübung der Kreislandschaft entsagt haben. (Kabinettsorder vom 21. März 1831.)
  - 2) diejenigen gegenwärtigen Ehemänner von Rittergutsbesitzerinnen, welche, ohne selbst zur Ritterschaft des Preussischen Staats zu gehören, ausnahmsweise vom Königl. Ministerium des Innern die Vertretungs-Befugniß für ihre Ehefrauen erhalten haben. (Landtags-Abschied vom 24. October 1828, Abschnitt A. 3.)
- b) der beizubringenden Vollmachten von durch Bevollmächtigte vertretenen Mitgliedern des ersten Standes (Kreisordnung §. 4. A.); die ihre Ehefrauen, Kinder und Mündel vertretenden Ehemänner, Väter und Vormünder be-

dürfen keiner Vollmacht, können aber bei persönlicher Behinderung keine Wahlzettel einsenden. (Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. Nov. 1827.)

- a) der von persönlich qualificirten, nicht gegenwärtigen Rittergutsbesitzern für ihr Ausbleiben angegebenen Entschuldigungsgründe, und beurtheilt danach, ob die von ihnen eingesandten Wahlzettel anzunehmen sind.

§. 10.

Der Vorsitzende faßt über diese Verhandlungen das Protocoll, welches sowohl die Namen der gegenwärtigen Stimmenden und die für zulässig erkannten Wahlzettel bestimmt enthalten muß, ab, verliest und ergänzt dasselbe nach den einwärtigen Erinnerungen der Versammlung, und legt es, unter Beifügung der Documente (4.), unabgeschlossen einstweilen zurück.

### III. Wahl-Geschäft.

§. 11.

Die Versammlung kann zu den Landrathsstellen nur Rittergutsbesitzer, welche zur persönlichen Ausübung des Stimmrechts auf den Kreistagen derjenigen Kreise, worin die Wahlen Statt finden, befähigt sind, (§. 4. des Reglements vom 22. August 1826. 4. B. a. der Kreisordnung) wählen.

Wenn unter diesen keine Wahlfähige vorhanden seyn sollten, so kann keine Wahl Statt finden, was eintretenden Falls im Protocolle bemerkt werden muß.

§. 12.

Zu jeder erledigten Landrathsstelle sind drei Candidaten zu wählen. (Reglement vom 22. August 1826. §. 5.)

§. 13.

Zuerst stellt der Vorsitzende eine Liste der Wählbaren im Kreise auf. Jeder Wähler kann drei Wählbare auf die Liste bringen lassen. Die auf den eingeschiedten für gültig erkannten Wahlzetteln Benannten werden durch den Vorsitzenden gleichfalls eingetragen.

Die Versammlung prüft dann die Wählbarkeit mit Rücksicht auf allgemeine Erfordernisse (§. 11.), einigt sich über zweifelhafte Fälle und schließt die Liste durch Unterschrift der Anwesenden ab mit der Wirkung, daß nur die auf derselben stehenden Personen Stimmen erhalten können.

§. 14.

Ueber jeden der drei zu präsentirenden Candidaten wird sodann einzeln durch Wahlzettel, worauf nur ein einziger Name geschrieben werden darf, abgestimmt. (Allerhöchste Kabinettsorder vom 23. März 1830.)

Der Vorsitzende theilt daher zu jeder einzelnen Candidaten-Wahl die Stimmzettel, welche er für den ersten Wahlact mit Nr. 1, für den zweiten mit Nr. 2. und für den dritten mit Nr. 3. zu bezeichnen hat.

§. 15.

Abwesende, welche ihre Wahlzettel einsenden wollen, sind verpflichtet, die Reibefolge unter den von ihnen gewählten drei Candidaten auf den Wahlzetteln ebenfalls mit Nr. 1, 2, 3. auszudrücken. (Allerhöchste Kabinettsorder vom 23. März

1830. Daß in diesem Falle an den Vorsitzenden zu richtende Schreiben muß von einigen Mitgliedern der Wahl-Versammlung als durch den Wählenden unterzeichnet, anerkannt werden. (Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. November 1827.)

Kann ein dritter oder ein zweiter und dritter Candidat nicht benannt werden, so ist in den Wahlzetteln bestimmt auszusprechen, daß dies der Fall sey, weshalb nur ein erster und zweiter, oder nur ein Candidat vorgeschlagen werde.

§. 16.

Der Vorsitzende sammelt darauf die Wahlzettel, ermittelt und protocollirt die Uebereinstimmung der Wahl derselben mit derjenigen der anwesenden Wahlberechtigten, eröffnet sie, verliest den Inhalt und trägt die Namen der gewählten Candidaten in das früher (§. 10.) angefangene Protocoll ein. Dasselbe Verfahren wird nach Beendigung jedes einzelnen Wahlactes wiederholt.

§. 17.

Bei jeder einzelnen Abstimmung eröffnet der Vorsitzende die eingesandten darauf sprechenden Wahlzettel, nachdem solche geprüft und von der Versammlung als gültig anerkannt worden sind, verliest sie, und protocollirt das Ergebniß derselben für jeden einzelnen Wahlact auf den gültig erkannten Wahlzetteln abgegebenen Stimmen für jeden Candidat summiert, nach Ordnung der Stimmen-Mehrzahl.

§. 18.

Als gewählter Candidat ist bei jeder einzelnen Abstimmung derjenige anzusehen, welcher bei diesem Wahlact die meisten Stimmen erhalten hat, und zugleich auf der §. 13. gedachten Wahlliste sich befindet.

§. 19.

Findet rücksichtlich zweier oder auch mehrerer bei Einer Abstimmung Erwählten Stimmengleichheit Statt, so muß über diese Candidaten mit Beobachtung des vorgeschriebenen Verfahrens von neuem, jedoch nur durch die Anwesenden und ohne die durch Wahlzettel gegebenen Stimmen mitzuzählen, so lange abgestimmt werden, bis die Stimmen-Mehrheit sich für Einen entscheidet.

§. 20.

Sind diejenigen, welche solchergestalt durch absolute oder relative Stimmen-Mehrheit zu Candidaten gewählt worden, in der Versammlung anwesend, so ist ihre Erklärung über die Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Landrathsstelle und zur Nachweise der amtlichen Qualification durch die vorschriftsmäßige Prüfung zu erfordern, und sofort in das Protocoll aufzunehmen. Diese Erklärung ist bindend. (Allerhöchste Kabinettsorder vom 1. December 1829.)

§. 21.

Die Wahl-Verhandlung muß ohne Unterbrechung vorgenommen, und es darf den Mitgliedern der Versammlung ohne hinreichende Gründe nicht gestattet werden, sich vor dem Schlusse daraus zu entfernen.

§. 22.

Das Protocoll wird nunmehr geschlossen und, nachdem die zur Justification desselben dienenden Beilagen, wozu auch die Wahlzettel gehören, in eine von

dem Vorsitzenden zu beglaubigende Registratur verzeichnet worden, vorgelesen, und von allen anwesenden Mitgliedern der Versammlung durch Unterschrift vollzogen.

§. 23.

Erfolgt die Wahl nach §. 1. des Reglements ausschließlich durch die Rittergutsbesitzer (§. 1.), so hat der Vorsitzende den zur Kreis-Versammlung deputirten Abgeordneten der Städte- und Landgemeinden das Resultat der Wahl nach deren Beendigung sofort bekannt zu machen, und daß solches geschehen, nachträglich zum Protocoll zu vermerken. (Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. November 1827.) Die genannten Abgeordneten haben etwanige erhebliche Bedenken, welchen die Bestätigung der Erwählten unterliegen dürfte, oder daß dergleichen nicht vorhanden, der Regierung anzuzeigen. (§. 1. des Reglements vom 22. August 1826.) Den Vorsitz in der Versammlung dieser Abgeordneten führt der Abgeordnete der Kreisstadt.

§. 24.

Das Protocoll nebst Anlagen wird von dem Vorsitzenden an die Regierung eingesandt, nachdem die schriftliche Erklärung (§. 20.) erwählter, nicht gegenwärtiger Candidaten in kürzester Frist von denselben durch den Vorsitzenden eingefordert und dem Protocolle beigelegt worden ist.

Magdeburg, den 12. Januar 1832.

Der Geheime Staatsminister,  
(gez.) v. Kiewitz.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 22. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 77.  
Pränumera-  
tion auf litho-  
graphirte Kar-  
ten v. sämtl.  
lichen land-  
rätlichen  
Kreisen der  
Provinz Bran-  
denburg.

Nachdem es höhern Orts für zweckmäßig erachtet worden, lithographirte Karten von sämtlichen landrätlichen Kreisen der Provinz Brandenburg herauszugeben, wird zufolge einer Benachrichtigung des Herrn Ober-Präsidenten von Bassewitz Excellenz, vom 1. d. M., der Herr Hauptmann von Wipleben im großen Generalstabe, unter Benützung der im Besitze des Generalstabs befindlichen Materialien, deren Gebrauch ihm gestattet worden, sich diesem Geschäfte unterziehen. Derselbe hat sich indeß dabei zur Bedingung gemacht, daß Behufs Deckung seiner Auslagen ihm von jeder einzelnen Kreiskarte 450 bis 500 Exemplare gegen Baarzahlung abgenommen werden, und es ist daher, um diese Bedingung erfüllen zu können, Seitens des Herrn Ministers des Innern Excellenz angeordnet, daß innerhalb der ganzen Provinz Brandenburg, so wie in den angrenzenden Regierungsbezirken, mittelst Requisition der Verwaltungsbehörden eine Pränumeration auf die gedachten Kreiskarten veranstaltet werde.

Der Pränumerationspreis ist für jedes Steindruck-Exemplar auf 7 Sgr. 6 Pf. bestimmt, die Pränumeration aber nicht auf sämtliche Karten erforderlich, sondern auch für einzelne zulässig; der Maassstab wird  $\frac{1:100,000}{100,000}$  seyn.

Da übrigens in der Eintheilung der Kreise Custrin, Rönigsberg, Lebus, Landsberg, Sternberg, Teltow-Storkow, Lübben-Weeslow,

Ludau und Züterbog-Ludowalder Veränderungen noch beabsichtigt werden, so wird die Anfertigung der Karten von diesen Kreisen vor der Hand ausgesetzt, und damit erst, wenn diese Veränderungen getroffen worden, vorgeschritten werden.

Indem wir die beabsichtigte Herausgabe der in Rede stehenden Karten zur allgemeinen Kenntniß bringen, und zur Pränumeration auf selbige hierdurch einladen, fordern wir zugleich sämtliche Königl. Landräthe und Magistrate des diesseitigen Regierungs-Departements auf, die in ihren resp. Verwaltungsbezirken sich meldenden Pränumeranten zu sammeln, und die Pränumerationenlisten bis zum 30. April d. J. an uns einzureichen, falls aber vielleicht sich hie und da keine Pränumeranten finden sollten, uns in gleicher Frist jedenfalls davon Anzeige zu machen.

Merseburg, den 15. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bei dem Personale der Feuerpolizei-Verwaltung im Schweinitzer Kreise sind nachstehende Veränderungen eingetreten.

Im 3ten Bezirke ist der Amtmann Böckner zu Hemsendorf an die Stelle des Feuerpolizei-Commissar Förster zu Gordsdorf zum Commissar; in dem 9ten Bezirke der Amtmann Kühne zu Neudorf an die Stelle des mit Tode abgegangenen Grafen v. Blumenthal zum Commissar und der Mühlenbesitzer Verger zu Altholzberg an die Stelle des verstorbenen Amtmanns Porschberger zu Frickeisdorf zum Stellvertreter; im 10ten Bezirke an die Stelle des von Weissenburg weggezogenen Gutsbesizers und Posthalters Meißner, der Amtmann Hänsel zu Colodau zum Commissar; und im 12ten Bezirke der Amtmann Gabry zu Striesau zum Stellvertreter ernannt worden.

Wir bringen solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 12. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehendes Rescript des Königlich-justiz-Ministerii vom 7. v. M.:

Ueber das Verfahren bei den auf Unterlassungen zu richtenden Executionen und über die Art, wie die hierüber in dem §. 54. Lit. 24. der Proceßordnung ertheilten Vorschriften anzuwenden sind, sind Zweifel entstanden, zu deren Beseitigung in Befolge eines Beschlusses des Königl. Staats-Ministeriums Folgendes angeordnet wird. Da die obgedachte Vorschrift der Proceßordnung den Richter alsdann ermächtigt, die angedrohte Strafe beizutreiben, wenn der unterliegende Theil dem an ihn erlassenen unbedingten Strafbefehle zuwider handelt, so setzt sie voraus, daß der berechnigte Theil dem Richter hinreichende Ueberzeugung verschafft habe, daß dem Strafbefehle zuwider gehandelt sey. Von dieser Ueberzeugung des Richters ist die Ausführung eines unbedingten Strafbefehls (mandati sine clausula) abhängig, und in solchem Falle muß die angedrohte Strafe

Nr. 78.

Personal-Veränderung bei der Feuerpolizei-Verwaltung im Schweinitzer Kreise betr.

Nr. 79.

Das Verfahren bei den auf Unterlassungen zu richtenden Executionen.

durch ein Decret festgesetzt und beigetrieben werden. Wenn dagegen dem Richter diese Ueberzeugung nicht verschafft worden ist, mithin die Thatsache, daß die verbotene und verpönte Handlung wirklich begangen worden, zuvörderst zu erörtern und durch Beweisaufnahme zu constatiren ist, kann eine Festsetzung per decretum nicht stattfinden, vielmehr muß der Richter nach geschlossener Untersuchung durch ein Erkenntniß entscheiden, wider welches das gesetzliche Rechtsmittel zulässig ist. Hiernach hat das Königl. Oberlandesgericht zu verfahren und die Untergerichte seines Departements anzuweisen.

Berlin, den 7. December 1832.

Der Justiz-Minister,

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

(gez.) M ü h l e r.

A. 16928.

wird hierdurch zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 5. Februar 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 30.

Die Hypothekentabellen über die Häuser Nr. 41. bis mit Nr. 116. Schölen, ausschließlich Nr. 58. 71. 72. 89. 105. 112. (Nr. 39. 40. 42. bis mit 56. 58. bis mit 69. 71. bis mit 76. 78. bis mit 83. 85. 86. 89. 91. 92. 93. 94. des Brandkatasters über die Münchsgasse, und Nr. 9. 14. 28. 36. 37. 38. 57. 58. 59. 60. 62. 63. 65. bis mit 69. 73. 77. 78. 79. 80. 86. des Brandkatasters über die Stadt Schölen), sind fertig, und können vom 1. März bis 1. Mai d. J. an der hiesigen Gerichtsstelle von den Interessenten eingesehen werden.

Dieselben werden dazu mit dem Bedeuten aufgefordert, daß nach Ablauf jener Frist keine Erinnerungen weiter Statt finden.

Schölen, den 13. Februar 1833.

Herrlich Vollmannsches Patrimonialgericht.

V e y e r.

Nr. 31.

Da die Hypothekenbücher über die geschlossenen Güter der Dörfer Blößen, Burgstaden und Reinsdorf, Merseburger Kreises, vollendet sind, so kann Hinsicht ihrer der Erwerb neuer Hypothekenrechte nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung erfolgen, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Lauchstädt, den 14. Februar 1833.

Der Königl. Gerichtsamtmann B ö h r,

als Justitiar zu Blößen, Burgstaden und Reinsdorf.

### P e r s o n a l - C h r o n i k.

Nr. 32.

Der bisherige Regierungs-Assessor Herr Franz hieselbst ist von des Königs Majestät zum Regierungsrath ernannt und in dieser Eigenschaft bei der hiesigen Königl. Regierung angestellt worden.

Merseburg, den 21. Februar 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 8. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 9. März 1833.

- Das 2te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1407. Allerhöchste Kabinetsorder vom 21. Januar 1833, betreffend die Errichtung von Testamenten vor den Magisträten.
- Nr. 1408. Allerhöchste Kabinetsorder vom 31. Januar 1833, betreffend die Criminal-Gerichtbarkeit der Untergerichte und Inquisitoriate.
- Nr. 1409. Allerhöchste Kabinetsorder vom 3. Februar 1833, wonach die Verordnung vom 2. Juni 1827, wegen Herabsetzung des in Preußen gefeglichen Zinsfußes, auch in dem Lauenburg-Bütow'schen Kreise und in den beiden dem Adölsinschen Regierungsbezirke einverleibten Westpreuß. Enclaven, verbindliche Kraft erhalten soll.
- Nr. 1410. Allerhöchste Kabinetsorder vom 11. Februar 1833, wegen Abänderung der §§. 43. 44. 304. seq. und 313. der landschaftlichen Creditordnung für das Großherzogthum Posen.

Nr. 83.

#### Nachstehende Verordnung:

Nach einer Mittheilung des Herrn General-Postmeisters von Nagler, hat es sich in der letzteren Zeit mehrfach ereignet, daß die Schnell- und Fahrposten unterwegs mit Artillerie-Colonnen zusammengetroffen sind; und dadurch, daß der, die letzteren commandirende Officier ein ähnliches Verfahren Seitens der Posten, als beim Begegnen eines Pulver-Transports vorgeschrieben ist, verlangt hat, unangenehme Erörterungen und Differenzen zwischen den Militairpersonen und den Schnellpost-Conducteurs oder Post-Schirmmeistern herbeigeführt worden sind.

Nr. 84.  
Vervollständigung der nachträglichen Bestimmung vom 4. März 1830, zu der Vorschrift über das bei Verwendung von Schießpulver zu beobachtende Verfahren vom 17. December 1821, betr. das Auseinanderlegen der Pulvertransporten gegen den Wagen und Schiffe.

- Um ähnlichen Vorfällen zu begegnen, wird hierdurch Folgendes bestimmt:
- 1) Die §. 1. 2. und 3. der unterm 4. März 1830 erlassenen nachträglichen Bestimmungen zu der Vorschrift über das, bei Verwendung von Schießpulver zu beobachtende Verfahren, finden bei Versendungen, welche in normalmäßig verpackten und eingerichteten Munitionswagen geschehen, keine Anwendung. Dies gilt daher für alle Fahrzeuge, welche zu Batterien und Munitions-Colonnen gehören, oder denselben gleich zu achten sind.
  - 2) Schnell-, Fahr- und Extraposten können dergleichen mit Munition be-

ladenen Fahrzeugen, sie mögen sich einzeln oder in Colonnen befinden, im Trabe vorüberfahren. Eine stärkere Gangart als den Trab, darf jedoch das vorüberfahrende Fahrzeug nicht annehmen.

- 3) Der §. 4. der vorgedachten Bestimmungen findet auch bei Batterien und Colonnen-Fahrzeugen Anwendung. Es ist jedoch sämmtlichen Artillerie-Officieren zur Pflicht zu machen, daß sie, wenn sie größere Abtheilungen von Fahrzeugen führen, in denjenigen Fällen, wo keine Gefahr für sie im Verzuge ist, bei Stellen, wo ein wechselseitiges Ausbiegen nicht zulässig ist, die Postfuhrwerke zuerst vorüberlassen.

Berlin, den 9. December 1832.

Krieges-Ministerium.	Ministerium des Innern und
Für den Herrn Krieges-Minister:	der Polizei.
(gez.) von Schöler.	(gez.) von Brenn.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 21. Februar 1833.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

**Nr. 85.** Die Erfahrung hat gelehrt, daß oft Bauhandwerker, ohne die nöthigen Vor-  
 Die Prüfung kenntnisse zu besitzen, sich zur Prüfung Behufs der Erlangung des Meisterrechts  
 der Bauhand- bei den zu diesem Zwecke im hiesigen Regierungsbezirke bestehenden Prüfungs-  
 werker betr. Commissionen gemeldet haben.

Wir sehen uns daher veranlaßt, alle Personen, die selbstständig als Maurer, Zimmerleute, Brunnen- und Röhrmacher oder Mühlenverfertiger arbeiten wollen und das dazu vorgeschriebene Qualificationszeugniß noch nicht besitzen, auf die dieserhalb ergangenen Bestimmungen vom 29. August, 2. und 23. October 1820, (Amtsblatt 1820. S. 257. 275. und 289.) vom 8. März 1822, (Amtsblatt 1822. S. 90.) vom 25. Juni 1824, (Amtsblatt 1824. S. 226.) und die als Erläuterung wegen Prüfung der Bauhandwerker unter dem 28. Juni 1821 gegebenen, im hiesigen Amtsblatt vom Jahre 1822. S. 97—120. abgedruckten Instructionen ausdrücklich zu verweisen. Auch müssen wir noch besonders darauf aufmerksam machen, daß sämmtliche Personen, welche sich der Erlernung eines der eben genannten Handwerke widmen wollen, ohne Unterschied, ob sie sich auf dem platten Lande oder in einer kleinen oder großen Stadt niederzulassen beabsichtigen, einer gleich strengen Prüfung unterworfen werden sollen.

Es ist namentlich erforderlich, daß sich dergleichen Bauaspiranten, fertiges Rechnen, eine richtige und möglichst gute Handschrift, so wie auch Planzeichnen frühzeitig zu eigen machen. Sollte es einigen derselben an Gelegenheit fehlen, sich die nöthigen Kenntnisse zu verschaffen, so machen wir sie auf die in Naumburg bestehende Gewerbeschule aufmerksam, woselbst sie sich mit wenigen Kosten gehörig vorbereiten können. Auch die vorhin genannten Prüfungs-Commissionen werden einem jeden auf sein Verlangen die zum Selbststudium etwa erforderlichen Bücher namhaft machen.



Schlüsslich bemerken wir noch, daß der Besuch größerer Städte und die Theilnahme an bedeutenden Bauten wünschenswerth und die selbstständige Leitung eines Meisterbaues zum Meisterwerden unerlässlich ist.

Merseburg, den 20. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Da die Martini-Durchschnitts-Marktpreise der Städte Halle, Weissenfeld, Leipzig, Naumburg, Zeitz, Wittenberg, Torgau, Nordhausen und Quedlinburg die Durchschnittsmarktpreise des Getreides auf den Märkten zu Quedlinburg in den Jahren 1831 und 1832 nach unserer Bekanntmachung vom 8. Mai 1822 nicht nur bei Ablösung von Getreide-Naturalleistungen, sondern auch bei Berechnung der Renten in Gemeinheits-Theilungs-Angelegenheiten nach den im §. 27. der Ablösungsordnung vom 7. Juni 1821 und im §. 73. der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom selben Tage enthaltenen näheren Bestimmungen zu Grunde gelegt werden sollen, das zuletzt gedachte Gesetz aber auch in den ehemals Westphälischen Theilen unseres Regierungsbezirks eingeführt ist, so bringen wir hierdurch nachträglich die Martini-Durchschnitts-Marktpreise der Stadt Quedlinburg in den Jahren 1831 und 1832 zur Kenntniß des Publikums.

Jahreszahl.	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer		
	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.	Tblr.	Sg.	Pf.
1831.	1	26	3	1	21	3	1	2	6	—	22	10
1832.	1	15	4	1	11	4	1	—	3	—	24	3

Merseburg, den 20. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Gemeinde Reinsdorf, Ephorie Artern, hat außer der bereits vor einigen Jahren mit einem Kostenaufwande von 8000 Thlr. erbauten neuen Kirche auch ein neues sehr geräumiges Schulhaus mit zwei Lehrerwohnungen erbaut und eine neue Glocke aus eigenen Mitteln angeschafft.

Die nach Pötewig, Ephorie Lissen, eingepfarrten Gemeinden Dietendorf, Toppweda und Rosendorf, haben aus eigenen Mitteln ein gemeinschaftliches Schulhaus in Toppweda erbaut, den Gehalt ausreichend für einen unverheiratheten Lehrer ermittelt und die Schulstube mit den erforderlichen Schultafeln, Bänken und andern Utensilien gehörig ausgerüstet.

Die nach Schweinitz, Ephorie Jessen, eingepfarrte Gemeinde Kleinkorga, hat ihre bisherige Wandelschule aufgehoben, eine eigene fixirte Schulstelle errichtet und zu diesem Behufe ein neues Schulhaus erbaut, wobei ihr aus Provinzialfonds eine Unterstützung von 50 Thlr. bewilligt worden ist.

Nr. 87.

Die Gemeinde Falkenberg, Ephorie Torgau, hat mit einem Kostenaufwande von 1251 Thlr. ein neues Schulhaus aus eigenen Mitteln erbaut, und dazu aus Staatskassen eine Unterstützung von 100 Thlr. erhalten.

Die Filialgemeinde Storkau, Parochie Uichteritz, Ephorie Weissenfeld, hat mit einem Kostenaufwande von 200 Thlr. ihre Kirche reparirt, und dazu aus dem Kirchenrar einen Beitrag von 50 Thlr. erhalten.

Die Filialgemeinde Kieda, Parochie Stumsdorf, Ephorie Delitzsch, hat aus freiem Antriebe und aus eigenen Mitteln ein neues, gut und zweckmäßig eingerichtetes Schulhaus erbaut.

Die Commune Gölleda, Ephorie Heldrungen, hat vor einigen Jahren die zur Kriegszeit zum Lazareth gebrauchte alte Johanniskirche daselbst mit einem Kostenaufwande von 931 Thlr. wieder hergestellt, den Bau des Thurms mit einem Aufwande von 2770 Thlr. ausgeführt, eine neue Orgel in dieser Kirche für den Kostenbetrag von 350 Thlr. aufgestellt und zur Vergrößerung des Kirchhofes 139 Thlr. verwilliget. Hiernächst ist auch die Orgel in der dortigen Stadtkirche mit einem Kostenaufwande von 750 Thlr. wieder hergestellt worden.

Die Gemeinde Egleben, in der Ephorie Heldrungen, hat vor einigen Jahren eine neue Orgel für die dortige Kirche mit einem Kostenaufwande von 400 Thlr. aus eigenen Mitteln angeschafft.

Die Gemeinde Hauterode, ebenfalls in der Ephorie Heldrungen, hat vor einigen Jahren eine neue Orgel mit einem Kostenbetrage von 844 Thlr. aus eigenen Mitteln für ihre Kirche angeschafft.

Die Gemeinde Oberheldrungen hat ein neues Schulhaus, mit einem Kostenaufwande von 1300 Thlr., aus eigenen Mitteln erbaut.

Die nach Rehehausen, Ephorie Eckartsberga, eingepfarrte Gemeinde Gernstädt, hat eine eigene Kinderlehrerstelle fundirt, zu diesem Behufe ein neues gut eingerichtetes Schulhaus erbaut, und die dazu erforderlichen Kosten unter sich aufgebracht.

Die Kirchfahrt zu Hohenleina, Ephorie Eilenburg, hat mit einem Kostenaufwande von 1000 Thlr., ein neues, vorzüglich gut und gefällig eingerichtetes Schulhaus aus eigenen Mitteln erbaut; auch gleichzeitig eine neue nicht unbedeutende Pfarrscheune ebenfalls aus eigenen Mitteln hergestellt.

Die Commune Lauchstädt, Ephorie Merseburg, hat ein neues Schulhaus mit einem Kostenaufwande von 1969 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. erbaut und dazu aus Staatskassen ein Gnadengeschenk von 799 Thlr. 14 Sgr. 4 Pf. erhalten. Auch hat dieselbe für die dortige Kirche eine neue Orgel für den Kostenbetrag von circa 650 Thlr. angeschafft; jedoch aus dem dortigen Kirchenvermögen eine Beihilfe von 200 Thlr. dazu erhalten.

Dies lobenswerthe Bestreben genannter Gemeinden, für die Verbesserung des Kirchen- und Schulwesens nach Kräften mitzuwirken, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß. Merseburg, den 23. Februar 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nachstehende Liste der aufgerufenen und der Königl. Controle der Staats-Papiere als mortificirt nachgewiesenen Staats-Papiere:

Nr. 88.  
Mortificirte  
Staatspapiere  
betr.

# I. Staats-Schuld-Scheine.

Des Document's				Datum des rechtskräftigen Erkenntnisses	Des Document's				Datum des rechtskräftigen Erkenntnisses
Nr.	Litt.	Geld- Sorte.	Betrag Thlr.		Nr.	Litt.	Geld- Sorte.	Betrag Thlr.	
3,177	B.	Cour.	500	v. 14. Nov. 1831.	11,828	C.	Cour.	200	v. 31. März 1832.
7,863	C.	"	100	v. 1. Dec. 1831.	1,551	B.	"	100	
9,119	A.	"	500	v. 12. Sept. 1831.	22,897	E.	"	100	
77,912	H.	"	100	v. 21. Oct. 1830.	25,667	K.	"	100	
91,267	C.	"	100		38,000	G.	"	100	
113,487	H.	"	100		40,926	E.	"	100	
82,193	H.	"	100	v. 6. Febr. 1832.	42,839	C.	"	100	
22,466	C.	"	50	v. 1. Nov. 1830.	68,923	C.	"	100	
43,152	U.	"	300	v. 27. Febr. 1832.	69,447	I.	"	100	
43,154	C.	"	50		69,725	I.	"	100	
4,125	D.	"	500	v. 31. März 1832.	76,698	C.	"	100	
10,230	A.	"	500		78,407	G.	"	100	
11,015	B.	"	500		78,407	C.	"	100	
14,692	A.	"	500		78,425	F.	"	100	
21,134	A.	"	500		78,427	D.	"	100	
28,819	B.	"	500		78,428	H.	"	100	
36,512	B.	"	500		78,428	A.	"	100	
43,828	A.	"	500		79,214	E.	"	100	
46,363	A.	"	500		79,214	F.	"	100	
46,467	A.	"	500		79,486	D.	"	100	
54,110	A.	"	500		80,083	H.	"	100	
57,705	A.	"	500		81,537	F.	"	100	
4,126	A.	"	400		82,192	D.	"	100	

# I. Staats-Schuld-Scheine.

Des Document's				Datum des rechtkräftigen Erkenntnisses	Des Document's				Datum des rechtkräftigen Erkenntnisses
Nr.	Litt.	Geld- Sorte.	Betrag Thlr.		Nr.	Litt.	Geld- Sorte.	Betrag Thlr.	
88,057	C.	Cour.	100	v. 31. März 1832	25,455	A.	Cour.	25	v. 31. März 1832.
90,258	H.	"	100		59,126	M.	"	25	
90,995	D.	"	100		132,477	C.	"	25	
93,161	C.	"	100		12,624	B.	"	500	v. 18. Aug. 1831.
97,024	D.	"	100		12,624	D.	"	50	
97,097	K.	"	100		8,132	C.	"	100	v. 26. Juli 1830.
97,843	D.	"	100		89,480	E.	"	100	
97,944	B.	"	100		96,960	F.	"	100	v. 28. Mai 1832.
99,154	E.	"	100		41,028	F.	"	100	
99,514	I.	"	100		41,030	B.	"	100	v. 15. Sept. 1831.
99,860	B.	"	100		43,591	B.	"	200	
99,860	E.	"	100		57,228	D.	"	50	v. 30. Mai 1832.
113,573	I.	"	100		57,228	E.	"	50	
1,551	H.	"	50		87,816	E.	"	100	v. 16. Aug. 1832.
17,832	B.	"	50		88,408	E.	"	100	
45,430	P.	"	50		91,929	H.	"	100	

## II. Kurmärk'sche Obligationen.

7,897 H. Cour. 420. v. 31. März 1832.

Berlin, den 31. December 1832.

Königl. Controle der Staats-Papiere.

wird hierdurch in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. Juni 1819 (Gesetzsamml. Nr. 549.) zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 21. Februar 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehende militairpflichtige Personen, und zwar nach einer Nachweisung **Nr. 89.**  
des Königl. Landraths des Bitterfelder Kreises:

- 1) Johann Christian Strachauer aus Capelle;
- 2) Wilhelm Casse aus Werderthau;
- 3) Friedrich Müller von dem Aluunwerk bei Schwemfal;
- 4) Johann Carl Gottlob Burkhardt aus Lützen,

Aufruf an  
nicht erschie-  
nene Militair-  
pflichtige.

und nach einer Nachweisung des Königl. Landraths des Raumburger Kreises:

- 1) Johann Wilhelm Illig aus Raumburg;
- 2) Johann Carl Schallmeyer aus Raumburg;
- 3) Johann Friedrich Träumer aus Branderode,

haben sich, ungeachtet der erlassenen Aufforderung, zur Ableistung ihrer Militairpflicht bei der betreffenden Kreis-Ersatzcommission noch nicht gestellt. Wir fordern daher dieselben, auch wenn sie sich schon bei einer anderen Ersatzcommission gemeldet oder freiwillig Militairdienste genommen haben sollten, und eventuell ihre sämmtlichen Angehörigen hierdurch auf, sich spätestens bei der unterzeichneten Regierung bis zum 1. Juni dieses Jahres schriftlich oder mündlich zu melden, und die Ursachen der verspäteten Meldung anzugeben. Erfolgt die Meldung in der vorstehend festgesetzten Zeit nicht, so wird in Gemäßheit der desfalls bestehenden Gesetze das Vermögen der oben namentlich genannten Personen sofort in Beschlag genommen und gegen dieselben im Wege des Processus auf Confiscation ihres jetzigen und künftigen Vermögens und auf ihre Verurtheilung in sämmtliche Kosten bei dem betreffenden Justiz-Collegio von uns angetragen werden.

Merseburg, den 23. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Gerichtsbarkeit über das der Marie Elisabeth Beder gehörige, auf der zum Dorfe Gröbschitz gehörigen wüsten Mark, die Göttermark genannt, erbaute Wohnhaus, welche bisher dem Gerichtsamte Landsberg zugestanden, ist mit Bewilligung des Herrn Justizministers in dem Rescripte vom 30. August 1832 auf das Gerichtsamt Delitzsch übertragen, und gedachtes Wohnhaus mit der unter der Gerichtsbarkeit des letztern Gerichtsamtes gehörigen Windmühle vereinigt worden. **Nr. 90.**

Raumburg, den 15. Februar 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Mit dem ersten April d. J. wird das jetzt bestehende, an der Braunschweigischen Grenze im Osterwieder Kreise belegene Verifications-Büreau zu Hessendamm aufgehoben, und werden dessen Geschäfte und Abfertigungen vom nämlichen Tage ab dem zugleich als Ansageposten für das Hauptzollamt Halberstadt dienenden Nebenzollamt I. zu Dardeshheim beigelegt werden. **Nr. 91.**

Die Ausgangsbesccheinigungen der auf Begleitscheine, Declarationsscheine,

Messanmeldungen und Zusageheine auf der Straße von Halberstadt nach Wolfenbüttel und Braunschweig ausgehenden Güter und Effecten, so wie die Begleitscheinerteilungen über Gepäck und kleine Waarenquantitäten der zur Leipziger Messe Reisenden, welche bis dahin noch von dem Verifications-Bureau zu Hessendamm zu bewirken sind, geschehen vom 1. April c. ab bei dem Neben-Zollamte I. zu Dardeßheim und wird dadurch in der jetzt bestehenden Zollstraße nichts geändert.

Für die Bedürfnisse der umliegenden Ortschaften an fremden Waaren wird endlich alsdann auch in dem Orte Roelum ein Neben-Zollamt II. mit den gesetzlichen Befugnissen errichtet werden.

Das betreffende Publikum wird von dieser Veränderung zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt.

Magdeburg, den 11. Februar 1833.

Königl. Provinzial-Steuerdirector Sack.

- Nr. 92. Das für die Benutzung der Brücke zu Burgliebenau zu entrichtende Brückengeld, welches bisher in der Richtung von Burgliebenau nach Ballendorf in Burgliebenau und in der entgegengesetzten Richtung, in Ballendorf, erhoben, soll Höherer Bestimmung zufolge vom 1. April c. ab für beide Richtungen in Ballendorf erhoben werden, so, daß jeder, welcher die Brücke in Burgliebenau benutzt, das Brückengeld bei der Chaussée-Barriere in Ballendorf, ohne Rücksicht auf die Richtung, in welcher er dieselbe berührt, zu erlegen hat.

Die Brückgeldderhebung in Burgliebenau ist mit dem 1. April c. aufgehoben.

Magdeburg, den 24. Februar 1833.

Königl. Provinzial-Steuerdirector Sack.

### Personal-Chronik.

- Nr. 93. Des Königs Majestät haben den Premier-Lieutenant im 27. Landwehr-Infanterie-Regimente und Deconomie-Commissarius Carl Haras zu Eisleben in den Adelsstand zu erheben gerubet.

Berlin, den 18. December 1832.

- Nr. 94. Der bisherige Oberprediger und Superintendent Hynitzsch zu Gerbstedt ist unter dem 18. v. M. als Superintendent der Dörfer Ermseleben Höhern Orts bestätigt worden.

Magdeburg, den 19. Februar 1833.

- Nr. 95. Dem Amtsinspector Lessing zu Bitterfeld ist mittelst Allerhöchster Vollzogenen Patents der Character als Amts-rath verliehen worden.

Merseburg, den 28. Februar 1833.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

9. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 16. März 1833.

Die beiden ehemals Sächsischen, jetzt Preussischen verloosbaren, im Leipziger Neujahrsmärkte des Jahres 1764 ausgestellten, mit Lit. D. und Nr. 2346. und 3791. bezeichneten, und zum Nachlasse der verstorbenen Ehefrau des Johann Gottfried Eulig zu Zetta bei Meissen, Johanne Christiane geborne Thieme gehörigen Steuer-Credit-Kassen-Scheine, wovon jeder auf die Summe von Einhundert Thaler, so wie auf jeden Inhaber lautet, sind im Jahre 1826, jedoch ohne Talons und Coupons, auf unbekannte Weise verloren gegangen, und sollen nunmehr, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden.

Nr. 96.  
Den Verlust  
der Steuer-  
Credit-Kassen-  
Scheine Lit. D.  
Nr. 3791. und  
2346. betr.

Nach Vorschrift der Gesetze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche aus irgend einem rechtlichen Grunde auf die beiden vorbeschriebenen Steuer-Credit-Kassen-Scheine Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit diesem Anspruch, in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1835, bei dem unterzeichneten Regierungs-Präsidenten zu melden.

Merseburg, den 2. März 1833.  
Im Auftrage der Königlich Preussischen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Der Königl. Preuss. Regierungs-Präsident v. Rochow.

## Nachstehende Bekanntmachung:

Auf Befehl Sr. Majestät des Königs ist dem Maler E. Gebauer hieselbst, ein Privilegium zur ausschließlichen Herausgabe des, nach einem ähnlichen Bildnisse im Besitze Sr. Majestät des Königs, von Schall lithographirten Bildnisses Ihrer Majestät, der Hochseligen Königin, Gemahlin Sr. Majestät, für den ganzen Preussischen Staat ertheilt worden.

Nr. 97.  
Ausschließli-  
ches Privile-  
gium für den  
Maler E. Ge-  
bauer.

Berlin, den 11. Februar 1833.

Der Minister des Innern für Handel u. Gewerbe,      Der Minister des Innern u. der Polizei,  
(gez.) v. Schumann.      (gez.) Frhr. v. Brenn.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 7. März 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 98.  
Pressegesetz betr.

Nachstehende Bekanntmachung:  
Die Deutsche Bundes-Versammlung hat in ihrer vorjährigen 45ten Sitzung, unterm 29. November v. J., den Beschluß gefaßt:  
„sämmliche Bundes-Regierungen zu veranlassen, darauf zu halten, daß die Vorschriften des provisorischen Bundes-Pressgesetzes nicht nur bei gedruckten, sondern auch bei lithographirten Schriften in Anwendung gebracht werden.“

Der Allerhöchsten Bestimmung Sr. Majestät des Königs gemäß, wird dieser Beschluß hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 16. Januar 1833.

Der Minister des Innern und der Polizei,

(gez.) Frhr. v. Brenn.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 12. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 99.  
Das zum Be-  
triebe von  
Haussinger-  
wesen erforderliche  
Alter betr.

Nachstehendes Rescript der Königl. Ministerien des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten und der Finanzen vom 15. Februar d. J.:  
Als Gewerbe, welche eine förmliche Erlernung erfordern und doch nicht wohl auf eine andere Weise als im Umherziehen getrieben werden können, sind nur das der:

Viehflastrirer, Kammerjäger und Sarnsammler in Gegenden, wo die Leinweberei ein Haupterwerbszweig ist, zu betrachten. Rücksichtlich der Gewerbetreibenden dieser Gattungen wollen die unterzeichneten Ministerien die Beschränkung im §. 11. Nr. 5. des Regulativs vom 28. April 1824 allgemein aufheben und den Regierungen die Befugniß zugestehen, auch denen, welche das dreißigjährige Alter noch nicht erreicht haben, die Gewerbscheine ohne unsere specielle Genehmigung auszufertigen.

Auch auf die in den §§. 18. und 19. des Regulativs genannten Gewerbe ist die Vorschrift des dreißigjährigen Alters nicht anwendbar, sondern es ist deren Zulassung lediglich nach den in den gedachten Paragraphen erwähnten Rücksichten zu beurtheilen.

Berlin, den 15. Februar 1833.

Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten.

Finanz-Ministerium.

(gez.) Maassen.

(gez.) v. Schumann.

bringen wir hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß auf die hierin bezeichneten Gewerbe unsere Amtsblattbekanntmachung vom 23. December v. J. keine Anwendung findet.

Merseburg, den 6. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.



Da nach §. 14. der Instruction des Königl. Finanz-Ministeriums vom Nr. 100. 10. November 1820, wegen Veranlagung und Erhebung der Gewerbesteuer, die auf Grund einer Reclamation an der auferlegten Gewerbesteuer erlassenen oder ermäßigten Beträge in die mit dem 20. Juni pro I. Semester und mit dem 20. December pro II. Semester zu schließenden Abganglisten aufgenommen werden müssen, so folgt daraus, daß diejenigen Gewerbetreibenden, welche sich durch die ihnen auferlegte Gewerbesteuer prägravirt glauben, ihre desfallsigen Reclamationen mindestens so zeitig anbringen müssen, daß unsere Entscheidungen auf dieselben noch vor dem obigen Schlußtermin der Abganglisten pro II. Semester den Behörden zugehen können. Auf später angebrachte Reclamationen, auch wenn dieselben für begründet erachtet werden müßten, kann eine Rückerstattung an der nun bis zum Jahreschlusse fortzuzahlenden Gewerbesteuer nicht mehr durch die Abganglisten, sondern demnächst nur auf besondere diesfalls einzuholende Genehmigung des Königl. Hohen Finanz-Ministeriums erfolgen.

Die Anbringung der Gewerbesteuer-Reclamationen betr.

Auf Reclamationen aber, welche erst nach Ablauf eines Jahres, vom Tage der den Reclamanten geschehenen Bekanntmachung der ihnen auferlegten Gewerbesteuer an gerechnet, angebracht werden, kann, nach Maßgabe der in unserer Amtsblattsbekanntmachung vom 20. Februar 1830, Stück 10. Nr. 24. enthaltenen Bestimmung, (die hierdurch nach Vorstehendem erläutert wird) überall keine Rücksicht mehr genommen werden.

Aus der hiernach verspäteten Anbringung selbst begründeter Reclamationen entsteht daher für die Gewerbetreibenden, außer der Forterhebung der Steuer bis zum Jahreschlusse, auch noch der Nachtheil, daß sie erst nach Verlauf geraumer Zeit zum Ersatz des zuviel erhobenen Betrages gelangen, event. den Anspruch auf Ersatz ganz verlieren.

Im eigenen Interesse der Gewerbetreibenden fordern wir sie daher, bei Vermeidung der vorbezeichneten Nachtheile, hierdurch auf, ihre etwaigen Reclamationen spätestens im Laufe des Monats October anzubringen, damit noch vor dem Schlußtermin der II. Semesterlisten die nach §. 13. der Eingangs allegirten Instruction erforderlichen Erörterungen bewirkt werden und die Entscheidungen erfolgen können.

Die Reclamationsgesuche müssen der oben angezogenen Verordnung gemäß in den drei ersten Abtheilungen bei den Communalbehörden und in der 4ten Abtheilung bei dem betreffenden Landrätlichen Amte angebracht werden. Wir werden daher Gesuche, welche dieser Vorschrift zuwider unmittelbar bei uns eingebracht werden, den Absendern ohne weiteren Bescheid auf ihre Kosten wieder zugehen lassen.

Hinsichtlich der Motivirung der Reclamationsanträge bemerken wir hierbei noch folgendes:

Da in den Gewerbesteuer-Klassen 4. B. C. D. E. und H. ein durch die Anzahl der Mitglieder, resp. durch die Kopfszahl, der Bevölkerung bestimmtes Steuerquantum aufgebracht und dasselbe nach Maßgabe des Gewerbsumfanges eines jeden Mitgliedes und unter Berücksichtigung gewisser vorgeschriebenen Ab-

stufungsfähig vertheilt werden muß; so folgt daraus, daß in den genannten Klassen — außer dem Falle, wo der Reclamant behauptet, daß er gar nicht, oder in einer andern Klasse zur Steuer hätte herangezogen werden sollen — eine Reclamation nur dann für begründet angenommen werden kann, wenn dargethan wird, daß bei einer richtigen Vertheilung des von der Steuergesellschaft aufzubringenden Steuerquantums Reclamant, nach Verhältniß des Gewerbsumfangs im Vergleiche zu andern Mitgliedern, mit einem niedrigeren Steuersatze hätte besteuert werden sollen.

Die Gewerbesteuer-Aufnahme-Behörden haben daher, bei Reclamationen in den Steuerklassen A. B. C. D. E. und H., Falls dieser Nachweis fehlt, die Reclamanten zur bestimmten Erklärung darüber aufzufordern, gegen welche der übrigen Mitglieder ihrer Steuerklassen sie sich zu hoch besteuert glauben, und mit Rücksicht hierauf ihre Gutachten bei der Einsendung der Reclamationen zur Entscheidung abzugeben. Da übrigens in den nach Mittelsätzen steuernden Gewerbsklassen alle nach dem Schlusse der Rolle neu hinzutretende Mitglieder den gesetzlichen Bestimmungen gemäß bis zur nächsten Repartition mit dem Mittelsatze der betreffenden Klasse besteuert werden müssen, so folgt daraus, daß Reclamationen von solchen Gewerbetreibenden nicht berücksichtigt werden können, Falls sie nicht etwa eine gänzliche Steuerfreiheit oder die Besteuerung in einer andern Klasse, als der, zu welcher sie veranlagt wurden, in Anspruch nehmen sollten.

Merseburg, den 3. März 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 101.

# E r g e b n i s s

der Haupt-Civil-Bevölkerungs-Tabelle vom Regierungsbezirk  
Merseburg pro 1832.

Geboren sind 11,746 männlichen und 10,840 weiblichen Geschlechts  
überhaupt 22,586

Gestorben sind 9,625 männlichen und 9,192 weiblichen Geschlechts  
überhaupt 18,817

Mith. mehr geb. sind 2,121 männlichen und 1,648 weiblichen Geschlechts  
überhaupt 3,769

Im Jahre 1831 sind 23,228 geboren und 16,164 gestorben  
mithin Ueberschuß 7,064

folglich ist die Bevölkerung in den beiden letzten Jahren vermehrt um 10,833  
Todgeboren sind: in den Städten, einschließlich 37 unehelicher, 305; auf  
dem Lande, einschließlich 73 unehelicher, 648; überhaupt 953.

Diese Zahl verhält sich zu der Zahl der Geborenen:

in den Städten 305 : 7,786 = 1 : 26,

auf dem Lande 648 : 14,800 = 1 : 23.

Uneheliche Kinder sind geboren: in den Städten 796, auf dem Lande 1,446,

überhaupt 2,242 unter 22,586, also Eins unter 10; in der Stadt Ortrand sind unter 48—9. uneheliche, oder unter 5 Gebornen Ein uneheliches Kind. Im Gebirgskreise Mannsfeld kamen die wenigsten vor, unter 1,184 waren nur 73, oder unter 16 nur Eins.

Zwillingsgeburten hatten Statt:

in der Stadt Halle . . . . .	11
im Naumburger Kreise . . . . .	5
„ Saalkreise . . . . .	14
„ Saalkreise Mannsfeld . . . . .	19
„ Gebirgskreise Mannsfeld . . . . .	7
„ Wittenberger Kreise . . . . .	17
„ Bitterfelder „ . . . . .	18
„ Delitzscher „ . . . . .	25
„ Torgauer „ . . . . .	23
„ Liebenwerdaer „ . . . . .	12
„ Schweiniger „ . . . . .	12
„ Merseburger „ . . . . .	20
„ Zeiger „ . . . . .	13
„ Weißenfelder „ . . . . .	15
„ Eckartsbergaer „ . . . . .	18
„ Querfurthner „ . . . . .	13
„ Sangerhäuser „ . . . . .	20

überhaupt 262

Drillingsgeburten hatten Statt:

im Saalkreise Mannsfeld . . . . .	1
„ Eckartsbergaer Kreise . . . . .	1

Mißgeburten keine.

überhaupt 2

Getrauet sind: in den Städten 1,737, auf dem Lande 3,598, überhaupt 5,335 Paare.

Unter den Getraueten befinden sich 44 Männer über 60 Jahren, wovon 8 mit Frauen unter 30 Jahren, 9 mit Frauen über 30 Jahren und unter 45 Jahren, und 27 mit Frauen über 45 Jahren getrauet sind.

Gestorben sind:

a) dem Alter nach:

vor vollendetem 1. Jahre . . . . .	4,439
nach dem 1. und vor vollendetem 14. Jahre . . . . .	4,042
„ „ 14. „ „ „ 30. „ . . . . .	1,460
„ „ 30. „ „ „ 45. „ . . . . .	1,536
„ „ 45. „ „ „ 60. „ . . . . .	2,191
„ „ 60. „ „ „ 80. „ . . . . .	3,587
„ „ 80. „ „ „ 90. „ . . . . .	577
über 90 Jahren . . . . .	32

b) den Krankheiten und andern Todesarten nach:

- 1) an Altersschwäche und Entkräftung 2,523, die Meisten in dem Delitzscher, Torgauer, Querfurter und Sangerhäuser Kreise;
- 2) durch Selbstmord 64 männliche und 17 weibliche, im Saalkreise, im Merseburger und Sangerhäuser Kreise kamen die Meisten vor;
- 3) durch allerlei Unglücksfälle 219, in den Städten 66, auf dem Lande 153;
- 4) bei der Niederkunft und im Kindbette 211, in den Städten 62, auf dem Lande 149, im Delitzscher und Zeiger Kreise die Meisten;
- 5) durch die Pocken 716, in der Stadt Halle 79, im Raumburger Kreise 85, im Saalkreise 117, im Saalkreise Mannsfeld 64, im Gebirgskreise Mannsfeld 40, im Wittenberger Kreise 46, im Bitterfelder Kreise 44, im Delitzscher Kreise 25, im Torgauer Kreise 10, im Liebenwerdaer Kreise 10, im Schweiniger Kreise 3, im Merseburger Kreise 58, im Zeiger Kreise 2, im Weissenfeller Kreise 53, im Eckartsbergauer Kreise 8, im Querfurter Kreise 66 und im Sangerhäuser Kreise 6;
- 6) durch die Wasserkcheu 4, und zwar im Weissenfeller Kreise;
- 7) durch innere hitzige Krankheiten 2,123 männliche und 1,933 weibliche, überhaupt 4,056, die Meisten in der Stadt Halle, im Merseburger und Sangerhäuser Kreise;
- 8) durch innere langwierige Krankheiten 3,344 männliche und 3,209 weibliche, überhaupt 6,553;
- 9) durch schnell tödtliche Krankheiten, Blut-, Stich- und Schlagflüsse, 1,112 in den Städten und 1,285 auf dem Lande, überhaupt 2,397;
- 10) an äußern Krankheiten und Schäden 106 männliche und 126 weibliche, überhaupt 232;
- 11) an unbestimmten Krankheiten 872.

Merseburg, den 26. Februar 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 102.

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß:

I. das Hypothekenbuch

- a) über die geschlossenen Grundstücke von Schöden, im Gerichtsamtsbezirk des Königl. Gerichtsamts Lützen, und
- b) über die geschlossenen Grundstücke von Rauern, in demselben Gerichtsamtsbezirk, vollendet und an das Königl. Gerichtsamt zu Lützen zur Fortsetzung abgegeben worden sind.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen.

- II. die Hypothekentabelle über einen halben Ader Wiese in Wegwitzer Aue des Gottlob Rabisch und dessen Ehefrau, Johanne Sophie geb. Mustoph, welcher pertinentialiter zu dem in Zscherneddel sub Nr. 1. gelegenen Schöppengute gehört und mit diesem auf ein Folium eingetragen werden

wird, nach allen Rubriken vollendet ist, und vom 1. März bis ult. April d. J. in unserm Hypothekenarchive eingesehen werden kann. Nach Ablauf dieser Frist können keine Erinnerungen gegen diese Tabelle weiter angebracht werden.

Halle, den 28. Februar 1833.

Röniglich Preussisches Landgericht.

Die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen über die heiligen Güter unter hiesiger Patrimonialjurisdiction sind vollendet und liegen während des Zeitraums vom 16. März bis 16. Mai c. in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Osterfeld zur Einsicht der Interessenten bereit. Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen die Tabellen nicht mehr angebracht werden.

Goldschau, den 2. März 1833.

Das Patrimonialgericht.  
Arnold.

Personal-Chronik.

Als Pfarrer sind neu angestellt nachstehend genannte Candidaten des Pre. Nr. 104. digtamts:

- 1) Adolph Timotheus Wislicenus, als Pfarrer in Bedra, Ephorie Freiburg;
- 2) Klammer Heinrich Anton Franz, als Pfarrer in Schochwitz, Ephorie Gerbstädt.

Weiter befördert ist:

der Diaconus in Seyda, Ambrosius Ziegler, als Pfarrer in Westa, Ephorie Merseburg.

Als Schullehrer sind weiter befördert:

- 1) der Kinderlehrer in Propstzhain, Friedrich Wilhelm Lucas, als Schulmeister und Rüster zu Propstzhain, Ephorie Torgau;
- 2) der Schulmeister zu Liederstädt, Christian Gottfried Schmidt, als Schulmeister und Rüster in Hergisdorf, Ephorie Mannsfeld;
- 3) der Lehrer an der Bürgerschule in Merseburg, Johann Gottfried Pösch, als erster Baccalaureus und dritter Lehrer an der Knabenschule in Weissenfels;
- 4) der Kinderlehrer in Prestewitz, Johann Gottlob Frigische, als Schulmeister und Rüster in Knippelsdorf, Ephorie Herzberg;
- 5) der Schulmeister zu Abberode, Johann Friedrich August Ulrich, als Schulmeister und Rüster substit. in Quenstädt, Ephorie Ermsleben;
- 6) der Hülfslehrer an der Seminarschule in Weissenfels, Karl August Siegmund, als Rector an der Stadtschule in Belgern.

Merseburg, den 26. Februar 1833.

Nr. 105.

# N a c h w e i s u n g

d e r

im Monate Februar 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden.  
 den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
 in gleichen der Rauch-Forage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartof- feln	Brant- wein	Rauchfutter.												
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbfen		Linsen		Heu		Stroh																
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel								à Cent.		à Schod.										
	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.			tbl	fg.	pf.										
1	Merseburg	1	15	5	1	6	4	—	27	7	—	23	2	—	—	120	—	2	10	—	—	20	—	5	—	1	10	—	5	15	—		
2	Halle	1	11	6	1	5	6	—	26	6	—	22	3	5	15	—	125	—	2	5	—	—	20	—	4	3	1	7	6	7	—		
5	Naumburg	1	15	10	1	4	3	—	24	4	—	19	7	4	20	—	125	—	2	—	—	—	17	6	6	—	1	8	4	4	20	—	
4	Torgau	1	18	—	1	11	—	—	1	1	—	—	25	—	4	10	—	2	—	—	—	—	15	—	4	—	—	1	10	—	5	—	
5	Wittenberg	1	19	5	1	7	6	—	1	2	10	—	27	6	—	—	—	—	—	—	—	—	17	6	4	5	—	—	—	6	—	—	
6	Eisleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
7	Zeitz	1	15	—	1	18	9	—	25	—	—	21	5	3	10	—	110	—	2	—	—	—	18	9	5	—	—	1	15	—	5	—	—
8	Quersurth	1	15	—	1	7	6	—	27	6	—	23	9	4	5	—	115	—	1	15	—	—	20	—	5	—	—	1	10	—	4	—	—
9	Wittenfeld	1	15	6	1	6	3	—	26	9	—	24	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	1	—	5	—	—	—

Merseburg, den 4. März 1833.

K ö n i g l i c h   P r e u ß i s c h e   R e g i e r u n g .

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
10. Stüd.

Ausgegeben zu Merseburg den 23. März 1833.

Durch eine Verfügung der dem Censurwesen vorgesetzten Königl. Ministerien ist an die Stelle des verstorbenen Bischofs Westermeyer der Consistorialrath, Probst Gerrenner, definitiv zum Censor der theologischen Schriften, so wie der Consistorialrath, D. Junk, zu dessen Stellvertreter und der Director der höheren Töchterschule, D. Sidel, zum Stellvertreter des Censors für politische und belletristische Schriften, Magistrats-Secretair Verloff für Krankheits- und sonstige Behinderungsfälle ernannt worden.

Nr. 106.  
Censurwesen  
betr.

Magdeburg, den 8. März 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Kiewitz.

Nachdem durch den Ausbruch der Cholera in mehreren Provinzen des Preussischen Staats im Jahre 1831 der Anfang des Lehrgangs der unteren Klasse des Königl. Gewerbe-Instituts zu Berlin verlegt werden mußte, bringen wir gegenwärtig zur Kenntniß des Publikums, daß wiederum am 1. October d. J. ein neuer Lehrgang bei diesem Institute beginnen wird, an welchem aus dem hiesigen Regierungsbezirke ein Zögling auf Königl. Kosten Theil nehmen kann. Zum Genusse dieser Begünstigung dürfen jedoch nur junge nicht unter 18 Jahr alte Individuen, welche bei einem Handwerke bereits den Gesellengrad erlangt haben, und besondere, einer weitem Ausbildung werthe, und dem Zwecke der Aufzuehrung des Staats entsprechende Fähigkeiten entwickeln, vorgeschlagen werden. Die Aeltern oder Vormünder solcher jungen Leute haben den deshalb einzureichenden Gesuchen,

Nr. 107.  
Die Aufnahme  
von Zöglingen  
in das Königl.  
Gewerbe-In-  
stitut in Ber-  
lin betr.

- 1) ein Taufzeugniß,
  - 2) ein Zeugniß der Schule, welche der junge Mann besucht, oder der Lehrer, deren Unterricht er genossen hat,
  - 3) einige von ihm selbst gefertigte und eigenhändig niedergeschriebene Aufsätze,
  - 4) Proben seines Kunstfleißes, als Zeichnungen, Stiffe u. dergl., nicht minder Auflösungen arithmetischer, in sein Fach einschlagender Aufgaben,
  - 5) ein Zeugniß des Vorgesprechens von demjenigen Handwerke, bei welchem er die Lehrjahre bestanden hat, und endlich
  - 6) ein Zeugniß der Ortsbehörde über seine zeitherige Aufführung
- beizufügen und diese Gesuche spätestens bis zum  
Ersten Julius dieses Jahres  
der landrätthlichen Behörde ihres Kreises einzusenden.

Die landrätthlichen Aemter fordern wir hierdurch zugleich auf, die desfalligen Gesuche anzunehmen und dieselben mittelst gutachtlichen Berichts so zeitig an uns abzusenden, daß sie spätestens am 15. Julius d. J. hier eintreffen. Alle nach diesem Tage hier eingehenden Anträge, der vorbemerkten Art, können für das laufende Jahr nicht berücksichtigt werden.

Merseburg, den 8. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 108.

Angebl. vermiste Staats-  
schuldsscheine  
bezt.

Nachstehendes:

In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1819. §. 6. (Gesetzsammlung Nr. 549.) wird hiermit bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des zu Wendisch-Wiepersdorf bei Dahme verstorbenen Gemeindefürsten, Hans George Lorenz, folgende Staatsschuldsscheine, als:

Nr. 38,342.	Lit. E.	über 100 Thaler,
„ 81,333.	„ I.	„ 100 „
„ 99,151.	„ C.	„ 100 „
„ 55,530.	„ Q.	„ 50 „

angeblich vermisst worden sind.

Es werden daher diejenigen, welche sich jetzt im Besitz der oben bezeichneten Documente befinden, hiermit aufgefodert, solches der unterzeichneten Controлле der Staatspapiere oder dem Freiherrlich von Senfferlitzschen Patrimonialgericht über Ah'dorf zu Dahme anzuzeigen, widrigenfalls die gerichtliche Amortisation derselben eingeleitet werden wird.

Berlin, den 9. Februar 1833.

Königliche Controлле der Staatspapiere.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 15. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 109.

Verunreinigung des  
Branntweins und Vergif-  
tung des  
Brennenswassers durch  
Kupfer bezt.

Der Fall einer Verunreinigung des Kartoffelbranntweins im Kreise Düren durch Kupfer und einer Vergiftung des Brunnenswassers zu Malmédy durch dasselbe Metall, hat nachstehendes Gutachten der Königl. wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen zu Berlin vom 20. Juli v. J. veranlaßt, das wir zu allgemeiner Kenntniß zu bringen, für nützlich erachten.

Merseburg, den 14. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Ad 1. Nicht allein der Kartoffelbranntwein, sondern auch der aus Getreide erscheinenden Kupferhaltig und dadurch giftig, wenn sie nach gewöhnlicher Art destillirt worden, weil die Maische von beiden freie Essigsäure und Fuselöl enthält, die beide ausübend auf das Kupfer einwirken. Kommt die Maische auf die Lutterblase und der Lutter auf die Weinblase, so lösen beide noch Kupfer auf und färben das Destillat oft blaugrün. Liegt ein solcher Branntwein lange auf Lagerfässern, bevor er genossen wird, so lagert sich am Boden desselben eine grüne schmierige Sub-



stanz, eine Art von Kupferseife, ab. Das Verzinnen der Helme und Kühlröhren ist von keinem sonderlichen Nutzen. Die Verzinnung löset sich bald ab, weil unter Mitwirkung der Säure und des Zells im Brantwein ein electrochemischer Proceß erfolgt, welcher die Oxydation und Auslösung von Zinn begünstigt. Das einzige Mittel, um die Verunreinigung des Brantweins durch Kupfer zu vermeiden, wenn aus gewöhnlichen Geräthen destillirt wird, besteht darin, den Lutter, wenn er auf die Blase kommt, für jedes Quart berechnet, vier Loth Holzasche oder ein Loth Potasche zuzusetzen. Hierdurch wird Säure so wie Del gebunden und zurückgehalten, und der Brantwein geht klar und kupferfrei über. Ad 2. Daß die in Rede stehende statt gesunde Vergiftung des Brunnenwassers zu Malmedy durch den mit Kupferblech unter Mitwirkung von Talg ausgebeßerten Pumpenstempel bewirkt worden ist, leidet gar keinen Zweifel, weil Kupfer unter Mitwirkung von Fettigkeit leicht oxydirt und in Wasser lösbares essigsaures Kupfer erzeugen kann.

Die von dem Wasserbauinspector R. empfohlene Armirung der kupfernen Pumpenkolben mit Zinkstreifen ist eben so unzulässig, da das Zink in der Berührung einen electrochemischen Proceß veranlassen kann, wodurch das Kupfer von neuem aufgelöst wird, und aufs neue das Wasser vergiftet werden kann. Bloßes Kupfer wird immer weniger schädlich seyn, nur muß dabei statt des Talgs Harz oder Wachs gebraucht werden.

Berlin, den 20. Juli 1832.

Königl. wissenschaftliche Deputation für das Medicinalwesen.

Das Königl. Hohe Ministerium der Geistlichen u. Angelegenheiten hat zum Wiederaufbau der im vorigen Jahre abgebrannten Schulgebäude in Grauingen, Kreis des Gardelegen, eine Collecte in den evangelischen Kirchen der Provinz Sachsen, Be-  
hufs der Unterstützung der armen Gemeinde, welche das Schulhaus allein wieder her-  
zustellen, und bei dem zur Nachtzeit ausgebrochenen Brande den größten Theil der  
beweglichen Habe, des Viehstandes und der Wirtschaftsvorräthe, neben Verlust von  
7 Acker- und 8 Kossäthenhöfen eingebüßt hat, bewilligt.

Nr. 110.  
Evangelische  
Kirchencollecte  
zum Wieder-  
aufbau der  
Schule in  
Grauingen.

Die evangelischen Herren Geistlichen unsers Regierungsbezirks haben an einem geeigneten Sonntage eine Collecte in den Kirchen zu obigem Zwecke zu veranstalten, die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenten einzusenden, letztere haben diese Beiträge mittelst Verzeichnisses, oder geht nichts ein, einen Vacatschein an die Haupt-Institutionen-Kasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Vacatscheins aber bei uns einzureichen. Mit Ende Mai c. wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 14. März 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen-  
und Schulwesen.

Sammtliche Gerichtsbehörden unsers Departements, welche uns nach Vorschrift  
der Verordnung des Hochlöblichen Oberlandesgerichts in Raumburg vom 23. Juni

Nr. 111.  
Die Church

gung der Ver- 1829. (Seite 310. des Amtsblatts für 1829.) Anzeigen von allen zu ihrer Kenntniß  
fügveränder- kommenden Besitzveränderungen laudemialspflichtiger Erbzins- und Erbpachtgrund-  
rungsanzeigen stücke zu machen haben; werden hierdurch Befuß der Vereinfachung des Geschäftes  
Seitens der betriebs erfucht, diese Anzeigen in vierteljährig einzureichende tabellarische Nachwei-  
Gerichtsbehör- sungen zusammenzufassen. Ausnahmeweise kann indessen die Einreichung dieser Nach-  
den best. weisungen auch hin und wieder monateweise statt finden, wenn sich die Besitzverän-  
derungen, obenerwähnter Art, ungewöhnlich häufen sollten.

Merseburg, den 13. März 1833.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 112. Von nachstehenden einzelnen Grundstücken sind nunmehr die, sämtliche drei  
Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen fertig geworden, als:

I. im Gerichtsamtsbezirke Torgau: 1) der sogenannten Alltags- oder Klosterkirche  
Nr. 443. Cat.; 2) der Stadtschreibereiwohnung Nr. 444. Cat.; 3) den alten  
Schulgebäuden Nr. 445. Cat.; 4) den Topfhammern Nr. 446. Cat.

II. im Gerichtsamtsbezirke Schildau: 5) dem Gemeindehause in Staupitz Nr. 29. Cat.

III. im Gerichtsamtsbezirke Schweinig: 6) der Befigung Nr. 21. in Mönchenhöfen.  
Dies machen wir in Gemäßheit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 5. April  
1824 (Gesetzsammlung von 1824. pag. 78.) den Interessenten mit der Aufforderung  
bekannt, gedachte Tabellen in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Juni d. J. in unserer  
Hypothekenregistratur einzusehen und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen vorzubrin-  
gen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser Frist keine Erinnerungen mehr  
berücksichtigt werden können.

Torgau, den 7. März 1833.

Rönlgl. Preussisches Landgericht.

Nr. 113. Daß das Hypothekenbuch über die sämtlichen hiesigen und Pausnizer  
geschlossenen Grundstücke vollendet ist; solches wird andurch mit dem Bemerken zu  
öffentlichem Kenntniß gebracht; daß hinsichtlich dieser Immobilien der Erwerb neuer  
Hypothekenrechte nunmehr lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Land-  
rechts und der Proceß- und Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Leßnig, den 7. März 1833.

Das von Wilschesche Patrimonialgericht.

T r i e b e l.

Nr. 114. Dem Geheimen Postrath Pistor in Berlin ist unter dem 11. Februar 1833  
ein vom Tage der Ausfertigung Acht hinter einander folgende Jahre und für  
den ganzen Umfang des Preussischen Staats gültiges Patent:

auf eine, für neu und eigenthümlich anerkannte Construction eines Dop-  
pel- oder zweiten Resonanz-Bodens aus harten Holzarten, bei Piano-  
forte's jeder Form,  
ertheilt worden.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

11. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 30. März 1833.

- Das 3te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1411.** Allerhöchste Kabinetsorder vom 27. October 1832, wegen Verleihung und Einführung der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 in der Stadt Lissa.
- Nr. 1412.** Allerhöchste Kabinetsorder vom 12. Jan. 1833, wonach Gewerbscheine zum Auffuchen von Bestellungen auf Edelsteine und edle Fossilien, als Achate, Karneole &c. oder auf Quincailerie-Waaren, deren Hauptwerth in solchen Steinen besteht, nicht ferner ertheilt werden sollen.
- Nr. 1413.** Allerhöchste Kabinetsorder vom 17. Februar 1833, betreffend die Anwenbarkeit der Verordnung vom 8. August 1832 (Gesefsammlung Nr. 1382.) in der Provinz Preußen.
- Nr. 1414.** Allerhöchste Kabinetsorder vom 25. Februar 1833, wegen Unzulässigkeit der freiwilligen Prorogation des Gerichtsstandes in Ehescheidungsachen.

**Nr. 115.**

### V e r z e i c h n i s s

der Vorlesungen bei der Königl. medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt zu Magdeburg für das Sommer-Semester 1833.

**Herr Regierungs-Medicinalrath Dr. Andrea** wird **Mittwochs** und **Sonabends** von 3—5 Uhr die allgemeine Pathologie und Semiotik vortragen; **Montags**, **Dienstags**, **Donnerstags** und **Freitags** von 4—5 Uhr die in dem laufenden Winter-Semester begonnenen Vorlesungen über die Therapie fortsetzen und beendigen, hiermit auch eine Anleitung in der bei plöglicher Lebensgefahr zu leistenden Hülfe verbinden; **Montags** und **Donnerstags** wird derselbe von 5—6 Uhr poliklinischen Unterricht in der Behandlung der Augenkrankheiten ertheilen.

**Herr Medicinalrath Dr. Brüggemann** wird **Dienstags** und **Freitags** von 4—5 Uhr die Osteologie und Synthesmologie, und **Mittwochs** und **Sonabends** von 3 bis 5 Uhr die pathologische Anatomie vortragen.

**Herr Medicinalrath Dr. Dohlfhoff** wird **Montags**, **Dienstags**, **Donnerstags** und **Freitags** von 5—6 Uhr den zweiten Theil der speciellen Chirurgie vortragen und täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 12—1 Uhr den chirurgisch-klinischen Unterricht im allgemeinen Stadtfrankenhaus ertheilen.

**Nr. 116.**

Die Vorlesungen bei der Königl. medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt zu Magdeburg betr.

- Herr Medicinalrath Dr. Friße wird Montags, Dienstags und Donnerstags von 3 bis 4 Uhr und Freitags von 2—4 Uhr über die *Materia medica* und das Formulare Vorlesungen halten.
- Herr Medicinal-Assessor Michaelis wird Montags, Donnerstags und Freitags von 8—9 Uhr in dem Vortrage über die *Encyclopädie der Naturwissenschaften* fortfahren und denselben beendigen.
- Herr Kreisphysikus Dr. Riemeyer wird die medicinisch-klinischen Uebungen täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 11—12 Uhr leiten; Mittwochs von 4—6 Uhr und Sonnabends von 4—5 Uhr die gerichtliche und Kriegsarzneikunde vortragen, und in noch festzusetzenden Stunden practische Anleitung in der Verrichtung legaler Obductionen geben.
- Herr Professor Dr. Scheibler wird Mittwochs und Sonnabends von 5—7 Uhr Anleitung in dem chirurgischen Verbande geben; Montags und Donnerstags von 2—3 Uhr die Lehre von den Knochenbrüchen und Verrenkungen vortragen und in noch näher zu bestimmenden Stunden die Uebungen in der Verrichtung der chirurgischen Operationen am Kadaver leiten.
- Herr Dr. Voigtel jun. wird Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags früh von 7—8 Uhr die Geburtshülfe theoretisch und practisch lehren.
- Herr Prediger Dr. Jengsch wird Dienstags, Mittwochs und Donnerstags von 11 bis 12 Uhr die Uebungen in der lateinischen Sprache und in der Anfertigung deutscher Aufsätze leiten.
- Herr Dr. Faber wird Montags, Mittwochs und Freitags von 7—8 Uhr über die allgemeine Pathologie und Semiotik und Dienstags und Donnerstags von 8—9 Uhr über specielle Therapie Repetition halten.
- Herr Dr. Schulze wird Dienstags und Donnerstags, Morgens von 6—7 Uhr, die *Encyclopädie der Naturwissenschaften*, Dienstags und Donnerstags von 7 bis 8 Uhr die *Materia medica*, Mittwochs und Freitags von 8—9 Uhr die pathologische Anatomie und Sonnabends Morgens von 6—8 Uhr die gerichtliche und Kriegsarzneikunde repetiren.
- Herr Barges, Wundarzt erster Klasse, wird Montags, Mittwochs und Freitags, früh von 6—7 Uhr, die Chirurgie, Sonnabends früh von 6—8 Uhr die Bandagenlehre, an demselben Tage von 8—9 Uhr die Lehre von den Verrenkungen und Knochenbrüchen, Dienstags und Donnerstags von 6—7 Uhr die Geburtshülfe und Montags und Donnerstags von 4—5 Uhr die Osteologie und Synonymologie repetiren.
- Außerordentliche Zöglinge, d. h. solche, welche ihre anderweitig bereits erlangten medicinisch-chirurgischen Kenntnisse durch den Besuch einzelner Vorlesungen zu vervollständigen wünschen, haben sich mit den erforderlichen Zeugnissen versehen, spätestens bis zum 18. April c. bei dem Regierungs-Medicinalrath Dr. André zu melden. Die Aufnahme ordentlicher Zöglinge ist erst mit dem Beginn eines neuen Cursums in dem bevorstehenden Herbst wiederum statthaft.
- Die Vorlesungen nehmen mit dem 22. April c. ihren Anfang.

Vorstehendes Verzeichniß der Vorlesungen bei der Königl. medicinisch- chirurgischen Lehranstalt zu Magdeburg wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 13. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bei allen Königl. Preuß. Haupt-Post-Ämtern werden jetzt, unter Aufsicht geeigneter Uhrmacher, Normal-Uhren gehalten und stets nach der mittlern Zeit gestellt; auch führen die Postillons der Reit- und Schnellposten verschlossene Uhren bei sich, welche mit der Normal-Uhr übereinstimmen, und auf jeder Station von dem Postmeister, Behufs der Stellung der dortigen Uhr, nachgesehen werden müssen.

Es bietet sich hierin ein geeignetes Mittel dar, den lange beabsichtigten Zweck, den Gang der öffentlichen Uhren möglichst in Uebereinstimmung zu bringen, fast ganz zu erreichen. Wir weisen daher, zufolge Höherer Veranlassung, die Herrn Landräthe und Ortspolizei- Behörden hiermit an, mit Strenge darauf zu halten, daß die öffentlichen Uhren an Orten, wo Postnormal-Uhren sich befinden, nach diesen, an den übrigen Stationsorten aber nach den Uhren der Postmeister gestellt werden.

Bernachlässigungen dieser Vorschrift werden wir auf jeden Fall ahnden.

Merseburg, den 16. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Zur Beseitigung einiger Zweifel hinsichtlich der Unterscheidung zwischen den in Klasse B. der Gewerbesteuer zu besteuern den Händlern und Verfertigern von Waaren auf den Kauf, und den in Klasse H. zu veranlagenden Handwerkern hat der Herr Generaldirector der Steuern mittelst Rescripts vom 18. Februar c. bestimmt, daß nachstehende Gewerbetreibende

in Klasse B. als Händler:

Agenten, (sofern es nicht vereidete Mäkler sind, als welche in Klasse A. gehören; Auctions-Commissarien; Chocoladenmacher; Commissionaire; Destillateur; Dintenfabrikanten; Essigbrauer; Farbenmacher; Federposenbereiter; Gypsbranner; Hölzer; Händler aller Art, sofern ihnen nicht den Gesetzen oder Statuten nach kaufmännische Rechte beizumohnen; Kaldbrenner; Kiechöfener; Kobleneschweler; Lieferanten; Lichtzieher; Lotterie-Collecteurs; Mostschiffabrikanten; Oblatenmacher; Oelpresser; Oelraffinierer; Oelschläger; Oelsieder; Papierfabrikanten; Parfumeurs; Pächter kleiner Rugungen, (nach dem Gesetze); Pfandleiher; Pechsieder; Seifensieder; Siegeladfabrikanten; Stiefelwischfabrikanten; Stärkemacher; Syrupfabrikanten; Theerschweler; Trödler; Viehmäster; Wachsbleicher; Wechsel, (sofern sie nicht in Klasse A. gehören);

in Klasse II. als Handwerker:

Appreteur; Bleicher, (excl. Wachsbleicher); Blattbinder; Bleistiftfabrikanten; Bohrmacher; Böttcher aller Art; Brillenmacher; Brunnenmacher; Buchdrucker, (sofern er nicht kaufmännische Rechte hat); Buchbinder; Büchsenmacher; Wurstbinder; Dachdecker, incl. Schieferdecker; Dammseger; Darmsaitenspinner; Drahtzieher; Drechsler in Holz, Horn &c.; Eisengießer; Färber; Feilenhauer; Fernen-

Nr. 117.

Das Stellen der öffentlichen Uhren nach den Postnormal-Uhren.

Nr. 118.

Die Unterscheidung zwischen den Gewerbetreibenden in Klassen B. und II. in Ansehung der Händler und Verfertiger von Waaren auf den Kauf und der Handwerker betr.

Stecher; Futteralmacher; Gelfgießer; Gerber aller Art; Glaser; Goldschmiede, (incl. Neusilberfabrikanten, Plattier-Fabrikanten u. s. w.); Goldschläger; Grüz-  
macher, (sofern sie nicht zu den Müllern gehören); Glodengießer; Gürtler; Hand-  
schuhmacher; Holzarbeiter; Holzschuhmacher; Hedeilmacher; Hutmacher; Kamm-  
macher; Kattundrucker; Klempner; Knopfmacher; Korbmacher; Kürschner; Loh-  
müller; Lackirer; Mangel; Maschinenbauer; Mühlenbauer; Maurer; Meda-  
nister; Mollenbauer; Mühenmacher; Nadler; Optici; Orgelbauer; Pantienen-  
macher; Pantoffelmacher; Perückenmacher; Petschierstecher; Ppropfenschneider;  
Pappmacher; Posamentirer; Riemer; Röhrmacher; Sattler; Schmiede aller Art  
und in allen Metallen; Schlosser; Schiffbauer; Schleifer; Schneider; Schorn-  
steinfeger; Schuhmacher; Seiler; Siebmacher; Spizennmacher; Sporer; Stein-  
metz; Steindrucker; Steinschleifer; Stellmacher; Stubenmahler; Stuhlmacher;  
Spinnhalter; Tabackspinner; Tapezirer; Tischler; Töpfer; Tuchscheerer; Uhr-  
macher; Weber und Wörker aller Art, incl. Bandmacher; Walker; Zimmermann;  
Zinngießer; Zwirnmacher,

zu besteuern sind. In dem wir die Aufnahmebehörden anweisen, für die Folge bei  
der Veranlagung der Gewerbetreibenden hiernach zu verfahren, bemerken wir zu-  
gleich, daß alle früheren anderweiten Classification's-Bestimmungen für die Klassen  
B. und H. als aufgehoben zu betrachten sind.

Merseburg, den 16. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 119.

Wir machen hierdurch bekannt, daß von den geschlossenen Grundstücken der Dör-  
fer Gollm und Grabshüz im Gerichtsamtsbezirke Landeberg, ferner des Dorfes  
Gnieß im Gerichtsamtsbezirke Kemberg und der Dorfschaften Priester, Liemehna,  
Wöllmen, Schelmüz und Perisch im Gerichtsamtsbezirk Eilenburg, die Hypothe-  
kenbücher vollendet, und an die betreffenden Gerichtsämter zur weiteren Fortführung  
abgegeben worden sind; ferner daß das Hypothekenbuch von der bei dem Dorfe Präh-  
litz, unter dem Gerichtsamte für den hiesigen Landbezirk gelegenen Papiermühle, die  
sogenannte rothe Mühle ebenfalls vollendet worden, und der Erwerb neuer Hypo-  
thekenrechte, hinsichtlich der vorgenannten Realitäten, lediglich nach den Vorschriften  
des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 5. März 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

### Personal-Chronik.

Nr. 120.

Der emeritirte Pfarrer zu Reideburg, Erste Ephorie Halle, Christian Heinrich  
Ludwig Schmidt, ist am 2. März c. im 77sten Lebensjahre gestorben.

Nr. 121.

Der bisherige Pfarrer in Morl, Zweite Ephorie Halle, Johann August Wal-  
ther, ist am 8. März c. im 75sten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 14. März 1833.

— 63 —

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

12. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 6. April 1833.

Die seit dem Jahre 1826 bestehende Königliche Gewerbeschule in Raumburg **Nr. 122.**  
beginnt

Die Königliche  
Provinzial-  
Gewerbeschule  
in Raumburg  
betr.

mit dem Ersten Mai dieses Jahres

ihren neuen Lehrkursus. Wir machen dies hierdurch bekannt, mit der Bemerkung, daß die Anmeldung zur Aufnahme in diese Anstalt spätestens acht Tage vor Anfang des Cursums bei dem Vorstande derselben und bei den beiden Lehrern, Herrn zc. Hertel und D. Messerschmidt, erfolgen, und daß mit derselben ein Schulzeugniß, ein Confirmationszeugniß und ein Attest über unbescholtenen Lebenswandel vorgelegt werden muß. Ueber das Schulgeld, welches von jetzt an, für wöchentlich 36 Lehrstunden in den Sommer- und 30 in den Wintermonaten, auf zwölf Thaler jährlich festgesetzt worden ist, so wie über die übrigen Verhältnisse, den Unterricht, die Wohnung, die Kost u. dgl. *hottreffend*, wird der vorbenannte erste Lehrer, Herr zc. Hertel, weitere Auskunft erteilen.

Da hiernächst zu bemerken gewesen, daß die Einrichtung der Gewerbeschule, ungeachtet der darüber mehrmals, namentlich in dem Amtsblatte 1830, St. 9, Seite 60, und durch die Kreisblätter erschienenen Nachrichten, noch immer denjenigen Einwohnern unsers Bezirkes nicht genugsam bekannt ist, welchen jene Anstalt für ihre Söhne, zur bessern und schwungbaster Betreibung ihrer Gewerbe, den nächsten und vorzüglichsten Vortheil gewähren könnte; so verweisen wir hiermit nochmals ausdrücklich auf die genannte Bekanntmachung, und erinnern dabei, daß die Gewerbeschule zu Raumburg nicht bloß dem Baugewerken, sondern auch jedem Fabrikanten, Mechanikus, Färber, Wirker, Landwirth zc., kurz Jedem, der für sein Geschäft des Zeichnens und der mathematischen und Naturwissenschaften bedarf, die angemessene gründliche Vorbereitung erteilt, auch der Lehrplan derselben neuerdings noch vervollständigt worden ist. Zugleich fordern wir die Magisträte in den Städten der vormal's Sächsischen Kreise unsers Bezirkes hierdurch auf, diejenigen Mitglieder ihrer Collegien, welche den Versammlungen der Innungen an ihrem Orte beizuwohnen haben, zu veranlassen, daß sie diese und andere Gelegenheiten benutzen, um den Gewerbetreibenden die hohe Möglichkeit einer Gewerbeschule deutlich und anschaulich auseinander zu setzen.

Merseburg, den 25. März 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

**Kr. 123.**

Erläuterungen  
an bestehende  
Vorschriften in  
Bezug auf  
Apotheken-  
Wesensformen.

Nach der voriges Jahr beendigten vierten General-Revision der Apotheken im Regierungsbezirk sind wir uns veranlaßt, auf gleiche Weise, als es in unserm Er-  
laß vom 12. December 1828 geschehen ist, (Amtsbl. Nr. 151. g. J.) an einige Vor-  
schriften der Apothekenordnung unter Berücksichtigung nachträglicher gesetzlicher Be-  
stimmungen noch besonders zu erinnern:

1) Die Apothekergehülften und Lehrlinge haben bei der Revision der Apotheken die erhaltenen Physicats-Atteste bei ihrer Aufnahme als Lehrlinge und ihrem Ueber-  
gang in den Stand der Gehülften jedes Mal vorzulegen. Die Atteste der Apotheken-  
Inhaber über die Lehr- und Servierzeit müssen nach Ministerieller Vorschrift vom  
4. April 1823. (Amtsbl. Nr. 84. g. J.) von den Kreis-Physicis zugleich gehörig mit  
gezeichnet seyn.

2) Die auf die vorleszte Revision erhaltene Verfügung ist aufzubewahren, damit  
sie bei der Revision nachgesehen werden könne, und ein neuer Eigenthümer hat sie sich  
daher von seinem Vorgänger ausliefern zu lassen.

3) Es dürfen in keiner Apotheke mehr Lehrlinge als Gehülften gehalten werden,  
und gar kein Lehrling ohne Gehülften, es sey dann eine bei uns nachgesuchte und er-  
theilte Erlaubniß zur Annahme eines Lehrlings ohne gleichzeitige Haltung eines Ge-  
hülften vorzuweisen.

4) Die Revisoren haben die bei den Mitteln in der Series medicaminum gemach-  
ten Ausstellungen während der Revisions-Verhandlung oder nach dem Schluß dersel-  
ben der Revisions-Commission vorzulegen, damit die Unterschrift unter derselben ver-  
bindend erfolgen könne.

5) Die heftig wirkenden Arzneien müssen in besondern Vorschriften aufgestellt  
werden, um die Gelegenheit zu Mißgriffen zu verhüten.

6) Der Giftschrank ist streng nach der Vorschrift einzurichten. Bekommt die  
Apotheke einen andern Besitzer, so muß er sich die gesammelten Giftscheine von dem  
vorigen ausliefern lassen.

7) Ungerechtes Gewicht darf auch unter dem Vorwande, daß es allein zum Tari-  
ren gebraucht werde, nicht weiter in den Officinen vorrätzig seyn, und wird entgegen-  
gesetzten Falls nach §. 12. der Maaß- und Gewichtsordnung vom 16. Mai 1816 der  
Contravenient in Strafe verfallen.

8) In das Defectbuch sind künftig auch die aus chemischen Fabriken bezogenen  
Präparate einzutragen.

9) Was die einzelnen Mittel betrifft, so sind bei dem Einkauf der China regia  
die Kennzeichen derselben, wie sie die Pharmacopoea editio quarta angiebt, mehr, als  
von einigen geschehen ist, zu beachten.

Merseburg, den 27. März 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung des Innern.

**Kr. 124.**

Das Verfab-  
ren bei der An-  
nahme und  
Verabfolgung

Im Verfolg der Anordnung des §. 10. der Verordnung über das Verfahren bei  
Abschätzung der Inventariatsstücke verpachteter Landgüter vom 16. Juni v. J. (Amts-  
blatt vom 1832. Stüd 41. Nr. 486.) bringen wir hierdurch folgende Bestimmungen  
über die Annahme und Vereidigung der Revisoren zur Kenntniß des Publikums:



§. 1.

der Kreisstar-  
kassen betr.

Landwirthe, welche als Sachverständige bei Abschätzung von Pachtinventariens-  
tücken zugezogen und zu diesem Zwecke ein für allemal vereidigt zu werden wün-  
schen, haben sich mit ihrem desfallsigen Gesuche an den Landrath des Kreises zu wen-  
den und darin neben einer kurzen Darstellung ihrer früheren und gegenwärtigen Le-  
bensverhältnisse speciell aufzuführen, bei welchen Geschäften und von welchen Behör-  
den sie bisher als Sachverständige zugezogen worden seyen.

§. 2.

Findet der Landrath das Gesuch entweder sogleich oder in Folge der von ihm  
anzustellenden Erkundigungen über den Wittsteller und dessen Qualification, unzulä-  
ssig, so bescheidet er denselben abschläglic ohne Anführung der gegen das Gesuch spre-  
chenden Gründe. Im entgegengesetzten Falle erstattet der Landrath an die unterzeich-  
nete Königl. Regierung unter Einreichung der eingezogenen Nachrichten über den Witt-  
steller gutachtlichen Bericht.

§. 3.

Wird dem Antrage gewillfahrt, so requirirt der Landrath das Gerichtsamt, in  
dessen Bezirk der zu verpflichtende Sachverständige seinen Sitz hat, oder nach Um-  
ständen auch ein anderes Gericht um die Vereidigung, und setzt davon den zu Ver-  
pflichtenden in Kenntniß.

§. 4.

Der Eid, welchen das requirirte Gericht auf vorgängige Vorhaltung bei Dienst-  
eiden abzunehmen hat, soll folgendermaßen lauten:

Ich — schwöre:

daß ich, nachdem ich zum landwirthschaftlichen Sachverständigen und besonders  
zum Taxator der Pachtinventariensstücke angestellt worden bin, Sr. Königl.  
Majestät, meinem allergnädigsten Herrn treu und gehorsam seyn, alle mir,  
vermöge dieser meiner Function obliegenden Pflichten, treu, genau und gewis-  
senhaft erfüllen; und insbesondere nach der wegen Abschätzung der Inventa-  
riensstücke verpachteter Landgüter ergangenen Verordnung vom 16. Juni 1832  
pünktlich mich achten, auch mich davon durch kein Ansehen der Person, keinen  
Vortheil, keine Leidenchaften oder andere Nebenabsichten abhalten lassen will.

Insbefondere gelobe ich, daß ich über alle zur Landwirthschaft gehdrige,  
oder auf einige Weise dazu zurechnende Gegenstände nach meiner erlangten  
Kenntniß und Erfahrung treu und aufrichtig, auch Niemanden zu Liebe oder  
zu Leide mein Gutachten abgeben, namentlich aber bei aller Abschätzung von  
Pachtinventariensstücken, zu welchen ich als Taxator werde zugezogen werden,  
von allem, was mir zu taxiren wird vorgelegt werden, den wahren, eigent-  
lichen Werth, so viel ich nach meinem besten Wissen und Gewissen davon ein-  
sehe, verstehe und glaube, jederzeit angeben, auch wenn künftig eine Taxor-  
dnung eingeführt werden sollte, mich genau darnach achten, und solches Alles  
nicht unterlassen will, weder aus Feindschaft, Freundschaft, Furcht, Haß oder  
Neid, noch um Gunst, Geschenke, Lohn oder Gaben willen, noch aus Hoff-

nung irgend eines Gewinnes oder Vortheils, oder aus irgend einer andern Ursache.

Endlich schwöre ich in allen Fällen, wo es erfordert wird, strenge Verschwiegenheit zu beobachten, und mich in allen Stücken so zu verhalten, wie es einem rechtschaffenen Kreisrath wohl ansteht und gebühret.

So wahr mir 11.

§. 5.

Von der über diese Vereidigung aufgenommenen Verhandlung hat das Gericht dem Landrathe eine Ausfertigung zu übersenden, welche der Landrath der unterzeichneten Königl. Regierung einreicht.

§. 6.

Die Königl. Regierung ertheilt demnächst dem nunmehrigen Kreisrath ein Anerkenntniß über die gehörig erfolgte Vereidigung und bringt dessen Annahme als Kreisrath durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 15. Februar 1833.

Raumburg, den 1. März 1833.

Königliche Regierung.

Das Königl. Oberlandesgericht  
von Sachsen.

Nr. 125.

Auf dem Etat der Erfurter Provinzialschulden befinden sich zwei Posten von 100 Thlr. zu 5 Procent und 218 Thlr. 18 gGr. zu 4 Procent verzinslich, welche einem früher in Erfurt verwalteten Friederichschen Familienspendien-Fonds gehören.

Die Familienspendien-Urkunde hierüber hat sich nicht aufgefunden, und es ist weiter nichts ermittelt worden, als daß ein Bericht der vormaligen Erfurter Universität vom 10. Februar 1706 über deren Einkünfte und die zum Besten der Universität bestehende Foundationen die Worte enthält:

„Ferner hat 14. Augustinus Friederici anno 1625. pro Familia und nach deren Abgang vor eines katholischen Bürgers Sohn 363 fl. 6 Gr. Capital, das jährlich mit 15 fl. 11 Gr. verzinst wird, geordnet. Patronus ist Johann Lambertus Pfügenreiter und dessen Sohn Präsentatus.“

Zur Collation hat sich der Pfarrer Edler zu Witterda als angeblicher Familien-Ältester, zur Perception der Studiosus theologiae Anton Wilhelm Trinkler gemeldet, aber nicht legitimirt.

Es wird daher diese Lage der Sache hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und werden dem gemäß alle diejenigen, welche zu der betreffenden Familie gehören, und entweder auf das Stipendium oder dessen Verwaltung Anspruch machen, hiermit aufgefordert, sich zu diesem Behufe bei uns zu melden und zu legitimiren, außerdem aber zu gewärtigen, daß so lange und bis auf substantziirte Meldung über das Stipendium alljährlich von Amtswegen werde verfügt werden.

Raumburg, den 15. März 1833.

Königl. Preuß. Pupillen-Collegium von Sachsen.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 13. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 13. April 1833.

Nachstehendes Circular-Rescript des Königl. Ministerii der Geistlichen, Unter-richts- und Medicinal-Angelegenheiten:

„Das Ministerium hat aus den Berichten, welche von sämmtlichen Königl. Regie-rungen auf die unterm 12. Juni v. J. erlassene Circular-Befugung, betreffend die den Apothekern ertheilte Befugniß, einen Rabatt bis zu 25 pro Cent unter der Tare bewilligen zu dürfen, erstattet worden sind, ersehen, daß fast sämmtliche Apo-theker der Monarchie es als ihren Interessen nicht entsprechend dargestellt haben, von dieser Befugniß Gebrauch zu machen, und zum größten Theile den Wunsch äußern, daß durch eine anderweite Bestimmung verhütet werden möchte, daß nicht später Einzelne aus nicht zu rechtfertigenden Motiven bloß zum Nachtheil ihrer Mitgenossen von einer solchen Erlaubniß Gebrauch zu machen versuchen; dagegen nur einzelne wenige Apotheker und auch diese größtentheils nur bedingungsweise für die Beibehaltung der in Rede stehenden Befugniß sich erklärt haben, ohne von solcher vorerst selbst Gebrauch machen zu wollen. — Da die Bestimmung des bis zu 25 pro Cent frei zu gebenden Rabatts nur in der Voraussetzung gegeben wor-den ist, daß solche den Apothekern, so wie dem Publikum unter bestimmten Ver-hältnissen zum Vortheil gereichen und dieselbe wenigstens in gewissen Gegenden allgemein als feste Norm angenommen werden dürfte, dies aber nach Vorstehendem sich nicht bestätigt, so ist beschloffen worden, um den möglichen nachtheiligen Fol-gen vorzubeugen, welche die willkührliche Feststellung der Arzneipreise von Seiten einzelner Apotheker herbeiführen könnte, über die Bedingungen, unter welchen nur von den Besitzern der Apotheken von der Befugniß bis zu 25 pro Cent unter dem Tarpreis zu verkaufen Gebrauch gemacht werden dürfe, das Erforderliche näher zu bestimmen. Das Ministerium setzt daher hierdurch fest, daß

- 1) von allen denjenigen Apothekern, welche sich jetzt erklärt haben, von der Er-theilung eines Rabatts von 25 pro Cent unter dem Tarpreise keinen Gebrauch machen zu wollen, dieser Rabatt künftig ohne specielle, hierzu nachgesuchte und erhaltene Concession nicht ertheilt werden darf, und daß solche daher fer-ner so wenig unter als über der Tare die auf Recepten verordneten Arzneien verkaufen dürfen;
- 2) dagegen soll denjenigen Apothekern, welche sich unbedingt für die Beibehal-tung des Rabatts von 25 pro Cent unter dem Tarpreise erklärt haben, solches,

Nr. 126.  
Circular-Rescript, betr. den Rabatt bei Arzneirechnungen.

im Fall sie bereits davon Gebrauch gemacht haben, bis auf Weiteres unter der Bedingung gestattet bleiben, daß sie von allen debitirten Arzneien, ohne Ausnahme und nicht bloß bei einzelnen Verläufen diesen Rabatt geben.

Endlich

- 3) soll für den Fall, daß einer oder der andere Apotheker durch besondere obwaltende Local-Verhältnisse zur Bewilligung eines Rabatts sich künftighin veranlassen dürfte, solches demselben gestattet werden, wenn er die besondern Local-Verhältnisse, welche ihn dazu veranlassen, gehörig nachweist und sich bereit erklärt, bei allen von ihm zu debitirenden Arzneien ohne Ausnahme einen, die Höhe von 25 pro Cent nicht überschreitenden bestimmten Rabatt bewilligen zu wollen. Es wird demselben zu dem Ende von der betreffenden Königl. Regierung auf den Grund eines von ihm einzureichenden, wohl motivirten Antrages, nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhältnisses und erfolgter Feststellung: daß kein Nachtheil des Publikums und kein anderweiter Mißbrauch dabei zu besorgen ist, hierzu die besondere Erlaubniß ertheilt werden.

Die Lieferung von Arzneien an öffentliche Kranken-Versorgungs-Anstalten ist nach ganz andern Grundsätzen zu behandeln. Da von den mit dem Betriebe des Apothekengeschäfts verbundenen Ausgaben mehrere Positionen, auf deren Zusammenstellung die Berechnung des Grundverhältnisses zur Erhöhung der Droguen-Preise basiert ist, für diesen Fall nicht in Anwendung kommen, so kann hierbei von dem Apotheker auch mit Recht die Stellung billigerer Preise gefordert werden. — Jeder Apotheker ist daher bei allen Lieferungen von Arzneien an Krank-, für welche die Kurkosten aus Staats-Fonds oder aus Communal- oder sonstigen Corporations-Mitteln, nach der dieserhalb bestehenden Verfassung bestritten werden, zu einem angemessenen Rabatt verpflichtet. Es wird solcher vorerst in der Zuversicht, daß eine gütliche Vereinigung der Behörden mit den Apothekern stattfinden wird, nicht in Procenten ausgemessen und nur bemerkt, daß die Bewilligung auch eines höhern Rabatts als 25 pro Cent auf den Grund eines dieserhalb getroffenen oder noch zu treffenden Uebereinkommens in diesem Falle unbenommen bleibt.

Berlin, den 12. März 1833.

Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-  
Angelegenheiten.

(gez.) v. Altenstein.

bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 2. April 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehende Bekanntmachung:

„Der Verein zur Beförderung der Pferdezuucht in der Provinz Sachsen, wird seine diesjährigen Wettrennen am

23. Mai d. J., vom Vormittags 9 Uhr an,

bei Preßsch an der Elbe abhalten.

Nr. 127-  
Wettrennen  
bei Preßsch an  
der Elbe betr.

Die Prüfung der Rennpferde findet dem Statut gemäß, Tages zuvor auf dem Rennpflage statt.

Es werden folgende Rennen auf freier Bahn gehalten:

- 1) Von inländischen Pferdezüchtern mit Pferden ganz reinen, oder diesem nahe kommenden Bluts (Selbstzucht) 3 Preuß. Meile — doppelter Sieg — 3jährige 120 Pfund, 4jährige 138 Pfd., 5jährige 150 Pfd., ältere 156 Pfd.; Stuten und Ballachen 3 Pfd. weniger. — Das Rennen findet nur statt, wenn mindestens 5 Concurrenten auftreten. — Der Sieger wird für 150 Friedrichs'ors vom Berliner Verein gekauft.
- 2) Von Mitgliedern des Vereins mit Pferden ohne Rücksicht auf Abkunft und Vaterland. — Dieselben Bedingungen. — Der Sieger erhält seinen Pokal durch die Gnade Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm, Sohn Sr. Majestät des Königs. Für dieses Rennen werden Se. Königl. Hoheit ein besonderes Statut erlassen.
- 3) Von inländischen Pferdezüchtern mit selbstgezeugten Pferden.
- 4) Von Mitgliedern des Vereins mit im Inlande gezogenen Pferden.
- 5) Von Mitgliedern des Vereins mit Pferden ohne Rücksicht auf Vaterland.

Der Verein ertheilt die Preise der Rennen von 3. bis 5., welche später noch bekannt gemacht werden sollen, aus eigenen Mitteln.

- 6) Von Pferdezüchtern des Bürger- und Bauernstandes mit selbstgezeugten Pferden. Für dieses Rennen werden 6 Preise, wie im vorigen Jahre aus den Mitteln des Vereins ertheilt.

Die Rennen von 3. bis 6. finden auf freier Bahn von 5000 Fuß Länge statt.

— Doppelter Sieg. — Das Gewicht wie bei den Rennen 1. und 2.

Es wird auf das Statut des Vereins, wegen der anderweitigen Bedingungen verwiesen.

Hiernächst ladet der Verein zu Unterschriftsrennen auf seiner Bahn ergebenst ein und bittet um Eröffnung einer baldigen Subscription.

Die Anmeldungen zu den verschiedenen Rennen, für welche wir um eine möglichst zahlreiche Concurrenz bitten, ersuchen wir spätestens bis zum 18. Mai d. J. bei uns eingehen zu lassen.

Vor dem Beginn der Rennen wird auf dem Rennpflage vor der Tribüne eine Quadrille geritten.

Mitglieder des Vereins erhalten Freiplätze auf der Tribüne.

Düben, den 2. April 1833.

Der Verein zur Beförderung der Pferdezuucht in der  
Provinz Sachsen

(gez.) Bree. v. Lattorff. Rhün. v. Griesheim.

wird hierdurch mit dem Wunsche zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß auch in diesem Jahre durch zahlreichen Besuch die allgemeine Theilnahme sich betheiligen möge.

Merseburg, den 7. April 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 128.

Der Amtmann, Carl August Heinrich Gerlach zu Pferdörf, ist am 1. dieses Monats als economischer Sachverständiger und landwirthschaftlicher Taxator im Bezirk des unterzeichneten Königl. Oberlandesgerichts angenommen und verpflichtet worden, welches sowohl den Gerichtseingesessenen, als auch den sämmtlichen und untergeordneten Gerichtsbehörden, zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht wird.

Raumburg, den 19. März 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 129.

Abhaltung  
der Remonte-  
Commissi-  
on betr.

Bekanntmachung der in diesem Jahre im Herzogthum Sachsen angesetzten Remonte-Ankaufs-Märkte, welche in der bekannten Art durch eine hierzu bestimmte Militair-Commission an den nachbenannten Tagen abgehalten werden sollen:

den 1. Mai Jessen,	den 9. Mai Merseburg,
„ 2. „ Pörsch,	„ 10. „ Luerfurth,
„ 4. „ Cosdorf,	„ 11. „ Wiehe,
„ 6. „ Eilenburg,	„ 13. „ Weissensee,
„ 7. „ Delitzsch,	„ 15. „ Rossla.

Nach geschlossenem Markte werden die erhandelten Pferde sofort zur Stelle abgenommen und bar bezahlt.

Ueber die erforderlichen Eigenschaften der zu gestellenden Pferde, so wie die sonstigen Bedingungen bei diesem Kauf, kann ich nur auf die in den früheren Jahren erlassenen Bekanntmachungen hinweisen, worin diese zur Genüge aneinandergesetzt worden, und bemerke nur noch, wie die Commission von mir beauftragt ist, 4 und 5jährige Pferde, wenn sie auch ge- nur nicht verbraucht sind, den sonstigen Eigenschaften eines Artillerie-Zugpferdes aber entsprechen, zu kaufen und ferdere deshalb die Herren Züchter auf, wenn sie dergleichen Pferde besitzen, und geneigt wären, zu verkaufen, solche mit auf die bezeichneten Markt-Orte zur Auswahl zu bringen.

Berlin, den 1. März 1833.

Der General-Major und Remonte-Inspector,  
Veier.

Nr. 130.

Dem pensionirten Kammergerichts-Registrator Adolph Steindorff in Berlin ist

auf die durch Beschreibung nachgewiesene, für den Zweck der Benutzung als Material zum Polstern, für neu und eigenthümlich anerkannte Zubereitung des Strohes,

unter dem 20. März 1833 ein vom Tage der Ausfertigung Acht hinter einander folgende Jahre und im ganzen Umfange des Preussischen Staats gültiges Patent ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 131.

Der bisherige Pastor an der Nicolaikirche in Eisleben, Joh. Christian Bernegger, ist am 9. März c. im 80ten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 19. März 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

14. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 20. April 1833.

- Das 4te Stück der Gesetzsammlung enthält unter
- Nr. 1415. Publications-Patent für die, zum Deutschen Bunde gehörenden Provinzen der Monarchie über den, von der Deutschen Bundesversammlung unterm 6. September 1832 gefaßten Beschluß, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck betreffend. De dato Berlin, den 12. Februar 1833.
- Nr. 1416. Verordnung über die Anwendung des, von der Deutschen Bundesversammlung unterm 6. September 1832 gefaßten Beschlusses, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck betreffend, auf die zum Deutschen Bunde nicht gehörigen Provinzen der Monarchie. De dato Berlin, den 12. Februar 1833.
- Nr. 1417. Allerhöchste Kabinettsorder vom 28. Februar 1833, betreffend den Denunciantenanteil von Geldstrafen wegen Chausseepolizeivergehen.
- Nr. 1418. Allerhöchste Kabinettsorder vom 17. März 1833, die Einführung der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 in der Stadt Birnbaum betreffend.

Nr. 152.

In Verfolg unserer Verordnung vom 12. December v. J. (im Amtsblatt vom v. J. S. 312.) machen wir hierdurch zu Jedermanns Nachricht und Achtung bekannt, daß in Gemäßheit eines Rescripts des Königl. Höhen Ministerii des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten vom 20. März d. J. auch der in der Richtung von Düben nach Leipzig gelegene Wellauner Straßendamm, von jetzt an, als eine solche Wegestrecke angesehen werden soll, auf welche die mit dem Chausseegeld-Tarife vom 28. April 1828 publicirten polizeilichen Strafbestimmungen nach der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 31. August v. J. Anwendung finden.

Nr. 153.  
Die Anwendung der Strafbestimmungen des Chausseegeld-Tarifs auf den Wellauner Straßendamm betr.

Merseburg, den 10. April 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung des Innern.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 19. October 1831, (Amtsbl. 1831. Stück 43.) wonach nur solche Handwerker, in Ansehung deren der Landegebrauch das Wandern mit sich bringt, mit Wanderpässen versehen werden dürfen, machen wir, in Folge Höherer Anordnung, die betr. Polizeibehörden, so wie das dabei

Nr. 154.  
Die den soeben genannten Kreisnachrichten zu ertheilenden Pässe betr.

interessirte Publikum darauf aufmerksam, daß die sogenannten Freiknechte überall nicht zu denjenigen Personen zu rechnen sind, welchen förmliche Wanderpässe ertheilt werden dürfen, vielmehr sind inländische Freiknechte, welche sich von einem Orte zum andern begeben wollen, nur mit gewöhnlichen, auf ein bestimmtes Reiseziel gerichteten, Reisepässen zu versehen, ausländische Freiknechte aber nur unter denselben Bedingungen, wie andere, aus dem Auslande kommende Reisende, zuzulassen.

Merseburg, den 10. April 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 135.  
Die Bedingungen zum Eintritt in das Schullehrer-Seminar zu Weissenfels betr.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 5. März 1829, betreffend die Bedingungen zum Eintritt in das Schullehrer-Seminar zu Weissenfels, abgedruckt im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg, Jg. 1829. S. 106—109, fordern wir alle diejenigen, welche im gegenwärtigen Jahre im August in gedachte Anstalt eintreten möchten, hierdurch auf, die zur Aufnahme erforderlichen Zeugnisse vor dem 1. Julius postfrei an den Director D. Harnisch in Weissenfels einzufenden, und sich den 21. Juli, Nachmittags um 5 Uhr, bei demselben persönlich zu melden, um an den beiden folgenden Tagen geprüft und wegen ihrer Aufnahme näher beschieden zu werden.

Magdeburg, den 5. April 1833.

Königl. Provinzial-Schulcollegium der Provinz Sachsen.

Nr. 136.  
Die Anstellung Königl. Forstschuß-Beamten auf Lebenszeit betr.

Nachstehendes Rescript der Königl. Hohen Ministerien der Finanzen und der Justiz:

Dem Königl. Oberlandesgericht wird hierdurch bekannt gemacht, daß nach Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Entscheidung, Königliche Forstschuß-Beamte auf Lebenszeit angestellt seyn müssen, wenn ihren Angaben die im §. 19. des Gesetzes vom 7. Juni 1821 gedachte Beweiskraft beigelegt werden soll; daß aber auch interimistisch angestellte Königliche Forstschuß-Beamte, die einen Anspruch auf lebenslängliche Anstellung haben und nach der Vorschrift im §. 20. des Gesetzes verheißt worden, hinsichtlich jener Beweiskraft für lebenslänglich Angestellte zu achten sind.

Damit sich diejenigen interimistisch angestellten Königl. Forstschuß-Beamten, welchen die eben bezeichneten Eigenschaften beizuwohnen, darüber vor Gericht sogleich auszuweisen im Stande sind, wird einem jeden von ihnen von der vorgesetzten Provinzial-Regierung ein Attest des Inhalts ertheilt werden:

daß der darin benannte Beamte gebüßig verpflichtet sey, einen Anspruch auf lebenslängliche Anstellung habe, und auf der, bestimmt anzugebenden Stelle interimistisch angestellt sey.

Hiernach hat sich daher das Königliche Oberlandesgericht nicht nur selbst zu achten, sondern dazu auch die unter seiner Aufsicht stehenden Untergerichte, bei Mittheilung dieser Verfügung, durch die Provinzial-Amtsblätter anzuweisen.

Berlin, den 25. Februar 1832.

Der Finanz-Minister,

(gez.) Maassen.

Das Justiz-Ministerium.

(gez.) v. Ramph. Mähler.

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.



wird den Untergerichten unseres Departements zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Raumburg, den 19. März 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Dem Candidaten E. F. Rindt in Berlin ist unter dem 1. April 1833 ein vom **Nr. 137.**  
Tage der Ausfertigung drei hintereinander folgende Jahre im ganzen Umfang des  
Preussischen Staats gültiges Patent

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, für neu und eigen-  
thümlich erkannte Einrichtung einer Kaffee-Maschine, von ihm Unter-Mas-  
ser-Maschine genannt,

verliehen worden.

### Personal-Chronik.

Durch ein Rescript des Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medi- **Nr. 138.**  
cinal-Angelegenheiten vom 16. Januar d. J. ist der Conrector Rahmt am Gymnasio  
zu Zeitz zum „Prorector“, der Subconrector Gehmer zum „Conrector“ befördert,  
dem Lehrer Kiepling das Prädicat „Oberlehrer“ beigelegt, und der Collaborator  
Hiede vom Gymnasio in Merseburg zum Subconrector am Gymnasio zu Zeitz er-  
nannt worden.

Magdeburg, den 6. April 1833.

1) Der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar, Wilhelm Gottfried Ernst August **Nr. 139.**  
Hadelich, ist den 20. Januar c. zum Oberlandesgerichts-Assessor hieselbst,

2) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar, Ferdinand Joseph Kannengießer,  
den 30. November pr. zum Landgerichts-Assessor in Cöln ernannt worden;

3) dem hiesigen Oberlandesgerichts-Referendar, Vincenz Deyß, ist die zum  
Behuf des Uebergangs an das Königl. Oberlandesgericht zu Breslau nachgesuchte  
Entlassung aus seinem hiesigen Dienstverhältnisse den 27. Februar c. ertheilt;

4) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Franz August Graf von  
Sackenborn und Ludwig Werner Hirsemann, sind den 27. Januar c. zu Oberlandes-  
gerichts-Referendarien hieselbst befördert;

5) der Stadtgerichts-Auscultator, Adolph Ehrenhaus zu Berlin, ist den 6.  
Februar c. zum Referendar ernannt und bei dem hiesigen Oberlandesgericht angestellt;

6) der Auscultator, Karl Herrmann Schede, ist von dem Stadtgericht in Berlin  
zu dem Landgericht in Halle den 15. Februar c. versetzt;

7) dem hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultator, Gustav Theodor Lüdde mann,  
ist den 19. Februar c. die nachgesuchte Entlassung aus diesem Dienstverhältnisse  
ertheilt;

8) der Candidat der Rechte, Tobias Rindler, ist den 15. Februar c. zum Au-  
scultator hieselbst angenommen.

Raumburg, den 5. März 1833.

Nr. 140.

# Nachweisung

der

im Monate März 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden  
den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	Getreide.												Hülsefrüchte.						Kartof- feln	Braun- wein	Rauchfutter.								
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer				Erbsen				Linsen		Heu	Stroh					
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel				à Cent.				à Scher.								
	thl	fg.	pf.	thl	fg.	pf.	thl	fg.	pf.	thl	fg.	pf.	thl	fg.	pf.	thl	fg.	pf.			thl	fg.			pf.				
1	Merseburg	1	11	5	1	3	9	27	6	25	9	—	—	—	1	15	2	10	—	15	5	—	1	5	5	—			
2	Halle	1	10	7	1	2	5	25	7	22	4	5	15	—	2	10	—	2	15	—	20	4	—	1	5	7	—		
3	Naumburg	1	12	5	1	—	6	25	1	18	5	4	20	—	1	25	—	2	—	17	6	5	6	1	10	5	—		
4	Zorgau	1	16	—	1	9	—	29	—	25	—	4	10	—	2	—	—	—	15	—	4	—	1	—	5	—			
5	Wittenberg	1	17	1	1	6	5	1	5	—	26	1	6	4	—	2	10	—	5	10	—	17	6	4	5	1	5	6	—
6	Eisleben	1	9	8	1	5	5	—	28	2	22	10	6	20	—	2	0	—	5	10	—	21	11	4	7	1	5	9	4 26 5
7	Zeitz	1	15	—	1	5	—	35	—	21	5	5	12	6	1	7	6	2	3	9	18	9	5	—	1	10	5	—	
8	Querfurt	1	10	—	1	1	11	—	25	—	20	—	4	5	—	1	10	—	1	10	—	20	—	5	—	1	10	4	—
9	Wittenfeld	1	15	5	1	5	9	—	25	—	25	9	—	—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	—	1	—	5	—	

Merseburg, den 4. April 1833.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

15. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 27. April 1833.

Ueber die Resultate der Verwaltung der Corrections-, Landarmen- und Kranken-Anstalt zu Zeitz für das Jahr 1832 wird hierdurch Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Am Schlusse des Jahres 1831 waren in der Anstalt vorhanden:

58 männliche	} Corrigenden, überhaupt . . . . .	73
15 weibliche		
65 männliche	} Landarme, überhaupt . . . . .	89
24 weibliche		
46 männliche	} Kranke, überhaupt . . . . .	89
43 weibliche		

überhaupt 251.

Im Jahre 1832 sind eingeliefert:

70 männliche	} Corrigenden, überhaupt . . . . .	82
12 weibliche		
32 männliche	} Landarme, überhaupt . . . . .	37
5 weibliche		
17 männliche	} Kranke, überhaupt . . . . .	27
10 weibliche		

zusammen 146.

Im Laufe des Jahres 1832 kamen dagegen in Abgang:

- 98 Corrigenden,
- 40 Landarme und
- 17 Gemüthskranke, überhaupt daher

155.

Von solchen sind:

- 73 Personen in ihre Heimath entlassen,
- 22 „ verstorben,
- 6 „ beurlaubt,
- 19 „ bei Lehrmeistern und
- 1 „ als Gefinde untergebracht,
- 34 „ an andere Behörden und resp. Anstalten abgegeben,

155 Personen.

Mr. 141.  
Den Zustand  
der Correc-  
tions-, Land-  
armen- und  
Kranken-An-  
stalt zu Zeitz  
bezt.

Es blieben daher am Schlusse des vorigen Jahres in der Anstalt:

- 57 Corrigenden,
- 86 Landarme und
- 99 Kranke, überhaupt:

242 Personen.

Die Durchschnittszahl betrug im Laufe des verwichenen Jahres:

- 1) in der Correctional-Anstalt 67 Corrigenden, unter welchen 59 arbeitsfähig waren,
- 2) in der Landarmen-Anstalt 87 Landarme, worunter 15 zur Erziehungs-Anstalt für jugendliche Verbrecher gehörige Zöglinge, und
- 3) in der Kranken-Anstalt 95, und zwar 87 unheilbare Irre, und außer solchen 8 Individuen, welche wegen äußerlicher Uebel zur chirurgischen Behandlung geeignet waren, jedoch weder sich selbst, noch durch Beihülfe der betreffenden Commune die nöthige Pflege, so wie die zu ihrer Genesung erforderlichen Hülfsmittel verschaffen konnten.

Der Arbeitsverdienst eines arbeitsfähigen Corrigenden betrug durchschnittlich auf das Jahr 30 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf. oder täglich 2 Sgr. 6 Pf., der Verdienst eines arbeitsfähigen Pfleglings der Landarmen und Kranken-Anstalt jährlich 24 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf. oder täglich 2 Sgr., wornach von den Corrigenden die Kosten ihrer Verpflegung und Bekleidung vollständig gedeckt worden sind.

Mit Hinzurechnung der Administrationskosten blieben jedoch aus andern Fonds noch pro Kopf 33 Thlr. 7 Sgr. 4 Pf. zu übertragen. Daß der Verdienst der Corrigenden im Durchschnitt nicht höher ausgefallen, hat seinen Grund hauptsächlich in der nur kurzen Detentionszeit dieser Häsülinge und weil bei dem Mangel von maschinenmäßiger Beschäftigung den Arbeitern die nöthige Fertigkeit zu den eingeführten Arbeiten erst beigebracht werden muß und jene, wenn dies geschehen, in der Regel die Anstalt wieder verlassen.

Ein noch höherer Kostenzuschuß war für die Pfleglinge der Landarmen- und Kranken-Anstalt erforderlich, indem der größte Theil derselben theils wegen Altersschwäche und Gebrechlichkeit nur mit leichten Hausarbeiten, theils wegen Geistesstörungen nur periodisch beschäftigt werden konnte.

Die Beschäftigungen der Häsülinge und insbesondere der Corrigenden waren folgende:

## A. Für Rechnung von Fabrik-Unternehmern.

### 1) C a t t u n w e b e n.

Im Laufe des Jahres 1832 waren durchschnittlich 18 Stühle im Gange, worauf gefertigt wurden:

583	Stück	Cattun	von	$\frac{1}{2}$	Ellen	Breite,
4	"	"	"	$\frac{1}{2}$	"	"
434	"	"	"	$\frac{1}{2}$	"	"

1021 Stück.

## B. Für Rechnung der Anstalt.

### 1) In Baumwolle-Spinnen auf Handrädern.

#### a) Für Fremde:

104 Pfund baumwollene Abgangsfäden wurden gereinigt und gelesen,  
davon sodann  
86 Pfund gerissen,  
68 „ gekrempt und  
427 Zahlen Barchentgarn gesponnen.

### 2) In Schaafwolle-Spinnen auf Handrädern.

#### a) Für Fremde:

22 Pfund Wolle wurden gerissen, gekrempt, gestrichen und zu Strumpfgarn verarbeitet,  
9 Pfund Leistengarn.

#### b) Für die Anstalt:

2998 Zahlen Garn aus 547 Pfd. Wolle zu Tuch,  
1554 „ „ „ 259 „ „ „ Strümpfen,  
17 Pfund Leistengarn.

### 3) In Tuchweben.

Im Laufe des Jahres wurden zum eigenen Bedarf der Anstalt gefertigt:  
407½ Berliner Ellen Tuch.

### 4) In Leinwandweben:

gefertigt wurden im Jahre:

503½ Ellen Leinwand.

### 5) In Flach- und Werrigspinnen.

#### a) Für Fremde:

160 Zahlen flächsees Garn und  
382 „ Werriggarn.

#### b) Für die Anstalt:

288 Zahlen Flachsgarn und  
251 „ Werriggarn,  
54 „ Hansgarn für die Schuhmacherei.

### 6) In Strumpfsticken.

Es wurden zum Bedarf der Anstalt gefertigt:

126 Paar wollene Strümpfe und  
421 „ dergleichen Socken.

### 7) Federreissen.

Mit diesen Arbeiten wurden einige gebrechliche Corrigenden und zu andern Arbeiten nicht taugliche Pflinglinge der Landarmen- und Kranken-Anstalt beschäftigt, und für Privaten überhaupt:

1011½ Pfund gerissen.

### 8) Handarbeiten bei Privaten.

Gegen Tagelohn wurden im Laufe des Jahres durchschnittlich:

5 Corrigenden und

7 Pfleglinge

beschäftigt.

### 9) Portrait-Mahlen.

Hiermit wurde 1 Corrigend 51 Tage hindurch beschäftigt und in dieser Zeit ein Arbeitslohn von 16 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. erzielt.

### 10) Sonstige Arbeiten.

Außer obgenannten Arbeiten wurden einzelne Corrigenden und Pfleglinge beschäftigt mit

- a) Schneider- und Schuhmacherarbeiten,
- b) Tischlerarbeit,
- c) Ofensegen und Reinmachen derselben,
- d) Ausweisen sämtlicher Anstalts-Localien,
- e) Bearbeitung des Institutsgartens und fortgesetzter Uebermachung der Schanzen und Wälle zu Gartenland,
- f) als Handlanger bei Bauten und Reparaturen,
- g) als Gehülfen in der Expedition,
- h) als Wärter der körperlich frankten und unruhigen und unreinlichen Irren,
- i) mit Reinigung der Wäsche der Händlinge, öftern Scheuern der Anstaltsräume, Hilfsleistungen in der Küche und bei andern dergl. Hausarbeiten.

Die Unterhaltungskosten betrugen und zwar:

#### A. Die Verpflegungskosten

- a) für die Durchschnittszahl der 66 Corrigenden:

überhaupt 1646 Thlr. 15 Sgr. 9 Pf.,

mithin pro Kopf:

jährlich 25 Thlr. 5 Sgr. 1 Pf.,

täglich — „ 2 „ 1 „

- b) für Landarme und Gemüthsranke, von denen

1 Kranker die Beköstigung der ersten,

16 Kranke die Beköstigung der zweiten und

165 Pfleglinge die Beköstigung der dritten Klasse erhalten haben,

für die Kost erster Klasse:

jährlich 53 Thlr. 28 Sgr. 1 Pf.,

täglich — „ 4 „ 5 „

für die Kost zweiter Klasse:

überhaupt 739 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf.,

mithin pro Kopf jährlich 46 Thlr. 19 Sgr. 11 Pf.,

„ „ „ täglich — „ 3 „ 10 „

für die Kost dritter Klasse:

überhaupt 4391 Thlr. — Sgr. 9 Pf.,  
daher pro Kopf jährlich 26 Thlr. 18 Sgr. 5 Pf.,  
und „ „ täglich — „ 2 „ 2 „

## B. Die Bekleidungskosten

a) für 67 Corrigenden:

überhaupt 267 Thlr. 2 Sgr. — Pf.,  
mithin pro Kopf jährlich 3 Thlr. 29 Sgr. 7 Pf.;

b) für 182 Landarme und Kranke:

überhaupt 1272 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf.,  
mithin pro Kopf jährlich 6 Thlr. 29 Sgr. 10 Pf.

## C. Administrationskosten,

als: Gehalte und Emolumente der Officianten, Speisungskosten der Diensthleute, desgleichen Heizung, Erleuchtungs-, Reinigungs-, Material für Lager-, Arbeits-, Wirthschafts-Utensilien, Medicinkosten, ferner an Transportkosten, Abgaben, Bau- und Reparaturkosten, Bureau-Aufwand und extraordinaircn Ausgaben:

überhaupt 8542 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf.,  
mithin pro Kopf 34 Thlr. 9 Sgr. 2½ Pf.

Es hat daher der Gesamtaufwand im vorigen Jahre bei der Anstalt betragen:

16922 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf.

Hinsichtlich der oben enthaltenen Berechnung der Verpflegungskosten ist übrigens noch zu bemerken, daß

- 1) bei den Corrigenden 1 Kopf um deshalb weniger berechnet worden, weil eine Corrigendin die Stelle einer Magd in der Anstaltsküche versieht und als solche bei den Diensthleuten mit verpflegt wird, für welche der Aufwand unter den Administrationskosten mit verrechnet ist, und
- 2) unter den Bekleidungskosten der Pfleglinge der Landarmen- und Krankenanstalt sich auch der Bekleidungsaufwand für durchschnittlich 16 außerhalb der Anstalt in Lehre untergebrachten Zöglinge der Erziehungsanstalt mit befindet, ohne daß dieselben der Kopfzahl der erstgenannten Pfleglinge zugesetzt worden sind.

Merseburg, den 9. April 1833.

Rdnigl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Wie bisher wird auch diesen Sommer während der Badezeit zu Lauchstädt vom Nr. 142. ersten Juni bis zum 31. August die Trinkanstalt künstlicher Mineral-Wässer des Hrn. Die Fortdauer der Trinkanstalt des D. Strube von Dresden eingerichtet seyn. Es werden dort getrunken werden können: 1) vom Carlösbader: Wasser: der Sprudel, Neubrunnen, Mühl- und Theresienbrunnen; 2) vom Emser: der Kessel- und Krähdchenbrunnen; 3) vom Marienbader: der Kreuz- und Ferdinandsbrunnen; 4) vom Pyramonter: der Hauptbrunnen; 5) vom Spaäer: der Pouhon. Lauchstädt btr.

Zugleich werden vorrätbig seyn an künstlichen Mineralwässern: das Seydshüzer und Püllnauer, der Schlesische Obersalzbrunnen, das Selterser, Biliner- und Geilnauer Wasser.

Ferner werden außer der Douche und den Bädern in dem Lauchstädter Eisenwasfer, Soolbäder und andere auf Verlangen in zweckmäßig eingerichteten Bade-Cabinetten zubereitet.

In der Restauration der Badeanstalt wird für die Zubereitung der jeder Brunnencur entsprechenden Speisen gesorgt werden.

Bestellungen von Wohnungen für Brunnen- und Badegäste können in portofreien Briefen bei dem Badearzt Hrn. Medicinalrathe D. Senkeisen gemacht werden.

Wir bringen dies hiermit zur Kenntniß des sich dafür interessirenden Publikums mit dem Hinzufügen, daß in dem Theater zu Lauchstädt während der diesjährigen Badezeit von der Gesellschaft des Herrn Schauspieldirectors Julius Miller, bisher zu Dessau, jetzt in Altenburg, theatralische Vorstellungen gegeben werden.

Merseburg, den 12. April 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 143.

Blutegels-Laxe  
vom 1. k. M.  
bis zum letzten  
Oct. d. J. btr.

Da eine sichrere Erhaltungswaise der Blutegel als die bisherige ausgemittelt worden, so wird der Preis des einzeln in den Apotheken vom ersten k. M. bis zum letzten October d. J. auf einen Silbergroschen 6 Pf. herabgesetzt.

Merseburg, den 17. April 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 144.

Die Meldung  
der Fremden  
betr.

Da die, über das Anmelden der Fremden bestehenden Vorschriften in neuerer Zeit häufig unbeachtet gelassen worden sind, die Handhabung der Paß- und Fremdenpolizei aber die fortgesetzte Aufmerksamkeit der Behörden erfordert, so sehen wir uns veranlaßt, dem Publikum unsere desfallsigen Bekanntmachungen vom 27. August 1817 (Amtsblatt S. 541) und vom 15. Januar 1827 (Amtsblatt S. 30), insbesondere aber den Gastwirthen das für selbige erlassene Reglement vom 6. Februar 1818 (Amtsblatt S. 40) hiermit nachdrücklich in Erinnerung zu bringen.

Die Polizeibehörden unsers Bezirks werden angewiesen, auf die Befolgung dieser Vorschriften streng zu wachen, dieselben da, wo sie in Vergessenheit gerathen seyn könnten, wiederholt bekannt zu machen, und insbesondere die unterlassene Fremdenanmeldung durch die in unserer Bekanntmachung vom 17. Juni 1828 (Amtsblatt S. 194) angedrohten Strafen unnachsichtlich zu rügen.

Es werden nicht nur die Herren Landräthe sich durch polizeiliche Revisionen die Ueberzeugung verschaffen, daß der gegenwärtigen Vorschrift überall ein Genüge geleistet worden, sondern es wird auch bei den, unserer Seits zu veranlassenden Revisionen die Ausführung der bestehenden Anordnungen streng kontrollirt, und jede etwaige Vernachlässigung der Polizeibehörden nach Befinden durch Ordnungsstrafen gerügt werden.

Merseburg, den 22. April 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung des Innern.



Die Wahlfähigkeitsprüfungen der Schulamtsbewerber, ingleichen die Prüfung der Candidaten der Theologie für Rectorate oder Oberlehrerstellen an städtischen Communal- oder Bürgerschulen und die abermalige Prüfung der provisorisch angestellten Schullehrer, sind für dieses Jahr auf den Monat Julius anberaumt worden, und werden mit dem 15. Julius, (in der Woche nach d. VI. p. Trin.) ihren Anfang nehmen.

Wir fordern demnach alle außer dem Seminare zu Weissenfels vorbereitete Schulamtsbewerber, welche sich zu diesen Prüfungen zu stellen beabsichtigen, mit Inbegriff derjenigen Literati, welche nach der Bekanntmachung in St. 25 des vorjährigen Amtsblattes S. 217 zu der für die Candidaten der Theologie angeordneten besonderen Prüfung nicht gelangen können, hierdurch auf, ihre Anmeldungsschreiben, mit genauer Beobachtung der hierüber im Amtsblatte 1831, St. 37, S. 296 fg. erteilten Vorschrift, bei dem Hrn. Superintendenten der Dides, in welcher sie sich aufhalten, spätestens zu Anfange des Monats Junius einzureichen. Aldann haben sie sich, in der Regel ohne weitere Anweisung abzuwarten, am 14. Julius Mittags in Weissenfels bei dem Seminardirector Hrn. D. Harnisch zu melden.

Die Herren Superintendenten beobachten bei Einsendung der eingegangenen Anmeldungsschreiben, welche spätestens vor Ende Junius erfolgt seyn muß, das im erwähnten 37. Stücke des Amtsblattes 1831, S. 297, angegebene Verfahren.

Die Prüfung der Candidaten der Theologie wird am 17. oder 18. Julius Statt finden. Dieselben haben sich zu dem Ende bei der unterzeichneten Abtheilung der Königl. Regierung vor Mitte Junius zu melden, ihre Schul- und Universitätszeugnisse nebst dem Zeugnisse über ihr Examen pro Candidatura einzureichen, und darauf weitere Anweisung zu erwarten. In Weissenfels melden sie sich am 16. Julius, Abends 6 Uhr, in der Wohnung des Seminardirectors.

Die abermaligen Prüfungen sind auf den 19. Julius festgesetzt. Die provisorisch angestellten Schullehrer, welche zu denselben für das laufende Jahr notirt worden sind, werden von uns noch besondere Anweisung diesfalls durch die Herren Superintendenten erhalten, in Folge eines darüber und zugegangenen hohen Ministerial-Rescripts.

Merseburg, den 16. April 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Die unter dem Namen: „Einigung“ oder „Vormundschaft“ bestehende Dorfbehörde zu Auleben hat auf den Grund eines Einigungsbriefts der Grafen zu Stolberg und zu Schwarzburg vom Sonnabend nach Margarethen 1507, Diebstähle an Sachen, welche nicht unter genauer Aufsicht und Verwahrung gehalten werden können, auch Holzdiebstähle, untersucht, mit den im gedachten Einigungsbrieft bestimmten Geldstrafen belegt und diese zur Gemeindefasse eingezogen. Auch bestehen dergleichen Einigungen noch in andern Ortschaften der Ämter Heringen und Kelbra. Seit dem 1. März 1820 ist jedoch in den Ämtern Heringen und Kelbra durch die Allerhöchsten Verordnungen vom 25. Mai 1818 (S. S. pag. 45.) und vom 20. October 1819

Nr. 145.

Die Wahlfähigkeitsprüfung u. der Schullehrer u. betr.

Nr. 146.

Die unter dem Namen: „Einigung“ oder „Vormundschaft“ bestehenden Behörden in dem Amt Kelbra und Heringen betr.

(G. S. pag. 246.) des Allgem. Landrechts und die Allgem. Gerichtsordnung, mit den in den Patenten vom 22. April und 15. November 1816 enthaltenen Bestimmungen, eingeführt. Nach §. 17. des Patenten vom 15. November 1816 (G. S. pag. 237.) sind die im Allgem. Landrechte enthaltenen Strafgesetze mit den nachher erfolgten Zusätzen und Erläuterungen dergestalt eingeführt, daß, wenn das Verbrechen nach deren Einführung verübt ist, nur darnach erkannt werden soll. Nach §§. 19. und 23. dieses Patents aber ist alle Privatgerichtsbarkeit in Strafsachen aufgehoben, und kann auch weder Civil- noch Criminalgerichtsbarkeit durch andere Personen, als die vom Staate unmittelbar bestellen oder bestätigten qualificirten Richter verwaltet werden.

Wenn nun demohingeachtet die in Drikschaften der Aemter Heringen und Kelbra bestehenden Einigungen oder Vormundschaften auf den Grund früherer Verleihungen oder Observanzen sich unterfangen, Diebstähle zu untersuchen und zu bestrafen, so ist dies den bestehenden Gesetzen zuwider und eine nach §§. 229 bis 237. lit. 20. Th. II. Allg. L. R. strafbare Anmaßung der vorbehaltenen Rechte des Staats, deren sie sich bei Vermeidung der Untersuchung und Bestrafung zu enthalten haben. Ihr Verfahren ist überdies null und nichtig und die etwa erhobene Geldbuße nicht verwirkt.

Dies wird hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

Naumburg, den 2. April 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

- Nr. 147. Der Kreis-, Justiz- und Deconomie-Commissarius, Friedrich Wilhelm Ranke zu Liebenwerda, ist am 20. März d. J. als landwirthschaftlicher Taxator im Bezirke des unterzeichneten Königl. Oberlandesgerichts angenommen und verpflichtet worden, welches sowohl den Gerichtseingesessenen, als auch den sämmtlichen und untergeordneten Gerichtsbehörden zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht wird.

Naumburg, den 3. April 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

- Nr. 148. Dem Publico wird bekannt gemacht, daß die Hypothekenbücher:
- a) über die geschlossenen Grundstücke von Eisdorf bei Lützen zur Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichtsamts zu Lützen gehörig,
  - b) über die geschlossenen Grundstücke von Rodden, zu derselben Gerichtsbarkeit gehörig, und
  - c) über die geschlossenen Grundstücke von Zölschen, zu derselben Gerichtsbarkeit gehörig, und über die zu denen in Zölschen unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden Häusern gehörigen Pertinenzfeldgrundstücke, vollendet und an das Königl. Gerichtsamt Lützen zur Fortführung abgegeben worden sind.
- Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften der Allgemeinen Gerichts- und Hypothekenordnung und des Allgemeinen Landrechts zu beurtheilen.

Halle, den 29. März 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
16. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 4. Mai 1833.

Bei der heute in Merseburg erfolgten 23sten Verloosung der vormalß Sächßischen Kammer- Credit- Kassen- Scheine sind folgende Nummern gezogen worden, als:  
von Litt. B. à 500 Thaler, Nr. 39. 363. und 657.  
von Litt. D. à 50 Thaler, Nr. 54. 290. 438. 522. 564. 612. und 628.  
von Litt. Aa. à 1000 Thaler, Nr. 24. 1108. 1111. 1126. 1442. 1490. 1977. 2177. 2346. 2352. 2365. 2427. 2957. und 3226.

Nr. 149.  
Die Zweidei-  
lung von Kom-  
mer- Credit-  
Kassen- Schei-  
nen betr.

Außerdem sind von den unzinßbaren Kammer- Credit- Kassen- Scheinen Litt. E. à 27 Thlr. die Scheine von Nr. 139. bis 1666. zur Zahlung im dießjährigen Michaelis- Termin ausgesetzt worden.

Die Inhaber der obigen verlooseten und resp. zur Zahlung ausgesetzten Scheine werden daher aufgefordert, nach erfolgtem Eintritt des dießjährigen Michaelis- Termins, die Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der dazu gehörigen Talons bei der hiesigen Haupt- Instituten- und Communal- Kasse in Empfang zu nehmen.  
Merseburg, den 23. April 1833.

Im Auftrage der Königlich Preußischen Hauptverwaltung der  
Staatsschulden.

Der Königl. Preuß. Regierungs- Präsident v. Rochow.

Bei der, unter Concurrenz der zur dießseitigen Steuer- Credit- Kasse verordneten Ständischen Herren Deputirten, heute Statt gehaltenen 23sten Verloosung der vormalß Sächßischen Steuer- Credit- Kassen- Obligationen sind folgende Nummern gezogen worden:

Nr. 150.  
Die Ausloos-  
ung von  
Steuer- Cre-  
dit- Kassen-  
Obligationen  
betr.

1) von Litt. A. à 1000 Thaler.  
Nr. 585. 842. 1015. 1804. 1919. 2899. 2974. 2981. 4125. 4345. 4877. 5147. 8753. 9616. 10,274. 10,744. 11,245. 11,822. 12,940. 13,459. 14,204. und 14,330.

2) von Litt. B. à 500 Thaler.  
Nr. 1074. 1912. 2017. 2062. 2626. 3295. 5412. 6051. 7431. 7502. und 7553.

3) von Litt. D. à 100 Thaler.  
Nr. 254. 420. 2665. 3272. 3661. 4135. 4198. 4317. und 5983.

Die Einlösung dieser Obligationen wird Michaelis d. J. bei der hiesigen Haupt-

Instituten- und Communal-Kasse gegen Rückgabe der Obligationen und der dazu gehörigen Talons und Coupons erfolgen.

Merseburg, den 30. April 1833.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident v. Kochow.

Nr. 151.

Die Competenz-Verhältnisse der Landräthe in städtischen Gemein- und andern Verwaltungssachen betr.

Um den Zweifeln zu begegnen, die sich seit Einführung der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 über das Competenz-Verhältniß der Kreisbehörden in städtischen Angelegenheiten ergeben haben, finden wir uns bewogen, in Gemäßheit diesfallsiger Entscheidungen des Königl. Hohen Ministerii des Innern und der Polizei, folgendes bekannt zu machen:

- 1) die Städte, welche keine besondern Kreise bilden, sind, nach §. 36. der Allerhöchsten Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden vom 30. April 1815. Seite 85. der Gesetzsammlung, da diese Verordnung durch die Städteordnung nicht aufgehoben worden ist, der landrätlichen Aufsicht untergeordnet und die Herren Landräthe sind nach §. 33 loc. cit. die Organe, deren sich die Regierung zur Vollziehung ihrer Verfügungen bedienen kann.
- 2) In Sachen, wo die Magisträte nach §. 84. der Städteordnung als Verwalter der Gemeinangelegenheiten handeln, oder in eigentlichen Gemeinverwaltungsachen, stehen die Magisträte, nach §. 115. und 139. der Städteordnung unmittelbar unter der Regierung, berichten an dieselbe und erhalten von ihr Befcheid; die Landräthe sind aber die beständigen Commissarien der Regierung, welche darauf, das der Geschäftsgang immer in dem vorgeschriebenen Gange bleibe, Aufsicht zu führen und denen die Magisträte daher auch jede erforderliche Auskunft zu erteilen haben, ohne daß jedoch die Ersteren in die Communalverwaltung einzugreifen berechtigt sind.
- 3) In Sachen dagegen, wo die Magisträte nach angeführtem §. der Städteordnung als Organ des Staates handeln, mithin vorzüglich in Polizeisachen, stehen die Magisträte, obschon nach §. 109. im Auftrage der Regierung handelnd, nach §. 105. der Städteordnung zunächst unter der betreffenden Staatsbehörde, namentlich aber in Polizeisachen unter der Kreisbehörde, berichten daher an die Landräthe, empfangen von diesen Befcheid und stehen zu denselben in dem nämlichen Subordinations-Verhältnisse, wie vor Einführung der Städteordnung, oder wie die Verwaltungsbehörden der mittelbaren Ortsschaften des platten Landes.

Merseburg, den 23. April 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 152.

Die allgemeine Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Anstalt betr.

Ueber den Zustand und die Verwaltung der allgemeinen Unterstützungsanstalt für evangelische Schullehrer-Wittwen und Waisen im Bezirke hiesiger Königl. Regierung ist, nach §. 53 des Reglements derselben, alljährlich in diesen Blättern öffentlich Rechenschaft abzulegen. Dies geschieht hierdurch für das Jahr 1832, mit Bezugnahme

auf die gleichartigen Bekanntmachungen im Amtsblatt 1832, St. 16, S. 137 fg. und 1831, St. 23, S. 165 fg.

Die Jahresrechnung für 1832 ist von der Haupt-Instituten- und Communal-Rasse gebührend gelegt, für richtig befunden und dechargirt worden.

Nach dem Rechnungsabschlusse des J. 1831 hatte das Capitalvermögen obengenannter Anstalt am 1. Januar 1832 betragen 9000 Thaler, nebst einem baaren Bestande von 224 Thlr. 24 Sgr. 1 Pf. — Aus der Rechnung für 1832 ergibt sich folgendes:

1) Das Capitalvermögen ist im J. 1832 gestiegen, durch Ankauf von Staatspapieren und den weiter unten zu erwähnenden Beitritt der Khehopfischen Wittwen-Versorgungs-Anstalt, um 1700 Thlr., und hat zu Ende des Jahres 1832 betragen 10,700 Thlr.				
2) Die Einnahmen im J. 1832 haben bestanden in				
a) Zinsen von Activ-Capitalien, . . . . .	412	Thlr.	15	Sgr. — Pf.
b) Eintrittsgeldern, . . . . .	82	"	—	" — "
c) laufenden Beiträgen, . . . . .	574	"	5	" — "
d) Heirathsgeldern, vacat.				
e) Verbesserungsgeldern, . . . . .	6	"	—	" — "
f) Strafgeldern, vacat.				
g) Zuschüssen aus andern Kassen und Fonds, . . .	283	"	2	" — 7 "
h) Inögemein, . . . . .	8	"	10	" — 5 "
i) an Resten, . . . . .	11	"	—	" — "
k) baarem Bestande vom Jahre 1831, . . . . .	224	"	24	" — 1 "

Summa 1601 Thlr. 27 Sgr. 1 Pf.

3) Die Ausgaben im J. 1832 haben bestanden in				
a) Verwaltungskosten, . . . . .	26	Thlr.	22	Sgr. 3 Pf.
b) Pensionen, . . . . .	74	"	9	" — 2 "
c) Erstattung einiger Verläge, nach §. 52 des Reglements, . . . . .	1	"	13	" — 8 "
d) Ankauf von Staatspapieren u. s. w. . . . .	1281	"	11	" — 3 "

Summa 1383 Thlr. 26 Sgr. 4 Pf.

4) Die Ausgabe von der Einnahme abgezogen, bleibt am Schlusse des Jahres 1832 ein baarer Bestand von 218 Thlr. — Sgr. 9 Pf., welcher in gewöhnlicher Art zinsbar angelegt worden ist.

Wir bemerken hierzu noch:

- die Anzahl der Mitglieder der Anstalt war am Schlusse des Jahres 1832 bis auf 289 gestiegen.
- Der Beitritt der Khehopfischen Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt ist im vorigen Jahre zu Stande gekommen. Dieselbe hat der allgemeinen Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungs-Anstalt zugeführt: 21 Mitglieder; ein Vermögen von überhaupt 510 Thlr. 2 Sgr. 7 Pf. (incl.

100 Thlr. Consens-Capital, welches gekündigt, aber noch nicht eingezahlt ist,) und 7 pensionberechtigte Wittwen und resp. Kinder. Dies alles ist in den obigen Angaben ad 1, ad 2, a, c u. g, und ad 3, b, mit berechnet.

- c) Im Uebrigen wird man sich durch Vergleichung gegenwärtiger Darstellung mit den allgemeinen Bemerkungen im Amtsblatt 1831, Seite 166, überzeugen, daß der Fortgang der Anstalt den von ihr anfänglich gehegten Erwartungen fortfährt zu entsprechen.

Schließlich erhalten die Herren Superintendenden hiermit, in Gemäßheit des Reglements §. 31, Decharge über die im Jahre 1832 von ihnen geführten Verwaltungsgeschäfte, und wiederholten Dank für ihre dabei unentgeltlich fortgesetzten Bemühungen.

Merseburg, den 20. April 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 153.

Die Hypothekentabellen:

- a) über die Grundstücke des Dorfes Saathayn und Flur, mit alleiniger Ausnahme der Wohnhäuser sub Nr. 39. 40. 44. 45. 49. 50. und 51, und  $\frac{1}{2}$  Hufe Landes des Johann Gottlob Wend;
  - b) über die geschlossenen Grundstücke des Dorfes Stolzenhayn, mit Ausnahme der Wohnhäuser Nr. 39. 40. und des Wohnhauses der unverehelichten Dietrich;
  - c) über die Grundstücke des Dorfes Erdbeln, Mühlendorf und Flur,
- sind fertig, und liegen in dem Zeitraume vom 10. Mai bis mit dem 10. Juli 1833 zur Einsicht bereit, welches mit dem Bemerkten bekannt gemacht wird, daß später kommende Erinnerungen nicht berücksichtigt werden können.

Saathayn, den 22. April 1833.

Das Freiherrlich von Weissenbach'sche Patrimonialgericht.  
Mehner.

Nr. 154.

Daß die Hypothekenbücher von Reulbnnewitz, Zinsdorf, Borwerk Neumühl und dem sogenannten Freihause zu Uebigau vollendet sind, wird mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß nun hinsichtlich der betreffenden Grundstücke der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung, zu beurtheilen ist.

Reulbnnewitz, den 22. April 1833.

Das Kregschmarsche Patrimonialgericht.  
Mehner.

### Personal-Chronik.

Nr. 156.

Der Auscultator des Land- und Stadtgerichts zu Halberstadt, Ludwig Wilhelm v. Minnigerode, ist heute als Auscultator bei der Königl. Regierung hieselbst angestellt worden. Merseburg, den 19. April 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

17. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 4. Mai 1833.

Das 5te Stück der Gesetzsammlung enthält unter

Nr. 156.

Nr. 1419. Allerhöchste Kabinettsorder vom 3. März 1833, wonach allen, den Fürstentitel führenden Mitgliedern der in der Instruction vom 30. Mai 1820, §. 1. und in dem der Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 28. April 1832 beigefügten Verzeichnisse unter I, benannten Fürstlichen Familien, im ganzen Umfange der Monarchie von den Landesbehörden und Unterthanen das Prädicat „Durchlaucht“ erteilt werden soll.

Nr. 1420. Allerhöchste Kabinettsorder vom 11. März 1833, betreffend die Stempelpflichtigkeit der Beschleunigungsgesuche.

Nr. 1421. Allerhöchste Kabinettsorder vom 17. März 1833, wegen Anstellung der Advocaten und Notarien in Neu-Vorpommern und Zulassung von Referendarien und Auscultatoren bei dem Königl. Ober-Appellationsgerichte und dem Hofgerichte zu Greifswald.

Nr. 1422. Allerhöchste Kabinettsorder vom 27. März 1833, wegen Anwendung der öffentlichen Aufrufe der Forderungen aus Verwaltungsansprüchen an die Staatsklassen, auf jeden Anspruch an die Domainenverwaltung, er mag aus Pachtcontracten oder aus andern Rechtsverhältnissen entspringen.

Nachdem eine große Anzahl der nach Frankreich geflüchteten polnischen Insurgenten dieses Land in Masse wiederum verlassen hat, um sich nach der Schweiz zu begeben; zum Theil auch um nach Deutschland oder nach Polen zurückzukehren: ist der nach Frankreich geflüchteten polnischen Insurgenten betr.

dießseits Höhern Orts beschloffen worden, diesen Flüchtlingen weder die Durchreise durch die Königl. Preuß. Staaten, noch den Aufenthalt in denselben zu gestatten. Zu diesem Behufe sind die betreffenden Königl. Gesandtschaften im Auslande angewiesen, die Pässe polnischer Flüchtlinge nach den diesseitigen Staaten nicht zu visiren, es müßten denn letztere nach Polen zurückkehren wollen, und die Visirung des Passes zur Rückreise dahin von einer Kaiserlich Russischen Gesandtschaft bereits erfolgt seyn.

Nr. 157.

Die Rückreise der nach Frankreich geflüchteten polnischen Insurgenten betr.

Nur in diesem Falle allein kann daher den gedachten Flüchtlingen die Reise durch die dießseitigen Staaten gestattet werden, jedoch dürfen sie auch alsdann nur bei

Saarbrück, Erfurt und Götting die diesseitige Grenze passiren, müssen die Reise über Breslau fortsetzen, und dürfen weder Berlin oder Potsdam, noch das Großherzogthum Posen berühren, daher ihnen eine angemessene, dem Visa beizufügende Frist, binnen welcher sie zu Götting ankommen müssen, zu ertheilen ist; so wie sie von allen übrigen Grenzorten, außer den drei genannten, zurückzuweisen sind.

Auch solchen sich im Auslande befindlichen Flüchtlingen, welche sich für Preuß. Unterthanen ausgeben, soll nur dann der Eintritt in das diesseitige Gebiet gestattet werden, wenn sie außer den Pässen oder Visa's der diesseitigen Königl. Gesandtschaften im Auslande, die specielle Genehmigung des Herrn Ministers des Innern und der Polizei Excellenz nachzuweisen vermögen.

Endlich ist auch zur Anzeige gekommen, daß die, von Frankreich in die Schweiz übergetretenen polnischen Flüchtlinge dort, namentlich im Canton Luzern und Waadt, unter angenommenen Namen von Bewohnern der Schweiz Pässe nach Deutschland erhalten.

Da der diesseitige Geschäftsträger in der Schweiz keine Mittel besitzt, die Pässe, welche ihm von den Cangleien der verschiedenen Cantons als für Einheimische ausgestellt, zur Visirung mitgetheilt werden, in Beziehung auf ihre Richtigkeit zu prüfen, so wird es nothwendig, alle Reisende, welche mit Pässen aus der Schweiz versehen sind, aufmerksam zu beobachten, sie auf der ersten diesseitigen Passstation, wo sie ihre Pässe vorzulegen haben, zu einem genügenden Nachweise ihrer persönlichen Verhältnisse sowohl, als des Zwecks ihrer Reise aufzufordern, und sie, wenn sie sich darüber nicht genügend ausweisen, sofort über die Grenze zurückzuweisen, und die erfolgte Zurückweisung auf dem Passe zu bemerken.

Erregen dergleichen Reisende den Verdacht, daß sie Emissaire der Pariser Propaganda, oder der, mit dieser in Verbindung stehenden Vereine in der Schweiz sind, so sind ihre Papiere in Beschlag zu nehmen, und sie selbst, wenn sich daraus ein begründeter Verdacht gegen sie ergibt, sofort zu verhaften. Auch ist davon unverzüglich unter Einreichung der Papiere, dem Herrn Minister des Innern und der Polizei Excellenz Bericht zu erstatten, und gleichzeitig auch uns Anzeige zu machen.

Indem wir hiervon die Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks, so wie auch das Publikum, in Kenntniß setzen, erwarten wir, daß die erstern den vorstehenden Bestimmungen überall genau nachzukommen bemüht sein werden.

Mersburg, den 2. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 158.

Die Mittheilung der Erkenntnisse in Steuer-Contraventions-sachen betr.

Es ist neuerlich öfters der Fall vorgekommen, daß die Untergerichte unsers Departements in Steuer-Contraventions-sachen die ergangenen Erkenntnisse der Königl. Provinzial-Steuerdirection zu Magdeburg nicht unmittelbar mitgetheilt, sondern nur den Hauptämtern zugefertigt haben. Da jedoch jederzeit von der Provinzial-Steuerdirection die Bestimmung ausgehen muß, ob der Steuerfiscus sich bei dem erlassenen Ausspruch beruhigen oder die dagegen zulässigen Rechtsmittel ergreifen will, so werden sämtliche Untergerichte unsers Departements, um hierunter ein gleichmäßiges, dem Dienstgange entsprechendes Verfahren zu erzielen, hierdurch angewiesen,



künftighin die in Steuer-Contraventionsfachen ergangenen Erkenntnisse jedesmal der Königl. Provinzial-Steuerverwaltung in beglaubeter Form unmittelbar mitzutheilen.  
Raumburg, den 16. April 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Dem Metallweber und Papierformen-Fabrikanten, Andreas Kufferath Nr. 159.  
zu Mariaweller, im Regierungsbezirk Aachen, ist unter dem 7. März 1833 ein Patent:  
auf sein für neu und eigenthümlich anerkanntes und durch eine Beschreibung  
nebst Modell verdeutlichtes Verfahren, Papierformen mit Wasserzeichen zu  
versehen,

für den Zeitraum von acht hintereinander folgenden Jahren, vom Ausfertigungstage  
an gerechnet, und im ganzen Umfange des Preussischen Staats gültig, ertheilt worden.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der bisherige Candidat der Feldmesskunst, Carl Heinrich Desterreich, gegen- Nr. 160.  
wärtig in Merseburg, ist zum Regierungs-Conducteur ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Obhausen Petri, Ephorie Querfurth, M. Johann Nr. 161.  
Andreas Wittig, ist am 11. März c. im 70sten Lebensjahre gestorben.

Der bisherige Pfarrer zu Hohenmölsen, Ephorie Weissenfeld, George August Nr. 162.  
Samuel Schröder, ist am 25. März c. im 52sten Lebensjahre gestorben.  
Merseburg, den 10. April 1833.

1) Mittelft Allerhöchst vollzogener Bestellungen sind der hiesige Oberlandesge- Nr. 163.  
richts-Kanzlei-Inspector, Karl Heinrich Lange, zum Justizrath, der hiesige Ober-  
landesgerichts-Justiz-Commissar und Notar, August Gottwald Schlemm, zum Ju-  
stiz-Commissionsrath, der Oberlandesgerichts-Assessor, August Ernst Knieße in  
Eisleben, zum Landgerichtsrath, und der erste Criminalrichter, Christian Friedrich  
Hühne in Liebenwerda, zum Criminalrath, den 11. d. M. ernannt;

2) der hiesige Oberlandesgerichts-Assessor, Friedrich Karl Ludwig Benzer, ist  
den 11. März c. zum Landgerichts-Assessor und Verwalter des Gerichtsamts des  
ersten Stadtbezirks in Erfurt,

3) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar, Karl Hans Berner von West-  
phalen, ist unterm 24. Februar c. zum Oberlandesgerichts-Assessor hieselbst ernannt;

4) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Julius Wilhelm August  
Michaelis und Ernst Georg Bock, sind resp. den 3. März c. und 7. März c. zu Ober-  
landesgerichts-Referendarien hieselbst befördert;

5) der Protocollführer und interimistische Actuar, Adam Wilhelm Beyer, ist  
den 22. März c. zum Actuar bei dem Gerichtsamte zu Weissensee bestellt;

6) der Oberlandesgerichtsbote und Executor, Müller, ist zum Oberlandesge-  
richts-Rassenboten und Castellan, an des Hiesche Stelle, der invalide Feldwebel,

Christian Kornmann, zum letzten Oberlandesgerichtsboten und Executor hieselbst, den 15. März c.,

7) der invalide Unterofficier, Christian Engler I., ist den 6. März c. zum Hausaufwärter, Nachtwächter und Ofenheizer bei dem Oberlandesgerichte zu Raumburg, an des verstorbenen Schilling Stelle, und

8) der interimistische Oberlandesgerichtsbote und Executor, invalide Unterofficier, Johann Mathias Heinze zu Torgau, ist den 1. März c. zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamte des Stadtbezirks Raumburg, an des Loth Stelle, angenommen.

Raumburg, den 2. April 1833.

---

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
18. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 11. Mai 1833.

Sämmtliche Domainenbeamte und Pächter von Etablissements u. in dem hiesigen Regierungsbezirk, welche Teilnehmer an dem Domainen-Feuerschadenvereine sind, werden auf den Grund des Regulativs vom 28. April 1826. §§. 20. und 29. hierdurch aufgefordert, ihre für den Beitrag für das Jahr vom 1. Mai 1833 bis zum 1. Mai 1834, von dem, nach Maßgabe der sich in ihren Händen befindenden neuesten Kataster und Recapitulationen, versicherten gesammten Werth der Gebäude, und zwar der 1sten Klasse, mit 2 Sgr. von jedem Hundert Thalern, der 2ten Klasse, mit 3 Sgr. von jedem Hundert Thalern, spätestens bis zum 1. Juni d. J. an die Hauptinsitutenkasse hieselbst, bei Vermittelung sofortiger Execution einzusenden.

Nr. 164.  
Die Ein-  
dung der Bei-  
träge zum Do-  
mainen-Feuer-  
schadensfonds  
pro 1833 betr.

Merseburg, den 8. Mai 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nachstehendes Ministerial-Rescript d. d. Berlin, den 27. März 1833, dahin lautend:

Es tritt öfter der Fall ein, daß bei Proceß- und andern Rechtsangelegenheiten, in welchen die erwachsenen Gerichtskosten wegen Armuth der kostenpflichtigen Parthei oder aus andern Gründen niedergeschlagen werden müssen, eine Wiedererstattung der von andern Gerichtsbehörden oder einzelnen Beamten für die in Folge ergangener Requisitionen oder Aufträge vorgekommenen Geschäfte liquidirten und von dem requirirenden oder auftragenden Gericht bereits vorschußweise bezahlten Gerichtskosten nöthig wird.

Das Verfab-  
ren bei Nieder-  
schlagung der  
Gerichtskosten  
wegen Armu-  
th betr.

Da hierbei nicht überall nach gleichen Grundsätzen verfahren wird, so findet sich der Justiz-Minister veranlaßt, folgende Bestimmungen zu treffen:

I. Bei allen Aufträgen und Requisitionen an andere Gerichte ist in dem betreffenden Schreiben bestimmt anzugeben:

- 1) ob für das Geschäft überhaupt Gerichtsgebühren liquidirt werden können;
- 2) nach welcher Colonne der Gebührentaxe die zulässigen Gebühren anzusetzen sind, und
- 3) ob solche blos zu liquidiren, oder von einer Parthei unmittelbar einzuzie-

hen, oder von dem requirirenden Gericht mittelst Postvorschuß zu erheben sind,  
damit das beauftragte oder requirirte Gericht sich hiernach achten kann.

Dasselbe gilt bei Requisitionen oder Aufträgen an einzelne auswärtige Justizbeamte. Zugleich muß bei kostenfreien Sachen von der auftragenden oder requirirenden Behörde eine portofreie Rubrik gebraucht werden, damit keine unnöthigen Portoauslagen erwachsen und das Rückschreiben unter derselben Rubrik erfolge.

II. Zur Erleichterung und Vereinfachung des Dienstes wird es besonders führen, wenn die Obergerichte die Untergerichte ihres Departements im Allgemeinen anweisen:

- 1) bei den ihnen aufgetragenen Insinuationen in Sachen, wo an sich Kosten liquidirt werden können, die erwachsenen Kosten, — welche jedoch nur  
in Copialien,  
in Gebühren für die Insinuation selbst,  
in Meilengeldern,  
in Rassenquote — wo diese zulässig ist —

bestehen können, — zu specificiren und bei Rücksendung des Behandigungscheins durch Postvorschuß zu erheben;

- 2) bei andern Aufträgen aber die Kosten in den zulässigen Fällen bloß zu liquidiren, und abzuwarten, ob solche bezahlt werden können.

III. Das Einziehen der Kosten durch Postvorschuß ist einem requirirten Gericht nur dann, wenn in der Requisition wegen Einziehung der Kosten keine anderweite Bestimmung enthalten ist, und überhaupt nur bei geringen Kostenbeträgen, welche die Summe von fünf Thalern nicht übersteigen, gestattet, damit durch das Einziehen höherer Beträge den Partheien keine mehrere Ausgaben erwachsen, als wenn die Kosten von der requirirenden Behörde durch die Post wirklich übersendet worden wären.

IV. Sind die Partheien zur Zahlung der Kosten an sich verpflichtet und schuldig, so kann das beauftragte oder requirirte Gericht die Bezahlung der bei ihm erwachsenen Kosten von der auftragenden Behörde, in sofern diese angemessene Vorschüsse eingezogen hat, oder doch eine Einziehung der Kosten von der zu ihrem Vorschuß verpflichteten Parthei verlangen, und hat nicht nöthig, damit bis zur Abfassung des Erkenntnisses oder Anlegung der Schlußrechnung zu warten,

Rescr. v. 17. Mai 1832. (Jahrbücher Bd. 39. S. 443.)

Ist aber die Einziehung der Kosten nicht sofort zu bewirken, so kann das beauftragte Gericht von dem auftragenden oder requirirenden nur die vorschußweise Zahlung der wirklichen baaren Auslagen verlangen und muß mit den übrigen Kosten so lange warten, bis sich die Einziehung derselben von der verpflichteten Parthei bewirken läßt.

V. Ist aus der Kasse des auftragenden oder requirirenden Gerichts mehr als

die wirklichen baaren Auslagen vorschußweise gezahlt worden, und findet sich später, daß die Gerichtskosten überhaupt oder doch bis auf die baaren Auslagen niedergeschlagen werden müssen, so ist jede Gerichtsbehörde und jeder Justizbeamte verpflichtet, diejenigen erhobenen Kosten, welche nicht zu den wirklichen baaren Auslagen gehören, an die zahlende Kasse auf Erfordern sofort zu erstatten.

Dahin gehören unbedenklich:

- 1) alle Gerichtsgebühren und Taxen nebst Siegelgeldern;
- 2) alle Commissionsgebühren für Geschäfte am Orte des Gerichts;
- 3) die Rassenquote;
- 4) eben so die Schreibgebühren, Meilengelder, Insinuations-, Executions-, Abtrag-, und Aufwartegebühren, Calculatur-, Registratur-, Dolmetscher- und andere bei der gerichtlichen Geschäftsverwaltung vorkommende Gebühren, Emballagekosten u., in sofern der Auftrag oder die Requisition an ein Gericht ergangen ist. Denn jeder Gerichtsherr ist verpflichtet, für die Verwaltung seiner Gerichtsbarkeit solche Einrichtungen zu treffen, daß alle dabei vorkommende Geschäfte, und zwar auch dann, wenn die Kosten von den Parteien nicht erhoben werden können, besorgt werden. Es macht daher keinen Unterschied, ob einzelne Beamte des beauftragten Gerichts auf den Genuß von Gebühren angewiesen worden sind, indem dieser Genuß sich einerseits nur auf diejenigen Gebühren erstrecken kann, welche die Parteien zahlen, mithin die Beamten, wenn dies nicht der Fall ist, die vorkommenden Geschäfte unentgeltlich verrichten müssen, andererseits aber aus diesem zwischen dem Gerichtsherrn und seinen Beamten getroffenen Abkommen keine Verpflichtung für andere Behörden erwächst, die Kosten der Gerichtsverwaltung statt des Gerichtsherrn zu tragen.

Wenn dagegen der Auftrag oder die Requisition an einen einzelnen Justizbeamten erfolgt ist, diesem keine zur unentgeltlichen Bearbeitung dergleichen Aufträge verpflichtete Subalternbeamte zugeordnet sind, und derselbe sich daher der Hülfe anderer Beamten bedient hat, so kann er die zulässigen Meilengelder, Schreib-, Calculatur-, Dolmetscher- und Executionsgebühren, so wie Emballagekosten als baare Auslagen liquidiren, und bei der Erstattung der übrigen Kosten in Abzug bringen.

Hat aber der Justizbeamte die Subalternengeschäfte, wofür diese Auslagen liquidirt werden, selbst besorgt, z. B. die Reinschrift der Verfügungen, die Calculaturgeschäfte u., so kann er dafür keine Kosten ansetzen, da der Begriff der baaren Auslagen völlig wegfällt.

Dagegen sind

- 5) die Reisekosten und Diäten der Commissarien bei Aus-

richtung des Geschäfts nach den Bestimmungen des Regulativs vom 28. Juni 1825, ferner die Reise- und Zehrungskosten der Sachverständigen, die Gebühren der Schurzeugen und andere bei der gerichtlichen Geschäftsverwaltung vorkommende unvermeidliche Ausgaben stets zu den wirklichen baaren Auslagen zu rechnen; eben so

6) die Portoauslagen, in sofern nicht beide Gerichte aus Staatsfonds unterhalten werden, indem in diesem Falle die wechselseitige Erstattung der Portoauslagen nach der Verfügung vom 14. Januar 1830 wegfällt;

7) die verbrauchten Stempel endlich können nur bei den einzelnen Justizbeamten als baare Auslage angesehen werden. Wenn dagegen bei einem beauftragten oder requirirten Gericht bei Ausrichtung des Geschäfts Stempel verbraucht worden sind, deren Niederschlagung mit den übrigen Kosten später erfolgt, so hat dieses Gericht die Wiedererstattung des Stempelbetrags bei der Steuerbehörde zu betreiben, den vom requirirenden Gericht aber vorgeschossenen Betrag demselben zu erstatten.

VI. Die wirklichen baaren Auslagen fallen, in sofern sie nicht wieder eingezogen werden können, der Sportellkasse des austragenden oder requirirenden Gerichts zur Last.

Das Königl. Oberlandesgericht hat diese Bestimmungen nicht nur selbst zu befolgen, sondern auch den sämtlichen Untergerichten seines Departements zur Nachachtung bekannt zu machen, und darauf zu halten, daß solche genau befolgt werden.

Berlin, den 27. März 1833.

Der Justiz-Minister,  
(gez.) M ü l l e r.

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.  
I. 378.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Raumburg, den 19. April 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

Nr. 166. Mittelft Rescripts Sr. Excellenz des Herrn Finanz-Ministers vom 28. März l. J. ist folgenden Königl. Domainenbeamten:

dem Amtmann Heyner in Strohwalde; dem Amtmann Reinsdorf in Holzjelle; dem Amtmann Hensing in Kloster Posa; dem Amtmann, Lieutenant a. D., Schmidt in Schladebach; dem Amtmann Rabe in Ermölleben und dem Amtmann Lucke in Blesfern,

das Prädicat eines Königl. Oberamtmanns ertheilt und sind die darüber ausgefertigten Patente von Sr. Excellenz vollzogen worden.

Merseburg, den 12. April 1833.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
19. Stüd.

Ausgegeben zu Merseburg den 18. Mai 1833.

Das Königl. Ober-Censur-Collegium hat für die Schrift:

„Täuschung und Enttäuschung, oder: Warum hat die Revolution vom Julius 1830 den Erwartungen der französischen Nation nicht entsprochen? Aus dem Französischen. Bern bei C. A. Jenni, Buchhändler, 1832.“ die Debits-Erlaubniß erteilt, welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Magdeburg, den 30. April 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Klewiz.

Nr. 167.

Die Königl. Hohen Ministerien des Innern, für Handels- und Gewerbeangelegenheiten, der Finanzen, und des Innern und der Polizei, haben mittelst Circular-Rescriptes vom 1. März d. J. bestimmt, daß die im §. 13. des Hausirregulativs vom 28. April 1824 vorgeschriebene Aufnahme des Signalements der den Hausirern bewilligten Begleiter zum Transporte der Waaren oder zur Wartung des Gespannes in die Gewerbscheine nicht den die Gewerbscheine ausshändigenden Behörden überlassen werden könne, sondern, da der Name und das Signalement solcher Begleiter nach der angezogenen gesetzlichen Bestimmung ein eigentliches Zubehör der von den Regierungen selbst auszufertigenden Gewerbscheinen sey, die Eintragung derselben auch nur von den Letzteren erfolgen könne.

Nr. 168.

Die Aufnahme des Signalements der den Inhabeten von Gewerbscheinen bewilligten Begleiter betr.

Wir weisen daher die Aufnahmebehörden unseres Verwaltungsbezirkes hierdurch an, künftig nicht nur die Signalements der Begleiter, auf deren Bewilligung von den Hausirern angetragen wird, den Gesuchen und resp. den Hausirerlisten beizufügen, sondern sich dabei zugleich auch, Verhuf der Begründung eines solchen Antrags, über die Persönlichkeit des Begleiters und über die Nothwendigkeit der Bewilligung desselben zu äußern; welche Letztere, um nicht durch eine unbedingte Bewilligung eine Plangschule für den möglichst zu beschränkenden Gewerbebetrieb im Umherziehen zu begründen, im Allgemeinen nur dann anerkannt werden kann, wenn Alter oder Gebrechlichkeit des Hausirers ihn der Beihülfe eines Begleiters nicht füglich entbehren lassen.

Will der Inhaber des Gewerbscheines unterwegs mit der Person des Begleiters wechseln, so ist nach der Bestimmung der genannten Hohen Ministerien nur die Regierung, in deren Bezirke er sich gerade befindet, befugt, über die Zulassung des neuen Begleiters zu entscheiden, dessen Signalement sie alsdann dem Gewerbscheine beizufügen, und dasjenige des frühern für ungültig zu erklären hat.

Die Aufnahmebehörden machen wir hierbei noch darauf aufmerksam, daß in den Gewerbscheingesuchen und resp. Hausirerlisten auch die künftige ausschließlich von uns in die Gewerbscheine mit aufzunehmenden vollständigen Signalements der Hausirer selbst nicht fehlen dürfen.

Merseburg, den 11. Mai 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 169. Auf den Grund eines Rescripts des Königl. Hohen Ministeriums des Innern  
Die Prüfung für Handel und Gewerbe vom 6. v. M. wird nachstehende, wegen Prüfung der  
der Architekten erlassene, Allerhöchste Kabinettsorder vom 18. April v. J. nebst den  
betr. §§. 94—101. des Gesetzes vom 7. September 1811 hierdurch zur allgemeinen Kennt-  
niß gebracht.

Merseburg, den 2. April 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Als Ich durch Meine an den Staats-Minister Grafen von Bülow unter dem 25. April 1821 erlassene Order, die Instructionen wegen der Prüfung der Bauhandwerker, mit einigen Modificationen genehmigte und deren Anwendung im ganzen Staate befahl, ging Meine Absicht dahin, daß die Bestimmungen des Gesetzes vom 7. September 1811. §. 94—101, welche diesen Instructionen zur Grundlage dienen, ebenfalls allgemein befolgt werden sollten. Da aber nach Ihrer Anzeige vom 27. v. M. die vollständige Publication meiner Order damals nicht Statt gefunden hat, und die Gerichte der Rheinprovinz wegen dieses Mangels Anstand nehmen, die gesetzlichen Strafen gegen diejenigen auszusprechen, welche, ohne die Prüfung bestanden zu haben, das Gewerbe selbstständig treiben, so will Ich Sie zwar ermächtigen, die gedachten §§. noch jetzt durch die Amtsblätter der rheinischen Regierungen bekannt zu machen, erkläre aber dabei ausdrücklich, daß die Verpflichtung zur Prüfung schon seit der Bekanntmachung der Instructionen, durch die Amtsblätter bestanden hat, und nicht als eine neue, durch gegenwärtige Order getroffene Einrichtung zu betrachten ist.

Berlin, den 18. April 1832.

An (gez.) Friedrich Wilhelm.  
die Staats-Minister des Innern und der Justiz, v. Schumann und v. Kamps.

Aus dem Gesetze vom 7. September 1811.

§. 94.

Architekten, Mühlenbaumeister, Schiffszimmerleute, Hauszimmerleute, Maurer, Röhren- und Brunnenmeister müssen zu Erlangung des Gewerbscheins ein Zeugniß der Provinzial-Regierung beibringen, daß sie zum Betriebe ihres Gewerbes gesetzlich geeignet sind.

§. 95.

Dieses Zeugniß soll jetzt Niemand versagt werden, der im rechtlichen Besitze ist, die genannten Gewerbe selbstständig zu treiben. Wer dagegen solche Gewerbe bis-



her noch nicht selbstständig betrieben hat, muß sich zu dem Zeugnisse besonders legitimiren.

§. 96.

Zur Legitimation der Architekten ist ein Prüfungsattest der technischen Oberbau-Deputation erforderlich.

§. 97.

Die Schiffszimmermeister sich in Zukunft als Mühlenbau-, Hauszimmer-, Maurer-, Rühr- und Brunnenmeister ansetzen wollen, sollen in den gewerbreichsten Städten Commissionen errichtet werden.

§. 98.

Zu Prüfung derer, die sich künftig als Mühlenbau-, Hauszimmer-, Maurer-, Rühr- und Brunnenmeister ansetzen wollen, sollen in den gewerbreichsten Städten Commissionen errichtet werden.

§. 99.

Die Provinzial-Regierungen sind mit Errichtung dieser Commissionen unter Genehmigung des Gewerbe-Departements beauftragt.

§. 100.

Auf den Grund der Prüfungsatteste dieser Commissionen ertheilen die Regierungen die nach §. 94. erforderlichen Zeugnisse.

§. 101.

Es können auch Gewerbescheine auf Mauerflidarbeiten auf den Grund eines Erlaubnißscheins des Kreisbaubedienten ertheilt werden. Diese Flidarbeiten sind aber ausdrücklich nur auf Ausweisen, Reparaturen am Puz und Wiedereinziehen einzelner ausgefallener Steine, Mauerziegel und Dachziegel eingeschränkt.

Sämmtliche Ortsbehörden des hiesigen Regierungsbezirks werden hierdurch aufgefordert, nicht nur den an sie gerichteten Wünschen des Präsidiums des Thüringisch-Sächsischen Alterthums-Vereins zu Halle, zur Ermittlung örtlicher Merkwürdigkeiten, bereitwillig nachzukommen, sondern auch dem von dem gedachten Verein dazu bevollmächtigten Individuo bei seinen Vereisungen und Nachforschungen möglichst behülflich zu seyn.

Nr. 170.  
Die Ermittlung örtlicher Merkwürdigkeiten betr.

Merseburg, den 3. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Diesjenigen Schulamts-Candidaten, welche innerhalb des Bezirks hiesiger Regierung entweder Hauslehrerstellen angenommen haben, oder sonst noch ohne Anstellung bei irgend einer öffentlichen Schule sich befinden, werden hierdurch aufgefordert, ihren Wohnort und ihre Beschäftigung der unterzeichneten Regierungsabtheilung ungesäumt anzuzeigen. Es mangelt an Subjecten zur Besetzung der unconfirmirten Schulstellen; zu den confirmirten und besser besoldeten aber rücken in der Regel nur diejenigen auf, welche ihre practische Laufbahn als unconfirmirte Schullehrer oder Schulgehilfen begonnen haben.

Nr. 171.  
Aufforderung an Schulamts-Candidaten, die Anstellung bei unconfirmirten Schulstellen betr.

Wir bringen hierbei zugleich denen, welchen es angeht, die Verordnung im Amts-  
blatte 1829, St. 47, Seite 425 fg. in Erinnerung.

Merseburg, den 30. April 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 172.

Die Ertheilung  
von Gewerbe-  
schienen an  
Schiffer zum  
Hausirhandel  
mit Holz, Koh-  
len &c., vor er-  
reichtem Kosten  
Jahre, betr.

In Verfolg des Circulars vom 15. Februar a. c. ermächtigen die unterzeichne-  
ten Ministerien die Königl. Regierung, Schiffern, sowohl in- als ausländischen,  
welche rohe Landes-Producte, namentlich Holz, Kohlen, Torf, Obst, Getreide, zu  
Schiffe verschahren, und vom Schiffe aus verkaufen, auch wenn sie das 30. Jahr noch  
nicht erreicht haben, den Gewerbschein ohne besondere Erlaubniß der Ministerien zu  
ertheilen, da diese Art des Hausirhandels von brüchlichem Nutzen ist und nur zusätzlich  
zum Hauptgewerbe betrieben wird.

Die Königl. Regierung hat jedoch darauf zu halten, daß diese Anordnung nur  
auf dem Verkaufe vom Schiffe aus beschränkt bleibe.

Berlin, den 26. April 1833.

Ministerium des Innern für Handels- Finanz-Ministerium.

und Gewerbe-Angelegenheiten.

(gez.) Maassen.

(gez.) v. Schumann.

Vorstehende Bestimmung bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 14. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 173.

Die Anstelter-  
ung des Wer-  
thes der Altent-  
theils-Nutzen-  
gen, Verbuß  
der Feststellung  
des Betrages  
eines Laudemii  
betr.

Der Königl. Regierung wird auf den Bericht vom 31. December v. J. eröff-  
net, daß es zwar ganz angemessen seyn würde, in den Fällen, in welchen bei einem  
Kaufe ein Altentheil ausbedungen wird, bei Ausmittelung des Werthes der Altentheils-  
Nutzungen, Verbuß der Feststellung des Betrages eines Laudemii, eine Lebensdauer  
von 70 Jahren als Grundlage der Berechnung anzunehmen. Da es aber bei der Un-  
erheblichkeit des Gegenstandes zweckmäßig ist, für die Berechnungen gleich im Allge-  
meinen nach Maßgabe des Lebensalters des Altentheils-Besizers bestimmte Sätze  
aufzustellen, so hat die Königl. Regierung

- 1) bei einem Lebensalter bis zum 60. Jahre incl. das 8fache,
- 2) vom zurückgelegten 60. bis 62. Jahre incl. das 6fache,
- 3) vom zurückgelegten 62. bis 64. Jahre incl. das 4fache,
- 4) vom zurückgelegten 64. bis 66. Jahre incl. das 3fache,
- 5) vom zurückgelegten 66. bis 69. Jahre incl. das 1½fache des Jahres-Betrages  
der Nutzung in Gelde, und
- 6) vom Anfange des 70. Jahres an, nur den einfachen Jahres-Betrag  
zu dem bedungenen Kaufgelde hinzuzurechnen.

Berlin, den 7. April 1833.

Finanz-Ministerium.

General-Verwaltung für Domainen und Forsten.  
An die Königl. Regierung zu Stettin,

Abchrift vorstehender Verfügung zur Nachricht.

Berlin, den 7. April 1833.

Finanz-Ministerium.

General-Verwaltung für Domänen und Forsten.

(gez.) Kessler.

An die Königliche Regierung zu Merseburg.

II. 4384.

Vorstehendes Rescript des Königlichen Hohen Finanz-Ministerii wird hiermit zur Kenntniß des Publikums gebracht, mit der Anweisung an sämtliche Königliche Rent- und Domänen-Ämter, sich vorkommenden Falls genau darnach zu richten.

Merseburg, den 3. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Mittels Rescripts vom 13. April c. hat des Herrn Justiz-Ministers Mähler Nr. 174. Excellenz, durch die Allerhöchste Kabinettsorder vom 3. Februar 1824, zur Erweiterung der Competenz der Untergerichte in Untersuchungsfachen ermächtigt, die Abfassung der Erkenntnisse erster Instanz in allen, gegen Richterimirie bei dem Königl. Inquisitoriat zu Zeitz und der Inquisitoriat-Deputation zu Querfurth geführten fisciatischen und Criminal-Untersuchungen, mit Ausnahme der Erkenntnisse in den wegen Hochverraths, beleidigter Majestät, Münzverbrechen, Brandstiftung, Raub, Todtschlag und Mord, verheimlichter Schwangerschaft und Niederkunft und wegen Vergehen gegen Abgabegesetze, geführten Untersuchungen, dem hiesigen Königl. Landgerichte übertragen. Die Erweiterung der Competenz der Untergerichte bei Erkenntnissen erster Instanz gegen Richterimirie betr.

Diese Einrichtung wird hierdurch zur Kenntniß der Behörden und Gerichtseingesessenen, mit dem Bemerken gebracht, daß dieselbe sofort zur Ausführung gelangt. Raumburg, den 3. Mai 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Der Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß. verloosbare, im Leipziger Neujahrsmarkt 1764 aufgestellte, mit Litt. A. Nr. 10,849 bezeichnete, auf 1000 Thlr. in Conventionsgeld und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Rospach an der Saale gehörige Steuercredit-Kassenschein, ferner die beiden Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß., unter dem 22. September 1814 aufgestellten, auf jeden Inhaber und auf 100 Thlr. Conventionsgeld ein jeder lautenden, mit Litt. F. Nr. 1609 und 1611 bezeichneten, der Marie Dorothee verw. Parthey zu Güntheritz, jetzt zu Breitenfeld, gehörigen Centralsteuer-Obligationen, und der Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß., mit Litt. D. Nr. 2982 bezeichnete, verloosbare, in dem Leipziger Neujahrsmarkt 1764 aufgestellte, auf 100 Thlr. Conventionsgeld und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Rispitz gehörige Steuercredit-Kassenschein, sind den genannten Eigenthümern abhanden gekommen.

Die etwaigen Inhaber derselben werden demnach aufgefordert, in dem, auf den Fünf und Zwanzigsten November k. J., Vormittags 10 Uhr,

vor dem Oberlandesgericht. Referendar Bromme, in unserm Geschäftslocale angesetzten Termine, entweder persönlich, oder durch einen gehörig legitimirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Oberlandesgerichts-Zustizcommissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft der Hofrath Tellemann I., Justizrath Quinke und Justizcommissarius Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich mit ihren Ansprüchen zu melden, widrigenfalls ihnen ein ewiges Stillschweigen auferlegt und mit Amortisation der Obligationen verfahren werden wird.

Urkundlich unter dem größeren Siegel und Unterschrift.

Raumburg, den 18. October 1832.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 176. Daß nach dem Ministerial-Rescripte vom 15. April dieses Jahres dem pensionirten Gerichtsamtmanne Fleischhauer zu Jessen bei den Gerichtsämtern in Jessen, Seyda, Schweinitz und Pretzin und den Patrimonialgerichten, deren Richter in diesen Städten wohnen, die Praxis als Justiz-Commissarius gestattet worden ist, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Raumburg, den 27. April 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 177. Dem Publico wird bekannt gemacht, daß

I. die Hypothekenbücher

- a) über die geschlossenen Grundstücke von Meuchen, zum Gerichtsamtsbezirk Lützen gehörig, und die zu den in Meuchen gelegenen, unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden Häusern gehörigen Pertinenzfeldgrundstücke, und
- b) über die zum Gerichtsamtsbezirk Lützen gehörigen geschlossenen Grundstücke von Thronitz,

vollendet und an das Königl. Gerichtsamt Lützen zur Fortführung abgegeben worden sind.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen;

II. die Hypothekentabelle, welche alle drei Rubriken in sich faßt, von den geschlossenen Grundstücken des Christoph Grube zu Ebben sub Nr. 8. vollendet ist, und vom 15. Mai bis 15. Juli d. J. in unserm Hypothekenarchive eingesehen werden kann.

Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen diese Tabelle nicht mehr angebracht werden.

Halle, den 26. April 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 178. Die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen über sämtliche geschlossene und walzende Grundstücke des Dorfes Großwölklau sind fertig und liegen in dem Zeitraume vom 20. Mai bis 20. Juli 1833 in der hiesigen Gerichtsexpeditio zur Einsicht und Anmeldung etwaniger Erinnerungen bereit, was hiermit unter der

Verwarnung bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr dagegen angebracht werden können.

Wölkau, den 7. Mai 1833.

**D a s   P a t r i m o n i a l - G e r i c h t .**  
**S c h m o r l .**

Dem Seilermeister Georg Hedel zu St. Johann-Saarbrücken ist unter dem **Nr. 179.**  
7. März d. J.

auf den bei der Fertigung flacher oder platter Seile benutzten, durch Zeichnung, Modell und Beschreibung näher nachgewiesenen sogenannten unsichtbaren Doppelschiff,  
ein vom Tage der Ausfertigung Zehn hinter einander folgende Jahre gültiges Patent für den ganzen Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

**P e r s o n a l - C h r o n i k .**

Der Militair-Oberprediger bei dem Garde-Corps, Bollert, ist durch die Allerhöchste **Nr. 180.**  
Kabinettsorder vom 4. Januar c. zum stellvertretenden Militair-Oberprediger bei dem 3ten Armee-Corps ernannt worden.

Berlin, den 26. April 1833.

Der bisherige Hülfslehrer, Dr. Wilhelm Ludwig Johann Alfred Schmedel, ist **Nr. 181.**  
durch ein Rescript des Königl. Ministeriums der Geislichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 13. April c. auf die Präsentation des Dom-Capituls zu Merseburg zum Collaborator am dortigen Dom-Gymnasio ernannt worden.

Magdeburg, den 27. April 1833.

**P e r s o n a l - V e r ä n d e r u n g e n** **Nr. 182.**  
bei den Special-Commissarien der Königlichen General-Commission für die Provinz Sachsen.

Der bisher in Liebenwerda wohnhaft gewesene Kreis-Justiz- und Deconomie-Commissarius Ranke ist nach Aschersleben versetzt worden, und hat seinen Geschäftskreis im Halberstädtischen und Mannsfeldischen angewiesen erhalten.

Der Deconomie-Commissarius Hille, bisher zu Eisleben wohnhaft, ist aus seinen hiesigen Dienstverhältnissen ausgeschieden und in Herzoglich Braunschweigische Dienste getreten.

Der im Halberstädtischen beschäftigt gewesene Gehülfe der Deconomie-Commissarien, Bothe, ist gestorben.

Für den Geschäftskreis, welchen der entlassene Deconomie-Commissarius Danz zu Calbe a. d. Saale und in der Umgegend versah, ist der Landes-Deconomierath Hering bestimmt und demselben sein Wohnort ebenfalls in Calbe a. d. Saale angewiesen worden.

Nr. 183.

# N a c h w e i s u n g

der

im Monate April 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.						Kartof- feln	Brannt- wein	Rauchfutter.																
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbſen		Linsen		Eckl.	Quart.	Heu		Stroh														
	der Preussische Scheffel								der Preussische Scheffel								à Cent.	à Schock.															
	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	fg.			pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.								
1 Merseburg	1	12	11	1	1	11	—	27	11	—	21	5	—	—	—	1	15	—	2	10	—	15	—	5	—	1	5	—	—	—	—	—	—
2 Halle	1	9	7	1	1	10	—	25	5	—	21	9	5	15	—	1	25	—	2	20	—	20	—	5	6	1	—	—	—	6	15	—	—
3 Naumburg	1	11	3	—	28	6	—	22	7	—	18	6	4	20	—	1	25	—	2	—	—	17	6	5	9	1	—	10	—	4	18	—	4
4 Torgau	1	14	—	1	7	6	—	29	—	—	25	—	4	10	—	2	—	—	—	—	—	15	—	4	—	—	25	—	—	—	—	—	—
5 Wittenberg	1	16	2	1	5	—	—	1	2	10	—	26	4	6	—	—	2	10	—	3	10	—	17	3	4	—	—	—	—	—	—	—	—
6 Eisleben	1	10	—	1	1	3	—	26	11	—	22	6	6	—	—	—	2	15	4	3	5	4	19	5	4	1	1	—	—	—	4	15	—
7 Zeitz	1	13	9	1	5	9	—	25	—	—	20	—	5	10	—	—	1	10	—	2	2	6	15	—	5	—	1	10	—	—	2	25	—
8 Quersurth	1	11	11	1	3	9	—	25	—	—	20	—	4	5	—	—	1	11	11	1	11	11	20	—	5	—	1	5	—	—	4	—	—
9 Bitterfeld	1	13	11	1	5	2	—	27	1	—	24	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	1	5	—	—	5	—	—

Merseburg, den 5. Mai 1833.

K ö n i g l i c h   P r e u ß i s c h e   R e g i e r u n g .

# **A m t s - B l a t t** der **Königlichen Regierung zu Merseburg.**

20. Stüd.

Ausgegeben zu Merseburg den 25. Mai 1833.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c.**

Nachdem sich Zweifel über die noch fortbestehende Anwendbarkeit der Gesetzgebung des ehemaligen Königreichs Westphalen auf die Verhältnisse der Landgemeinen in den zu diesem Königreiche gehörig gewesenenen Landestheilen der Provinz Sachsen erhoben haben, so verordnen Wir, nach Anhörung Unserer getreuen Stände des sächsischen Verbandes von Sachsen und der Altmark, und auf Antrag Unseres Staats-Ministerii, für gedachte Landestheile Folgendes:

§. 1.

Die Bestimmungen der Westphälischen Verwaltungsordnung vom 11. Januar 1808 und der späteren Westphälischen Decrete, die Verhältnisse der Landgemeinen betreffend, sind durch Einführung des Allgemeinen Landrechts außer Kraft gesetzt, und die im Allgemeinen Landrechte §. 18. bis 86. Tit. 7. Th. II. enthaltenen Vorschriften nebst den dieselben erläuternden und abändernden spätern Bestimmungen mit den im §. 3. gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Modificationen an die Stelle der fremdherrlichen Gesetzgebung getreten.

§. 2.

An denjenigen Orten, an welchen die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Klassen der Einwohner vor Einführung der fremden Gesetzgebung nach §. 31. Tit. 7. Th. II. des Allgemeinen Landrechts durch Verträge oder hergebrachte Gewohnheiten regulirt waren, welche im Gefolge jener Gesetzgebung außer Anwendung gekommen sind, sollen die Interessenten darüber, ob solche wieder herzustellen, gehört werden, und die Landräthe ermächtigt seyn, diesfällige Uebereinkünfte zu bestätigen. Wo dergleichen Verträge oder hergebrachte Gewohnheiten bei Publication der gegenwärtigen Verordnung factisch noch bestehen, sollen solche auch ferner aufrecht erhalten werden.

§. 3.

Ueber die Einwirkung der Guts- und Gerichtsherrn auf die Gemeine-Angelegenheiten und die Polizei bestimmen Wir Folgendes:

a.

In den §§. 33. 34. und 35. der angezogenen Gesetzesstelle bestimmten Fällen tritt der Landrath des Kreises an die Stelle der Gerichtsobrigkeit.

Nr. 184.  
 Verordnung, die Einführung des Allgemeinen Landrechts in Beziehung auf die Verwaltung Angelegenheiten der Landgemeinen in den zum Verwaltungs-Verbande der Provinz Sachsen gehörigen, der Westphälischen Zwischen-Regierung unterworfenen Landestheilen betr.

b.  
Den mit Gerichtbarkeit versehenen Gutsherrn steht zwar nach §§. 47. und 49. die Wahl des Schulzen zu; der Gewählte ist aber dem Landrathe zu präsentiren, welchem es obliegt, dessen Qualifikationen zu prüfen und ihn zu bestätigen oder die Wahl eines andern Candidaten zu verlangen.

c.  
Die Besitzer der Gerichtbarkeit haben das Recht und die Pflicht, persönlich oder durch qualifizierte Stellvertreter innerhalb ihres Gerichtsbezirks die §. 10. Tit. 17. Th. II. des Allgemeinen Landrechts angegebenen Anstalten zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu treffen. Die Polizei-Gerichtbarkeit aber (§. 11. a. a. D.) ist von dem Patrimonial-Gerichte zu verwalten.

d.  
Diesenigen Gutbesitzer, welche die Gerichtbarkeit früher besaßen, sie jedoch nach dem Aufhören der Fremdherrschaft nicht wieder erlangt haben, sollen die §. 10. Tit. 17. Th. II. des Allgemeinen Landrechts bezeichneten Anstalten auf den ihnen eigenthümlichen Höfen und Grundstücken, unter unmittelbarer Aufsicht des Landraths zu treffen berechtigt und verpflichtet seyn. Die Polizei-Gerichtbarkeit dagegen ist von den dazu geordneten Staatsbehörden auszuüben.

Hiernach haben alle unsere Behörden und Unterthanen in den bezeichneten Landestheilen sich gehorsamst zu achten.

Gegeben Berlin, den 31. März 1833.

(Siegel.) Friedrich Wilhelm.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

(gez.) v. Altenstein. v. Schuckmann. v. Lottum. v. Bernstorff.  
v. Hake. Maassen. v. Brenn. v. Kamph. Mähler. Ancillon.

Verordnung,  
die Regulirung  
der während  
der Westphä-  
lischen Zwischen-  
Regierungszeit  
bestandenen Ver-  
hältnisse zwis-  
schen den Do-  
minialen und  
Gemeinden in  
den zur Pro-  
vinz Sachsen  
gehörigen, ehe-  
mals Westphä-  
lischen Land-  
theilen betr.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc.

Im Verfolg Unserer Verordnung vom heutigen Tage, die Einführung des Allgemeinen Landrechts in Beziehung auf die Verwaltungs-Angelegenheiten der Landgemeinen in den zum Verwaltungs-Verbande der Provinz Sachsen gehörigen, der Westphälischen Zwischen-Regierung unterworfen gewesenen Landestheilen betreffend, finden Wir für nöthig, wegen Regulirung der während der Zwischen-Regierung entstandenen Verhältnisse zwischen den Dominien und Gemeinden in den gedachten Landestheilen, nach Anhörung Unserer getreuen Stände und auf Antrag Unserer Staats-Ministerii Folgendes zu verordnen:

#### §. 1.

Die in Folge der fremdherrlichen Gesetzgebung zeitlich bestandene Verbindung der Domänen und Rittergüter mit den Stadt- und Landgemeinen wird, wenn nicht beide Theile das Fortbestehen derselben wünschen, unter den nachstehend vorgeschriebenen Modificationen aufgehoben und die gedachten Güter werden wieder wie vor Einführung der fremden Gesetze, als für sich bestehend behandelt.



§. 2.

Die Beiträge der Rittergüter und Domainen zu denjenigen Gemeine-Bedürfnissen und Anstalten, von welchen sie keinen Nutzen haben, und welche lediglich zum Besten der Gemeine-Mitglieder bestehen, oder für welche die Güter auf eigene Kosten sorgen, hören vom 1. Januar 1834 an gänzlich auf.

§. 3.

Was hingegen die während des Gemeine-Verbandes entstandenen Schuld-Verbindlichkeiten aller Art, ingleichen diejenigen Gemeine-Anstalten anlangt, an welchen die Güter Antheil haben, so dauert die Beitrags-Verpflichtung der letzteren so lange fort, bis jene Schuld-Verbindlichkeiten und die sonstige Gemeinschaft gelöst sind. Die deshalb zwischen den Rittergutsbesitzern und dem Domainen-Fiscus auf der einen, und den Gemeinen auf der andern Seite, abzuschließenden Vergleiche, durch welche die Rechte dritter Personen nicht beeinträchtigt werden dürfen, sollen von Unsern Behörden möglichst gefördert werden.

§. 4.

Wenn bei den allgemeinen Verwaltungskosten, insonderheit bei den Besoldungen der Bürgermeister, Schulgen und anderen Gemeinebeamten auf die Beiträge der Güter gerechnet worden ist, so sollen die Beiträge derselben zu diesem Behufe, damit die Gemeindeglieder nicht in Folge der Trennung mehr belastet werden, so lange fort-dauern, bis durch Abgang der zeitherigen Beamten oder auf sonstige Weise eine Verminderung der Kosten bewirkt werden kann.

Die Remunerirung aller neu anzustellenden Beamten ist bloß mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gemeine auszuwerfen und der letzteren deren Aufbringung allein zu überlassen.

§. 5.

An denjenigen Orten, wo vor Einführung der fremdherlichen Gesetzgebung eine gemeinsame Verwaltung einzelner, die Gemeinen und Güter gemeinschaftlich betreffenden Gegenstände bestanden hat, oder die Verhältnisse beider in Ansehung der Nutzungen und Gemeinelasten durch Verträge oder herkömmliche Gewohnheiten regulirt gewesen, welche durch jene Gesetzgebung außer Kraft gesetzt worden sind, sollen die Interessenten darüber, ob solche wieder herzustellen, gebrüt werden und die Landräthe ermächtigt seyn, diesfallige Uebereinkünfte zu bestätigen.

§. 6.

Die Theilnahme der Rittergüter und Domainen an den Gemeinenutzungen hört in demselben Verhältnisse auf, in welchem sie von den Gemeinelasten befreit werden. Insofern während des Gemeine-Verbandes Activa erworben worden sind, steht ihnen darauf ein Anspruch nach dem Verhältnisse zu, in welchem sie die während derselben Zeit entstandenen Verbindlichkeiten mit ablösen müssen.

§. 7.

Die Verhandlungen der Gemeinen über die Repartition derjenigen Bedürfnisse, zu welchen die Rittergutsbesitzer und der Domainen-Fiscus noch beitragspflichtig bleiben, sollen in den Städten unter Theilnahme, in den Landgemeinen aber unter Aufsicht des Gutsheeren und der Vertreter des Domainen-Fiscus stattfinden,

und solchen das Recht beigelegt seyn, die Ausführung eines sie prägravirenden Gemeine-Beschlusses durch Berufung auf die Entscheidung der vorgesetzten Behörde zu hemmen.

§. 8.

In Hinsicht der mit den Rittergütern und Domainen vereinigten nicht ritterschaftlichen Grundstücke treten die Besitzer in das vor Einführung der fremden Gesetze bestandene Verhältniß zurück. Wenn aber dieses auf einer inmittelst aufgehobenen herkömmlichen Gewohnheit beruht, und diese nicht in der §. 5. bestimmten Art wieder hergestellt wird, so tritt wegen der Beiträge von diesen Grundstücken das gemeinrechtliche Verhältniß ein.

§. 9.

Wenn von solchen Gütern, welche nach dieser Verordnung außer den Gemeine-Verband treten, Grundstücke dismembrirt und nicht sogleich mit einem anderen, außer dem Gemeine-Verbande stehenden Gute wieder vereinigt werden, so werden solche der Glur (Geldmark) der Gemeine in oder an welcher sie liegen, einverleibt, und bleiben künftig auch dann in diesem Gemeine-Verbande, wenn sie wieder mit einem von demselben freien Gute vereinigt werden. Diese Vorschriften sind auch auf die vom Anfange der Zwischenherrschaft bis zur Publication gegenwärtiger Verordnung von den Dominien abgetrennten Grundstücke anwendbar.

§. 10.

Ueber die bei Ausführung gegenwärtiger Verordnung zwischen Gütern und Gemeinen entstehenden Streitigkeiten entscheiden, nachdem vorher die Betheiligten gehört worden sind, in erster Instanz die Landräthe, von welchen die Berufung an die Höheren Verwaltungsbehörden, oder im Falle, daß der Gegenstand privatrechtlicher Art ist, nach der Wahl des Betheiligten, die Berufung auf Entscheidung durch den Richter stattfindet. Wenn einmal die Berufung an die Regierung stattgefunden hat, ist der Rechtsweg in der Sache verschlossen. Auch ist die Regierung, wenn der Rechtsweg gewählt wird, berechtigt und verpflichtet, wo es nöthig ist, ein Interimisticum zu reguliren.

Unser Ober-Präsident der Provinz Sachsen ist mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt, nach welcher sich alle Unsere Behörden und Unterthanen zu achten haben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebedrucktem Königl. Insigne.

Gegeben Berlin, den 31. März 1833.

(L. S.) (gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

(gez.) v. Altenstein. v. Schuckmann. v. Lottum. v. Bernstorff.  
v. Hake. Maassen. v. Brenn. v. Kamp. Wähler. Ancillon.

Die vorstehenden Allerhöchsten Verordnungen über

- a) die Einführung des Allgemeinen Landrechts in Beziehung auf die Verwaltungs-Angelegenheiten der Landgemeinden in den zum Verwaltungs-Verbande der

Provinz, Sachsen gehörigen, der Westphälischen Zwischen-Regierung unterworfen gewesenen Ländtheilen, und

b) die Regulirung der während der Westphälischen Zwischen-Regierung entstandenen Verhältnisse zwischen den Dominien und Gemeinden in den zur Provinz Sachsen gehörigen ehemals Westphälischen Landesheilen betreffend, werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und sind die dabei betheiligten Behörden und Interessenten resp. ermächtigt und verpflichtet, sich der genauen Befolgung der gegebenen Vorschriften zu unterziehen, und die Regulirung der nach Maßgabe des zuletzt erwähnten Gesetzes erfolgende Trennung der Dominien von den Gemeinden einzuleiten.

Magdeburg, den 8. Mai 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Klewiz.

Durch den 96. §. der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 ist bestimmt worden, daß die Magisträte bei Anstellung der zum Dienste der Stadt außer den Magistrats-Mitgliedern erforderlichen Beamten und Diener die jetzt bestehenden und künftig zu erlassenden Verordnungen wegen Versorgung der Invaliden zu befolgen haben. Indem wir uns nun veranlaßt finden, den Magisträten unseres Verwaltungs-Bereichs diese Bestimmung hiermit einzuschärfen, verbinden wir damit folgende Zusammenstellung einiger dießfalligen frühern Verordnungen:

Nr. 185.  
Die Anstellung der Invaliden als städtische Unterbeamte betr.

- 1) die Verbindlichkeit der Magisträte, zu den befohlenden städtischen Unterbeamten-Stellen keine andern, als versorgungsberechtigte Militair-Invaliden zu wählen, kann, nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordnung vom 29. Mai 1820 auf diejenigen Unterbeamten-Stellen, welche eine höhere oder eigenthümliche Geschäftsbildung erfordern, nur in soweit bezogen werden, als versorgungsberechtigte Militair-Invalide vorhanden sind, die diese Geschäftsbildung besitzen. Gesetz-Sammlung d. a. 1820. Nr. 606. S. 79;
- 2) bloß mit Civil-Versorgungsscheinen versehene Invalide sind zu dergleichen Anstellungen berechtigt, und haben die Magisträte, damit bestimmt werden könne, ob eine Fortzahlung des Gnadengehalts, der Pension, oder des Bartegelbes, welches der Angestellte aus Königl. Kassen bezieht, mit den bestehenden Vorschriften vereinbar sey, sobald ein solcher Gnadengehalts-, Pensions- oder Bartegelder-Empfänger angestellt wird, solches ohne Verzug bei uns anzuzeigen und dabei zu bemerken:
  - a) den Monat und Tag der Anstellung, b) die Bedienung, c) den Betrag des Gehalts und der Emolumente, d) den Betrag des Gnadengehalts, der Pension, oder des Bartegelbes. Verordnung vom 24. Januar 1823. Amtsbl. S. 34, vom 8. September 1824. Amtsbl. S. 282. und vom 29. Juni 1825. Amtsbl. S. 303;
- 3) einer solchen Anzeige bedarf es auch, wenn der Gnadengehalts-Empfänger nur interimistisch auf Kündigung, oder auf Probe angestellt ist, insofern derselbe eine monatlich zahlbare Vergütung, Tantieme, oder sonstige Remuneration erhält, nicht aber wenn derselbe um Lohn arbeitet und nach Arbeitsstunden

oder Stunden bezahlt wird. Desgleichen ist eine solche Anzeige auch dann erforderlich, wenn ein bereits angestellter Invalide, dem sein Gnadengehalt wegen Geringfügigkeit des Ertrags des Civildienst-Einkommens, nach den diesfalls bestehenden Bestimmungen, belassen worden, später verbessert oder in eine andere Stelle versetzt wird. Verordnung vom 7. Februar und 29. Juni 1825. Amtbl. S. 114. und 303, vom 22. September 1828. Amtbl. S. 260;

- 4) wenn diese, mit der nur jährlich den landrätthlichen Aemtern zu liefernden Uebersicht der im Laufe des Jahres erledigten und wieder besetzten Communal-Stellen nicht zu verwechselnde specielle Anzeige unterbleibt, so fällt den Magistralen, in Folge wiederholter Allerhöchster Bestimmungen, die Vertretung desjenigen zur Last, was der betreffende Invalide unterdessen an Gnadengehalt, Pension, oder Bartegeld überhoben hat. Verordnung vom 22. September 1828. Amtbl. S. 280.

Merseburg, den 11. Mai 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 186.

Die Arznei-  
Taxe für 1833  
betr.

Die von der damit beauftragten Special-Commission für das Jahr 1833 ausgearbeitete und von dem unterzeichneten Ministerium genehmigte Arznei-Taxe tritt mit dem 1. Juni d. J. in Wirksamkeit. Es haben sich daher von dem genannten Termine ab, die Apotheker des Königl. Preuss. Staats, bei Vermeidung der im Medicinal-Edicte vom 27. September 1725 festgesetzten Strafe von fünf und zwanzig Thalern, nach dieser Arznei-Taxe überall genau zu richten, die dabei betheiligten Behörden aber über deren Befolgung mit pflichtmäßiger Strenge zu wachen.

Berlin, den 1. April 1833.

Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-  
Angelegenheiten.

(gez.) v. Altenstein.“

Vorstehendes Publicandum bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniss. Zugleich fordern wir die Herren Landräthe auf, die kostenfreie Aufnahme desselben in den Kreisblättern, so weit sie geschehen kann, zu veranlassen. Die gedachte Arznei-Taxe ist bei dem hiesigen Regierungs-Secretair Herrn Wiemann, das Exemplar zu 10 Sgr., eben sowohl aber auch in Berlin bei dem Buchhändler C. F. Plahn und in allen übrigen Buchhandlungen der Monarchie zu demselben Preise zu bekommen.

Merseburg, den 15. Mai 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 187.

Evangelische  
Kirchen- und  
Haus-Collecte  
für das Colo-  
nie-Dorf Gru-  
newald.

Die Königl. Hohen Ministerien der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, und des Innern und der Polizei, haben auf den Antrag der Königl. Regierung zu Potsdam zum Wiederaufbau des im Colonie-Dorfe Grunewald, Amts Zehdenick, abgebrannten Vet- und Schulhauses, welches die kleine, vom Brandunglück mehrmals heimgesuchte und sehr arme Colonisten-Gemeinde, die sich blos vom Holzschlagen in den Königl. Forsten und vom Kartoffelbau nährt, mit einem Kostenaufwande von 5000 Thlr. allein herzustellen nicht vermag, eine allgemeine Landes-

Collete in den evangelischen Kirchen und Gemeinden der ganzen Monarchie bewilligt.

Die Herren Geistlichen unsers Regierungsbezirks haben an einem geeigneten Sonntage eine Collete in den Kirchen zu obigem Zweck zu veranstalten, die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenden einzusenden, letztere haben diese Beiträge mittelst Verzeichnisses, oder, geht nichts ein, einen Quittschein an die Haupt-Instituten-Kasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Quittscheins aber bei uns einzureichen.

Die Herren Landräthe werden dafür Sorge tragen, daß die Haus-Collete in den Städten von einem Raths-Deputirten und einigen angesehenen Bürgern, auf den Dörfern aber von den Richtern oder Schulzen und Schöppen veranstaltet und übrigen hinsichtlich der Ablieferung der Gelder nach unserer Verfügung vom 3. Juli 1828 (Amtsbl. pr. 1828. S. 216.) verfahren wird.

Mit Ende des Monats Juli c. wird die Collete als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 3. Mai 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Bei den veränderten Verhältnissen der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt tritt oft der Fall ein, daß die Königl. Kassen und die Commissarien, welche in den Provinzen die Einnahmen und Ausgaben der Anstalt besorgen, die zur Bezahlung der fälligen Wittwen-Pensionen nöthige Summe nicht in Gold, sondern größtentheils nur in Silbergeld, vorrätzig haben. Die Umwechselung mit dem normalmäßigen Agio von 13½ Procent kann aber, sofern die Wittwen nicht selbst die Zahlung in Silbergeld mit diesem Agio-Sage annehmen wollen, nur bei der General-Wittwen-Kasse in Berlin, und zwar erst dann geschehen, wenn die Berechnungen der Provinzial-Kassen und Commissarien, mit den Quittungen der Wittwen belegt, hier eingegangen und richtig befunden sind. Es müssen daher diejenigen Wittwen, welche die ihnen angebotene Zahlung in Silbergeld mit 4 Sgr. Agio auf den Thaler nicht annehmen wollen, entweder ihre Pensionen hier in Berlin auf der General-Wittwen-Kasse, es sey persönlich oder durch einen Mandatarius, gegen Abgabe der vorschriftsmäßigen Quittungen erheben, oder die Quittungen vorläufig ohne Bezahlung den Provinzial-Kassen und resp. den Commissarien anvertrauen und so lange warten, bis darauf von hier aus die nöthigen Goldzuschüsse remittirt seyn werden, welches erst gegen den Schluß der Monate April und October geschehen kann. Indem die unterzeichnete General-Direction dieses den betreffenden Wittwen hierdurch bekannt macht, bringt sie ihnen zugleich in Erinnerung, daß dieselben kein Recht haben, die Zahlung der Pensionen an einem andern Orte, als hier auf der General-Wittwen-Kasse, zu verlangen, daß die Beforgung dieser Zahlungen durch Königl. Kassen und befohlene Commissarien lediglich als eine Gunst für die Wittwen zu betrachten ist, und daß die General-Wittwen-Kasse sich mit unmittelbaren Uebersendungen von Pensionen an die Wittwen durch die Post nicht befassen kann und wird. Berlin, den 26. April 1833.

General-Direction der Königlich Preussischen Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.

Nr. 188.

Das Gold-Agio bei den zu zahlenden Wittwen-Pensionen betr.

Nr. 189.

Von nachbenannten Grundstücken sind die nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs aufgestellten Hypothekentabellen abgeschlossen, als:

- 1) von den geschlossenen Grundstücken des Dorfes Apollinsdorf, mit Ausnahme des Mieschen Schulzengutes Nr. 1. und des Knorr'schen Wohnhauses Nr. 12, im Gerichtsamtsbezirke Wittenberg Landbezirks;
- 2) von sämtlichen geschlossenen Grundstücken des Dorfes Kleinlissa,
- 3) von den geschlossenen Grundstücken des Dorfes Sultitz,
- 4) von sämtlichen geschlossenen Grundstücken des Dorfes Klitzschmar, im Gerichtsamtsbezirke Landeberg;
- 5) von den geschlossenen Grundstücken des Dorfes Tannapfel,
- 6) von den geschlossenen Grundstücken des Dorfes Werben, im Gerichtsamtsbezirke Jörbig;
- 7) von sämtlichen geschlossenen Grundstücken des Dorfes Ogeln, im Gerichtsamtsbezirke Schmiedeberg;
- 8) von sämtlichen geschlossenen Grundstücken des Dorfes Raundorf,
- 9) von sämtlichen geschlossenen Grundstücken des Dorfes Hohenleina, im Gerichtsamtsbezirke Eilenburg;
- 10) von sämtlichen geschlossenen Grundstücken des Dorfes Blöhsdorf, im Gerichtsamtsbezirke Zahna;
- 11) von dem von der frühern Bekanntmachung ausgeschlossenen Kaptschen Wohnhause Nr. 37. der Vorstadt Eilenburg, der Leipziger Steinweg genannt, und
- 12) von dem von der frühern Bekanntmachung ausgeschlossenen Möbius'schen Wohnhause Nr. 524 — 526. des Brandtastlers und Nr. 349. des Hypothekenbuchs von der Stadt Wittenberg.

Wir machen solches, in Gemäßheit der Allerhöchsten Kabinetts-Order vom 5. April 1824 mit dem Bemerken bekannt, daß die Tabellen in dem Zeitraume vom 1. Juni bis ult. Juli d. J. in unserer Hypotheken-Registratur, Behufs der etwa anzubringenden Erinnerungen, welche jedoch späterhin nicht mehr Statt finden, einge-  
sehen werden können.

Hiermit verbinden wir zugleich die Anzeige, daß die Hypothekenbücher von dem Dorfe Pratau und Schmiltendorf vollendet, ingleichen die

- a) von dem Dorfe Löbersdorf und Kieda,  
an das Königl. Gerichtsamt Jörbig, und
- b) von dem Dorfe Grebehna und Peterwitz,  
an das Königl. Gerichtsamt Landeberg,

zur weitem Fortführung abgegeben worden, und daher alle Eintragungs-, Löschungs- und sonstige auf das Hypothekenwesen in den gedachten Ortschaften bezüglichen Anträge, bei den betreffenden Gerichtsämtern, als nunmehrigen Hypothekenbehörden, anzubringen sind.

Wittenberg, den 13. Mai 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

21. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 1. Juni 1833.

Der General-Münz-Bardein, Herr Münzrath Loos zu Berlin, hat eine Schrift herausgegeben, unter dem Titel:

„Die Kunst, falsche Münzen zu erkennen.“

Auf höhere Veranlassung fordern wir sämtliche von uns ressortirende Rassen-beamte hiermit auf, sich mit dem Inhalte dieser Schrift vertraut zu machen, um bei fortgesetzter Aufmerksamkeit auf das etwaige Erscheinen falscher Münzen einen sichern Anhalt für die Unterscheidungs-Kennzeichen derselben zu haben.

Merseburg, den 24. Mai 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Nachstehender, von des Königs Majestät Allerhöchst vollzogener

E r l a s s,

nach welchem das Uebersetzen mit dem Rahn über die Mulde bei Pouch bezahlt werden soll, als:

von einem Fußgänger mit . . . . . 4 Silbergfennigen,

von einem Schiebekärner mit . . . . 8 Silbergfennigen.

Bei hohem Wasserstande wird das Doppelte, wenn aber die Mulde zugestoren ist, nichts bezahlt.

Alle commandirte Militairs und alle im Dienste reisende Civil-Beamten, imgleichen die bei Feuers- und Wassers-Noth zu Hülfe eilenden Personen sind frei auf dem Hin- und Rück-Wege.

Anmerkung. Ein hoher Wasserstand findet Statt, wenn das Wasser das höchste Ufer bis auf fehlende drei Fuß erreicht, und selbiges in niedrigen Uferstellen bereits austritt; imgleichen wenn der Muldefluß mit Grund- oder Treib-Eis geht.

Zur Bezeichnung des hohen Wasserstandes muß ein Markpfahl mit Wasserstands-Marquen eingesetzt und jederzeit in Stand erhalten werden.

Berlin, den 8. April 1833.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

wird hierdurch Höchst anbefohlnermaaßen zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 20. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 190.

Des Erkennens  
falscher Mün-  
zen betr.

Nr. 191.

Den Tarif für  
die Rahn-Be-  
fahret bei  
Pouch betr.

Nr. 192.  
Regulativ in  
Betreff des  
Wanderens der  
Gewerks-Ge-  
hülsen.

Da ungeachtet der durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre, vom 1. August 1831 erfolgten allgemeinen Aufhebung der bisher in einigen Landestheilen noch bestandenen Zwangspflicht zünftiger Handwerksgefallen vor Erlangung des Meisterrechts eine bestimmte Zeit auf der Wanderschaft zuzubringen, und der gegen die Mißbräuche, zu welchen das Wandern Veranlassung giebt, wiederholentlich erlassenen Verordnungen; noch immer eine große Anzahl von wandernden Handwerksgefallen zwecklos im Lande herumstreift, die Gewerksgefallen und das ganze Publikum belästigt und die öffentliche Sicherheit gefährdet, so sind zur Beseitigung dieses Uebelstandes nachstehende Bestimmungen für nöthig erachtet:

- 1) Wanderpässe, d. h. Pässe, in welchen weder ein bestimmtes Reiseziel, noch ein anderer Reisezweck, als der, Arbeit zu suchen, angegeben ist, oder Wanderbücher, wo solche überhaupt hergebracht sind, dürfen nur solchen Inländern erteilt werden, welche
  - a) eine Kunst oder ein Handwerk betreiben, bei welchem das Wandern allgemein üblich und Beifall der Vervollkommenung darin angemessen ist;
  - b) völlig unbescholten und körperlich gesund sind, welches letztere, sofern es irgend zweifelhaft ist, durch ein ärztliches Attest dargethan werden muß;
  - c) das dreißigste Lebensjahr noch nicht überschritten, auch nicht schon vorher fünf Jahre mit oder ohne Unterbrechung auf der Wanderschaft zugebracht haben;
  - d) außer den erforderlichen Kleidungsstücken nebst Wäsche ein baares Reisegeld von mindestens fünf Thalern beim Antritt der Wanderschaft besitzen.

Personen, bei welchen nicht alle diese Erfordernisse vereinigt sind, können auch, wenn sonst kein Bedenken obwaltet, nur gewöhnliche Reisepässe erhalten, bei deren Ausstellung übrigens die bestehenden Vorschriften, namentlich auch hinsichtlich der Reisemittel, sorgfältig zu beobachten sind.

In den Wanderpässen und Wanderbüchern ist die Dauer ihrer Gültigkeit, welche einen Zeitraum von fünf Jahren nicht überschreiten darf, auszubringen.

- 2) Ausländischen Handwerksgefallen ist der Eintritt in die diesseitigen Staaten und die Fortsetzung ihrer Wanderschaft innerhalb derselben, nur dann zu gestatten, wenn sie mit einem von einer kompetenten Behörde ihrer Heimath ausgestellten Wanderbuche oder Wanderpasse versehen sind, nach Ausweis desselben in den letzten acht Wochen wenigstens vier Wochen gearbeitet haben, auch alle vorstehend unter Nr. 1. a. b. c. und d. vorgeschriebene Eigenschaften besitzen, welche ein Inländer zur Erlangung eines Wanderpasses bedarf, und sich darüber gegen die erste zur Ertheilung von Pässen befugte diesseitige Behörde an der Grenze, welche das Erforderliche in dem Wanderbuche oder Passe zu vermerken hat, vollständig ausweisen.
- 3) Kann ein ausländischer, übrigens gehörig legitimirter Handwerksgefell durch unverdächtige schriftliche Beweismittel darthun, daß er von einem das betreffende Gewerbe selbstständig betreibenden Inländer ausdrücklich verschrieben worden, so ist er zuzulassen, wenn er nur körperlich gesund ist und die



erforderlichen Reisemittel besitzt, um nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Grenzbehörde ohne Unterstützung an den Bestimmungsort gelangen zu können; doch ist das Wanderbuch oder der Paß alsdann auch nur nach dem Ort seiner Bestimmung zu visiren und sofern die sonstigen Bedingungen nicht vorhanden, die weitere Fortsetzung der Wanderschaft im diesseitigen Staate nicht zu gestatten.

- 4) Der Wandernde, welcher nach obigen Bestimmungen hinlänglich legitimirt ist, kann zwar die Orte, in welchen er Arbeit suchen will, beliebig selbst wählen, er ist indeß verbunden, der Behörde, welche das Wanderbuch oder den Wandepaß ausstellt, oder bei dem Eintritt vom Auslande her, oder auch nach Publication dieser Verordnung, im Inlande zuerst visirt, den nächsten Bestimmungsort, von welchem es bekannt seyn muß, daß daselbst das betreffende Gewerbe betrieben werde, anzugeben, damit sowohl der Bestimmungsort, als auch, wenn dieser über eine Tagereise entfernt ist, die Route und die wahrscheinliche Zahl der Tagereisen dahin in dem Wanderbuche oder Passe bemerkt werden.
- 5) Gleichmäßig muß er bei weiterer Fortsetzung der Wanderschaft der Polizei-Behörde des ersten und jedes folgenden Bestimmungsortes, den nächstfolgenden namhaft machen und diese hat bei der jedenfalls nöthigen Visirung den von ihm angegebenen anderweiten Bestimmungsort, so wie die Route und die wahrscheinliche Zahl der Tagereisen zu vermerken.
- 6) Von der selbstgewählten Route, welche hiernach aus dem Wanderbuche oder Passe stets hervorgehen muß, darf der Wandernde nicht abweichen. Will er den gewählten Bestimmungsort verändern oder eine andere Route einschlagen, so muß er einer zur Ausstellung von Pässen befugten Polizei-Behörde auf dem zuerst gewählten Wege davon Anzeige machen, damit selbige den Paß unter Angabe der Route und der wahrscheinlichen Reisezeit nach dem neuen Bestimmungsorte visiren.

Auch muß der Wandernde, wenn er etwa auf dem Wege Arbeit findet oder erkrankt — in welchem Falle die Fortsetzung der Wanderschaft vor erfolgter Genesung gar nicht zu gestatten ist — oder sonst durch besondere Umstände abgehalten wird, die Reise nach dem Bestimmungsorte in der angegebenen Zeit zurückzulegen, sich bei den betreffenden Orts-Polizei-Behörden melden, damit diese das Wanderbuch oder den Paß visiren und die Veranlassung, so wie die Dauer des Aufenthalts, bescheinigen.

- 7) Wenn der Wandernde im Bestimmungsorte keine Arbeit findet, oder dergleichen nicht annehmen will, so darf er daselbst nicht über die von der Polizei-Behörde festzusetzende Zeit verweilen, deren Dauer alsdann in seinem Passe oder Wanderbuche zu bemerken ist. Findet er Arbeit, so ist, wenn er demnächst die Wanderschaft fortsetzt, bei Visirung des PASSES zugleich zu bemerken, wie lange und bei wem er gearbeitet und wie er sich betragen habe.
- 8) In folgenden Fällen ist die Fortsetzung der Wanderschaft nicht zu gestatten, sondern der Wandernde, nach vorgängiger summarischer Erörterung, mit-

telst beschränkten Passes und vorgeschriebener Reise-Route, wenn er ein Ausländer ist, über die Grenze, sonst aber an den Ort der Ausstellung des Wanderpasses — wohin auch der dem Wandernden abzunehmende Paß zu senden ist — zurückzuweisen:

- a) wenn er von der aus dem Wanderbuche oder Paß hervorgehenden Route abgewichen, auf dem Wege oder am Bestimmungsorte über die vorgeschriebene Zeit verweilt hat und den dadurch begründeten Verdacht eines zwecklosen Umhertreibens nicht zu widerlegen vermag;
  - b) wenn er, außer dem Fall einer unverschuldeten Krankheit, acht Wochen lang ohne Arbeit gewesen ist, mag die Arbeitslosigkeit übrigens verschuldet oder unverschuldet gewesen seyn;
  - c) wenn er seine Gewerbsgenossen oder andere Personen um eine Unterstützung angesprochen hat, ohne Rücksicht darauf, ob eine sonstige Bestrafung stattfindet oder nicht;
  - d) wenn er sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat, in welchem Falle es sich jedoch von selbst versteht, daß er deswegen zuvörderst zur Untersuchung und Bestrafung zu ziehen ist.
- 9) Handwerksgesellen, die keine zureichende Legitimations-Documente bei sich führen, ist das Wandern gar nicht zu gestatten. Wenn sie indeß behaupten, selbige verloren zu haben und solches glaubhaft nachweisen, so sind sie mit einem beschränkten Passe und vorgeschriebener Reise-Route nach dem Orte zu versehen, wo das Wanderbuch oder der frühere Paß zuletzt vüirt worden und dort kann ihnen, wenn sie daselbst gearbeitet haben und sich übrigens vollständig zu legitimiren vermögen, ein neuer Wanderpaß statt des verlorenen ertheilt werden. In demselben ist aber der Verlust und die Beschaffenheit des frühern Legitimations-Documentis zu erwähnen, auch das letztere durch das Amtsbblatt und wo ein Kreisblatt erscheint, auch durch dieses für ungültig zu erklären, und die inländische Behörde, welche dasselbe ausgestellt, davon zu benachrichtigen. Ist der Fall aber, nach vorstehender Vorschrift zur Ausstellung eines neuen Wanderpasses nicht geeignet, so sind dergleichen Handwerksgesellen resp. über die Grenze oder an den Ort der Ausstellung des verlorenen Wanderpasses zurückzuweisen.
- 10) Handwerksgesellen, die mit beschränkter Reise-Route zurückgewiesen werden, dürfen zwar mit Genehmigung der Orts-Polizei-Behörde in den auf ihrem Wege belegenen Orten in Arbeit treten, sonst aber von der Route nicht abweichen; widrigenfalls sie nach den allgemeinen Bestimmungen zu verhaften und nach dem Ort der Ausstellung des früher besessenen Wanderpasses, sonst aber nach der Heimath, sofern diese durch Correspondenz mit den betreffenden Behörden festgestellt worden, auf den Transport zu geben sind.
- 11) Handwerksgesellen, welche einmal an den Ort der Ausstellung des Wanderpasses zurückgewiesen worden, darf erst nach Ablauf von mindestens sechs Monaten ein neuer Wanderpaß unter den ad 1. gedachten Bedingungen ertheilt werden, muß ein solcher Handwerksgesell alsdann wiederum aus irgend

einem Grunde zurückgewiesen werden, so ist ihm ein neuer Wanderingpaß gänzlich zu versagen und auch ein gewöhnlicher Reisepaß nur mit besonderer Vorsicht unter strenger Beobachtung der allgemeinen Vorschriften, namentlich auch hinsichtlich der Reisemittel, zu bewilligen.

- 12) Bei dem Antritt der Wanderschaft, oder dem Eintritt in das Land, ist jeder Handwerksgefell mit vorstehenden Bestimmungen durch Einhändigung eines Abdrucks, welcher dem Wanderingpaß oder Wanderbuch, wenn er nicht schon damit verbunden, anzuhängen und anzufiegeln ist, bekannt zu machen.
- 13) Sämmtliche Polizei-Beörden haben sich nach vorstehenden Bestimmungen bei Vermeidung nachdrücklicher Ordnungsstrafe, so wie des Erfages der Transport-Kosten für den Fall, daß der Inhaber eines zur Ungebühr aus-gestellten oder visitirten Wanderbuchs oder Passes auf den Transport gegeben werden muß, auf das Genaueste zu achten, auch die Gast- und Herbergs-Wirthe, Gewerksmeister &c., auf dieselben aufmerksam zu machen und mit näherer Anweisung über ihre Mitwirkung zur Erreichung des Zwecks zu versehen.

Berlin, den 24. April 1833.

Der Minister des Innern und der Polizei,  
(gez.) v. Brenn.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerken zur Kenntniß der betreffenden Behörden und des Publikums gebracht, daß die sub Nr. 12. angeordneten Abdrücke in der Kobigsch'schen Buchdruckerei hieselbst zu haben sind, bei welcher den passausstellenden Behörden anheim gegeben wird, ihre Bestellungen binnen 14 Tagen zu machen, wohnächst der Preis durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden soll.

Merseburg, den 24. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Mit Bezug auf die Verordnung vom 27. August 1816, Vorspannleistungen betreffend, Nr. 218. Seite 306. ff. des hiesigen Amtsblatts vom Jahre 1816, und auf das daselbst abgedruckte Allerhöchste Regulativ, wegen der Verpflichtung zur Vorspannleistung vom 29. Mai 1816, wird hierdurch, in Gemäßheit einer Entscheidung des Königl. Ministerii des Innern und der Polizei, bekannt gemacht, daß unter den Worten dieses Regulativs §. 1. lit. c. „Pferde, welche von Königl. Officianten und Aerzten ihres Amtes wegen nothwendig gehalten werden müssen,“ bei den Aerzten die ärztliche Praxis zu verstehen ist, wegen welcher früher jeder Arzt 2 Pferde frei von Luxussteuer halten konnte, so wie daß der 2te §. der ergebachten Verordnung auf Aerzte keine Anwendung findet, da außer einigen Militair-Aerzten kein Arzt bestimmte Fuhrkosten-Entschädigungen aus Staats-Kassen bezieht. Hiernach sind also Aerzte, die ihrer Praxis wegen Pferde zu halten genöthigt sind, ohne Unterschied, ob sie ein ärztliches Amt verwalten oder nicht, vom Vorspann und vom Vorspann-Äquivalent-Gelde frei.

Nr. 195.  
Bestellung der  
Aerzte vom  
Vorspann und  
von Vorspann-  
Äquivalent-  
Geldern betr.

Merseburg, den 16. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 194.  
Den Wechsel  
der Mitglieder  
der mit Ge-  
werbscheinen  
versehenen  
Muster- und  
andern Gesell-  
schaften betr.

Da nach den Bestimmungen des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 und des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 die durch die Gewerbscheine den Inhabern verliehene Gewerbe-Befugniß, so wie überall, auch bei den Mustern, rein persönlich ist, so können nach einer Entscheidung des Herrn General-Directors der Steuern diejenigen Individuen, welche einer umherziehenden Muster-Gesellschaft als Theilnehmer beitreten wollen, ohne für ihre Person bereits durch einen Gewerbschein legitimirt zu seyn, auch dann nur gegen Entrichtung des diesfälligen Steuer-Sages in den Gewerbschein der Gesellschaft mit aufgenommen werden, wenn sie an die Stelle eines ausscheidenden Mitgliedes der Gesellschaft treten.

Die Local- oder Kreisbehörden sind daher hiernach nicht ermächtigt, den Wechsel der Mitglieder in den Gewerbscheinen zu bemerken, sondern es müssen dieselben in allen Fällen Vorfuß der Umschreibung an und eingereicht werden.

Vorstehende Bestimmung findet auch auf die Schauspieler-, Kunstreuter- und andere Gesellschaften Anwendung, welche umherziehend ein Gewerbe betreiben.

Merseburg, den 19. Mai 1833.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 195.  
Die Auslegung  
und Anwen-  
dung der All-  
gemeinen Ge-  
bühren-Taxe  
für Justiz-  
Commissarien  
bei frustirten  
Terminen betr.

Das über Auslegung und Anwendung der unter Nr. 5. Abschnitt I. der Allgemeinen Gebühren-Taxe für die Justiz-Commissarien angegebenen Bestimmung erlassene Rescript des Herrn Justiz-Ministers Excellenz vom 10. April c. folgendergestalt lautend: Die Auslegung und Anwendung der unter Nr. 5. Abschnitt I. der Allgemeinen Gebühren-Taxe für Justiz-Commissarien gegebenen Bestimmung hat zu verschiedenen Zweifeln und Anfragen Veranlassung gegeben, insbesondere war es zweifelhaft:

ob den Justiz-Commissarien, welche bei frustirten Instructions-Terminen vergeblich vor Gericht erschienen seyen, die in der Gebühren-Taxe am bezeichneten Ort bestimmten Gebühren bewilligt werden dürften.

Des Königs Majestät hat auf einen von dem Justiz-Minister über diesen Gegenstand erstatteten Bericht Allerhöchsth. bestimmt:

- a) daß den Justiz-Commissarien auch für die ohne ihre eigene Schuld versäumten Termine im Laufe der Instruction, zu welchen sie vergeblich erscheinen, eine besondere Schadloshaltung auf Kosten desjenigen, der das Versäumniß verschuldet habe, in Anwendung der Bestimmung Nr. 2. §. 23. Tit. 23. der Proceß-Ordnung zuzubilligen sey, daß jedoch dabei
- b) der festsetzende Richter dahin sehen solle, daß die von dem Sachwalter der andern Parthei verschuldete Frustration nicht dieser Parthei zur Last bleibe, sondern in solchem Falle die Kosten des versäumten Termins von der Liquidation des Sachwalters abgezogen werde.

Da dem Justiz-Minister die weitem Verfügungen in Gemäßheit dieser Allerhöchsten Bestimmung überlassen worden sind, so wird zur Befolgung derselben Nachstehendes festgesetzt:

- 1) Im Allgemeinen bleibt es bei der Regel: daß der Justiz-Commissar außer dem für Abwartung der Instruction zu bewilligenden Honorar, für fru-

stritte Termine im Laufe einer Instanz keine besondern Gebühren, weder von seinem Mandanten, noch von der Gegenparthei verlangen kann.

2) Ausnahmen von dieser Regel treten nur dann ein, wenn

- a) die Frustrirung eines Termins nicht ihm selbst, sondern einer Parthei, oder dem Sachwalter des Gegners zur Last fällt, und wenn zugleich
- b) in einem dieser Fälle der betheiligte Justiz-Commissar bei Vorlegung der Acten zum Spruch die Gebühren für die frustrirten Termine nach Nr. 5. Abschnitt I. der Allgemeinen Gebühren-Taxe, unter Einreichung seiner Manual-Acten besonders liquidirt, zugleich darauf anträgt, den Betrag seiner Gebühren, nach Maßgabe der Bestimmungen unter Nr. 2. §. 23. Tit. 23. der Proceß-Ordnung derjenigen Parthei, welche das Versäumniß entweder selbst oder durch ihren Sachwalter verschuldet hat, im Erkenntniß besonders zur Last zu legen, und der erkennende Richter darauf Rücksicht genommen hat.

Hat der Justiz-Commissar diese Anträge vor Abfassung des Erkenntnisses unterlassen, so kann später darauf keine Rücksicht genommen werden, ebensowenig, wenn er seine Manual-Acten nicht eingereicht hat.

3) Bei jedem dergleichen Antrage müssen die Manual-Acten des gegnerischen Sachwalters von dem Gericht hr. m. erfordert, und dem erkennenden Richter zur Prüfung vorgelegt werden.

4) Dieser hat nicht nur im Allgemeinen die Bestimmungen des §. 23. Tit. 23. der Proceß-Ordnung bei Abfassung aller Erkenntnisse genau zu beachten, sondern auch insbesondere dann, wenn von einem Justiz-Commissar in den Fällen unter Nr. 2. besondere Anträge gemacht worden sind, deren Zulässigkeit an sich, so wie die Schuld der Partheien oder deren Sachwalter, nach den Gerichts- und Manual-Acten sorgfältig zu erwägen, und hiernach im Erkenntniß wegen Tragung der Kosten, sowohl in der Hauptsache, als bei den Nebenpunkten die nöthigen Bestimmungen zu treffen.

5) Findet sich dabei, daß nicht die andere Parthei, sondern deren Sachwalter die Frustrirung verschuldet habe, so ist zwar der Parthei die Tragung dieser Nebenkosten im Erkenntniß zur Last zu legen, zugleich aber ist darauf zu sehen, daß der Betrag dieser Kosten von der Gebühren-Liquidation des schuldigen Justiz-Commissar abgezogen, und dadurch dessen Machtgeber wieder entschädigt wird.

Liegt die Gebühren-Liquidation des schuldigen Justiz-Commissar dem erkennenden Richter noch nicht vor, so muß deren Einreichung bei Abfassung des Erkenntnisses in der Nebenverfügung veranlaßt, und dabei die Schuld des Justiz-Commissar ausgesprochen werden.

Das Königl. Oberlandesgericht hat hiernach nicht nur selbst zu verfahren, sondern auch die Untergerichte und Justiz-Commissarien seines Departements hiervon in Kenntniß zu setzen, und mit den erforderlichen Anweisungen zu versehen.

Berlin, den 10. April 1833.

Der Justiz-Minister,

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

(gez.) M ü l l e r,

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Raumburg, den 10. Mai 1833.

**Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.**

Nr. 196. Daß der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar Gustav Julius Eydorf unterm 3. April c. zum Justiz-Commissar für sämtliche Untergerichte zweiter Klasse des Landgerichtsbezirks Halle ernannt und ihm gestattet worden ist, seinen Wohnsitz in Neumark unter der Maafgabe zu nehmen, daß er Reisekosten von Neumark bis Lauchstädt gar nicht, bei einem andern Reiseziele aber, insoweit dies den Partheien vontheilhafter, dergleichen nur von Lauchstädt ab, liquidiren darf, wenn dagegen Neumark dem Reiseziele näher liegt, als Lauchstädt, mit den Reisekosten von Neumark aus sich begnügen muß, wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Raumburg, den 10. Mai 1833.

**Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.**

Nr. 197. Zur Auszahlung auf den 1. Julius dieses Jahres sind am 7. d. M. bei der diesfalligen Konferenz folgende Leudig-Köhschauer Obligationen ausgelooft worden:  
Littera A. Nr. 119. 136. 525. 544. 559. und 699.  
Littera B. Nr. 196. 224. 479. 683. 764. 819. 840. 846. 1067. 1073. 1448. und 1461.

was hiermit bekannt gemacht wird.

Halle- und Leipzig, den 9. Mai 1833.

**Die Schulden-Tilgungs-Commission.**

Nr. 198. Die Hypotheken-Bücher über sämtliche geschlossene Güter:

- 1) des Dorfs Kropstädt;
- 2) des Dorfs Büßemark, und
- 3) über die nach unserer frühern Bekanntmachung vom 28. Juli 1831 noch ausgesetzt gebliebenen Güter:
  - a) im Dorfe Raditz Nr. 60. und 61.,
  - b) im Dorfe Uthausen Nr. 4. 14. und 16.,
  - c) im Dorfe Raditz Nr. 25. 35. 37. und 40., und
- 4) die Hypotheken-Tabellen über sämtliche geschlossene Grundstücke des Dorfs Greudnitz mit Ausnahme der Güter Nr. 1. und 2.,

sind vollendet, und ist nunmehr der Erwerb von Hypotheken-Rechten an den sub 1—3. gedachten Grundstücken lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen, die ad 4. erwähnten Tabellen aber können vom 1. Juni bis ult. Juli c. täglich hier an Gerichtsstelle eingesehen und bis dahin nur etwaige Erinnerungen beachtet werden.

Wittenberg, den 18. Mai 1833.

**Das Patrimonial-Landgericht.  
Golz.**

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

22. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 8. Juni 1833.

- Das 6te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1423. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 13. April 1833, den Recurs gegen Straf-Resolute in Stempelfachen betreffend.
- Nr. 1424. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 17. April 1833, betreffend die Einführung des Personal-Arrestes in Handelsfachen in den zum Jurisdiction-Bezirk des Rheinischen Appellations-Gerichtshofes zu Eöln gehörrigen, auf dem rechten Rheinufer gelegenen Landestheilen.
- Nr. 1425. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 20. Mai 1833, betreffend das Verbot des Besuchs fremder Universitäten.

Nr. 199.

Wir finden uns veranlaßt, die Vorschriften wieder in Erinnerung zu bringen, welche in unserer Amtsblattsverordnung vom 8. März 1826, (Amtsbl. S. 107.) im Betreff der Vorsichtsmaaßregeln bei Benutzung der Erd- u. Gruben, enthalten sind, und welche Folgendes bestimmen:

- 1) ein Jeder, welcher die Anlage von Erd-, Lehm-, Thon- und Sand-Gruben beabsichtigt, soll der Ortspolizeibehörde davon Anzeige machen, deren Genehmigung einholen und die von derselben zu ertheilende Anweisung befolgen;
- 2) die Gruben dürfen nur in einer Entfernung von mindestens zwei Ruthen von befahrenen Wegen angelegt, oder bis dahin ausgedehnt, und müssen außerdem noch, nach dem Ermessen der Ortspolizeibehörde, mit einer Barriere versehen werden;
- 3) der Abraum muß sechs bis zwölf Fuß vom Rande der Grube fortgeschafft werden, um das Nachschießen desselben zu verhüten, weshalb auch, wenn um den Rand der Grube gefahren wird, die Wagen eine gleiche Entfernung von demselben beobachten müssen.

Jeder, der diesen Vorschriften zuwider handelt, wird, wenn auch kein Unglück aus deren Verabsäumung entsteht, nach Befinden der Umstände mit einer angemessenen Polizeistrafe belegt.

Wir erwarten von sämmtlichen Polizei-, insonderheit von den Ortspolizeibehörden, daß sie der Anlage und Benutzung der in ihrem Bezirke befindlichen Gru-

Nr. 200.  
Die Vorsichts-  
maaßregeln  
bei Benutzung  
der Lehm-,  
Sand- u. Gru-  
ben betr.

ben, bei welchen das gesuchte Material durch eine obere Erdschicht bedeckt wird, eine fortdauernde Aufmerksamkeit widmen werden, so wie die Gensd'armen von den Herren Landräthen zur Controlle der Befolgung dieser Anordnungen noch besonders anzuweisen sind.

Merseburg, den 30. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 201.

Die Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militair-Dienst betr.

Da das Militair-Personal hiesiger Departements-Commission zur Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militair-Dienst, in der ersten Hälfte des Monats September c. wegen des diesjährigen Herbst-Mandvers aus seinen Garnisonen, der hiesige Militair-Departements-Rath aber demnächst in den Monaten October und November c. wegen des diesjährigen Ersatzaushebungs-Geschäfts, von hier abwesend seyn wird, so kann die nächste Sitzung vorgenannter Commission nicht, wie in unserer Bekanntmachung vom 6. Januar c. bestimmt war, am 2. September d. J. stattfinden, sondern wird erst am zweiten December d. J. erfolgen; welches wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Merseburg, den 5. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 202.

Die vicarische Verwaltung der Epboral-Geschäfte in der Diöces Ebnern betr.

Nach dem am 24. v. M. erfolgten Tode des Oberpredigers und Superintendenten, Johann Anton Christoph Böttger in Eönnern, ist die vicarische Verwaltung der Epboral-Geschäfte in der Diöces Eönnern, während der Vacanz dieser Superintendentur, dem Pastor Bamme in Kirch-Etlau bei Eönnern übertragen worden, welches den Behörden, Diöcesanen und Einsassen genannter Diöces zur Kenntnißnahme und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht wird.

Merseburg, den 24. Mai 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 203.

Kirchen- und Haus-Collecte für Walddröhl betr.

Des Königs Majestät haben auf eine Immediat-Vorstellung des Gemeinderaths der evangelischen Gemeinde zu Walddröhl, Regierungs-Bezirk Eöln, aus Allerhöchster eigener Entschliessung sich bewogen gefunden, zum Neubau der alten verfallenen, keiner Reparatur mehr fähigen Kirche dieser Gemeinde, welche bei ihrer Armuth dazu die Mittel nicht aufzubringen vermag, eine allgemeine Collecte in den evangelischen Kirchen und Gemeinden der ganzen Monarchie zu bewilligen, da die früher in den westlichen Provinzen des Staats Allerhöchste gestattete Haus- und Kirchen-Collecte die Kosten zur Ausführung dieses auf 4800 Thlr. veranschlagten Kirchenbaues nicht gedeckt hat.

Die Herren Geistlichen unsers Regierungs-Bezirks haben an einem geeigneten Sonntage eine Collecte in den Kirchen zu obigem Zwecke zu veranstalten, die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenten einzufenden, letztere haben diese Beiträge mittelst Verzeichnisses, oder, geht nichts ein, einen Vacat-Schein an die Haupt-



Instituten-Kasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Vacat-Scheins aber bei und einzureichen.

Die Herren Landrätthe werden dafür sorgen, daß die Haus-Collecte in den Städten von einer Raths-Deputation und einigen angesehenen Bürgern, auf den Dörfern aber von den Richtern oder Schulzen oder Schöppen veranstaltet und übrigen hinsichtlich der Ablieferung der Gelder nach unserer Verfügung vom 3. Juli 1828 (cf. Amtsbl. pr. 1828. S. 216.) verfahren wird. In der Mitte des Monats August c. wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 17. Mai 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Des Königs Majestät haben auf das erneuerte Immediat-Gesuch der evangelischen Gemeinde Klüppelberg im Regierungs-Bezirk Köln, zur Aufbringung der Baukosten ihrer vor längerer Zeit abgebrannten Kirche, welche in Gladwipper neu aufgebaut werden soll, so wie früher in den westlichen, jetzt auch in den übrigen Provinzen der Monarchie, eine Kirchen- und Haus-Collecte in den evangelischen Kirchen und Gemeinden, mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 4. März c., zu bewilligen geruht, da die erste Collecte den auf 6000 Thlr. veranschlagten Kostenbedarf bei weitem nicht gedeckt hat, die kleine Gemeinde aus eignen Mitteln nicht wieder aufzubauen vermag, gegenwärtig gar kein Local zu ihren gottesdienstlichen Versammlungen besitzt und auf weiten und beschwerlichen Wegen in andern Kirchen Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses suchen muß.

Nr. 204.  
Kirchen- und  
Haus-Collecte  
für die evangeli-  
sche Ge-  
meinde zu  
Klüppelberg  
betr.

Die Herren Geistlichen unsers Regierungs-Bezirks haben an einem geeigneten Sonntage eine Collecte in den evangelischen Kirchen zu obigem Zweck zu veranstalten, die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenten einzusenden, letztere haben diese Gelder mittelst Verzeichnisses, oder, geht nichts ein, einen Vacat-Schein an die Haupt-Instituten-Kasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Vacat-Scheins aber an uns einzureichen.

Die Herren Landrätthe werden dafür Sorge tragen, daß die Haus-Collecte in den Städten von einem Raths-Deputirten und einigen angesehenen Bürgern, auf den Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und Schöppen veranstaltet, und übrigen hinsichtlich der Ablieferung der Gelder nach unserer Verfügung vom 3. Juli 1828 (cf. Amtsbl. pr. 1828. S. 216.) verfahren wird. Mit Ende des Monats August c. wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 29. Mai 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Zu Deckung des in dem Zeitraume vom 1. October v. bis ult. März d. J. erforderlichen Bedarfs der Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen sind besage des jetzt erlassenen Ausschreibens für den diesjährigen Oftertermin von den Societäts-Genossen

Nr. 205.

243,826	Thlr. 26	Sgr. 5	Pf.	zu Vergütung der Brandschäden,
3,252	„ 26	„ 8	„	zu Vergütung der Feuergeräthschäden,
71	„ —	„ —	„	zu den Insinuations-Kosten des Ausschreibens,

247,150 Thlr. 23 Sgr. 1 Pf. Summa

aufzubringen und dazu von den vormals erbländischen Kreisen, den ehemaligen Stiftern Merseburg und Raumburg-Zeitz, von der Niederlausitz, so wie von dem Alt-preuß. Cottbusischen und dem Schleusinger Kreise, ingleichen von dem Königl. Preuß. Antheile der Oberlausitz von dem überhaupt

68,031,523½ Thlr.

betragenden Haupt-Subscriptionsquantum

zehn Silbergrößen 8 Pfennige vom Hundert beizutragen.

Den sämtlichen Interessenten wird solches und daß die abermalige Höhe dieses Beitrags hauptsächlich durch den am 15. Februar d. J. in der Stadt Frankenhäusen entstandenen und mit 166,324 Thlr. 10 Sgr. 9 Pf. zu vergüten gewesenen Brandschadens verursacht worden ist, hiermit bekannt gemacht und zugleich bemerkt, daß sich in obgedachtem Zeitraume überhaupt

82 Brände

ereignet haben, wovon

1	durch Verwahrlosung,
1	„ fehlerhafte Bauart,
22	„ muthmaßliche Brandstiftung und
58	„ unermittelte Zufälle,

entstanden und dadurch

404 associirten Grundbesitzern

296	Wohnhäuser . . . . .	87
527	Seitengebäude und Ställe . . . . .	22
189	Scheunen . . . . .	6
32	Schuppen . . . . .	—
2	Backhäuser . . . . .	—
1	Brenn-, Brau- u. Malzhäus . . . . .	—
1	Schmiede . . . . .	—
3	Ziegeleien . . . . .	—
9	Wassermühlen . . . . .	—
1	Delmühle . . . . .	—
2	Schneidemühlen . . . . .	—
7	Bindmühlen . . . . .	—

total eingesehrt

partiel beschädigt

1070 Summa

115 Summa

worden sind.

Merseburg, den 15. Mai 1833.

Königl. Preuß. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß, zufolge Hohen Re-  
script's des Herrn Justiz-Minister Mühlcr Excellenz, dem Landrichter Esbach zu  
Dommisch gestattet ist, den frühern Titel „Kreisrichter“ beizubehalten.

Raumburg, den 17. Mai 1833.

**Königlich Preussisches Oberlandesgericht.**

Nr. 206.  
Der Patrimo-  
nial-Nichter  
Esbach erhält  
den Titel  
„Kreisrichter“

Das bisher zu Rosla bestandene Untersteueramt wird mit Höherer Genehmigung  
vom 1. Juli c. aufgehoben, und dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß  
gebracht, daß die Inhaber derjenigen Branntweinbrennereien, und Bier- und Essig-  
brauereien, welche gegenwärtig nach Rosla steuern, durch das Hauptzollamt zu Nord-  
hausen die Hebestellen erfahren werden, an welche sie künftigt ihre Steuerzahlungen  
zu bewirken haben.

Nr. 207.  
Die Aufhebung  
des Unter-  
steueramtes zu  
Rosla betr.

Die bisher beim Steueramt Rosla geschehene Ertheilung von Legitimations-  
Scheinen für den Sach-Transport im Grenzbezirk, hört mit dem 1. Juli c. eben-  
falls auf.

Magdeburg, den 22. Mai 1833.

**Königl. Provinzial-Steuer-Director S a d.**

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß das Hypotheken-Buch über die ge-  
schlossenen Grundstücke von Döllnitz, unter der Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichts-  
amts Glaucha zu Halle, vollendet, und an dasselbe zur Fortführung abgegeben wor-  
den ist.

Nr. 208.

Der Erwerb von Hypotheken-Rechten an diesen Grundstücken ist nunmehr ledig-  
lich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothe-  
ken-Ordnung zu beurtheilen.

Halle, den 18. Mai 1833.

**Königlich Preussisches Landgericht.**

I. Das Hypotheken-Buch über die geschlossenen Grundstücke zu Lebusa ist vollendet und  
es ist sonach der Erwerb neuer Hypotheken-Rechte an diesen Grundstücken nun-  
mehr, gemäß §. 14. des Hypotheken-Patents vom 18. Juni 1820, lediglich nach  
Vorschrift des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypo-  
theken-Ordnung zu beurtheilen.

Nr. 209.

II. Ferner sind die, sämmtliche drei Rubriken umfassenden Hypotheken-Tabellen von  
folgenden Besigungen:

- a) Nr. 42. zu Schöna, Nr. 27. in Colpien, Nr. 23. 24. 26—29. 31—33. in  
Körba, Nr. 8. b im Lebusaer Antheile von Knippelsdorf;
- b) Nr. 2—31. 33. und 34. zu Polzen, und
- c) Nr. 2—18. auf dem II. (von Kleist'schen) Antheile des Dorfes Collochau,  
entworfen und liegen vom 24. Juni bis 23. August c. in dem Geschäfts-Local des

unterzeichneten Justitiar zu Schlieben zur Einsicht der Interessenten bereit, wogegen nach Ablauf dieser Frist Erinnerungen weiter nicht angebracht werden können.

Lebusa, Polzen und Collochau II. Theils, den 1. Juni 1833.

## Die Patrimonial-Gerichte.

Michaelis, GB.

Nr. 210. Dem Kaufmann Friedrich Accum in Berlin ist ein Patent auf eine Radschmiere, so weit sie als neu und eigenthümlich zu erachten, gütlich fünf nach einander folgende Jahre, vom 6. Mai 1833, dem Ausfertigungstage, an gerechnet, und im ganzen Umfange des Preussischen Staats, ertheilt worden.

Nr. 211. Dem Lithographen F. C. Vogel zu Frankfurt am Main ist auf ein von ihm herausgegebenes Kunstwerk unter dem Titel:  
F. C. Vogels „Panorama des Rheins, oder Ansichten des rechten und linken Rheinufers von Mainz bis Koblenz,“ ein Privilegium für die ganze Preuss. Monarchie ertheilt worden.

## Personal-Chronik.

Nr. 212. Der Auscultator des Königl. Stadtgerichts zu Berlin, Friedrich Freiherr von Otterstedt, ist heute als Auscultator bei der Königl. Regierung hieselbst angestellt worden.  
Merseburg, den 14. Mai 1833.

Nr. 213. Der bisherige Landgerichts-Assessor, Johann Anton Menghius, ist mittelst Rescripts des hohen Justiz-Ministeriums vom 12. April c. zum Justiz-Commissarius in dem Bezirk des Landgerichts Raumburg mit Anweisung seines Wohnortes in Quersurth ernannt worden.

Nr. 214. 1) Die bisherigen Candidaten der Rechte, Hermann Georg Friedrich Stern, Karl Friedrich Heimbach und Heinrich August Breitenbach, sind den 3. April c., Karl Julius Dryander den 18. April c., Julius Dreßer und Ernst Bruno Echtermeyer, den 26. April c. zu Auscultatoren des Oberlandesgerichts angenommen;

2) der Auscultator, Johann Wilhelm August Thiele, ist den 18. April c. von dem Land- und Stadtgericht in Halberstadt zu dem Landgericht in Halle versetzt;

3) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Friedrich Moritz Langerhanns und Ludwig Ferdinand Löser, sind den 7. April c. zu Oberlandesgerichts-Referendarien hieselbst befohrt;

4) der hiesige Oberlandesgerichts-Assessor, Karl Hans Werner von Westphalen, ist den 27. März c. an das Landgericht in Trier versetzt;

5) der hiesige Oberlandesgerichts-Assessor, Julius Hermann Pinder, ist in Folge seiner Ernennung zum Regierungs-Assessor den 14. März c. aus dem Justiz-Dienste ausgeschieden;

6) der hiesige Oberlandesgerichts-Justiz-Commissar, Julius Wachsmuth, ist unter dem 2. April c. zugleich zum Notar im Departement des Oberlandesgerichts hieselbst ernannt.

Raumburg, den 14. Mai 1833.

Der Predigamts-Candidat, Friedrich Alexander Leopold Franz, ist zum Divi-  
kons-Prediger bei der 6ten Division in Torgau bestellt worden.

Berlin, den 30. April 1833.

Der bisherige Inspector des Königl. Pädagogii zu Halle, D. Schmidt, ist von  
des Königs Majestät als Condirector der Frankeschen Stiftungen in Halle bestätigt,  
und zum Rector der lateinischen Hauptschule und Vorsteher der damit verbundenen  
Pensions-Anstalt befördert.

Durch ein Rescript des Königl. Ministeriums der Geistlichen u. Angelegenheiten Nr. 217.  
vom 6. April c. ist der Schulamts-Candidat Grubig zum Adjuncten an der Landes-  
schule Pforte ernannt worden.

Im Laufe des 4. Quartals v. J. sind von uns nachfolgende Candidaten des Nr. 218.  
Predigamts:

- 1) Carl Friedrich Eduard Böttcher aus Groß-Ballersstedt;
- 2) Franz August Cunz aus Weissenfeld;
- 3) Carl Dölg aus Gerbstädt;
- 4) Carl Georg Hermes aus Bregensfeld;
- 5) Julius Cramer aus Dingelsfeld;
- 6) Carl Eduard Ferdinand Lambrecht aus Börstel;
- 7) Johann Christoph Walz aus Schleusingen;
- 8) Friedrich Wilhelm Hildebrand aus Halle;
- 9) Georg Ludwig Kirchheim aus Grüssau;
- 10) Heinrich August Kühne aus Hörden;
- 11) Ernst Theodor Schönherr aus Dahlen;
- 12) August Ferdinand Schröder aus Belgern;
- 13) Christian Wilhelm Voigt aus Wittenberg;
- 14) Friedrich Ludwig Hildebert Weize aus Halberstadt;
- 15) Friedrich Christoph Braune aus Eisleben;
- 16) Gottfried Leopold Krage aus Quedlinburg;
- 17) Heinrich Christian Wilhelm Möbius aus Halle;
- 18) Gustav Wilhelm Adolph Schumann aus Burg;
- 19) August Conrad Brohm aus Seehausen;
- 20) Christian Gottlieb Haubenreißer aus Kayna;
- 21) Johann Georg Luther aus Möhra;
- 22) Wilhelm Immanuel Messert aus Subla;
- 23) Hermann Theodor Scholl aus Usthoven;

- 24) Friedrich Wilhelm Schiffer aus Schlieben;
- 25) Christian Justus Steinbrecher aus Begeleben;
- 26) Gottfried Eduard Gohring aus Eisleben;
- 27) Carl August Wilhelm Jacobi aus Ilsenburg;
- 28) Carl Lengershausen aus Halberstadt;
- 29) Carl Christian Stord aus Neinstedt;
- 30) Carl Wilhelm Wieger aus Schönebeck;
- 31) Johann Friedrich Ferdinand Werther aus Raumburg;

und im Laufe des ersten Quartals d. J.:

- 1) Johann Heinrich Hartung aus Begeleben;
- 2) David Daniel Friedrich Adolph Iddike aus Aschersleben;
- 3) Carl Friedrich Gustav Köhler aus Pabstsdorf;
- 4) Johann August Ferdinand Müller aus Dahme;
- 5) Wilhelm Ludwig Schürer aus Lützen;
- 6) Friedrich Ernst Julius Walther aus Dommigsh;
- 7) Gustav Adolph Wislicenus aus Battauna;
- 8) Conrad Heinrich Christian Edel aus Lüttgenrode;
- 9) Dr. Carl Ferdinand Niedner aus Kauffungen;
- 10) Oscar Wilhelm Leberrecht Nießsche aus Kloster Kossleben;
- 11) Friedrich August Ludwig Pohlmann aus Hilmsen;
- 12) Georg August Kaufsenscheld aus Halberstadt;
- 13) Johann Nicolaus Benjamin Ludwig Richter aus Halle;
- 14) Friedrich August Leopold Demelius aus Sangerhausen;
- 15) Johann August Derfs aus Traupitz;
- 16) Carl Friedrich Krumhaar aus Rochstedt;
- 17) Johann August Reinhardt aus Dörna;
- 18) Carl Adolph Schotte aus Ammern;
- 19) Friedrich Wilhelm Ludwig Schred aus Dösedau;
- 20) Friedrich August Albrecht aus Haderleben;
- 21) Friedrich Andreas Albrecht aus Croppenstedt;
- 22) Carl Friedrich Wilhelm Potenhauer aus Dubro;
- 23) Wilhelm Kiesel aus Wolmirstedt;
- 24) Carl Friedrich Christian Schüler aus Stolberg;
- 25) Herrmann Wetten aus Hamburg;
- 26) Georg August Constantin Schiff aus Halle,

nach vorher bestehender Prüfung pro ministerio mit Wahlfähigkeits-Attesten versehen worden.

Magdeburg, den 14. Mai 1833.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

23. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 15. Juni 1833.

Das 7te Stück der Gesefammlang enthält untr  
Nr. 1426. Verordnung, über den Mandats-, den summarischen und den Ba-  
gatel-Proceß. Vom 1. Juni 1833.

Nr. 219.

Nach einer Benachrichtigung der Herzogl. Anhaltischen Kammer zu Bernburg vom 6. d. M. muß, wegen einer dringend nothwendigen Reparatur, die Saalschleufe zu Bernburg auf die acht Tage, vom 17. bis zum 24. dieses Monats, gesperrt werden; wovon wir das schiffahrttreibende Publicum hierdurch in Kenntniß setzen.

Nr. 220.  
Die Sperrung  
der Bernbur-  
ger Saal-  
schleufe vom  
27. bis 24.  
d. M. betr.

Merseburg, den 10. Juni 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Auf Ihren Bericht vom 11. d. M. will Ich Meine Bestimmung vom 4. October 1827, nach welcher den Mannschaften diesseitiger Schiffe, die nach andern Welttheilen fahren, die Dienstzeit während solcher Fahrten auf die militairische Dienstzeit angerechnet wird, auf die Mannschaften aller das mittelländische Meer besuchenden Preussischen Schiffe, ohne Unterschied der Häfen, mit welchen die Schiffe verkehren, jedoch unter der Maassgabe erweitern, daß diese Begünstigung fürs erste auf Fünf Jahre beschränkt werden soll. Ich autorisire Sie, hiernach in Ihren Ressorts weiter zu verfügen.

Nr. 221.  
Militair-  
Dienstpflicht  
derjenigen  
Schiffsmann-  
schaften, wel-  
che außer-  
europäische  
Häfen besuch-  
en.

Berlin, den 25. März 1833.

An (gg.) Friedrich Wilhelm.  
die Minister des Innern und des Krieges.

Indem wir vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, weisen wir zugleich die Civil-Mitglieder der Ersaz-Commissionen hiermit an, die darinnen enthaltenen Bestimmungen in den betreffenden Fällen gehörig zu beachten.

Merseburg, den 6. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

In der den sämtlichen Königlichen Regierungen zur Nachachtung mitgetheilten Verfügung an die Königliche Regierung zu Coblenz vom 30. October 1827 ist bereits angeordnet, daß, obgleich die Gewerbesteuer der Schiffer eine Jahressteuer ist, welche

Nr. 222.  
Die An- und  
Umbildungen  
des Schiffes  
betreffend.

ohne Rücksicht darauf, wie lange im Jahre das Gewerbe wirklich betrieben worden, zu ihrem vollen Betrage entrichtet werden muß, dennoch in allen Fällen, wo ein steuerpflichtiges Schiff, d. h. ein Schiff von mehr als 3 Last Tragbarkeit im Laufe des Jahres von einem Schiffer auf den andern übergeht, der, das Schiff abtretende Schiffer von dem Monate ab, in dessen ersten 8 Tagen er die Uebertragung des Schiffes auf einen andern anzeigt, mit der Fortzahlung der Gewerbesteuer für das abgetretene Schiff verschont, und die Steuer in Abgang gestellt werden soll. Da der für diese Maaßregel in der Verfügung vom 30. October 1827 angeführte Grund, daß in einem solchen Falle anzunehmen, der Schiffer habe sein Gewerbe in Bezug auf das abgetretene Schiff ganz aufgegeben, noch auf andere, ähnliche Fälle anwendbar ist, auch eine Erleichterung in der Steuer für diejenigen Schiffer, welche erst im Laufe des Jahres Schiffe erworben, ohne Beeinträchtigung der Steuer ausführbar scheint, sofern nur die gebührigen Controle-Maaßregeln nicht verabsäumt werden, so wird hierdurch angeordnet:

- 1) in jedem Falle, wo ein Schiffer sich des Besitzes eines von ihm versteuerten Schiffes entäußert, sey es nun durch Verkauf oder Tausch; gleichviel, ob an einen andern Schiffer oder an Jemand, der das Schiffergewerbe nicht betreibt, sey es durch Zerschlagen des unbrauchbar gewordenen Schiffes, oder auf irgend eine andere Weise, soll von demselben von dem Monate ab, in dessen ersten 8 Tagen er der Gewerbesteuer-Behörde seines Wohnorts anzeigt, auf welche Weise er den Besitz des Schiffes aufgegeben hat, und zugleich die, dem Circular vom 21. November 1822 gemäß, für das aufgegebene Schiff ausgefertigte Bescheinigung zurückgibt, die Gewerbesteuer für das aufgegebene Schiff nicht weiter gefordert, sondern in Abgang gestellt werden;
  - 2) der Abgangsliste ist als Belag die zurückgegebene Bescheinigung beizufügen;
  - 3) Schiffer, welche das Gewerbe erst anfangen, sind die Gewerbesteuer zu entrichten auch erst von dem Monat ab verbunden, in welchem sie den Gewerbsanfang anzumelden gesetzlich verpflichtet waren;
  - 4) Schiffer, welche im Laufe des Jahres Schiffe neu erwerben, sind, in Bezug auf die für das neu erworbene Schiff zu entrichtende Gewerbesteuer, als Gewerbs-Anfänger nach Nr. 3. zu behandeln. Sie sind aber den Gewerbsanfang mit dem neu erworbenen Schiffe selbst dann anzumelden verbunden, wenn das neu erworbene Schiff nur eingetauscht worden, und von gleicher oder gar geringerer Tragbarkeit als das fortgegebene seyn sollte;
  - 5) ist in den Fällen zu 3. und 4. die Anmeldung gegen die im Gesetze getroffene Bestimmung verspätet, so muß der Schiffer nicht allein für die Zwischenzeit die Gewerbesteuer nachzahlen, sondern auch unnachlässig wegen der Gewerbesteuer-Defraudation zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden.
- Um möglichst zu verhüten, daß die Bestimmungen unter 1. 3. 4. nicht gemißbraucht werden, um dem Staate die ihm gebührende Steuer zu entziehen, sind
- a) die Veranlagungs-Behörden bestimmt anzuweisen, bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe, sich des an einigen Orten bisher noch bemerklich gewordenen Verfahrens zu enthalten, wornach die Schiffer in die Gewerbesteuer-Rollen des künf-



tigen Jahres nur auf den Grund einer besonders jährlich von ihnen einzureichenden Anmeldung übertragen worden sind. Es muß vielmehr jeder Schiffer, der zur Zeit der neuen Veranlagung sein Gewerbe nicht abgemeldet hat, in die Rolle des künftigen Jahres in der Art übertragen werden, wie sein Verkehr aus der Rolle und den Zu- und Abgangs-Listen des ablaufenden Jahres sich ergibt;

b) die durch das Circular vom 21. November 1822 vorgeschriebenen Bescheinigungen sind dessen ungeachtet für jedes Jahr jährlich neu, aber auch nur für dieses Jahr laufend auszufertigen;

c) im Falle der Abmeldung nach Nr. 1. muß die Veranlagungs-Behörde zugleich Erkundigung einziehen, ob der neue Erwerber des Schiffs den Erwerb gehörig angemeldet hat, damit er nöthigensfalls von seiner Obrigkeit wegen der versäumten Anmeldung zur Verantwortung gezogen werde;

d) sollte ein Schiffer mit dem Ablaufe des Jahres sein Gewerbe ganz oder theilweise abgemeldet haben, und im folgenden Jahre aufs Neue anmelden, so muß die Veranlagungs-Behörde ganz besonders prüfen: ob auch nicht etwa nur die, wegen der der Schiffsahrt unzügnigen Jahreszeit eingetretene Ruhe im Gewerbe gemißbraucht worden, um den Staatskassen die schuldige Steuer für die Zwischenzeit zu entziehen. Es muß daher in der Rolle und den Zugangslisten jedesmal bemerkt werden, wo und mit welchen Schiffen der Schiffer im abgelautenen Jahre in Abgang gestellt war. Ergiebt sich hierbei, daß der Schiffer, der Abmeldung ungeachtet, fortwährend Eigenthümer oder Besitzer des Schiffs geblieben ist; so ist er wegen der unwahren Abmeldung zur Verantwortung zu ziehen.

Berlin, den 17. Mai 1833.

Der Finanz-Minister,

An die Königl. Regierung zu Merseburg.  
III. 6871.

(gez.) M a s s e n.

Indem wir vorstehendes Rescript des Herrn Finanz-Ministers Excellenz zur öffentlichen Kenntniß bringen, und die Gewerbesteuer-Aufnahmebehörden zur genauften Befolgung desselben anweisen, machen wir die Letztern besonders auch auf die Bestimmung sub Nr. 3. aufmerksam, wonach die den Schiffen nach Maßgabe der Circular-Befürzung des Königl. Hohen Finanz-Ministeriums vom 21. November 1822 (cf. Amtsblatts-Bekanntmachung vom 18. Mai 1831. Nr. 252.) zu ertheilenden Bescheinigungen über die Aufnahme ihrer Schiffsgesäße in die Gewerbesteuer-Rolle jährlich neu ausgestellt werden müssen.

Merseburg, den 6. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der bisherige Justiz-Commisarius Ernst Günther in Stolberg unterm 25. April 1833 zum Notarius im Departement des Königl. Oberlandesgerichts zu Raumburg ernannt worden ist.

Nr. 224.

# M a c h w e i s u n g

der

im Monate Mai 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks, bestanden  
 den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
 in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.						Kartof- feln.		Kraut- wurz.		Rauchfutter.						
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbſen		Linsen		Eckf.	Quart.	Cent.	Heu		Stroh					
	der Preussische Scheffel								der Preussische Scheffel																
	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	
1	Merseburg	1	11	3	1	8	26	4	23	2	—	—	—	1	15	—	2	10	—	15	5	—	1	5	5
2	Halle	1	8	2	1	10	25	8	22	2	5	15	—	1	20	—	2	15	—	20	3	6	—	20	6
3	Naumburg	1	9	11	—	28	5	—	22	5	19	2	4	20	—	—	15	—	4	8	1	—	—	4	15
4	Torgau	1	12	—	1	5	—	29	—	23	—	4	10	2	—	—	12	6	4	—	25	—	4	—	—
5	Wittenberg	1	12	8	1	5	9	1	2	2	26	3	5	20	—	—	16	5	4	—	—	—	—	—	—
6	Eisleben	1	8	2	1	—	3	25	10	22	11	5	10	—	2	9	4	5	—	8	20	3	5	9	28
7	Zeitz	1	15	9	1	2	6	—	25	—	20	—	5	10	—	1	10	—	2	7	6	—	12	6	5
8	Querfurth	1	15	9	1	3	9	—	25	—	20	—	4	5	—	1	15	9	1	15	9	20	1	5	—
9	Bitterfeld	1	10	9	1	3	11	—	25	9	24	1	—	—	—	—	12	6	—	—	1	5	—	5	—

Merseburg, den 5. Juni 1833.

K ö n i g l i c h   P r e u ß i s c h e   R e g i e r u n g .

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

24. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 22. Juni 1833.

Das 8te Stück der Gesetzsammlung enthält unter

Nr. 225.

- Nr. 1427. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 4. Mai 1833, die Stempelfreiheit bei Besig-Veränderungen, welche zum Zweck des gemeinen Besten angeordnet werden, betreffend.
- Nr. 1428. Gesetz, über Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an Anstalten und Gesellschaften. Vom 13. Mai 1833.
- Nr. 1429. Gesetz, über erloschene Parodien und über die Behandlung des Vermögens derselben. Vom 13. Mai 1833.
- Nr. 1430. Gesetz, wegen Aufhebung der ausschließlichen Gewerbberechtigungen in den Städten der Provinz Posen. Vom 13. Mai 1833.
- Nr. 1431. Gesetz, wegen Aufhebung der gewerblichen und persönlichen Abgaben und Leistungen in den Mediatstädten der Provinz Posen. Vom 13. Mai 1833.
- Nr. 1432. Gesetz, wegen Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte in der Provinz Posen. Vom 13. Mai 1833.

Es ist uns angezeigt worden, daß die Gastwirthe in dem hiesigen Regierungsbezirke sich dadurch den Bestimmungen der Allerhöchsten Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816. (Gesetzsammlung Nr. 356.) entziehen, daß sie bei Verabreichung des Futters an Reisende gestempelter Gemäße sich nicht bedienen. Dies veranlaßt uns, hier den Inhalt der §§. 11. und 12. in Erinnerung zu bringen, die wörtlich so lauten:

Nr. 226.  
Die Gemäße, deren sich die Gastwirthe bei Verabreichung des Futters an Reisende bedienen sollen, betr.

- „§. 11. Sobald aber irgend etwas nach Maaß und Gewicht überliefert wird, kann sowohl der Geber als der Empfänger fordern, daß die Ueberlieferung nach gehörig gestempelten Maaßen und Gewichten geschehe, und
- §. 12. Wer irgend eine Waare für Jedermann feil hält, darf sich bei dem Verkaufe keines andern als gehörig gestempelten Maaßes und Gewichts bedienen, auch selbst in seinem Laden oder Bude keine ungestempelten Maaße oder Gewichte haben. Durch die Uebertretung dieser Vorschrift wird, wenn auch sonst keine Uebervorteilung vorgefallen ist, eine Polizei-Strafe von Einem bis Fünf Thalern bewirkt.“

Wir fordern die Königl. Landrathsämter auf, durch die ihnen untergebenen Orts-Polizei- Behörden auf die strengste Befolgung dieser Vorschriften wachen zu lassen, und die etwanigen Contravenienten zur Untersuchung und resp. Bestrafung zu ziehen.  
Merseburg, den 28. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 227.

Die Resultate der Verwaltung der Straf- u. Besserungs-Anstalt zu Lichtenburg betr.

Ueber die Resultate der Verwaltung der Königl. Straf- und Besserungs-Anstalt zu Lichtenburg für das Jahr 1832 wird hierdurch folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Am Schlusse des Jahres 1831 waren in der Anstalt vorhanden:

476 männliche	} Gefangene, überhaupt 840.
164 weibliche	

Im Jahre 1832 wurden eingeliefert:

342 männliche	} Gefangene, überhaupt 448.
106 weibliche	

Dagegen beträgt der Abgang desselben Jahres:

329 männliche	} Gefangene, überhaupt 452,
123 weibliche	

worunter 24 männliche und 5 weibliche gestorben und ein männlicher Gefangene entwichen sind.

Am Schlusse des Jahres befanden sich in der Anstalt:

489 männliche,	} überhaupt 636.
147 weibliche,	

Von den, im vorigen Jahre in der Anstalt befindlich gewesenen Strafgefangenen waren verurtheilt:

23	zu lebenswieriger Zuchthausstrafe,
4	über 30 Jahre,
15	von 20 — 30 Jahren,
89	„ 10 — 20 „
100	„ 5 — 10 „
119	„ 3 — 5 „
436	„ 1 — 3 „
137	„ unter 1 Jahr,
140	„ „ 6 Monaten,
25	vor Abfassung des Erkenntnisses eingeliefert,

1088 Summa wie oben.

Die tägliche Durchschnittszahl betrug:

479 männliche	} Gefangene, überhaupt 629.
150 weibliche	

Von diesen sind 50 arbeitsunfähig, 26 nur theilweise und 553 ganz arbeitsfähig gewesen. Von den Arbeitsfähigen überhaupt sind:

16,929 Thlr. 1 Sgr. 10 Pf. wirklich baar,  
2,436 „ 26 „ 3 „ durch Arbeiten für die Anstalt, incl. der für die De-  
conomie nöthig gewordenen,

---

19,365 Thlr. 28 Sgr. 1 Pf. in Summa verdient worden, so daß also der jähr-  
liche Arbeitsverdienst à Person 34 Thlr. 6 Sgr.  
5  $\frac{1}{2}$  Pf. beträgt, wobei die 26 theilweise Arbeits-  
fähigen zu 13 ganz Arbeitsfähigen gerechnet wor-  
den sind.

Die Beköstigung der Gefangenen hat gekostet:

13,024 Thlr. 7 Sgr. — Pf., mithin durchschnittlich à Person 20 Thlr. 21 Sgr.  
2  $\frac{1}{2}$  Pf.

Die Bekleidung:

3,673 „ 2 „ 7 „ mithin 5 Thlr. 25 Sgr. 2  $\frac{1}{2}$  Pf. à Person.

Die übrigen Unterhaltungskosten, als: Gehälter  
der Beamten, Bureaukosten, Brandkassenbeiträge,  
Heizungs-, Erleuchtungs-, Reinigungs-Material,  
Lager-, Arbeits- und Wirtschaftens-Utensilien, Me-  
dicin-, Transport-, Bau- und Reparatur-Kosten  
und sonstige zufällige Ausgaben incl. 3591 Thlr.  
16 Sgr. 10 Pf. Ueberverdienste der Gefangenen, ha-  
ben betragen:

17,207 „ 22 „ 5 „ mithin 27 Thlr. 10 Sgr. 8  $\frac{1}{2}$  Pf. à Person,

---

33,905 Thlr. 2 Sgr. — Pf. Gesamtbetrag der Administrations-Kosten, mithin  
53 Thlr. 27 Sgr. 1  $\frac{1}{2}$  Pf. à Person.

Nach Abzug des oben auf

19,365 Thlr. 28 Sgr. 1 Pf. berechneten Verdienstes, welcher auf Arbeitsfähige  
und Arbeitsunfähige  
vertheilt . . . . . 30 Thlr. 23 Sgr. 7  $\frac{1}{2}$  Pf. à Kopf  
ausmacht, haben  
mithin

---

14,539 Thlr. 3 Sgr. 11 Pf. überhaupt und . . . 23 Thlr. 3 Sgr. 5  $\frac{1}{2}$  Pf. pr. Kopf.  
aus Staatsmitteln zugeschoffen werden müssen, was  
einen täglichen Zuschuß von 1 Sgr. 10  $\frac{1}{2}$  Pf. à Kopf  
pro Kopf ausmacht.

In Ansehung der Beschäftigung der Sträflinge ist zu bemerken, daß für Rech-  
nung von Fabrikanten:

a) 176 Stück Webestühle, und zwar: 172 Stück Piquee-Stühle und 4 Bettdecken-  
Stühle ununterbrochen im Gange gewesen sind, auf welchen

397 $\frac{1}{2}$ Stück fein Piquee Nr. 80,	106 $\frac{1}{2}$ Stück Wolstong,
3201 $\frac{1}{2}$ „ „ „ „ 60,	526 „ mittelfeine Bettdecken,
406 „ „ „ „ 50,	381 „ feine dergl.
2697 „ „ „ „ 40,	

verfertigt wurden, wodurch ein Geldebetrag von 7956 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf. verdient worden ist..

Ferner waren:

- b) 1 Handschuhstuhl und 65 Strumpfstühle; worauf  
8269 Paar gefütterte Handschuhe, 49,591 Paar baumwollene Strümpfe,  
ingleichen für Rechnung eines andern Fabrikanten:
- c) 11 Stück Mützenstühle und drei Stück Strumpfstühle aufgestellt, auf denen  
27,318 Stück Schlafmützen, 1800 Paar lange und 368 Paar kurze  
Strümpfe:  
fabricirt worden sind.
- d) An Baumwolle: Spinnereien sind auf den aufgestellt gewesenen deutschen Spinn-  
Maschinen 7863 Stück baumwollen Garn, auf den englischen Maschinen  
8338½ Stück fein baumwollen Garn Nr. 60; 368½ Stück dito Nr. 50;  
17,573½ Stück dito Nr. 40; 1735½ Stück Nr. 30; 6459¾ Stück dito  
Nr. 20—18; 176 Pfund ord. baumwollen Garn Nr. 6; 8936 Pfund dito  
Nr. 5; 689½ Pfund dito Nr. 4; 295 Pfund dito Nr. 3.

Außerdem sind noch viele Sträflinge mit Kammgarn-Spinnerei, Tuchweberei,  
Schaafrwoll-Spinnerei, Leinwandweberei, Garnzwisterei, Porzellan-Malerei, Glash-  
und Werrig-Spinnerei, Strickeri, Federn-Reißen, Schneiderarbeit. u. beschäftigt  
worden:

Merseburg, den 16. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 228: Es ist für einen Theil der Sangerhäuser, Querfurthter und Eckartsbergauer Kreise:  
Die Uebertra eine neue Wegebaumeisterstelle gebildet worden. Zu dieser gehören für jetzt und bis-  
neuen Wege- die Chaussee-Reubauten dort weiter fortgerückt seyn werden, die Chaussee und fis-  
baumeister- calischen Straßen von Sangerhausen über Artern, Helbrungen bis zur Grenze des  
stelle an den hiesigen Regierungsbezirks vor Rintelbrück, die Straße von Oldisleben über Sach-  
bau-Conduc- senburg, Gorseleben nach Colleda, der Schönsfelder Damm bei Artern, von dort ab die  
teur Angelroth betr. Chaussee und fiscalische Straßen im Preussischen über Kalbrieth, Ziegelrode bis  
Querfurth und die Poststraße von Artern über Wiehe nach Vibra bis zur Grenze der  
Merseburger und Weissenfelder Wegebaumeister- Bezirke. Diese neue Wegebaumeis-  
terstelle ist dem zeitherigen Bau-Conducteur Angelroth übertragen worden, der sei-  
nen Wohnort in Artern nehmen wird.

Merseburg, den 14. Mai 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 229: In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 24. v. M. (S. 121 des Amtsblatts)  
Das Wander- bringen wir hiermit zur Kenntniß der betreffenden Polizei-Behörden, daß Abdrücke  
Regulativ betr. des Regulativs wegen Wanderns der Handwerksgesellen zu dem Preise von 7½ Sgr.  
pro Buch, der Bogen zu 2 Exemplaren, incl. Emballage, in der Buchdruckerei von:  
Kobitzschens Erben hieselbst zu haben sind.

Bestellungen können auch bei unserer Polizei-Registratur gemacht werden.  
 Merseburg, den 11. Juni 1833.  
 Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Durch unsere Verfügung vom 18. December v. J. (Amtsbl. pro 1832. S. 347.) Nr. 230. ist den Herrn Predigern unser Regierungsbereichs unterlagt, einen Geistlichen aufzuzubieten, oder zu trauen, bevor ihnen nicht der vorschriftsmäßige schriftliche Heiraths-Consens vorgelegt ist. Zu Vermeidung möglicher Mißverständnisse wird hierdurch diese Anordnung ausdrücklich auf das Aufgebot und die Trauung von Lehrern bei Gymnasien, Schullehrern, Seminarien, höhern und allgemeinen Stadtschulen ausgedehnt, und dabei bevormundet, daß der Heiraths-Consens von der vorgeschriebenen Dienstbehörde nicht erteilt werden wird, bevor die gedachten Beamten nicht das Versprechen abgegeben haben, ihre gesetzlichen Verpflichtungen, rücksichtlich ihres Beitritts zur Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt in dem ersten Receptionstermin, nach erfolgter Trauung zu erfüllen.

Wegen des Aufgebots und der Trauung der Geistlichen und Schullehrer nach beigemachten Heiraths-Consens.

Merseburg, den 8. Juni 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nachstehendes Ministerial-Rescript vom 2. Mai 1833:

Dem Königl. Oberlandesgerichte wird auf den Bericht vom 10. October v. J. in Betreff der Frage:

ob bei Patrimonial-Gerichten die Gerichtseingesessenen verpflichtet sind, für die auf ihr Ansuchen außerhalb der Gerichtstage, oder an Sonn- und Festtagen in ihren Wohnungen vorgenommenen Geschäfte, dem Richter die Reisekosten zu vergüten,

Nr. 231.

Die Bestimmung, ob bei Patrimonial-Gerichten die Gerichtseingesessenen verpflichtet sind, für die auf ihr Ansuchen außerhalb der Gerichtstage, oder an Sonn- und Festtagen in ihren Wohnungen vorgenommenen Geschäfte, dem Richter die Reisekosten zu vergüten, betr.

folgendes eröffnet:

Zuvörderst unterliegt es keinem Bedenken, daß jeder Gerichtsherr verpflichtet ist, bei dem Abschluß eines Vertrags, mit einem auswärtig wohnenden Richter über die Verwaltung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit darauf zu sehen, daß der Richter sich verbindlich macht, so viel Gerichtstage am Orte des Gerichts abzuhalten, als zum ordnungsmäßigen Betriebe der in der Regel vorkommenden Geschäfte erforderlich sind. Der Gerichtsherr muß aber auch dafür sorgen, daß diese Gerichtstage von dem Richter wirklich abgehalten, und den Gerichtseingesessenen dadurch hinlängliche Gelegenheit gegeben wird, alle ihre Geschäfte, sowohl der streitigen als der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei der Anwesenheit des Richters an den Gerichtstagen mit abmachen zu lassen.

Dies ist nicht der Fall, wenn die Patrimonial-Richter im Laufe eines Jahres nur einige ordentliche Gerichtstage abhalten, und dadurch die Gerichtseingesessenen nöthigen, zwischen denselben besondere Termine und Reisen des Richters zur Versorgung einzelner Rechtsangelegenheiten zu veranlassen.

Nur wenn alle Monate Gerichtstag gehalten wird, läßt sich annehmen, daß jeder Gerichtseingesessene im Stande ist, seine gerichtlichen Geschäfte so-

einzurichten, daß solche bei der jedesmaligen Anwesenheit des Richters vorgenommen werden können.

Eine Ausnahme von der Verbindlichkeit, monatlich Gerichtstag zu halten, kann nur mit Einwilligung der Gerichtsingesessenen durch Gemeindebeschlüsse festgestellt werden.

Versäumt jemand den Gerichtstag, und verlangt demnächst die Anwesenheit des Richters am Orte des Gerichts zur Bearbeitung seines Geschäfts, so ist es in Uebereinstimmung mit dem Rescripte vom 28. Juli 1828 (Jahrb. Bd. 32. S. 102.) völlig angemessen, ihm auch die Kosten der durch seine Schuld veranlaßten Reise des Richters, der ihn aber zur Stellung des Fuhrwerks aufzufordern hat, zur Last zu legen.

Wenn dagegen die Parthei, welche die besondere Reise des Richters veranlaßt, keine Schuld trifft, daß das Geschäft nicht bei Gelegenheit eines ordentlichen Gerichtstages vorgenommen werden kann, oder wenn bei dem Gericht überhaupt nicht, monatlich oder doch so oft Gerichtstag gehalten wird, als mit Einwilligung der Gemeinde festgesetzt worden, so können die durch außerordentliche Reisen des Richters erwachsenden Kosten nicht den betreffenden Partheien zur Last gelegt werden; denn der Richter muß, so oft es die Noth erfordert, von dem Gerichtsherrn oder der Gemeinde, welches vertrags-, observanz- oder gesetzmäßig die Verpflichtung hiezu obliegt, herbeige Holt werden.

Nach diesen Grundsätzen hat das Königl. Oberlandesgericht die Patrimonial-Gerichte seines Departements mit den erforderlichen Anweisungen zu versehen, und etwaige Beschwerden zu entscheiden.

Dabei kann übrigens auf den Umstand, daß in den meisten bestehenden Justitiariats-Contracten eine geringere Zahl von Gerichtstagen als zwölf festgesetzt worden, keine Rücksicht genommen werden, indem es den Gerichtsherrn unbenommen bleibt, mit dem Richter wegen Abhaltung von monatlichen Gerichtstagen nachträglich zu contrahiren.

Berlin, den 2. Mai 1833.

Der Justiz-Minister,

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

(gez.) M ü l l e r

A. 15.152.

wird zur Nachricht und Achtung für die Patrimonial-Gerichte hierdurch bekannt gemacht.

Raumburg, den 23. Mai 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 232.

Nach einer Allerhöchsten Cabinets-Ordnung vom 15. Mai d. J., soll die bisherige Entrichtung des Brückgeldes von der Unstrutsbrücke bei Leubingen im Kreise Eckartsberga aufhören, und wird demnach diese Abgabe vom 1. Juli dieses Jahres an nicht weiter erhoben werden.

Magdeburg, den 8. Juni 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director Sad.



Es wird hierdurch dem gewerbetreibenden Publikum bekannt gemacht, daß dem **Nr. 233.**  
Nebenzollamte L. zu Elsterwerda im Hauptamtsbezirk Mühlberg die unbeschränkte  
Befugniß zur Begleitscheinausfertigung und Bescheinigung bei dem Ein-, Aus- und  
Durchgange in Beziehung auf die Hauptämter Berlin, Barnow, Potsdam und Frank-  
furt a. d. O. beigelegt worden ist.

Magdeburg, den 10. Juni 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director Sack.

Dem Publikum wird hierdurch zur Kenntniß gebracht, daß aus der Salznieder- **Nr. 254.**  
lage des la Barée hier das zu Salzbadern dienende Seesalz von St. Ubes in jeder be-  
liebigen Menge bis einem Pfunde herab um denselben tarifmäßigen Preis, welcher  
für das weiße Kochsalz festsethet, bezogen werden kann.

Magdeburg, den 13. Juni 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director Sack.

Dem Grundbesitzer in dem bei Kleve in der Bürgermeisterei Griethausen liegen- **Nr. 235.**  
den Dörfe Brienens, Jakob van Romyn, ist auf verschiedene, ihm von einem Aus-  
länder mitgetheilte Abänderungen in der Construction von Dampfmaschinen, nämlich:  
auf die durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Zusammensetzung eines  
Kolbens,

auf die durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Zusammensetzung eines  
Schiebe-Ventils und

auf die durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Zusammensetzung eines Röh-  
ren-Kondensators,  
ein vom 24. Januar d. J., dem Tage der Ausfertigung, Acht hinter einander folgende  
Jahre und im ganzen Umfange des Staats gültiges Patent ertheilt worden.

Dem Hof-Hut-Fabrikanten Heinrich Reiff zu Achen ist unter dem 22. Mai **Nr. 236.**  
1833 ein von diesem Tage ab Fünf hinter einander folgende Jahre im ganzen Umfange  
des Preussischen Staats gültiges Patent

auf zwei verschiedene Unterlagen zu Seidenfelbelhüten, welche zu diesem  
Zweck für neu und eigenthümlich erkannt worden,  
verliehen worden.

### Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben den Forst-Inspector Eckert zu Elsterwerda zum **Nr. 237.**  
Forstmeister zu ernennen und das darüber sprechende Patent Allerhöchsteigenthändig  
zu vollziehen geruhet.

Daß die Verwaltung des von dem Oeconomic-Commissarius Rannegieser in- **Nr. 238.**  
terimistisch bisher respicirten Rentamtes Liebenwerda in Folge der Höhern Orts an-  
geordneten Verbindung beider Rentämter, dem Königl. Domainen-Rentmeister Hb-  
richs in Schlieben mit übertragen worden ist, wird hierdurch bekannt gemacht.

- Nr. 239. Der Pächter und Deconom Gottbils Demler zu Batterode, ist als Kreisstarator bei landwirthschaftlichen Angelegenheiten für den Mannsfelder Gebirgskreis ernannt worden.
- Nr. 240. Der emeritirte Pfarrer zu Bennstedt, Exhorie Schraplau, Johann Casper Staudtmeister, ist am 6. Mai 1833 im 77ten Lebensjahre gestorben.
- Nr. 241. Der bisherige Pfarrer zu Griefstädt, Ephorie Helbrungen, Friedrich Leopold Ephraim Schimpf, ist am 23. April 1833 im 44ten Lebensjahre gestorben. Merseburg, den 14. Juni 1833.
- Nr. 242. 1) Der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar, Friedrich Karl Anton Freiherr von Werthern III., ist den 6. Mai c. zum Assessor bei dem Kammergericht in Berlin ernannt;
- 2) der zum hiesigen Oberlandesgerichts-Assessor ernannte, bisherige hiesige Oberlandesgerichts-Referendar, Siegmund Heinrich Lenke, ist den 21. Mai c. an das Kammergericht zu Berlin versetzt;
- 3) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar, Friedrich Wilhelm Ranke, ist zum Kreis-Justiz- und Deconomie-Commissarius in Aschersleben beßallt;
- 4) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Robert Liebalt und Karl Eduard Grabs, sind resp. den 28. April und 12. Mai, Friedrich Ferdinand Peters und Johann Karl Friedrich Volland aber den 16. Mai c. zu Oberlandesgerichts-Referendarien hieselbst befördert;
- 5) der Oberlandesgerichts-Referendar, Herrmann Otto Baldmann, ist den 2. Mai c. von dem Oberlandesgericht in Halberstadt zu dem hiesigen versetzt;
- 6) der Auscultator, Friedrich Julius Ludwig Marquard, ist den 21. Mai c. von dem Landgericht in Halle zu dem Oberlandesgericht in Magdeburg, auf sein Ansuchen entlassen;
- 7) dem hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultator, Georg Theodor von Puttkammer, ist den 22. Mai c. die nachgesuchte Entlassung von hier ertheilt;
- 8) die Candidaten der Rechte: Herrmann Alfred Julius Karl Freiherr von Werthern, Christian Friedrich Groß, Friedrich Oscar von Reinhardt und Friedrich Christoph Samuel Rüttler, sind den 21. Mai c. zu Auscultatoren des Oberlandesgerichts angenommen;
- 9) der interimistische Actuar, Otto Wilhelm Einz, ist den 7. Mai c. zum Gerichtsamts-Actuar in Heeringen beßallt;
- 10) der invalide Feuerwerker, Erdmann Beshmann, ist den 25. Mai c. zum Gefangenwärter bei dem Inquisitoriat zu Zeitz, an des verstorbenen Loth Stelle, angenommen.

Raumburg, den 31. Mai 1833.

# Am t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
25. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 29. Juni 1833.

Es sind Fälle vorgekommen, in denen in den Pässen solcher Reisenden, welchen **Nr. 243.**  
nach ihren persönlichen Verhältnissen die Zurückreise nicht zu gestatten war, dennoch Paßertbeilung  
die Worte des gedruckten Paßformulars: betz.

frei und ungehindert reisen und zurückreisen zu lassen,  
stehen geblieben sind, was zu Weiterungen Veranlassung gegeben hat.

In Folge einer Bestimmung des Königl. Ministerii des Innern und der Polizei,  
weisen wir daher sämtliche paßertheilende Behörden des Regierungsbezirks hierdurch  
an, in Fällen, wo Pässe nur für Reisen nach einem bestimmten Orte ausgestellt wer-  
den, und die Rückreise unberücksichtigt bleiben muß, die Worte: und zurückrei-  
sen, auszustreichen, wegen dieser Durchstreichung aber das Nöthige auf dem Passe  
zu bemerken.

Auch ist auf denjenigen Pässen, welche zugleich für die Rückreise gelten sollen,  
den Worten: gültig auf die Reise nach u. noch hinzuzufügen: und zur Rückreise.  
Merseburg, den 19. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Um den vielfach eingerissenen Mißbräuchen des Aehrenlesens zu steuern, und so **Nr. 244.**  
viel als möglich zu verhindern, daß dasselbe als Vorwand und Gelegenheit zum Dieb- Das Aehren-  
stahl auf dem Felde benutzt werde, setzen wir uns veranlaßt, unsere Verordnung vom lesen betz.  
30. Juli 1817 (Amtsblatt S. 375.) folgenden Inhalts:

- 1) Es darf an keinem Orte Jemand eher sich mit dem Aehrensammeln befassen, bis  
die ganze Erndte derjenigen Fruchtgattung vom Felde eingebracht ist, von wel-  
cher die Aehren eingesammelt werden sollen, und bis von der Obrigkeit des  
Orts öffentlich bekannt gemacht worden ist, daß die Erndte dieser Frucht be-  
endigt sey, und nunmehr von dieser Frucht Aehren gesammelt werden können.
- 2) Jede Ortsobrigkeit hat die desfallige Bekanntmachung in Ansehung einer jeden  
Fruchtgattung zu seiner Zeit gehörig zu erlassen.
- 3) Wer gegen dieses Verbot früher Aehren sammelt, wird bloß dafür mit  
1 Thlr. Geld. oder 48tündiger Gefängnißstrafe, nach Befinden mit körper-  
licher Züchtigung belegt.

Wer aber

- 4) außerdem beim Aehrenlesen sich noch strafbare Handlungen erlaubt, hat auch  
noch außerdem die darauf gesetzte Strafe zu erleiden.

Hiermit in Erinnerung zu bringen, und sämtliche Polizei-Behörden unseres Regierungsbezirks anzuweisen, mit Strenge auf deren Befolgung zu halten.

Wir fügen noch hinzu, daß wenn die Feldbesitzer eines Orts das Aehrenlesen etwa ausnahmsweise ganz zu verbieten sich bewogen finden möchten, ihnen solches allerdings frei steht. In solchen Fällen haben die betr. Behörden dieses unbedingte Verbot zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und sorgfältig darüber zu wachen, daß demselben nicht entgegengehandelt werde.

Die gegenwärtige Verordnung ist an jedem Orte ohne Verzug zur allgemeinen Kenntniß der Einwohner zu bringen.

Merseburg, den 25. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 245.

Die Verpflichtung der Kreis-Landräthe.

Die nach der Instruction vom 16. Juni 1832, über das Verfahren bei Abschätzung des Inventariums verpachteter Güter, in Folge unserer Bekanntmachung vom 1. März c., den Gerichtsämtern obliegende Verpflichtung der von den Kreislandräthen ernannten Taxatoren, ist kostenfrei zu expediren, welches zur Nachricht hierdurch bekannt gemacht wird.

Raumburg, den 7. Juni 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 246.

Die Kamelung der mit Taback be- pflanzten Grundstücke betr.

Die Taback-Cultivateurs der Provinz Sachsen werden hierdurch erinnert, ihre in diesem Jahre mit Taback bepflanzen Grundstücke von 6 oder mehr Quadratruthen, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 29. März 1828, noch vor Ablauf des Monats Juli d. J. nach Lage und Flächeninhalt einzeln genau und wahrhaft bei dem Steueramte des Bezirks anzumelden, widrigenfalls die im Paragraph 7. der gedachten Allerhöchsten Cabinets-Ordre enthaltenen Strafbestimmungen verwirkt werden.

Magdeburg, den 20. Juni 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director Sach.

Nr. 247.

Dem Publico wird bekannt gemacht.

I. daß das Hypothekenbuch über die geschlossenen Grundstücke von Bothfeld, im Gerichtsamtsbezirk des Königlichen Gerichtsamts zu Lützen, und über die Pertinenz-Feldgrundstücke zu denen unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden, in Bothfeld gelegenen Häuser, vollendet und an das Königliche Gerichtsamt zu Lützen zur Fortführung abgegeben worden ist.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen;

II. daß die Hypotheken-Tabelle, welche alle drei Rubriken in sich faßt, über die Feldgrundstücke in Böhlsener Flur der Johanne Christiane Pelz, geborne Sperling, welche zu ihrem in Böhlschen, unter der Jurisdiction des dortigen Patrimonial-Gerichts gelegenen Pferdnergute pertinentialiter gehören, vollendet

ist, und vom 1. Juli bis ultimo August o. in unserm Hypotheken-Archiv eingesehen werden kann.

Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen diese Tabelle nicht mehr angebracht werden.

Halle, den 8. Juni 1833.

R ö n i g l i c h P r e u ß i s c h e s L a n d g e r i c h t.

Nr. 248.

Die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, von den unter diesseitiger Jurisdiction befindlichen Pertinenzien der zu Liederstedt belegenen, unter der Gerichtsbarkeit des Patrimonial-Gerichts Wigenburg gehörenden Häuser im Dorfe Liederstedt und von:

2) Nr. 47. von Zipsendorf, Nr. 12. von Weidau, Nr. 21. von Rüdissen, Nr. 8. 38.<sup>a</sup> 38.<sup>b</sup> von Rottichau, Nr. 1. von Conzig, Nr. 45. von Roszbach an der Säule, Nr. 3. 15. und 18. von Brosen, Nr. 27. 35. 62. und 71. von Egleben, Nr. 73. von Sachsenburg, Nr. 19. von Langendorf bei Zeitz, Nr. 12. und 21. von Groß-Corbetha, Nr. 13. von Obbrig, Nr. 22. von Zeißdorf, Nr. 10.<sup>b</sup> von Gbthewitz, Nr. 12. 13. und 70. von Großmonra, Nr. 56. von Griefstedt, und über das neugebaute Gottlob Schabedryschs Haus zu Weissenfels in der Klingenvorstadt-Obergemeinde, welche bei den frühern Bekanntmachungen dieser Pötschaften zurückgeblieben,

sind vollendet und liegen während des Zeitraums vom 1. Juli bis ultimo August d. J. zur Einsicht eines jeden Interessenten bereit.

Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen diese Tabellen nicht mehr angebracht werden.

Raumburg, den 11. Juni 1833.

R ö n i g l i c h P r e u ß i s c h e s L a n d g e r i c h t.

Das Hypothekenbuch über die heiligen Güter, unter hiesiger Jurisdiction; ist vollendet, und daher hinsichtlich dieser Grundstücke der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Goldschau, den 15. Juni 1833.

D a s P a t r i m o n i a l - G e r i c h t.

Arnold.

### P e r s o n a l - C h r o n i k.

Als Pfarrer sind neu angestellt nachstehend genannte Candidaten des Presbiterats: Nr. 250.

1) Georg August Constantin Schiff, als Subdiaconus an der St. Ulrichskirche in Halle;

2) Johann Georg Luther, als vierter Diaconus an der Stadtpfarrkirche im Wittenberg;

- 3) Johann August Ferdinand Müller, Rector in Schlieben, als Diaconus in Schlieben;
  - 4) Karl Gottlob Träber, als Diaconus in Mühlberg, Ephorie Torgau;
  - 5) Karl Friedrich Gustav Köhler, als Pfarrer in Schlettau, Ephorie Merseburg;
  - 6) Karl Gottlieb Moritz Stieh, als Diaconus in Seyda;
  - 7) August Ludwig Ferdinand Manittus, als Pfarrer in Seehausen, Ephorie Seyda.
- Als Schullehrer sind neu angestellt nachstehend genannte Candidaten des Schulamts:

- 1) Johann Christian Ernst Niesche, als Schulmeister und Küster in Gräfenhof, Ephorie Herzberg;
  - 2) Johann Gottfried Lohrenz, als Schulmeister und Küster in Heulewalde, Ephorie Zeitz;
  - 3) Karl Ferdinand Ludwig, als Schulmeister und Küster in Lega, Ephorie Zahna.
- Weiter befordert sind:
- 1) der Schulmeister in Bessdorf, Regierungsbezirk Potsdam, Ernst Heinrich Schubert, als Schulmeister und Küster in Wiederau, Ephorie Liebenwerda;
  - 2) der Schulgehülfe in Glesien, Karl Wilhelm Conrad, als Schulmeister und Küster in Ischornewitz, Ephorie Bitterfeld;
  - 3) der Hülfslehrer an der Seminar-Schule in Weissenfels, Johann Heinrich Gottlieb Friedrich Bloßfeld, als Elementar-Lehrer an der Bürgerschule in Merseburg;
  - 4) der Katechet in Naundorf, Wilhelm Gustav Mohr, als Schulmeister und Küster in Abberode, Ephorie Ermöleben;
  - 5) der Kinderlehrer in Trebnitz, Wilhelm Eduard Otilie, als Schulmeister und Küster in Liederstedt, Ephorie Querfurth;
  - 6) der Schulmeister zu Thalwinkel, Johann Gottlieb Böhland, als Schulmeister und Küster in Leimbach, Ephorie Querfurth;
  - 7) der Kinderlehrer in Gröbers, Johann Gottfried Schönberger, als Schulmeister und Küster in Braunsdorf, Ephorie Freiburg;
  - 8) der Katechet in Gräfenhuf, Friedrich August Lickfett, als Schul-Substitut in Pansfelde, Ephorie Ermöleben;
  - 9) der Kinderlehrer in Kriechau, Friedrich August Knoblauch, als Schul-Substitut in Kröfeln, Ephorie Lützen;
  - 10) der Kinderlehrer in Brandis, Johann Christian Müller, als Schullehrer und Küster in Kleinröben, Ephorie Elben;
  - 11) der Kinderlehrer in Laue, Johann Gottfried Braust, als Schulmeister und Küster in Kölsa, Ephorie Merseburg;
  - 12) der Schulmeister in Grassau, Johann Karl August Müller, als erster Lehrer an der Mädchenschule in Herzberg.

Nr. 251.

Der bisherige Pfarrer zu Schienzig in der I. Ephorie Halle, Johann Friedrich Lotse, ist am 14. Juni c. im 77ten Lebensjahre gestorben.  
Merseburg, den 22. Juni 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

26. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 13. Juli 1833.

---

Das 9te Stück der Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1433. Verordnung, die Einführung des Allgemeinen Landrechts in Beziehung auf die Verwaltungsangelegenheiten der Landgemeinen in den zum Verwaltungsverbände der Provinz Sachsen gehörigen, der Westphälischen Zwischenregierung unterworfen gewesenen Landestheilen betreffend. Vom 31. März 1833.
- Nr. 1434. Verordnung, die Regulirung der während der Westphälischen Zwischenregierung entstandenen Verhältnisse zwischen den Dominien und Gemeinen in den zur Provinz Sachsen gehörigen, ehemals Westphälischen Landestheilen betreffend. Vom 31. März 1833.

Das 10te Stück der Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1435. Allerhöchste Cabinetsordre vom 22. Mai 1833, betreffend die Abänderung der Bestimmungen im §. 2. Litt. b. und §. 3. des Landculturgedictes vom 14. September 1811.
- Nr. 1436. Vorläufige Verordnung wegen des Judenwesens im Großherzogthum Posen. Vom 1. Juni 1833.

An die Stelle des selbtherigen provisorischen Directors der hiesigen medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt, Regierungs-Medicinal-Raths Dr. Andrea, ist nach einem Beschlusse des Herrn Geheimen Staats-Ministers Freiherrn v. Altenstein Exzellenz, ein Directorium getreten, welches

a) aus dem eben genannten Regierungs-Medicinal-Rath Dr. Andrea,  
 b) dem Medicinal-Rathe Dr. Frige und  
 c) dem Regimentsarzte, Professor Dr. Scheibler  
 gebildet worden ist.

Nr. 253. Die Ernennung eines Directoriums bei der medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt betr.

Ich mache dies mit der Nachricht öffentlich hierdurch bekannt, daß alle bisher an den Director der Anstalt zu richtende Schreiben von jetzt ab an das „Directorium der medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt“ gerichtet werden müssen.

Magdeburg, den 27. Juni 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Klenig.

**Nr. 254.**  
Die Verrech-  
nung der Ge-  
werbesteuer-  
Strafen betr.

Nach einer Entscheidung der Königl. Höhen Ministerien des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten, der Finanzen, und des Innern und der Polizei, sollen die auf Grund des §. 39.<sup>a</sup> des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 festgesetzten Strafen, da durch sie lediglich die Verwaltung der Gewerbesteuer und insbesondere die Vollständigkeit der Steuer-Rollen gesichert werden soll, und sie mithin nicht als Polizei-Strafen, sondern lediglich als den Steuer-Schutz bezweckende Ordnungs-Strafen zu betrachten sind, fernerhin auch nicht mehr, wie dies bisher geschah, als Polizei-Strafen, sondern gleich den im §. 39.<sup>b</sup> l. c. bestimmten, als Gewerbesteuer-Strafen verrechnet werden. Sie sind daher auch, gleich den übrigen Gewerbesteuer-Strafen an die betreffenden Königl. Kreiskassen abzuliefern, welchen alsdann die erforderliche Verrechnungs-Anweisung in der gewöhnlichen Art zugehen wird.

Hieraus folgt denn auch, daß dergleichen Strafen nicht ferner mehr in die von den Königl. Landrätlichen Ämtern vierteljährlich einzureichenden Nachweisungen der zu den öffentlichen Fonds fließenden Polizei-Strafen mit aufzunehmen sind.

Merseburg, den 27. Juni 1833.

Königlich Preussische Regierung.

**Nr. 255.**  
Die Kosten des  
Abdrucks des  
Wander-Regu-  
lative betr.

Mit Bezug auf die Verordnung wegen des Wanderns der Gewerbsgehülfen (S. 118. des Amtbl.) lassen wir hiermit, durch Anfragen einzelner Behörden veranlaßt, zur öffentlichen Kenntniß, daß es unzulässig ist, für die Abdrücke dieser Verordnung, welche den Wanderpässen oder Wanderbüchern angeheftet werden sollen, von den Inhabern der letztern irgend einen Kostenbeitrag einzuziehen. Die Kosten dieses Abdrucks (das Buch zu 48 Exemplaren kostet 7 Egr. 6 Pf., S. 140. des Amtbl.) trägt vielmehr in jedem einzelnen Falle derjenige Fonds, zu welchem die Gebühren für den ertheilten Paß fließen, oder, wenn wegen Armuth des Paßempfängers oder weil es der Ausfertigung eines neuen Passes nicht bedarf, ein Gebührenansatz nicht Statt findet, im entgegengesetzten Falle fließen würden.

Sämmtliche Polizei-Behörden unseres Regierungsbezirks haben sich hienach genau zu achten.

Merseburg, den 8. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

**Nr. 256.**  
Befannt-  
machung, die  
Einlösung der  
unzinsbaren  
Königl. Säch-  
sischen Kam-  
mer-Credit-  
Kassenscheine  
unter lit. E.  
betr.

Nachstehende Verordnung mit Beilage ○, also lautend:

Zur Einlösung der unzinsbaren Kammer-Credit-Kassenscheine unter lit. E., (der sogenannten Spitzscheine) von denen das Königreich Sachsen, in Folge der mit der Krone Preußen abgeschlossenen Haupt-Convention vom 28. August 1819, Art. VI, dormalen noch die auf 30, 32, 33, 35, 37, 39, 40, 42, 44, 46 und 48 Thlr. lautenden Scheine zu vertreten hat, ist durch Avertissement vom 26. März 1828, statt der vorher zur Tilgung dieser unzinsbaren Schulden bestimmt gewesenen jährlichen Summe von 1000 Thlr., ein erhöhter Fonds von 3000 Thlr. jährlich ausgesetzt,



solcher auch seitdem, halbjährig mit 1500 Thlr., zu diesem Zwecke verwendet worden, und zwar stets mit Beobachtung der im vierten Punkte des, unterm 29. Juli 1765, von der zur Liquidation der Rückstandsforderungen damals verordnet gewesen Commission erlassenen Avertissements, festgesetzten Ordnung, nach welcher jedesmal die kleineren Summen vor den größeren, und, wenn die Scheine von gleichem Werthe auf mehrere Termine zu vertheilen sind, die niedrigeren Nummern vor den höheren zur Zahlbarkeit gelangen.

Dieselbe Ordnung soll auch bei den bis jetzt noch nicht zur Zahlung ausgesetzten unzinzbaren Scheinen fernerhin ununterbrochen befolgt werden.

Da jedoch der Zeitpunkt, in welchem hiernach jeder einzelne Schein zahlbar wird, von dem Inhaber selbst um deswillen nicht genau und zuverlässig berechnet werden kann, weil die Scheine von gleichem Werthe unter sich keine ununterbrochene Nummerreihe bilden, das Schwierige und Schwankende einer solchen Berechnung aber zur Folge hat, daß diese Scheine einen festen Cours nicht erlangen, und für einen nur einigermaßen angemessenen Preis selten anzubringen sind; so wird, zu Hebung aller Ungewißheit über die Verfallszeit derselben, und um zugleich deren Inhabern eine Gelegenheit zu eröffnen, selbige nach ihrem jetzigen Werthe, wie sich solcher unter Berücksichtigung der Zwischenzinsen bis zur Verfallszeit nach 4 vom Hundert berechnet, sofort ins Geld zu setzen, mit Genehmigung Sr. Königl. Majestät und Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Mitregenten, und mit Zustimmung der versammelten Stände, durch die Anfüge unter O, eine Scala zur öffentlichen Kenntniß gebracht, welche vollständig nachweist, in welchen Terminen alle zur Zahlung bisher noch nicht ausgesetzte unzinzbare Scheine, dem zeitherigen Tilgungsplane gemäß, binnen den nächsten 38 Jahren zur Zahlbarkeit gelangen, und zu welchen Preisen sie im Laufe jetzigen Jahres bei der Kammer-Credit-Kasse eingelöst werden sollen.

Dabei wird den Inhabern dieser Scheine freigestellt, ob sie mit ihren Forderungen bis zur planmäßigen Zahlungsfrist Anstand nehmen, und sie dann nach dem Nominal-Werthe der Scheine erheben, oder solche vor Ablauf jetzigen Jahres, nach den in vorangezogener Beilage ausgeworfenen Einlösungssätzen, gegen Rückgabe der Scheine, einzichen wollen?

Im letztern Falle haben die Inhaber von dergleichen auf 30, 32, 33, 35, 37, 39, 40, 42, 44, 46 und 48 Thlr. lautenden Scheinen sub litt. E. desßhalb von heute an, bis längstens den 31. December dieses Jahres, mit Einreichung der Original-Scheine, und, insofern sie deren mehrere besitzen, mit Beifügung eines vollständigen, die Nummer und den Nominal-Werth eines jeden angegebenden Verzeichnisses in doppelten Exemplaren, bei der Kammer-Credit-Kasse sich anzumelden und, nach behöriger Konstatirung des ihnen zu gewährenden Betrages, dessen sofortige Auszahlung in Conventions-Münze zu erwarten.

Hinsichtlich der bis zum Schlusse jetzigen Jahres zur Zahlung bei gedachter Kasse nicht angemeldeten Scheine verbleibt es bei den in der Beilage unter O bemerkten planmäßigen Zahlungs-Terminen.



# S c a l a

nach welcher im Laufe des Jahres 1833 die unzinbaren Schuldscheine  
der Kammer-Credit-Kasse eingelöst werden sollen.

Nachbemerkte Schuldscheine					
sind nach dem bisherigen Tilgungsplane zu bezahlen:					werden im Jahre 1833 eingelöst nach dem Sage von
im T e r m i n	Stück	zu Thaler	von Num.	bis mit Num.	
					Lbr.   Gr.   Pf.
Ostern 1834.	50	30	4,843	6,127	29 — —
Michael „	50	30	6,128	8,358	
Ostern 1835.	50	30	8,359	9,813	27 18 —
Michael „	50	30	10,031	12,043	
Ostern 1836.	50	30	12,044	13,446	26 12 —
Michael „	40	30	13,453	15,062	
„ „	10	32	235	649	28 — —
Ostern 1837.	47	32	695	3,131	
Michael „	47	32	3,149	5,740	27 8 —
Ostern 1838.	47	32	5,824	7,603	
Michael „	47	32	7,604	10,129	26 12 —
Ostern 1839.	47	32	10,161	12,737	
Michael „	27	32	12,739	15,064	25 12 —
„ „	20	33	237	1,063	
Ostern 1840.	46	33	1,190	3,559	25 — —
Michael „	46	33	3,560	5,627	
Ostern 1841.	46	33	5,666	8,246	24 6 —
Michael „	46	33	8,485	12,148	
Ostern 1842.	40	33	12,149	15,065	23 8 —
„ „	5	35	123	277	
Michael „	43	35	439	2,702	24 12 —
Ostern 1843.	43	35	2,703	5,577	
Michael „	43	35	5,578	8,225	23 14 —
Ostern 1844.	43	35	8,227	10,035	
Michael „	43	35	10,050	12,152	22 15 —
Ostern 1845.	43	35	12,153	13,902	
Michael „	17	35	14,328	15,067	21 18 —
„ „	25	37	79	1,355	

### Nachbemerkte Schuldscheine

sind nach dem bisherigen Tilgungsplane zu bezahlen:					werden im Jahre 1833 eingelöst nach dem Sage von		
im Termin	Stück	zu Thaler	von Num.	bis mit Num.			
					Lthr.	Gr.	Pf.
Ostern 1846.	41	37	1,356	3,416	22	—	—
Michael „	41	37	3,582	6,039			
Ostern 1847.	41	37	6,057	8,886	21	6	—
Michael „	41	37	8,887	10,336			
Ostern 1848.	41	37	10,350	12,166	20	12	—
Michael „	41	37	12,167	14,817			
Ostern 1849.	5	37	14,840	15,069	19	20	—
„ „	34	39	39	1,582	20	12	—
Michael „	39	39	1,583	3,698			
Ostern 1850.	39	39	3,703	6,029	19	21	—
Michael „	39	39	6,042	7,650			
Ostern 1851.	39	39	7,651	10,193	19	3	—
Michael „	39	39	10,224	12,469			
Ostern 1852.	28	39	12,494	15,071	18	12	—
„ „	10	40	40	110	18	20	—
Michael „	38	40	111	937			
Ostern 1853.	38	40	943	2,118	18	4	—
Michael „	38	40	2,119	3,022			
Ostern 1854.	38	40	3,023	3,586	17	12	—
Michael „	38	40	3,659	4,702			
Ostern 1855.	38	40	4,703	5,370	16	20	—
Michael „	38	40	5,374	6,135			
Ostern 1856.	38	40	6,136	8,182	16	4	—
Michael „	38	40	8,298	9,746			
Ostern 1857.	38	40	9,747	11,670	15	12	—
Michael „	38	40	12,168	13,182			
Ostern 1858.	26	40	13,227	15,072	15	4	—
„ „	11	42	81	1,318	15	18	—
Michael „	36	42	1,326	2,641			
Ostern 1859.	36	42	2,642	5,029	15	3	—
Michael „	36	42	5,358	7,663			
Ostern 1860.	36	42	8,011	9,740	14	12	—
Michael „	36	42	9,741	11,428			
Ostern 1861.	36	42	11,451	13,583	13	21	—
Michael „	15	42	13,589	15,074			

# Nachbemerkte Schuldscheine

sind nach dem bisherigen Tilgungsplane zu bezahlen:					werden im Jahre 1833 eingelöst nach dem Sage von		
im Termin	Stück	zu Thaler	von Num.	bis mit Num.			
					Thlr.	Gr.	pf.
Michael 1861.	20	44	262	1,718	14	16	—
Ostern 1862.	34	44	1,798	4,782	14	—	—
Michael „	34	44	4,783	7,172	13	12	—
Ostern 1863.	34	44	7,179	9,911			
Michael „	34	44	9,912	12,190			
Ostern 1864.	30	44	12,195	15,076	13	—	—
„ „	4	46	157	267	13	16	—
Michael „	32	46	322	2,023			
Ostern 1865.	32	46	2,076	4,281			
Michael „	32	46	4,282	6,521	13	3	—
Ostern 1866.	32	46	6,920	8,425	12	14	—
Michael „	32	46	8,426	10,376			
Ostern 1867.	32	46	10,380	12,552			
Michael „	29	46	12,693	15,078	12	2	—
„ „	3	48	119	131	12	16	—
Ostern 1868.	31	48	270	2,459	12	4	—
Michael „	31	48	2,460	4,382			
Ostern 1869.	31	48	4,383	5,590			
Michael „	31	48	5,706	8,611	11	16	—
Ostern 1870.	31	48	8,910	10,241	11	4	—
Michael „	31	48	10,315	12,311			
Ostern 1871.	31	48	12,464	14,387			
Michael „	10	48	14,602	15,080	10	16	—

Dresden, den 21. Mai 1833.

F i n a n z - M i n i s t e r i u m.

(gez.) v. Zeschau.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß des theilhaftigen Publikums gebracht.

Merseburg, den 26. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 257.

Die Verdinge-  
rung der Frist  
zu Beauspru-  
chung der durch

Auf den Wunsch des Königlich Sächsischen Gouvernements ist den in dem dortigen Staatsgebiete ansässig gewordenen diesseitigen Unterthanen, welche bei der in dem allgemeinen Bundes-Contract vom 10. Februar 1831 (Gesetzsammlung de 1831. S. 41 u. f.) verheißenen Amnestie theilhaftig sind, zur ferneren Anmeldung dieser Amnestie

eine anderweite Frist bis zum Ablaufe des gegenwärtigen Jahres nachgelassen worden. Diese Vergünstigung kommt nunmehr in gleichem Maße auch noch denjenigen in den diesseitigen Staaten sich aufhaltenden Königlich Sächsischen Unterthanen zu Statte, welche ungeachtet der früher ergangenen Aufforderungen von der Benutzung jener Amnestie aus einem oder dem anderen Grunde keinen Gebrauch gemacht haben.

Es werden daher alle in unserem Verwaltungsbezirke befindlichen vor dem Abschlusse des Bundes-Cartels desertirten, ausgetretenen Sächsischen Staatsangehörigen, auch wenn sie nie in dem diesseitigen Militair gedient haben, hierdurch noch besonders darauf aufmerksam gemacht: daß ihnen durch diese Amnestie nach ihrer freien Wahl entweder die strasslose Rückkehr in die Heimath oder aber die Befugniß zum ferneren Verbleiben in dem diesseitigen Staatsgebiete gestattet wird, sobald sie sich hierüber ausdrücklich erklären, und gelangen sie in beiden Fällen wieder zum Besitze ihres noch in der Heimath befindlichen Vermögens, insofern dasselbe nicht bereits vor Abschlusse des Cartels durch Gesetz und Urtheil der competenten richterlichen Behörde der Confiscation anheimgefallen ist.

Die gedachten Individuen werden aufgefordert: ihre diesfällige Erklärung innerhalb der vorgedachten Frist vor der Behörde ihres gegenwärtigen Wohnorts abzugeben. Merseburg, den 27. Juni 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Ob gleich die in der Verordnung vom 28. November 1825 (Nr. 223. des Amtsbl. g. 3.) angeordneten Impfkationen wegen mannichfacher damit verbundenen Schwierigkeiten und besonders wegen willkürlicher Benutzung derselben nicht weiter fortbauern konnten, so hat doch die Schutzblatter-Impfung denjenigen Fortgang gefunden, welchen sie immer noch verdient. Es sind im Jahr 1830 im Regierungsbezirk 13,495 und in dem darauf folgenden Jahre 11,997 vaccinirt. In verschiedenen Kreisen befielen zwar Kinder und Erwachsene theils die wahren, theils die modificirten Menschenblattern in gedachten Jahren, und selbst eine nicht ganz geringe Zahl derselben ist daran, besonders aber an den erkern, gestorben. Bei weitem die meisten Vaccinirten blieben indeß da, wo sie ausbrachen, verschont, und nirgends verbreiteten sich die wahren Menschenblattern, wie früher, völlig epidemisch. Die Vaccination bleibt demnach in vollem Werth als Schutzmittel gegen die wahren Menschenblattern. Da indeß die Impfkationen eingehen müssen, so bedarf es der weitläufigsten, in der angezogenen Verordnung vorgeschriebenen Listen nicht mehr. Die Medicinal-Personen haben demnach nur noch am Jahreschlusse in den nächsten vier Wochen eine Liste der von ihnen Vaccinirten in numerischer Angabe derselben nach folgenden Rubriken aufzustellen: „Impfarzt, Kreis, Wohnort der Vaccinirten, Zahl der mit Erfolg geimpften, Bemerkungen“, und diese dem Königl. Landrathlichen Amte einzusenden, das sie den Kreis-Physicis zustellt, um daraus eine General-Uebersicht unter gleichen Rubriken anzufertigen und sie dem Königl. Landrathlichen Amte zur Einsendung an uns, unter Rückgabe der Special-Listen zur Registratur desselben, zu übergeben. Die Prediger, Schullehrer und Küster werden von der fernern in der Verordnung vom 24. Juli 1827, (Nr. 94. des Amtsbl. g. 3.) in Bezug auf die eingeführten, nicht weiter fort-

die allgemeine Bundes-Cartel-Conventien den in den diesseitigen Staaten sich aufhaltenden Königl. Sächs. Unterthanen verheißenen Amnestie betr.

Nr. 258. Die künftige Einrichtung der Vaccinations-Listen betr.

dauernden Impfstationen vorgeschriebenen halbjährigen Einsendung der in jedem ver-  
flossenen halben Jahr Gebornen und Gestorbenen hiermit entbunden.

Merseburg, den 4. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 259. Die Abhülfe einer an der Saal-Schiffschleuse bei Bülberg jetzt sich zeigenden  
Die Sperre der Schabhaftigkeit, macht die Sperre dieses Bauwerks vom 20. bis incl. 30. dieses Mo-  
Saal-Schiff- nats nöthig, was hiermit zur Kenntniß des Schiffahrt treibenden Publikums ge-  
schleuse zu bracht wird.  
Bülberg betr.

Merseburg, den 8. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 260. Höherer Anordnung zufolge soll die Consignation der Stuten, Behufs Ertheilung  
Bekannt- von Freischeinen zur Bedeckung mit Königl. Landbeschalern im Frühjahr 1834, in  
machung der Fohlen-Brenn- diesem Jahre nicht stattfinden, dagegen sind zum Einbrennen der in diesem Jahre ge-  
Termine im bornen, von Königl. Landbeschalern erzeugten Fohlen, folgende Termine angesetzt,  
Bereich des und haben die Besitzer von dergleichen Fohlen, welche selbige mit dem Landgestützei-  
Königl. Preuß. chen versehen zu haben wünschen, Letztere zum Einbrennen zu stellen, und zwar:  
Stütz- die der Station Gradiß . . . . am 6. August 1833 in Gradiß,  
stätt im Jahre 1833, " " " Döhlen . . . . " 7. " " " Döhlen,  
" " " Repitz . . . . " 8. " " " Repitz,  
" " " Oßersbblingen . . . . " 12. " " " Oßersbblingen,  
" " " Oßersbach . . . . " 13. " " " Oßersbach,  
" " " Heldrungen . . . . " 26. " " " Heldrungen,  
" " " Merseburg . . . . " 28. " " " Merseburg,  
" " " Naundorf . . . . " 6. Sept. " " " Naundorf,  
" " " Seyda . . . . " 4. October " " " Seyda,  
" " " Schweinitz . . . . " 5. " " " Schweinitz,  
" " " Elbden . . . . " 8. " " " Elbden,  
" " " Pregsß . . . . " 9. " " " Pregsß,  
" " " Radith . . . . " 10. " " " Radith,  
" " " Bleefern . . . . " 11. " " " Bleefern,  
" " " Prieststäblich . . . . " 12. " " " Prieststäblich,  
" " " Cosßdorf . . . . " 14. " " " Cosßdorf,

woselbst allenthalben das Einbrennen der Fohlen früh 8 Uhr beginnen wird.

Hauptgestüt Gradiß, den 2. Juli 1833.

Der Königl. Landstallmeister,  
(gez.) v. Thielau.

Indem wir vorstehende Bekanntmachung vom 2. d. M. hierdurch zur Kenntniß  
des Publikums bringen, fordern wir die Königl. Landratsämter auf, sie ebenfalls  
in ihren resp. Kreisblättern kostenfrei mit abdrucken zu lassen.

Merseburg, den 9. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

In unsrer Bekanntmachung vom 8. Junius d. J. (Amtsbl. St. 24, Nr. 230, Nr. 261. Seite 141.) ist durch den Ausdruck: „... Lehrern bei... höhern und allgemeinen Wegen Aufge-  
„Stadtschulen“ u. das Mißverständniß veranlaßt worden, als ob die Lehrer an ge-  
wöhnlichen, nicht höhern, Stadt- oder Bürgerschulen ebenfalls zum Einkauf in die  
allgemeine Wittwen-Versorgungs-Anstalt gesetzlich verpflichtet wären. Da dieß nicht  
der Fall ist, indem die Lehrer an solchen Schulen, in Gemäßheit der Allerhöchsten Ca-  
binetsordre vom 27. Februar 1831, (Gesetzsammlung 1831, S. 3.) die Aufnahme  
in die allgemeine Wittwen-Versorgungs-Anstalt jetzt nicht würden erlangen können;  
so wird vorgedachtes Mißverständniß hierdurch berichtigt, und bemerkt es hinsicht-  
lich der an den gewöhnlichen städtischen Communal- oder Bürgerschulen angestellten  
Lehrer lediglich bei den bisherigen Bestimmungen.

Merseburg, den 2. Juli 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

Aus den bei uns zur Entscheidung eingehenden Verhandlungen in Gewerbesteuer-  
Contraventions-Sachen ergibt sich häufig, daß die Contravenienten steuerpflichtige  
Gewerbe, wegen deren Ausübung sie zur Untersuchung gezogen worden sind, schon eine  
geraume Zeit lang unter den Augen ihrer Ortsbehörden betrieben haben, ohne daß  
von diesen ihre Heranziehung zur Gewerbesteuer veranlaßt worden ist.

Indem wir daher im Allgemeinen die Gewerbesteuer-Ausnahme-Behörden auf  
die Bestimmung des §. 31. des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820 aufmerk-  
sam machen, wonach sie für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Nachweisungen der  
Gewerbesteuerpflichtigen verantwortlich sind, verpflichten wir besonders die Herren  
Landräthe, die Behörden der zur 4ten Gewerbesteuer-Abtheilung gehörigen Orte ihrer  
Reise zur genauesten Beachtung ihrer gesetzlichen Obliegenheit (cf. §. 2. der Gewer-  
steuer-Beranlagungs-Instruction vom 10. November 1820 und Nr. 2. der Circular-  
Verfügung des Königl. hohen Finanz-Ministeriums vom 10. Juli 1830) anzuhäl-  
ten: jeden Ortseinwohner, welcher ein Gewerbe zu treiben beginnt, sofort unter  
genauer Bezeichnung der Art und des Umfangs des Gewerbes in das Orts-Notiz-  
Register einzutragen, und dasselbe zur Vervollständigung des Kreis-Registers monat-  
lich in das Landrättsliche Bureau einzureichen; bei unterlassener Anmeldung des Gewer-  
bes und resp. Lösung des erforderlichen Gewerbscheines aber die betreffenden Gewerbe-  
treibenden zur Einleitung der Untersuchung wider sie anzuzeigen.

Diejenigen Ortsbehörden, welche sich einer Vernachlässigung dieser Vorschriften  
zu Schulden kommen lassen, sind nachdrücklich zu bestrafen, und im Falle einer aber-  
möglichen Vernachlässigung, nach vorgängiger Rüge, uns zur weitem Veranlassung  
wider sie anzuzeigen.

Merseburg, den 3. Juli 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 262.

Die Heraus-  
ziehung der  
Gewerbetrei-  
benden zur Her-  
anziehung zur  
Gewerbesteuer  
bezt.

Nr. 263.  
Die Competenz  
des Landge-  
richts zu  
Raumburg für  
Untersuchungs-  
sachen betr.

Das die Competenz des hiesigen Landgerichts in Untersuchungssachen betreffende Justiz-Ministerial-Rescript vom 17. dieses Monats, folgenden Inhalts:

Auf den Bericht vom 31. v. M.,

betreffend die Competenz des dortigen Landgerichts in Untersuchungssachen, genehmigt der Justiz-Minister, daß das Landgericht von dem Königl. Oberlandesgerichte zur Einleitung und Führung der fiscalischen Untersuchungen mit der Befugniß, die Gerichtsämter und Patrimonial-Gerichte damit zu beauftragen, so wie das Inquisitoriat zu Zeitz und die Inquisitorials-Deputation zu Quersfurth darum zu ersuchen, jedoch unbeschadet der bisherigen Competenz dieser Behörden selbst, solche Untersuchungen auch ohne Anweisung des Landgerichts einzuleiten, autorisirt werde.

Demgemäß hat das Collegium das Erforderliche zu verfügen.

Berlin, den 8. Juni 1833.

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

Der Justiz-Minister,

(gez.) M ü h l e r

I. 1425.

wird im Verfolg des Publicandi vom 3. Mai c. hierdurch zur Nachricht und Beachtung öffentlich bekannt gemacht.

Raumburg, den 28. Juni 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 264.  
Das von Ge-  
richtsämtern  
zu beobach-  
tende Verfahr-  
ten bei den in  
Vormund-  
schaftsachen  
vorkommenden  
Taxationen  
betr.

Durch das Rescript des Herrn Justiz-Ministers Mühlner Excellenz vom 31. Mai 1833 ist der bisher angenommene Grundsatz,

„nach welchem die Königl. Gerichtsämter anseers Departements dann zu keiner Taxation ohne besondern Auftrag des Landgerichts für competent zu erachten, wenn ihnen im Falle einer Subhastation des betreffenden Grundstücks die Verfügung nicht selbstständig gebühren würde,“

dahin modificirt worden:

„daß den Gerichtsämtern die bei Leitung der ihnen überlassenen Vormundschaftsachen vorkommenden Taxationen selbstständig und nur unter Vorbehalt des allgemeinen Aufsichtsrechts überlassen werden sollen.“

Dies wird hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 21. Juni 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 265.  
Die künftige  
Auskultatur  
nach Michaelis  
sich meldenden  
Rechts-Candi-  
daten betr.

Zufolge der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 20. Mai c. (Gesetzsammlung pro 1833. Nr. 6.) und dem Justiz-Ministerial-Rescripte vom 4. v. M. kann von den nach Michaelis dieses Jahres zur Auscultatur sich meldenden Rechts-Candidaten keiner, welcher dem Verbote zuwider eine fremde Universität besucht hat, zur diesfälligen Prüfung zugelassen und als Auscultator angenommen werden.

Dies wird hierdurch zur Nachricht und Beachtung öffentlich bekannt gemacht.

Raumburg, den 26. Juni 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgerichts-Präsidium.



Sämmtliche Vormünder in dem Departement des hiesigen Pupillen-Collegiums, Nr. 265, also auch die von den Landgerichten, Gerichtsämtern und Patrimonial-Gerichten des Departements ressortirenden, werden auf Veranlassung eines Justiz-Ministerial-Rescripts vom 4. d. M. hierdurch angewiesen, dafür zu sorgen, daß ihre Pflegebefohlenen, welche sich auf fremden Universitäten befinden, spätestens mit dem Ende des laufenden Semesters, dieselben verlassen und sich überall nach dem Inhalte des Allerhöchsten Cabinets-Befehls vom 20. Mai c. (Gesetzsammlung Nr. 6.) achten.

Raumburg, den 28. Juni 1833.

Präsidium des Königl. Preuß. Pupillen-Collegiums.

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über die geschlossenen Grundstücke von Starsiedel im Gerichtsamtsbezirk Lützen gelegen und über die zu denen unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden Häusern in Starsiedel gehö- Nr. 267.  
rigen, unter der Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichtsamts Lützen stehenden Pertinenz-Feldgrundstücke in Starsiedeler Flur, vollendet und an das Gerichtsamt zu Lützen zur Fortführung abgegeben worden ist.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-

Ordnung zu beurtheilen.

Halle, den 21. Juni 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Im Verfolg unserer Bekanntmachung vom 22. Januar d. J. machen wir hier- Nr. 268.  
mit bekannt, daß

I. die ausgelegt gewesenen Tabellen von den Häusern und geschlossenen Gütern des Dorfes Schmalzerode mit Ausnahme der Nr. 10. 27. und 32. nunmehr, da keine Erinnerungen gegen dieselben angebracht worden, in das neue Hypothekenbuch übertragen worden sind, und ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte bei diesem Orte, jene drei Nummern ausgenommen, von nun an lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

II. Die vollständigen Eintragungstabelle von den Häusern und geschlossenen Gütern:

- 1) der Stadt Artern Nr. 1. bis 415;
- 2) des Dorfes Ederleben Nr. 1. bis 104.;
- 3) des Dorfes Rietstedt, wovon die Nummern 1. bis 8. und 10. bis 16. bereits ausgelegen haben und in das Hypothekenbuch übertragen worden, Nr. 17. bis 183., 185. bis 196.;
- 4) dergleichen von nachstehenden einzelnen Grundstücken:
  - a) der Maadwiese der Gemeinde Schönsfeld;
  - b) des Siedelhofes des D. Schäfer Nr. 19. in Voigtstedt;
  - c) des Mittelmanschen Siedelhofes Nr. 26. daselbst;
  - d) des Lettenbornschen Wohnhauses Nr. 55. in Rietznordhausen;
  - e) des Hoffmannschen Wohnhauses Nr. 59. daselbst, sind entworfen und zur Ein-

sicht der Interessenten in unserm Archivzimmer ausgelegt. Erinnerungen dagegen müssen binnen zwei Monaten, von Zeit dieser Bekanntmachung, angebracht werden; nach Ablauf dieser Frist soll die Uebertragung in das neue Hypothekenbuch erfolgen.

III. In dem vormals Westphälischen Theile unseres Gerichtsbezirks sind folgende Hypothekenbücher fertig geworden:

- 1) von der Stadt Eisleben die ersten 17 Bände, welche die Hausnummern 1. bis 680. enthalten, mit Ausnahme der noch rückständigen Nummern 207. und 440., bei denen sich Anstände gefunden haben;
- 2) von dem Dorfe Sierßleben, 63 Folien enthaltend;
- 3) von dem Dorfe Rotha, 82 Folien enthaltend;
- 4) von dem Dorfe Alßleben der 1. und 2. Band, die Folien 1. bis 66.<sup>b</sup> enthaltend;
- 5) von den nachstehend einzelnen Grundstücken, über welche uns die Real-Jurisdiction delegirt worden:
  - a) 30 Morgen Holz der Amtmann Papeschen Erben in Holzzeller Flur;
  - b) 5 Hufen Land des Amtmanns Bachmann in Alsdorfer Flur;
  - c) die Kliebigemühle des Müllers Friedrich Elias Leidolph bei Creidsfeld;
  - d) 15 Morgen Holz des Amtsverwalter Regel in Sylbacher Flur;
  - e) das Möhringeholz des Justiz-Commissarius Douglas im Forstrevier Friedrichs Hohenberg;
  - f) das Diensthaus des Johann Friedrich Bernede zu Weisberg;
  - g) die Grundstücke der Kirche auf dem Kupferberge bei Hettstedt;
  - h) 115 Morgen 62 DR. Holz im Stangeroder Forstreviere, dem Königl. Fiscus zugehörig;
  - i) 115 Morgen 62 DR. Holz des Amtmann Regel im Braunroder Forstrevier;
  - k) das Wohnhaus der Johanne Friederike Elisabeth Schmidt, geb. Bilgenroth, am Arnstein und
  - l) das sogenannte Jagdhaus des August Gebhardt zu Stangerode.

Bei allen diesen Grundstücken treten nunmehr die durch die Verordnung vom 16. Juni 1820. §. 9. suspendirten gesetzlichen Bestimmungen in Kraft; und sind die Hypothekenbücher

- ad 2) von Sierßleben an das Königl. Gerichtamt Hettstedt;
  - ad 3) von Rotha an das Königl. Gerichtamt Mannesfeld;
  - ad 4) von Dorf Alßleben Band 1. und 2. an das Königl. Gerichtamt Alßleben,
- zur Fortführung abgegeben worden. Eisleben, den 3. Juli 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

### Personal-Chronik.

Nr. 269.

Der Justiz-Commissarius Ferdinand Riemer zu Halle ist durch das Ministerial-Rescript vom 21. Mai e. zugleich zum Notarius im Departement des Oberlandesgerichts zu Raumburg ernannt worden. Raumburg, den 14. Juni 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

27. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 20. Juli 1833.

- Das 11te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1437. Allerhöchste Cabinetsordre vom 9. Juni 1833, die Ausstellung der Leichenpässe betreffend.
- Nr. 1438. Allerhöchste Cabinetsordre vom 15. Juni 1833, betreffend den Antrag des vierten Sächsischen Provinzial-Landtages, wegen Modification der Vorschrift Art. 2. A. 1. der Verordnung vom 17. Mai 1827 hinsichtlich der Wahl der ritterschaftlichen Abgeordneten des Thüringischen Wahlbezirks.
- Nr. 1439. Gesef, wegen Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsverpflichtung an jeden Inhaber enthalten. Vom 17. Juni 1833.

Nr. 270.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Vereinigung des Gerichtsamts zu Torgau mit dem Landgerichte daselbst am 1. October d. J. eintritt. Raumburg, den 1. Juli 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 271. Die Vereinigung des Gerichtsamts zu Torgau mit dem dortigen Landgerichte betr.

Die Hypotheken-Tabellen von den unserer Gerichtsbarkeit unterworfenen Wadeländern in Räthernscher Flur sind vollendet und können in dem Zeitraume vom 20. Juli bis 20. September d. J. in der Registratur des Unterzeichneten, zu Droßig, eingesehen werden.

Nr. 272.

Es wird das mit dem Bemerken öffentlich bekannt gemacht, daß nach Ablauf der gestellten Frist Erinnerungen dagegen unbeachtet bleiben.

Räthern bei Zeig, den 4. Juli 1833.

Das von Tümpfingsche Gericht.

Hahn.

Dem Maschinenbauer Regnier Poncelet zu Achen ist unter dem 25. Juni 1833 ein auf Sechs hinter einander folgende Jahre, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, und für den ganzen Umfang des Preussischen Staats gültiges Patent

Nr. 273.

- a) auf das von ihm an rotirenden Dampfmaschinen angebrachte Flügelrad zur schnelleren Abführung der bereits benutzten Dämpfe in die Atmosphäre, so

weit es in seiner Zusammensetzung und Anordnung der Verbindung für patentfähig erachtet worden;  
 b) auf Röhrenkessel, in so weit sie als neu und eigenthümlich anerkannt worden;  
 c) auf neu und eigenthümlich gebaute Wagen für ebenfalls neu construirte Eisenbahnen,  
 ertheilt worden.

**Nr. 274.** Der Handlung Hoffmann und Barandon zu Stettin ist ein vom 28. Juni 1833 Acht hinter einander folgende Jahre im ganzen Umfange des Preuss. Staats gültiges Patent  
 auf eine mittelst Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, an den Schießgewehren angebrachte mechanische Vorrichtung zum Aufsetzen der Zündhütchen, in so weit sie als neu und eigenthümlich erkannt worden,  
 ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

**Nr. 275.** Der bisherige Pfarrer zu Taucha, Ephorie Weissenfeld, M. Christian Ferdinand Förster, ist am 12. Juni c. im 48ten Lebensjahre gestorben.

**Nr. 276.** Der Pastor und Adjunctus in Mülheln, Ephorie Freiburg, Johann Gottlob Walther, ist am 20. Juni c. im 70sten Lebensjahre gestorben.  
 Merseburg, den 28. Juni 1833.

**Nr. 277.** Daß der Justiz-Commissar Carl August Rindleben zu Lützen durch das Ministerial-Rescript vom 20. Mai c. zugleich zum Notarius im Departement des Oberlandesgerichts zu Raumburg ernannt worden ist, wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

**Nr. 278.** 1) Der hiesige Oberlandesgerichts-Assessor, Eduard Isrich, ist mittelst Allerhöchst vollzogener Bestallung vom 31. Mai c. zum Oberlandesgerichtsrath hieselbst,  
 2) der Oberlandesgerichts-Assessor, Christoph Reinhold Delius zu Paderborn, ist den 31. Mai c. zum Assessor bei dem Landgericht in Torgau, an des Kammergerichts-Assessor Matthias Stelle,  
 3) der Justiz-Rath, Eduard Moritz Dörk in Halberstadt, ist den 3. Juni c. zum Criminal-Director bei dem Inquisitoriate zu Eilenburg, an des verstorbenen Criminal-Directors Fromm Stelle, ernannt;  
 4) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar, Carl Eduard Conradi, ist den 14. Juni c. zum Actuar bei dem Gerichtsamte zu Schildau bestellt;  
 5) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auskultatoren, Carl Friedrich Seyffert und Georg Wilhelm von Oppel, sind resp. den 19. und 28. Mai c. zu Oberlandesgerichts-Referendarien hieselbst befördert;  
 6) der Candidat der Rechte, Erich Friedrich Joseph Schwarz, ist den 7. Juni c. zum Auskultator des Oberlandesgerichts,

7) die Candidaten der Rechte, Friedrich Heinrich Gabriel Seffner, Gustav Adolph von Rositz, Carl August Schneider, Hugo Schreyer und Carl Conradi, sind den 21. Juni c. und Georg Robert Theodor Winkler und Albin Carl Julius Leuchert, den 28. Juni c. zu Auscultatoren des Oberlandesgerichts hieselbst angenommen;

8) der bisherige Landgerichts-Registratur-Assistent, Carl Florstedt, ist den 28. Juni c. zum Registrator bei dem Landgerichte zu Eisleben, an des verstorbenen Hardt Stelle,

9) der Gerichtsamts-Canzlist, Christian Gottlieb Ernst zu Ziegenrück, ist den 28. Juni c. zum Canzlei-Inspecteur bei dem Landgerichte zu Torgau, an des verstorbenen Schröder Stelle, befördert.

Raumburg, den 29. Juni 1833.

---

An die Stelle des verstorbenen Professors Sprengel ist der Geheime Medicinal-Rath, Professor Dr. Medel zum Censor für die in Halle erscheinenden medicinischen Schriften und der Professor Dr. medic. Niemeyer zum Stellvertreter des 1c. Medel in Behinderungsfällen ernannt worden. Nr. 279.

---

Im Laufe des zweiten Quartals d. J. sind von uns nachfolgende Candidaten Nr. 280. des Predigamtis:

- 1) Johann Carl Keil aus Mühlhausen,
- 2) Carl August Riesel aus Halle,
- 3) Herrmann Roller aus Pforta,
- 4) Adam Friedrich Schimpf aus Nieder-Eichstedt bei Quersfurth,
- 5) Wilhelm Carl Theodor Schulze aus Lagedorf bei Salzwedel,
- 6) Heinrich Ferdinand Theune aus Groß-Salza,
- 7) Franz Carl Theodor Dieterici aus Schmerlau bei Osterburg,
- 8) Siegmund Arnold Kramer aus Aken,
- 9) Gottfried Carl Spierling aus Groß-Oschersleben,
- 10) Erhardt Wilhelm Theodor Steinhausen aus Mannsfeld,
- 11) Friedrich Gottbelf Tauer aus Thondorf bei Mannsfeld,
- 12) Johann Christoph David Brennecke aus Gröningen,
- 13) Heinrich Carl Ludwig Heßling aus Wedderstedt,
- 14) Friedrich Wilhelm Biegand aus Gräfenstuhl bei Mannsfeld,

nach vorher bestandener Prüfung pro ministerio mit Wahlfähigkeits-Attesten versehen worden.

Magdeburg, den 8. Juli 1833.

---

Der Conducteur Dr. Bohnstedt ist nach abgelegtem Examen zum Gehülften der Deconomie-Commissarien ernannt, und dem Deconomie-Special-Commissarius Bernicke zu Eilenburg zur Beschäftigung überwiesen worden. Nr. 281.

Stendal, den 8. Juni 1833.

im Monate Juni 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden,  
 den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
 in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.												H ü l s e n f r ü c h t e.						Kartoff.		Brann- wein		Rauchfutter.									
	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Hirse		Erbſen		Linsen		ſeln	Quart	à Cent.	à Schod.	Heu		Stroh							
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel										Schß.	à Cent.	à Schod.							
	thl	ſg.	pf.	thl	ſg.	pf.	thl	ſg.	pf.	thl	ſg.	pf.	thl	ſg.	pf.	thl	ſg.	pf.	thl	ſg.	pf.	ſg.				pf.	thl	ſg.	pf.	thl	ſg.	pf.
1	Merseburg	1	12	—	1	8	—	—	23	—	—	24	—	—	—	1	20	—	2	10	—	15	—	5	—	1	10	—	5	—		
2	Halle	1	14	5	1	5	9	—	23	1	—	24	5	5	15	—	1	25	—	3	10	—	20	—	5	4	—	25	—	5	—	
3	Naumburg	1	15	10	1	5	6	—	24	1	—	21	10	4	20	—	1	20	—	2	—	—	15	—	5	5	1	—	—	4	26	3
4	Torgau	1	14	5	1	6	6	—	29	6	—	26	5	4	10	—	2	—	—	4	15	—	12	6	4	—	—	—	4	—	—	
5	Wittenberg	1	14	8	1	5	6	1	1	—	—	26	8	5	10	—	3	10	—	4	3	—	20	—	4	—	—	—	6	—	—	
6	Geseben	1	9	1	1	2	6	—	26	7	—	24	1	5	10	—	2	—	—	5	5	4	18	9	5	9	—	25	—	4	15	11
7	Zeitz	1	17	6	1	10	—	—	27	6	—	25	9	5	15	—	1	12	6	2	10	—	12	6	5	—	1	7	6	3	10	—
8	Querfurth	1	14	7	1	4	2	—	27	11	—	25	9	4	5	—	1	14	7	1	14	7	—	20	—	5	—	1	5	—	4	—
9	Wittenfeld	1	16	9	1	10	6	—	29	5	—	26	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	—	5	—	—	

Merseburg, den 5. Juli 1833.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

28. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 3. August 1833.

Das 12te Stück der Gesetzsammlung enthält unter

- Nr. 1440. Tarif zur Erhebung eines Brückengeldes für die Stadt Lenzen. Vom 5. Januar 1833.
- Nr. 1441. Allerhöchste Cabinetsordre vom 8. Juni 1833, betreffend die Aufhebung des bisherigen Unterschiedes zwischen unehelichen und ehelichen Kindern, in Rücksicht auf die gewerblichen Verhältnisse in den ehemals Sächsischen Landestheilen.
- Nr. 1442. Gesetz, die Ausübung der Fischerei in den Landestheilen auf dem linken Rheinufer betreffend. Vom 23. Juni 1833.
- Nr. 1443. Gesetz, über die Rechte des Fideiuc., hinsichtlich der Zinsen. Vom 7. Juli 1833.
- Nr. 1444. Allerhöchste Cabinetsordre vom 7. Juli 1833, wegen Wiederherstellung der bei dem Brande in der Stadt Lüdinghausen im October 1832 verloren gegangenen Hypothekenacten.
- Nr. 1445. Allerhöchste Cabinetsordre vom 11. Juli 1833, betreffend die Ausdehnung der Vorschrift des §. 171. d. Tit. 51. der Proceßordnung auf Depositum- und öffentliche nicht königliche Kassenverwaltungen, und auf die Rückgabe von Cautionen der Staatsdiener und Gewerbetreibenden.

Nr. 283.

Schon durch die Verordnung vom 23. April 1816 (Nr. 34. des Amtsblatts geb. 38.) ist es den Medicinal-Personen, welche Schutzblättern einzuimpfen be-  
rechtigt sind, zur strengsten Pflicht gemacht, nach dem ihr beigelegten Schema genaue  
Impflisten fortzuführen. Nachdem es aber zur Kenntniß des Königl. Ministerii der  
Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten gekommen ist, daß einige  
Medicinal-Personen die Listen über die von ihnen geimpften Kinder zu führen unter-  
lassen und nachher nicht im Stande sind, über die erfolgte Impfung glaubwürdige  
Auskunft zu geben, so sind wir mittelst Verfügung dieses Hohen Ministerii vom 29.  
v. M. veranlaßt, die angeführte Verordnung, wie hiermit geschieht, wieder in Erin-  
nerung zu bringen.

Nr. 284.  
Die genaue  
Führung der  
Vaccinations-  
Listen und re-  
gelmäßige Aus-  
stellung der  
Impfatteste  
betr.

Die Herren Aerzte werden sich überzeugen, daß nur aus den sorgfältig geführten Vaccinations-Listen der Nachweis über den richtigen Verlauf der Schutzblattern und die Nothwendigkeit einer nochmaligen Impfung gegeben werden kann und ihre Richtigkeit von der Revision der Geimpften und den daraus hervorgehenden Resultaten abhängt.

Dieselben werden zugleich angewiesen, regelmäßig die Impfstätte auszustellen, das Publikum aber wird hierdurch benachrichtigt, daß diese Atteste am achten Tage nach der Impfung und nach geschehener Untersuchung des geimpften Individuums von dem betreffenden Arzte abzufordern sind.

Merseburg, den 23. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 285.

Die Legitimation zu den Reisen der Studenten betr.

Durch unsere **Manntmachung** vom 14. Juni 1821 (Amtsblatt Seite 277.) ist bereits festgesetzt worden, daß die Matrikeln der Studenten als hinreichende Legitimations-Urkunden zu Reisen derselben nicht angesehen werden sollen. Da jedoch seit einiger Zeit mehrere Studirende auf den Grund der Matrikeln gereiset sind, so hat das Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem Königl. Ministerio des Innern und der Polizei mittelst Verfügung vom 22. v. M. an die Regierungs-Bevollmächtigten sämmtlicher Universitäten angeordnet, daß, um den Mißbräuchen vorzubeugen, welche von den Matrikeln zur Legitimation von Reisenden gemacht werden können, es dabei bewende, daß die Matrikeln in keinem Falle als gültige Legitimations-Urkunden anzusehen sind, daß aber den Studirenden auf inländischen Universitäten zu nothwendigen Reisen von der Universitätsbehörde, namentlich von dem Rector und Universitätsrichter, ein Erlaubnißschein ausfertigt werden soll, welcher eine vollständige Personbeschreibung, so wie die eigenhändige Namensunterschrift des Studirenden und die Genehmigung des Regierungs-Bevollmächtigten enthalten soll, und daß ohne einen solchen Erlaubnißschein kein auf einer inländischen Universität Studirender reisen dürfe.

Mit diesen Erlaubnißscheiden haben sich die betreffenden Studirenden bei Reisen im Inlande zu legitimiren, bei Reisen ins Ausland aber ist ihnen auf den Grund derselben von den dazu berechtigten Polizei-Behörden nach den Umständen der Ausgangspass zu ertheilen, und darin ausdrücklich des erhaltenen Erlaubnißscheins zu erwähnen, und derselbe dem Passe beizuhängen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, ob dergleichen Pässe nach den ergangenen Anordnungen nicht etwa von dem Königl. Ministerio auszustellen, und daherhalb Anträge bei demselben durch uns zu machen sind.

In Folge Rescripts des Königl. Ministerii des Innern und der Polizei weisen wir sämmtliche Polizei-Behörden unseres Verwaltungsbezirks hiermit an, die obigen Bestimmungen auf das Pünktlichste zu beachten.

Merseburg, den 28. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.



Durch eine am 10. October v. J. ausgebrochene Feuerkrunst, welche sich bei einem heftigen Winde mit großer Schnelligkeit verbreitete, sind in der Stadt Lüdins-  
hausen, Regierungsbezirk Münster, 135 Wohngebäude außer den Nebengebäuden ein-  
geschert und 145 Familien haben nicht bloß ihr Obdach, sondern auch ihre ganze be-  
wegliche Habe verloren.

Nr. 286.  
Die Kirche-  
und Haus-  
Collecte für  
die Abgebrann-  
ten zu Lüdins-  
hausen betr.

Se. Majestät der König haben Allernädhst geruht, zur Unterstützung dieser Ab-  
gebrannten, Behufs des von ihnen aus eigenen Mitteln nicht zu bewirkenden Re-  
tablissemnts ihrer Gebäude und Wiederanschaffung ihrer Mobilien, eine allgemeine  
Kirchen- und Haus-Collecte zu bewilligen.

Die Herren Geistlichen unsers Regierungsbezirks haben an einem geeigneten  
Sonntage eine Collecte in den Kirchen zu obigem Zweck zu veranstalten, die einge-  
gangenen Gelder an die Herren Superintendenden einzusenden, Letztere haben diese  
Beiträge mittelst Verzeichnisses, oder geht nicht ein, einen Vacat-Schein an die  
Haupt-Instituten-Kasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Vacat-  
Scheins aber bei und einzureichen.

Die Herren Landrätthe werden dafür Sorge tragen, daß die Haus-Collecte in  
den Städten von einem Rath-Deputirten und einem angesehenen Bürger, auf den  
Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und Schöppen veranstaltet, und übrige  
hinsichtlich der Ablieferung der Gelder nach unserer Verfügung vom 3. Juli 1828  
(Amtsbl. pro 1828. S. 216.) verfahren wird. Mit Ende des Monats October c.  
wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 17. Juli 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

Daß an das Königl. Oberlandesgericht zu Marienwerder, wegen der Meilen-  
gelder der Voten ergangene Ministerial-Rescript, welches im Auszuge folgender-  
maßen lautet:

Nr. 287.  
Die Bestim-  
mung wegen  
der Meilengeld-  
der der Voten  
betr.

11.

5. ad X. Hinsichts der Meilengelder der Voten ist eine genaue Repartition der  
nach den Bestimmungen der Sportel-Taxe für jede Meile zu liquidirenden 3 Egr.  
9 Pf. auf die verschiedenen, von dem betreffenden Voten ausgeführten Geschäfte,  
wie sich in der Praxis gezeigt hat, entweder nicht möglich, oder mit unendlichen  
Schwierigkeiten verknüpft. Die Vorschriften in den Rescripten vom 12. Juni  
1818 (v. Kamph Jahrbücher, Bd. 12. S. 27.) und vom 5. Januar 1821, (von  
Kamph Jahrbücher, Bd. 17. S. 280.) bedürfen daher einer Modification und mit  
Rücksicht darauf, daß ein gleichmäßiger Satz jeder Repartition vorzuziehen, und  
dieser Satz so zu reguliren ist, daß die wegen Armuth oder sonst ausfallenden Bei-  
träge gehörig übertragen werden, bestimmt demzufolge der Justiz-Minister, daß  
bei jeder einzelnen Reise, die der Gerichtsbote zu machen hat, für den Betrag der  
ihm zugestellten Verfügungen, ohne Rücksicht auf die Entfernung,  
in einer Sache, deren Gegenstand 50 Thlr. oder weniger beträgt, 2 Egr.,  
bei Objecten über 50 Thlr. aber 4 Egr.

zum Ansat gebracht werden dürfen, in der Art, daß in jeder einzelnen Angelegenheit, es mögen darin eine oder mehrere Verfügungen oder ein Umlauf zu insinui- ren seyn, jene Fälle als ein Pausch-Quantum zu liquidiren sind. Auch das Königl. Oberlandesgericht hat hiernach zu verfahren.

1c.

Berlin, den 20. Januar 1833. Der Justiz-Minister,  
An das Königl. Oberlandesgericht zu Marienwerder. (gez.) M ü h l e r.  
wird hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht.  
Raumburg, den 12. Juli 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 288.

Das nachstehende Justiz-Ministerial-Rescript:  
In der Circular-Verfügung vom 22. December v. J.,  
die den Ersatz- und Landwehrbehörden mitzutheilenden Urtheilsprüche gegen  
die auf Seereisen begriffenen Schiffsleute betreffend,  
ist durch einen Schreibfehler statt des Titels 8. der Titel 20. des Allgemeinen  
Landrechts in Bezug genommen worden. Es sind daher den Königl. Ersatz- und  
Landwehrbehörden beglaubte Abschriften mitzutheilen, wenn Urtheilsprüche gegen  
die auf Seereisen begriffenen Schiffsleute wegen eines in den §§. 1606. bis  
1616. Theil II. Tit. VIII. des Allgemeinen Landrechts verbotenen  
Bergehens abgefaßt werden.

Berlin, den 11. Juli 1833.

D a s J u s t i z - M i n i s t e r i u m.

Der Justiz-Minister von Kamph abwesend. (gez.) M ü h l e r.  
An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

I. 1968.

wird in Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 11. Januar c. und zu deren Ergän-  
zung hierdurch ebenfalls zur Nachricht und Beachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 24. Juli 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 289.

Preis des  
schwarzen Sal-  
zes betr.

Durch höhere Bestimmung tritt für das schwarze Salz, auf den Salinen zu  
Schönebeck, Staßfurt, Halle, Dürrenberg, Rösen und Artern, vom 1. August d. J.  
an, für die Tonne zu 400 Pfund, ein auf

= Drei Thaler =

ermäßigter Preis ein, wogegen die bisherigen Preise von dem geschwärzten gelben  
Salze auf den Salinen zu Dürrenberg, Rösen und Artern unverändert bleiben. Zu-  
gleich wird hierbei die Bestimmung in Erinnerung gebracht, daß die bemerkten gerin-  
gern Salzsorten, wegen ihres, der Natur der Sache nach, beschränkten Erzeugnisses,  
nur überlassen werden können, wenn Vorrath vorhanden ist, und daß die Käufer der-

selben, in den der Salz-Controle unterworfenen Bezirken bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen, damit keinen Handel treiben dürfen.

Magdeburg, den 10. Juli 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director S a d.

Wir machen hierdurch bekannt, daß von den geschlossenen Grundstücken des Dorfes Cuspal, im Gerichtsamtsbezirk Eilenburg, und den Dorfschaften Großhyna und Großlissa, im Gerichtsamtsbezirk Landsberg, die Hypothekenbücher vollendet und an die betreffenden Gerichtsämter zur weiteren Fortführung abgegeben worden sind; ferner daß das Hypothekenbuch von dem Lüdemannschen Allodialgute Rodigkau ebenfalls vollendet worden und mithin der Erwerb neuer Hypothekenrechte, hinsichtlich der vorgenannten Realitäten, lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 9. Juli 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Von den in nachstehendem Verzeichnisse aufgeführten geschlossenen Grundstücken sind die sämmtliche drei Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen fertig geworden.

Dies machen wir in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 5. April 1824 (Ges. Samml. von 1824. pag. 78.) den Interessenten mit der Aufforderung bekannt, gedachte Tabellen in der Zeit vom

Ersten August bis Ersten October d. J.

in unserer Hypotheken-Registratur einzusehen, und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen vorzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieses Termines keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Torgau, den 15. Juli 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

#### V e r z e i c h n i s s.

- 1) Aus dem Gerichtsamtsbezirke Torgau: die Besizung Nr. 7. der Amtsvorstadt Torgau, die Besizung Nr. 1. Cat. in Süptig, die Nr. 34. in Zedrig, die Nr. 9. in Werbau;
- 2) aus dem Gerichtsamtsbezirke Prettin: die Besizungen Nr. 24. 36. und 37. in Hintersee, die Besizung Nr. 10. in Plossig;
- 2) aus dem Gerichtsamtsbezirke Schilbau: die Besizung Nr. 48. in Modrehna, das Köppchensche Wohnhaus daselbst;
- 4) aus dem Gerichtsamtsbezirke Schweinitz: die Besizungen Nr. 6. und 33. in Stolzenhain.

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über die unter der Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichtsamts Schleuditz gehörigen Pertinenz-Feldgrundstücke in Zöschner Flur, welche zu denen unter Patrimonial-Jurisdiction stehenden,

in Zöfchen gelegenen Häusern gehörend, vollendet und an das Königl. Gerichtskamt zu Eshenditz zur Fortführung abgegeben worden ist.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen.

Halle, den 16. Juli 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 293. Von den nachstehend verzeichneten Immobilien-Besitzungen unsers Bezirks sind die alle drei Rubriken des Hypothekenbuchs in sich fassenden Tabellen aufgestellt, und zwar:

- 1) von den geschlossenen Grundstücken der Dörfer Splau und Sachau, im Gerichtsamtbezirke Presh; ;
- 2) von den geschlossenen Grundstücken der Dörfer Gröb, Rödern, Zöberitz, Spären und Stumsdorf, im Gerichtsamtbezirke Zerbiz;
- 3) von den geschlossenen Grundstücken der Dörfer Gomlo, Merkwiz, Desteriz und Sadwiz, im Gerichtsamtbezirke Schmiedeberg;
- 4) von den geschlossenen Grundstücken der Dörfer Bülzig und Danna, im Gerichtsamtbezirke Zabna;
- 5) von den geschlossenen Grundstücken der Dörfer Kleintshyna und Schwäh, im Gerichtsamtbezirke Landsberg;
- 6) von den geschlossenen Grundstücken der Dörfer Muckshlena und Wöllnau, im Gerichtsamtbezirke Eilenburg, und
- 7) von den geschlossenen Grundstücken der Dörfer Braunsdorf und Piesteriz, im Gerichtsamtbezirke für den Landbezirk Wittenberg.

Wir machen solches in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 5. April 1824 mit dem Bemerken bekannt, daß die Tabellen in dem Zeitraume vom 15. August bis 15. October dieses Jahres in unserer Hypotheken-Registratur, Behufs der etwa anzubringenden Erinnerungen, welche späterhin nicht mehr stattfinden, eingesehen werden können.

Wittenberg, den 25. Juli 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 294. Die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen über sämtliche auf des Vorwerks Neuhoß bei Düben Grund und Boden liegende Acht Häuser, jedoch mit Ausnahme des Wendischen Hauses Nr. 6, sind fertig und liegen in dem Zeitraume vom 1. August bis 1. October c. in der hiesigen Gerichts-Registratur zur Einsicht und Anmeldung etwaniger Erinnerungen bereit; welches hiermit unter der Verwarnung bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr dagegen angebracht werden können.

Wöllnau, den 25. Juli 1833.

Das Patrimonial-Gericht Neuhoß.  
Schmohl.

Die Hypothekenbücher über die Dörfer und Fluren Pauscha, Lissen und Pitschen-  
dorf, sind fertig. Der Erwerb von Hypothekenrechten an den Häusern und Lan-  
dungen kann nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und  
der Hypothekenordnung erfolgen.

Pauscha, den 22. Juli 1833.

Das von der Bedesche Gericht.  
Arnold.

Die Hypothekenbücher über die geschlossenen Güter, Häuser und Wäldacker der  
Ortschaften Haardorf, Kleinhelmsdorf und Noda sind fertig. Der Erwerb von Hy-  
pothekenrechten kann nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Landrechts, der Ge-  
richts- und Hypothekenordnung erfolgen.

Haardorf, den 25. Juli 1833.

Adelich Gotthartsches Gericht daselbst und zu Kleinhelmsdorf.  
Arnold.

Dem Advocat-Anwalt H. T. Neuß zu Achen ist ein Patent  
auf eine Schauerbank für Nähadeln, so weit sie nach der eingereichten Zeich-  
nung und Beschreibung in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu und eigen-  
thümlich erkannt worden,  
gültig für den Zeitraum von Acht hinter einander folgenden Jahren, vom 11. Juli  
1833, dem Tage der Ausfertigung an gerechnet, und im ganzen Umfange des Preuß.  
Staates ertheilt worden.

Nr. 297.  
Patenterthei-  
lung.

Den Besitzern einer Anstalt zur Bereitung künstlicher Mineral-Wasser in Berlin,  
Dr. Struwe und Hofrath Solzmann, ist unter dem 12. Juli 1833 ein für den  
Zeitraum von Fünf Jahren, vom Ausfertigungstage an gerechnet, und für den gan-  
zen Umfang des Preuß. Staates gültiges Patent:

Nr. 298.  
Patenterthei-  
lung.

auf einen in seiner Zusammensetzung für neu und eigenthümlich anerkannten  
sogenannten Wendehahn, um Mineral-Wasser mit Ausschluß der atmosphä-  
rischen Luft auf Glaschen zu füllen und dieselben gleichzeitig zu pferpsen,

und

auf eine Vorrichtung, ausgekochtes Wasser mit Ausschluß der atmosphä-  
rischen Luft erkalten zu lassen, so weit diese Vorrichtung als neu und eigen-  
thümlich erkannt worden,

ertheilt, gleichzeitig aber das denselben bereits unter dem 15. Mai 1823 auf Zehn  
Jahre und für die ganze Monarchie bewilligte Patent:

auf die Verfertigung und den Gebrauch der von ihnen zur Darstellung künst-  
licher Mineral-Wasser in den zu den Acten des vormaligen Handels-Mini-  
steriums eingereichten Zeichnungen und Beschreibungen erklärten Vorrichtun-  
gen und auf die Anwendung des damit verbundenen Verfahrens, jedoch nur  
in dem von ihnen angegebenen Zusammenhange, ohne Beschränkung der jensei-

gen, die mit bekannten oder wesentlich neuen von diesen verschiedenen Apparaten ähnliche Mineral-Wasser anfertigen, um Fünf Jahre, also bis zum 15. Mai 1838, verlängert worden.

### Personal-Chronik.

- Nr. 299. Das bisher von dem Professor Eselen verwaltete Censor-Amt für die Schriften philosophischen, mathematischen und philologischen Inhalts und für das Fach der schönen Wissenschaften ist dem Professor Dr. Pernitz in Halle anderweit übertragen worden. Magdeburg, den 15. Juli 1833.
- Nr. 300. Der bisherige Kreis-Einnehmer zu Raumburg, Herr Weichold, ist auf sein Ansuchen, vom 1. Juli d. J. an, in Ruhestand versetzt, und an dessen Stelle der bisherige Regierungs-Secretair, Herr Götze, zum Kreis-Einnehmer in Raumburg ernannt worden.
- Nr. 301. Der Bau-Conducteur Pflughaupt, jetzt zu Hettstedt stationirt, ist im hiesigen Regierungsbezirk als Bau-Conducteur aufgenommen und beim Chaussee-Bau beschäftigt worden.
- Nr. 302. Der Thierarzt zweiter Klasse, Friedrich Ferdinand Schirlich, ist vom Königl. Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten unterm 15. Juni c. zum Kreis-Thierarzt für die Kreise Zeitz, Raumburg und Weissenfels ernannt und ihm die Stadt Zeitz zum Wohnort angewiesen worden.
- Nr. 303. Nach dem erfolgten Ableben des Domainen-Rentmeisters Franz in Lorgau ist die interimistische Verwaltung des dasigen Rentamts und der damit verbundenen Forstkasse dem Diätarius König übertragen worden, welches hierdurch bekannt gemacht wird.
- Nr. 304. Der Königl. Oberförster Brüggemann hat mit unserer Zustimmung seinen Wohnsitz von Annarode nach Siebigerode verlegt, welches dem dabei betheiligten Publikum hierdurch nachrichtlich bekannt gemacht wird.
- Nr. 305. In die bei der hiesigen Regierungshauptkasse durch den Tod des Landrentmeisters Knauff vacant gewordene Rendanten-Stelle ist der Landrentmeister Wiegner aus Königsberg versetzt worden. Merseburg, den 22. Juli 1833.
- Nr. 306. Der Justiz-Commissarius August Wilhelm Ebmeier zu Halle ist durch das Ministerial-Rescript vom 25. Juni c. zugleich zum Notarius im Departement des Oberlandesgerichts zu Raumburg ernannt worden. Raumburg, den 12. Juli 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

29. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 10. August 1833.

### Regulativ für die Prüfung der Feldmesser.

In Verfolg der Vorschriften für die Prüfung der Feldmesser vom 8. Septem-  
ber 1831 wird für die Bildung der Prüfungs-Commissionen bei den Königlichen Re-  
gierungen und jene Prüfungen selbst, folgendes Regulativ zur allgemeinen Beobach-  
tung ertheilt:

Nr. 307.  
Die Prüfung  
des Feldmesser  
betr.

#### §. 1.

Die Prüfungs-Commission für die Candidaten der Feldmessenkunst soll aus dem  
Baurathe oder den beiden Bauräthen der Königlichen Regierung bestehen, wo deren  
zwei vorhanden sind. Außer diesen wird von dem Präsidenten des Collegii noch ein  
Rath zugeordnet, wozu der Schulrath oder Forstrath, oder ein anderer sachkundiger  
Regierungsrath auszuwählen ist. Dem Dirigenten der Abtheilung des Innern wird  
es anheimgestellt, bei diesen Prüfungen zu präsidiren, wie es schon jetzt bei mehr-  
eren Königlichen Regierungen der Fall ist.

#### §. 2.

Der Feldmesser soll nach §. 1. der Vorschriften vom 8. September 1831 die  
Kenntnisse nachweisen, welche zur Entlassung aus der zweiten, als reis für die erste  
Klasse eines Gymnasiums erfordert werden, oder die Reife für die Klasse einer an-  
dern Lehranstalt, welche das Ministerium des Innern für Handel, Gewerbe und  
Bauwesen jener Klasse eines Gymnasiums gleich achtet.

Als transitorisch, bleibt die frühere Vorschrift vom 8. März 1824 und 1. April  
1833 in Kraft, wonach Cataster-Gehülfen, welche als solche bei einer Cataster-Com-  
mission der Rheinprovinz und Westphalens, vor dem 8. September 1831 angestellt  
gewesen sind, und darüber, so wie über ihr Wohlverhalten ein Zeugniß der respecti-  
ven Cataster-Commission beibringen, von dem obigen Nachweise ihrer Schulbildung  
entbunden sind. Das sonach ausgefertigte Feldmesser-Zeugniß befähigt aber nicht  
zur architektonischen Prüfung.

Officiere des stehenden Heeres, welche die Prüfung als Officiere bestanden ha-  
ben, so wie reitende Feldjäger, sind von Vebbringung solcher Zeugnisse entbunden.

Der Feldmesser muß ferner vor seiner Prüfung als solcher, bei einem oder meh-  
reren beglaubigten Feldmessern oder Cataster-Geometern, wenigstens überhaupt ein  
Jahr lang, in Ausführung von Vermessungen und Nivellements gearbeitet und einen  
untadelhaften Lebenswandel geführt haben.

§. 3.

Mit den Zeugnissen hierüber meldet sich der Candidat unter Einreichung seines Lebenslaufs, bei der Regierung desjenigen Bezirks, in welchem er practisch gearbeitet hat, und trägt auf seine Prüfung an, welche jene, durch die bei ihr bestehende Prüfungs-Commission anordnet.

§. 4.

Die Commission prüft zuvörderst die von dem Candidaten beigebrachten Zeugnisse, erkennt dieselben in einer Verhandlung als genügend an, oder verlangt die Vervollständigung.

Hierbei ist auch darauf zu halten, daß in den Attesten über die practischen Leistungen des Candidaten ausdrücklich bemerkt ist, welche Vermessungen und Nivellements der Candidat unter Aufsicht, jedoch selbst ausgeführt hat, und welche Instrumente dabei gebraucht worden sind.

§. 5.

Wenn gegen die Zeugnisse nichts zu erinnern ist, oder die mangelhaften vervollständigt worden sind, so ertheilt die Commission dem Candidaten spätestens 8 Wochen nach dem Eingange eine Probearbeit.

Diese besteht darin, daß dem Candidaten entweder eine Charte zum Copiren oder Reduciren gegen Bürgschaft zugetheilt und eine angemessene Zeit, binnen welcher die Arbeit abzuliefern ist, bestimmt wird.

Sind keine passende Charten im Archive der Regierung vorhanden, alsdann können gestochene Situations-, hydrographische oder topographische (nicht geographische) Charten, als Probearbeiten ausgewählt werden, die der Candidat gehalten ist, sich selbst anzuschaffen, wobei es ihm überlassen bleibt, binnen welcher Zeit er die Probearbeit abliefern will.

Bei der Auswahl der Charten überhaupt, ist eine übermäßige Ausdehnung derselben zu vermeiden, wohl aber darauf zu sehen, daß Hügel, Berge, Seen oder Flüsse u., Waldpartien, Wiesen, Gärten und Dörfer vorkommen.

Dem Candidaten wird aufgegeben, diese Charte auf Velinpapier, das vorher auf Leinwand gezogen werden muß, zu zeichnen. Wenn die Zeichnung colorirt werden soll, was in der Regel geschehen muß, sind die Gebäude roth, die Gewässer blau, die Wege braun, die Wiesen grün, die Gärten saftgrün und die Holzungen schwarzlich anzulegen.

§. 6.

Wenn der Candidat seine Probearbeit mit dem Original der Commission eingereicht hat: prüft diese zuvörderst die Richtigkeit und Vollständigkeit der Charte, und die Sauberkeit und Güte der Zeichnung, und registrirt den Befund.

Bei etwaniger Zurückweisung der Probearbeit ist dem Candidaten bekannt zu machen, welche Ausstellungen sich gegen seine Arbeit gefunden haben, und weshalb dieselbe nicht als probemäßig anerkannt worden sey.

§. 7.

Die Prüfungen der Feldmesser werden regelmäßig vierteljährlich in der ersten



Woche der Monate Januar, April, Juli und October im Geschäftshause der Regierung vorgenommen.

Wenn die Probearbeit spätestens 8 Wochen vor einem solchen Termin eingegangen und zur Zufriedenheit ausgefallen ist, so wird der Candidat zur Prüfung in demselben vorgeladen.

§. 8.

Bei der Prüfung ist folgendes Verfahren zu beobachten: Zuoberst hat der Candidat eine nicht große aber zweckmäßig gewählte Abtheilung aus einer Charte unter Aufsicht zu corrigiren und durch Zeichnungsbart und Schrift zu beweisen, daß die Probearbeit von ihm allein gezeichnet worden seyn könne. Daß dies auch wirklich geschehen sey: darüber wird seine Versicherung an Eidesstatt nur in dem Falle angenommen, daß aus Vergleichung beider Arbeiten kein Zweifel über die Richtigkeit einer solchen Versicherung hervorgehet.

Demnachst wird der Candidat geprüft:

- a) in der Arithmetik, sowohl in der Rechnung mit abstrakten Zahlen, als auch mit Maß-, Münz- und Gewichtsarten und Brüchen, in der Decimal-Rechnung, Ausziehung der Wurzeln, Lehre von den Verhältnissen, Proportionen und Progressionen, nebst ihrer Anwendung in der Regel de tri und den damit zusammenhängenden Rechnungen;
- b) in der Algebra, einschließlich der Auflösung unreiner quadratischer Gleichungen und Hebung im Gebrauche der Logarithmen;
- c) in der ebenen Geometrie bei Anwendung der darin enthaltenen Sätze, sowohl hinsichtlich ihrer Beweise, als auch der verschiedenen daraus entspringenden Aufgaben;
- d) in der Trigonometrie, mit einiger Kenntniß der sphärischen, nicht nur in den Gründen der Trigonometrie, sondern auch in ihrer Anwendung, um mit Hülfe der trigonometrischen Tafeln die Auflösung derjenigen Aufgaben, welche bei Berechnung der Figuren, Bestimmung unbekannter Entfernungen aus gegebenen Seiten und Winkeln vorkommen, zu bewirken;
- e) in der Feldertheilungslehre, sowohl nach bestimmten Verhältnissen, als auch nach der Bonität der Grundstücke, so wie in Verwandlung der Figuren;
- f) in der Feldmesskunst. Es wird erfordert: hinlängliche Bekanntschaft mit den beim Feldmessen vorkommenden Maßen, und Fertigkeit, solche aus einem in das andere zu verwandeln; gehörige Kenntniß von den Eigenschaften und dem Gebrauch der verschiedenen zum Messen nöthigen Instrumente; genaue Kenntniß des Verfahrens bei dem Vermessen, dem Auftragen und der Berechnung der Figuren und in den, bei der Ausführung vorkommenden schwierigen Fällen, so wie bei Anfertigung des Vermessungs- und Bonitätsregisters; Kenntniß von der Anwendung dieser allgemeinen Lehren auf die Ausführung größerer Aufnahmen (jedoch innerhalb der Grenzen einiger Quadrat-Meilen), so wie auf die Vermessung zu verschiedenen Zwecken, als Straßen-, Strom-, Forst- und ökonomischen Vermessungen;
- g) in der Nivelirkunst. Gehörige Kenntniß von den Eigenschaften und dem

Gebrauche der Nivellir-Instrumente und genaue Bekanntschaft mit den Lehren des Nivellirens, mit dem practischen Verfahren bei demselben, Führung des Journals und Auftragen des nivellirten Terrains &c. Die Fertigkeit im Nivelliren ist nicht bloß auf einzelne Linien auf der trockenen Oberfläche der Erde zu beschränken, sondern auch auf das Gefälle des Wassers in Strömen, Canälen und Gräben und auf die in solchen gewöhnlich befindlichen Stauungs-Anlagen, so wie darauf auszu dehnen, wie und nach welchem Maaßstabe die Nivellements nach §§. 49. bis 66. des Feldmesser-Reglements vom 29. April 1813 aufgetragen werden müssen.

Außerdem allgemeine Kenntniß der Refraction der Lichtstrahlen, so wie des wahren und des scheinbaren Horizonts.

§. 9.

Der Candidat hat unter Aufsicht eines Beamten, die ihm zu ertheilenden Aufgaben, aus den vorgebachten Wissenschaften schriftlich dergestalt zu beantworten, daß seine Antworten neben den, von dem Aufsichtsbeamten niedergeschriebenen Fragen zu stehen kommen.

Der Aufsichtsbeamte hat immer nur eine Aufgabe dem Candidaten zu ertheilen, zur Lösung eine angemessene Frist festzusetzen, und nach Ablauf derselben eine andere Aufgabe folgen zu lassen, wenn die vorhergegangene auch nicht, oder nicht vollständig, gelöst worden seyn sollte.

Es wird nicht erforderlich seyn, die schriftliche Prüfung, welche der mündlichen vorangehet, zu weit auszudehnen, und es werden daher in der Regel etwa zwanzig Fragen und Aufgaben bei der schriftlichen Prüfung ausreichen, die der Candidat in dreien Tagen beantworten muß.

Zur mündlichen Prüfung ist ein Tag bestimmt; die Prüfung eines Feldmessers muß also längstens in vier Tagen geschehen.

Die Mitglieder der Commission sind verpflichtet, während der schriftlichen Prüfung sich öfter davon zu überzeugen, daß mit Ernst und ordnungsmäßig verfahren werde, und darauf zu sehen, daß der Candidat sich keiner Hülfsmittel an Büchern, Heften und dergleichen zur Beantwortung der Fragen bediene.

§. 10.

Die Commission prüft die schriftlichen Arbeiten des Candidaten, und fällt ihr Urtheil nach vorheriger Berathung über den Ausfall des Examins überhaupt in jeder Wissenschaft.

Damit nun aber auch bei Bemerkung der Resultate der Prüfung, sowohl über die Kenntnisse in den einzelnen Zweigen, als über die Qualification des Candidaten überhaupt, überall eine gleichmäßige Abstufung beobachtet werde, ist der Grad der Zulänglichkeit, als das Minimum anzunehmen, und das Urtheil in folgender Art zu fesseln:

1. Ueber die bei der schriftlichen und mündlichen Prüfung entwickelten Kenntnisse in jedem einzelnen Zweige,
  - a) zulänglich, b) ziemlich gut, c) gut, d) recht gut, e) gründlich und gut, f) vorzüglich.

2. Ueber die Qualifikation des Candidaten zum Feldmesser im Allgemeinen,

a) zulänglich, b) gehörig, c) völlig und d) vorzüglich.

Bei Beurtheilung der Probecharte aber wird bemerkt, ob sie richtig und dabei wenigstens

a) mittelmäßig, oder b) ziemlich gut, c) gut, oder d) schön gezeichnet worden sey.

§. 11.

Die schriftlichen Ausarbeitungen muß der Candidat mit seinem Vor- und Zunamen unterschreiben und das Datum bemerken. Außerdem wird von dem Aufsichtsb. Beamten bescheiniget, daß die Beantwortung in seiner Gegenwart und ohne Hülfsmittel geschehen sey.

§. 12.

Gebühren irgend einer Art, werden für dergleichen Prüfungen nicht erhoben, vielmehr sollen diese, bis auf das anzuwendende Stempelpapier zu den Qualifications-Attesten, völlig kostenfrei seyn.

§. 13.

Die Commission legt sämtliche Documente und Probearbeiten und das Prüfungs-Protocoll mit ihrem Gutachten der Regierung vor, die Regierung sendet sämtliche Verhandlungen an die Oberbaudeputation. Das von dieser Behörde auszustellende Zeugniß entscheidet über die Fähigkeit zu gewissen Arten der Vermessungen und Nivellements, zugleich aber auch, ob und unter welchen Umständen und Modificationen, nach Verlauf eines Jahres, eine nochmalige Prüfung der untüchtig befundenen Candidaten vorgenommen werden soll.

Vom Tage der Prüfung an, dürfen höchstens 4 Wochen bis zur Einsendung der Probearbeiten an die Oberbaudeputation vergehen.

Werden mehrere Candidaten zugleich geprüft, so sind die Verhandlungen über die Prüfung eines jeden mit einem besondern Schreiben an diese Behörde zu übersenden, da dieselbe für jeden Feldmesser besondere Personal-Acten anlegen muß.

Berlin, den 8. Juli 1833.

Der Minister des Innern für Handel, Gewerbe und Bauwesen.

(gez.) von Schuckmann.

Vorstehendes Regulativ für die Prüfung der Feldmesser, wird höherer Anordnung zufolge hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 1. August 1833.

Rdnigl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Schiffahrt treibenden Publikum dient hiermit zur Kenntniß, daß wegen einer Reparatur die Schiffschleuse der Unstrut bei Zöddenbach vom 19. August bis 20. September d. J. gesperrt seyn wird.

Merseburg, den 31. Juli 1833.

Rdnigl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 308.  
Die Sperre der  
Schiffschleuse  
zu Zöddenbach  
auf der Un-  
strut betr.

**Nr. 309.**  
Einsendung  
der Gewer-  
steuer-Ab- und  
Zugangslisten  
betr.

Da von mehreren Gewerbesteuer-Aufnahme-Behörden die Einreichung der halbjährlichen Listen über die Zu- und Abgänge bei der Gewerbesteuer bedeutend verzögert werden, die prompte Einsendung derselben aber für das Erhebungsgeſchäft unumgänglich erforderlich ist, so machen wir die gedachten Behörden hiermit auf die Bestimmung des §. 14. der Veranlagungs-Instruction vom 10. November 1820:

wonach die Zu- und Abgangslisten halbjährlich mit dem 20. Juni und 20. December abgeschlossen, und an uns eingereicht werden müssen, mit dem Bemerkn aufmerkſam, daß wir die Einreichung der Listen künftigt dergestalt erwarten, daß sie spätestens bis zum 1. Juli und resp. 1. Januar jeden Jahres hier eingegangen seyn müssen, widrigenfalls wir sie durch einen auf Kosten des r. abzufendenden erpressen Voten einholen zu lassen genöthigt sind.

Merseburg, den 31. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung des directen Steuern, Domainen und Forsten.

**Nr. 310.**  
Die Aufnahme  
der den Vieh-  
händlern zu  
bewilligenden  
Treiber in die  
Gewerbscheine  
betr.

In Verfolg unserer Amtsblatts-Bekanntmachung vom 11. Mai d. J. (die Aufnahme des Signalements der den Inhabern von Gewerbscheinen zu bewilligenden Begleiter betreffend) bringen wir folgende Bestimmung der Königl. hohen Ministerien des Innern für Handel und Gewerbe, der Finanzen, und des Innern und der Polizei zur Kenntniß des Publikums und der betreffenden Behörden:

daß Viehhändler zu einem bloßen Wechsel in der Person der sie begleitenden in Gewerbschein aufgeführten Viehtreiber ausnahmsweise nur der Genehmigung der Polizei-Behörde des Orts, wo der Wechsel vorgenommen wird, bedürfen.

Dabei versteht sich jedoch von selbst, daß die Genehmigung nur nach vorgängiger genauer Prüfung der persönlichen Qualification des neuangenenommenen Treibers zu erteilen, auch das Signalement desselben dem Gewerbschein beizufügen und dagegen dasjenige des entlassenen Treibers für ungültig zu erklären ist.

Merseburg, den 2. August 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

**Nr. 311.**  
Die Transfe-  
rirungen auf  
Capitalien des  
General-De-  
positoriums  
betr.

Nachstehendes Justiz-Ministerial-Rescript, die Transferirungen auf Capitalien des General-Depositoriums betreffend:

Der Justiz-Minister hat wahrgenommen, daß mehrere Gerichte nicht mit Strenge darauf halten, daß Transferirungen auf Capitalien des General-Depositoriums nur bei solchen Capitalien erfolgen, bei denen die neu anzuschreibende Masse weder für Zinsen noch Capital Gefahr laufen kann.

Es werden daher sämmtliche Gerichte speciell angewiesen, die nach der Deposital-Ordnung vom 15. September 1783. Tit. 11. §. 191. u. f. zulässigen Transferirungen nur bei den General-Deposital-Capitalien eintreten zu lassen, bei denen eine solche Gefahr nicht zu besorgen ist, namentlich aber von denselben alle Activa auszuschließen, welche in einem Concurs- oder Liquidations-Verfahren

verwickelt, oder deren Zinsen nicht innerhalb vier Wochen nach dem Verfalltage gezahlt werden.

Bei den Capitalien, bei denen die Zinsen länger rückständig sind, ist streng auf die Befolgung der Vorschriften der Circular-Verfügung vom 12. April 1832, (Jahrbücher Band 39. pag. 463.) wegen Vertreibung der Zinsen und Kündigung des Capitals, zu halten.

Zugleich bestimmt der Justiz-Minister, daß zur Verhütung einer Abweichung von diesen Vorschriften, die die Rendanten der Deposten-Kassen und die Curatoren für allen durch eine solche entstehenden Nachtheil verantwortlich seyn sollen und hat das Königl. Oberlandesgericht hiernach auch die Untergerichte durch die Amtsblätter mit Anweisung zu versehen.

Berlin, den 17. Juni 1833.

Der Justiz-Minister,

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

(gez.) M ü l l e r.

III. 2492.

wird hierdurch sämmtlichen Untergerichten unser Departement's zur genauen Befolgung öffentlich bekannt gemacht.

Raumburg, den 19. Juli 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Es ist, namentlich bei Patrimonial-Gerichten, zur Sprache gekommen, daß Nr. 312.  
Protocolle, wornach sich die Partheien zur Aufnahme von Kauf-Contracten anmelden, besonders ausgenommen und taxirt werden. Die Annahme der Partheien zur Aufnahme von Kauf-Contracten betr.

Nach einer uns zugegangenen Bestimmung des Königl. Justiz-Ministerii soll eine solche unnöthige Vervielfältigung der Geschäfte, wenn dafür insbesondere Gebühren angesetzt werden, nicht zu gestatten seyn; vielmehr hat der Richter die Kauf-Contracte entweder sofort aufzunehmen, oder die sich meldenden Interessenten mündlich vorzuberscheiden, wenn sie zur Aufnahme des Contract's erscheinen sollen.

Daß dieses auch bei allen andern ähnlichen Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit gelte, versteht sich von selbst, und haben sich hiernach die Gerichtsämter und Patrimonial-Gerichte gemessenst zu achten.

Raumburg, den 29. Juli 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

In Gemäßheit der zu Dresden am 27. September 1825 zwischen der Königl. Nr. 313.  
Preussischen und Königl. Sächsischen Regierung geschlossenen Convention, so wie der Erlaubnisse Angelegenheiten betr.  
diesfalls an uns ergangenen Verfügungen des uns vorgesetzten Hohen Ministeriums der Geiſtlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, fordern wir hierdurch alle Diejenigen, welche zur Familie

- a) des weil. Dr. Hennig Gdden in Wittenberg,
- b) der verwittweten Katharine Dr. Berger ebendaselbst,
- c) des weil. Thomas Gabriel ebendaselbst, oder seiner Ehefrau,
- d) des weil. Christoph Silbermann in Wittenberg,
- e) des weil. Predigers Vandeco zu Berlin,

- f) des weil. Dr. Gottfried Suevus oder Schwabe in Wittenberg,  
 g) des weil. Archidiaconus M. Jeremias Deutschmann in Wittenberg,  
 h) der Christiane Marie Harperger, verwittweten Dr. Vater, so wie des Dr. Abraham Vater in Wittenberg,  
 i) des weil. Pfarrers Laurentius Schlomau zu Wittenberg,  
 k) des weil. Dr. Polycarp Leyser und Dr. Joh. Georg Neumann zu Wittenberg, gehören, auf, zur Festhaltung des Familienzusammenhangs und Anrechts auf die von den Obengedachten bei der Universität Wittenberg gestifteten Stipendien, und ohne Rücksicht auf das Bedürfnis und die Fähigkeit, jetzt ein Stipendium zu beziehen, — sich, unter Beilegung ausreichender Legitimationen, binnen dato und dem 1. Januar 1834 bei dem mitunterzeichneten Königl. Ephorus, Professor Dr. Gruber, schriftlich zu melden, um sowohl über die Perceptions-Erfordernisse, als auch über den Betrag und die Perceptionszeit der vorgedachten Stipendien in Kenntniß gesetzt zu werden.  
 Halle, den 1. Juni 1833.

Die Professoren der Wittenberger Stiftung zu Halle.  
 (gez.) Weber. Pfotenhauer. Schreger. Raabe. Gruber. Nigisch.

Nr. 314. Die, alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen über sämtliche geschlossene und wachsende Grundstücke des Dorfes Werbelin sind fertig und liegen in dem Zeitraume vom zehnten August bis zehnten October 1833 in der hiesigen Gerichts-Expedition zur Einsicht und Anmeldung etwaniger Erinnerungen bereit; was hiermit unter der Verwarnung bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr dagegen angebracht werden können.

Wölkau, den 31. Juli 1833.

Das Patrimonial-Gericht zu Neuhaus.  
 Schmorl.

Nr. 315. Dem Uhrmacher Karl Crawert zu Halberstadt ist ein, vom 20. Juli d. J. an gerechnet, acht hinter einander folgende Jahre und im ganzen Umfange des Preussischen Staates gültiges Patent auf die von ihm an dem Geh- und Schlage-Werke von Pendel-Uhren angebrachten und für neu und eigenthümlich erkannten Vorrichtungen, ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 316. Daß der hiesige Oberlandesgericht-Referendar Friedrich Wilhelm Wehrhan den 18. v. M. zum Justiz-Commissar bei den Untergerichten im Bezirke des Landgerichts zu Gisleben, mit Ausschluß der Praxis in Gisleben selbst, und mit Anweisung seines Wohnsitzes in Köppla, ernannt und bestellt worden ist, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Raumburg, den 23. Juli 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 30. Stüd.

Ausgegeben zu Merseburg den 17. August 1833.

Mitteltst Bestimmung des Königl. Ministeriums der Geistlichen, Unterricht- und Medicinal-Angelegenheiten vom 8. Juni d. J. ist in Magdeburg eine delegirte medicinische Ober-Examinations-Commission zur Prüfung promovirter Aerzte und Wundärzte und Apotheker erster Klasse niedergesetzt und zum Director dieser Commission der Regierungsrath Dr. André ernannt worden. In dem ich dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe, bemerke ich, daß diejenigen Candidaten, welche die genannten Staatsprüfungen in Magdeburg abzulegen wünschen, die Erlaubniß dazu bei dem vorgedachten Königl. Ministerio nachzusuchen haben.

Magdeburg, den 30. Juli 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Klewiz.

Zu Veranlassung der in der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 13. April d. J. (Seite 33 der Gesetzsammlung) zu drei enthaltenen Bestimmungen, ist Hbbern Orts beschloffen worden, die Entscheidungen auf die Recurse gegen Stempelstraf-Resolute der Kreis- und Local-Verwaltungsbehörden und der Untergerichte, sofern der Recurrent nicht nach der ihm nachgelassenen Befugniß auf die unmittelbare Entscheidung des Königl. Finanz-Ministerii provocirt, den Königl. Provinzial-Steuer-Directoren und für die Provinz Brandenburg den Königl. Regierungen zu Potsdam und zu Frankfurt a. d. O., jede in ihrem Bezirke, als den für dieselben bestehenden Provinzial-Steuerbehörden zu delegiren.

Die Recurrenten haben daher bei der Anbringung ihres Gesuchs zu erklären, ob sie von der Befugniß auf unmittelbare Entscheidung des Königl. Finanz-Ministerii anzutragen Gebrauch machen wollen, und, wo dies nicht geschieht, wird angenommen, daß sie die Entscheidung der Königl. Provinzial-Steuerbehörde wollen eintreten lassen. Als die competente Provinzial-Steuerbehörde ist überall diejenige anzusehen, in deren Verwaltungsbezirk die Behörde, von welcher das Straf-Resolut ergangen ist, ihren Sitz hat.

Diese Bestimmung wird in Gemäßheit eines Rescripts des Herrn Finanz-Ministers Excellenz vom 29. Juni d. J. hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 31. Juli 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 317.  
Die delegirte  
medicinische  
Ober-Exami-  
nations-Com-  
mission zu  
Magdeburg  
betr.

Nr. 318.  
Competenz-  
Bestimmung  
gegen die Stem-  
pelstraf-Reso-  
luten.

Nr. 319.  
Das Verbot  
der unter dem  
Titel „die  
Wiener“ erschie-  
nenden Zeit-  
schrift betr.

In der 26sten diesjährigen Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 20. Juni d. J. hat mit Bezug auf die diesjährige 10te Sitzung vom 14. März d. J. die Vereinigung statt gefunden, daß dem Redacteur der von der Königl. Sächs. Regierung unterdrückten Zeitschrift, die Wiener, Magister Richter, die Fortsetzung dieses Blattes unter demselben oder unter einem andern Titel in den Bundesstaaten nicht gestattet werde.

Berlin, den 13. Juli 1833.

Der Minister des Innern und der Polizei,  
(gez.) v. Brenn.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten,  
(gez.) Ancillon.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Merseburg, den 8. August 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 320.  
Das Einwan-  
dern auswärti-  
ger Hand-  
werksgesellen  
in die Kaiserl.  
Österreichischen  
Staaten betr.

Die Kaiserlich Österreichische Regierung hat besondere Bestimmungen wegen des Einwanderns fremder Handwerksgesellen erlassen, und unter Erneuerung der bestehenden Vorschriften gegen das Umherziehen müßiger und erwerbloser Menschen im Innern der Kaiserlich Österreichischen Staaten, namentlich angeordnet, daß in Zukunft allen denjenigen ausländischen Handwerksgesellen der Eintritt in die Österreichischen Kaiserstaaten versagt werden soll, welche:

- 1) sich mit einem ordentlichen Wanderbuche oder Reisepasse entweder nicht auszuweisen vermögen oder in sittlicher oder polizeilicher Hinsicht bedenklich sind;
- 2) mehr als zwei Monate vor dem Zeitpunkte ihres Erscheinens an der Grenze gar nicht in Arbeit gestanden haben und nicht gehörig nachweisen können, daß der Grund davon bloß in ihrer Erkrankung lag;
- 3) sich bei dem Uebertritte der Grenze nicht im Besitze von wenigstens acht Gulden Conventionsmünze befinden.

Diese Bestimmungen werden hierdurch zur allgemeinen Kenntniß des Publikums gebracht.

Merseburg, den 31. Juli 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 321.  
Die Wahl-  
fähigkeitprü-  
fungen und  
die abnorma-  
len Prüfungen  
provisorisch an-  
gestellter  
Schullehrer  
betr.

Die Wahlfähigkeitprüfungen und die abnormalen Prüfungen der provisorisch angestellten Schullehrer sind der Ankündigung im Stück 15. S. 87. des diesjährigen Amtsblattes gemäß, vom 15. bis zum 20. v. M. in Weissenfeld abgehalten worden.

#### A.

Für Rectorate oder ähnliche Oberlehrerstellen an städtischen Communalsschulen hatten sechs Candidaten des Predigtamts sich gestellt, und erhielten fünf derselben nachfolgende Zeugnisse:

I. das Zeugniß gut:

der Candidat der Theologie, August Ludwig Hayner aus Brehna;



II. das Zeugniß ziemlich gut:

- 1) der Candidat der Theologie, Friedrich Theodor Nicolaus Deichmann aus Halle;
- 2) der Candidat der Theologie, Johann Karl Daniel Delkner aus Gräfenhainchen;
- 3) der Candidat der Theologie, Gottlob Erdmann Reyer aus Wittenberg, und
- 4) der Candidat der Theologie, Adam Friedrich Schimpf aus Niedereichstädt.

B.

Aus den Königl. Schullehrer-Seminarien wurden entlassen:

I. aus dem Haupt-Seminare zu Weissenfels 25 Zöglinge, und zwar:

- a) vier mit dem Zeugnisse Nr. I, vorzüglich:
  - 1) Hermann Preßler aus Kindebrück;
  - 2) Friedrich Karl Schomburg aus Bernigerode, mit Ausnahme der musikalischen Kenntnisse, welche nur genügend waren;
  - 3) Heinrich Warmholz aus Quedlinburg, und
  - 4) Karl Gustav Wohlbe aus Weissenfels;
- b) sechs zehn mit dem Zeugnisse Nr. II, gut, (resp. sehr gut, gut, ziemlich gut,) als:
  - 5) Wilhelm Becker aus Thalborn;
  - 6) Andreas Christian Frenkel aus Dobitz;
  - 7) Gustav Theodor Geleitsmann aus Werbelin;
  - 8) Friedrich Wilhelm August Giesel aus Langensalza;
  - 9) Karl Heinrich Christoph Häuser aus Herrmannsdorf;
  - 10) Karl August Heidecke aus Schiedungen;
  - 11) August Heinemann aus Bernigerode;
  - 12) Wilhelm Koch aus Altengottern;
  - 13) Emil Karl Wilhelm Liegel aus Bernigerode;
  - 14) Karl Gottlieb Lohse aus Rodwig;
  - 15) Johann August Neumeyer aus Obersachsenwerben;
  - 16) Karl Heinrich Sack aus Böhthwitz;
  - 17) Heinrich Sinnemann aus Rothenfütte;
  - 18) Christian Eduard Teller aus Halle;
  - 19) Johann Wilhelm Walther aus Roda;
  - 20) Johann Heinrich Ferdinand Wiltsch aus Colochau;
- c) fünf mit dem Zeugnisse Nr. III, genügend:
  - 21) Ernst Bärwolf aus Thamebrück;
  - 22) Julius Ferdinand Hoe aus Großtreber;
  - 23) Michael Dehler aus Leisking;
  - 24) Johann Gottlob Starcke aus Kleinleipisch;
  - 25) Friedrich Willberg aus Quedlinburg;

II. aus dem Nebenseminare in Cisleben zwei Zöglinge, beide mit dem Zeugnisse Nr. III, genügend:

- 1) Botho Oskar Louis Fessel aus Mührungen;
- 2) Johann Friedrich Gottlob Hetsch aus Leimbach.

C.

Hierauf hatten sich 33 nicht auf Königl. Seminarien vorbereitete Schulkandidaten beworben eingeschunden, welche zum Theil bereits interimistisch als Kinderlehrer angestellt, resp. auch schon früher geprüft worden waren. Von diesen erhielten

a) fünfzehn das Wahlsfähigkeitszeugniß Nr. III, genügen, als:

- 1) Karl Conrad Leopold Armster aus Kottelsdorf;
- 2) Christoph Gottfried Moritz Glück aus Reideburg;
- 3) Karl Anton Grunike aus Döbriß;
- 4) Friedrich Ferdinand Sundermann aus Eilenburg;
- 5) Johann Friedrich Hofmann aus Kreytitz im Königreich Sachsen;
- 6) Gustav Albert Jahn aus Halle;
- 7) Gottlob Erdmann Ferdinand Keitel aus Unterriedorf;
- 8) Johann Christoph Kühling aus Schönewerda;
- 9) Heinrich Christoph Rosenhoyer aus Lebendorf;
- 10) Heinrich Gottfried Müller aus Quedlinburg;
- 11) Friedrich August Wilhelm Nischke aus Pristablick;
- 12) Friedrich August Pfister aus Eisleben;
- 13) Gottlieb August Schmidt aus Rothenburg;
- 14) Heinrich August Ferdinand Schulze aus Langenau;
- 15) Johann Christian Wartenberg aus Zahna;

b) zwölf erhielten zwar keine Zeugnißnummer, aber unter vollständig ausgefertigter Censur die Erlaubniß zur Verwaltung unconfirmirter Schulstellen, mit Vorbehalt nochmaliger Bestellung, als:

- 16) Karl Sylvester Bedder aus Niederreiß;
- 17) Johann Gottfried Berger aus Renneritz;
- 18) Johann Gottlieb Dittmar aus Trotha;
- 19) Johann Gottlob Günther aus Kleinfosda;
- 20) Karl August Huth aus Wolferode;
- 21) Karl Friedrich Knoll aus Zeitz;
- 22) Friedrich August Michaelis aus Wahrenbrück;
- 23) Johann Traugott Müller aus Quedlinburg;
- 24) Johann Friedrich Wilhelm Robusch aus Oberheldrungen;
- 25) Johann Anton Spranger aus Hartmannsdorf;
- 26) Friedrich Gottlob Thielemann aus Schmölen;
- 27) Johann Christian Zeller aus Rosenfeld;

c) sechs mußten völlig abgewiesen werden.

D.

Zur abermaligen Prüfung waren 26 bereits bei confirmirten Schulstellen provisorisch angestellte Schullehrer erschienen. Diese erwiesen sich so, daß bei sechs zehn die ihnen früher nach ihrer Wahlsfähigkeitsprüfung erteilte Haupt-

Censur bestätigt, bei achten dieselbe erhöht werden konnte; nur bei Einem mußte sie um einen Grad herabgesetzt, und ein anderer angewiesen werden, sich Behufs definitiver Anstellung noch einmal zur Prüfung zu stellen.

Unter Bezugnahme auf die vorjährige Bekanntmachung, Amtsblatt 1832, St. 37, S. 278 fg., bringen wir Vorstehendes hiermit zur allgemeinen Kenntniß.

Merseburg, den 1. August 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Von der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden sind im Laufe des Jahres 1832, nach einer uns mitgetheilten Bekanntmachung derselben vom 15. Juni 1833, folgende Staatsschuld-Verschreibungen für den Amortisations-Fonds eingeldset und bei dem Depositorio des Königl. Kammergerichts in Berlin verwahrt worden, nämlich:

- 1) 442 Stück fünfprocentige Partial-Obligationen aus der Anleihe bei dem Handlungshause M. W. von Rothschild in London, vom 31. März 1818, über 77,000 Pfund Sterling oder 519,750 Rthlr.;
- 2) 226 Stück vierprocentige Partial-Obligationen aus der bei demselben Hause, Behufs der Einziehung und Umwandlung der fünfprocentigen Obligationen vom Jahre 1818 in vierprocentige Obligationen, unterm 25. Februar 1830 geschlossenen Anleihe, über 22,000 Pfund Sterling oder 152,550 Rthlr.; wobei zu bemerken ist, daß von den gegen Emittirung vierprocentiger Obligationen einzuziehenden fünfprocentigen im Betrage von 2,209,400 Pfund Sterling, die bis jetzt darauf eingegangene Summe von 2,150,800 Pfund Sterling in dergleichen Papieren bereits durch Feuer vernichtet worden;
- 3) 719 Stück Partial-Obligationen aus der Anleihe bei dem Handlungshause M. W. v. Rothschild et Söhne in Frankfurt a. M., zusammen über 507,000 Gulden oder 289,714 Rthlr. 8 Sgr. 7 Pf.;
- 4) 8 Stück Kurmärkische alte Landschaftliche Obligationen über 46,700 Rthlr.;
- 5) 20 Stück Domainen-Pfandbriefe über 20,880 Rthlr.;
- 6) 5141 Stück Staatsschuldscheine über 2,356,800 Rthlr.;
- 7) 421 Stück Kurmärkische Ständische Obligationen über 162,010 Rthlr., einschließlich 5145 Rthlr. Gold;
- 8) 49 Stück Neumärkische Interimsscheine über 40,900 Rthlr.;
- 9) 242 Stück Provinzial-Staatsschuld-Verschreibungen, zusammen über 281,112 Rthlr. 8 Sgr. 10 Pf., einschließlich 96,793 Rthlr. 4 Sgr. 2 Pf. Conventionsgeld.

Alle diese Staatsschuld-Documente betragen hiernach im Nominal-Werthe in Preussischem Courant:

3,870,416 Rthlr. 17 Sgr. 5 Pf., einschließlich 5145 Rthlr. Gold und 96,793 Rthlr. 4 Sgr. 2 Pf. Conventionsgeld.

Wir bringen solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Bemerkens, daß Exemplare der Eingangs erwähnten Bekanntmachung der Königl. Hauptverwal-

Mr. 327.  
Die gerichtliche  
Niederlegung  
der von der  
Königl. Haupt-  
verwaltung  
der Staatsschulden im  
Jahre 1832 für  
den Amortisa-  
tions-Fonds  
eingelieteten  
Staatsschuld-  
Verschreibun-  
gen betr.

tung der Staatsschulden, mit den speciellen Verzeichnissen der deponirten Documente versehen, sowohl in der Registratur der unterzeichneten Regierungsbetheilung, als auch im landrätthlichen Bureau zu Raumburg und bei dem Magistrat in Halle vorhanden sind und von Jedermann, der ein Interesse dabei hat, eingesehen werden können.

Merseburg, den 6. August 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Rassenwesen.

Nr. 323.

Verlorne  
Steuercredit-  
Kassenscheine  
und Central-  
rent-Obliga-  
tionen betr.

Der Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß. verloosbare, im Leipziger Neujahrsmarkt 1764 ausgestellte, mit Litt. A. Nr. 10,849 bezeichnete, auf 1000 Thlr. in Conventionsgeld und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Rosbach an der Saale gebührige Steuercredit-Kassenschein, ferner die beiden Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß., unter dem 22. September 1814 ausgestellten, auf jeden Inhaber und auf 100 Thlr. Conventionsgeld ein jeder lautenden, mit Litt. F. Nr. 1609 und 1611 bezeichneten, der Marie Dorothee verw. Parthey zu Güntherig, jetzt zu Breitenfeld, gebührigen Centralsteuer-Obligationen, und der Königl. Sächs., jetzt Königl. Preuß., mit Litt. D. Nr. 2982 bezeichnete, verloosbare, in dem Leipziger Neujahrsmarkt 1764 ausgestellte, auf 100 Thlr. Conventionsgeld und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Rismitz gebührige Steuercredit-Kassenschein, sind den genannten Eigenthümern abhanden gekommen.

Die etwanigen Inhaber derselben werden demnach aufgefordert, in dem, auf den Fünf und Zwanzigsten November k. J., Vormittags 10 Uhr, vor dem Oberlandesgerichts-Referendar Bromme, in unserm Geschäftslocale angelegten Termine, entweder persönlich, oder durch einen gebrüß legitimirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Oberlandesgerichts-Justizcommissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft der Hofrath Tellemann I., Justizrath Quinque und Justizcommissarius Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich mit ihren Ansprüchen zu melden, widrigenfalls ihnen ein ewiges Stillschweigen auferlegt und mit Amortisation der Obligationen verfahren werden wird.

Urkundlich unter dem größeren Siegel und Unterschrift.

Raumburg, den 18. October 1832.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 324.

Die Verabreichung neuer Zins-Coupons zu Domainen-Pfandbriefen betr.

Zu denjenigen Domainen-Pfandbriefen, deren Zinsen nicht bei einer ritterschaftlichen oder landschaftlichen Kasse, sondern direct hier bei der Staatsschuldentilgungskasse zu erheben sind, wird die Controle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 30., vom 1. September d. J. ab

neue Zins-Coupons Series IV. Nr. 1. bis 8.

über die Zinsen vom 1. September 1833 bis Ende August 1837 ausreichen. Zu diesem Behufe sind ihr die Pfandbriefe im Original nebst einem Verzeichnisse, wozu bei denselben die Formulare unentgeltlich verabfolgt werden, vorzulegen, wogegen außer-

halb Berlin, bei den Regierungs-Hauptkassen dergleichen Formulare zu erhalten und die Pfandbriefe zur weitem Versorgung der Zins-Coupons abzugeben sind.

Berlin, den 23. Juli 1833.

### Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Die Hypothekentabellen des hiesigen Patrimonial-Gerichts im Merseburger Nr. 525. Kreise sind beendigt und liegen für die Interessenten bis Ende September d. J. bei dem Justitiar Schulze zu Leipzig bei Landsberg zum Einsehen bereit. Hypotheken-  
sachen.

Weslig, den 12. August 1833.

### Das Rbhl'sche Patrimonial-Gericht. Schulze, Justitiar.

Das Hypothekenbuch über die geschlossenen Grundstücke des hierher gehörrigen Nr. 526. Dorfes Altbelgern, mit Ausnahme der sub Nr. 7, 19. und 28. verzeichneten, ist fertig. Hypotheken-  
sachen.  
Es wird solches mit dem Bemerkn zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in Betreff derselben der Erwerb neuer Hypothekenrechte nunmehr lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Martinskirchen, den 5. August 1833.

### Das Stephans'sche Patrimonial-Gericht. Triebl.

Unter dem 25. Juli d. J. ist den akademischen Künstlern und Mechanikern, Ge- Nr. 527. brüdern Müller in Berlin, Patentertei-  
lung.  
auf die Anfertigung einer durch Beschreibung und Zeichnung erläuterten, für neu und eigenthümlich erkannten Kasse-Maschine, ein Patent verliehen worden, welches, von dem gedachten Ausfertigungstage an gerechnet, fünf hintereinander folgende Jahre im ganzen Umfange des Preussischen Staates gültig ist.

Dem H. E. Mehm in Berlin ist unter dem 30. Juli d. J. ein, von diesem Tage Nr. 528. an gerechnet, fünf nach einander folgende Jahre und für den ganzen Umfang des Patentertei-  
lung.  
Preussischen Staates gültiges Patent auf die mittelst Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, für neu und eigenthümlich anerkannten Vorrichtungen zur Beschaffung reines Wassers mittelst gerammter hölzerner Röhren, erteilt worden.

### Personal-Chronik.

Der bisherige Pfarrer zu Radis, Ephorie Remberg, Joh. Gottfr. Goprau, ist Nr. 529. am 14. Juli d. J. im 42sten Lebensjahre gestorben.  
Merseburg, den 30. Juli 1833.

Nr. 350.

# Nachweisung

der

im Monate Juli 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden-  
den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	Getreide.												Hülsefrüchte.						Kartof- feln	Brant- wein	Rauchfutter.										
	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Hirse		Erbfen		Linsen		Eckl.		Quart	Heu		Stroh							
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel									à Cent.	à Schd.								
	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.						tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.		
1	Merseburg	1	15	11	1	7	—	28	6	—	25	9	—	—	—	1	20	—	2	10	—	15	—	5	—	1	10	—	5	—	
2	Halle	1	17	1	1	6	11	29	1	—	26	10	5	—	—	1	20	—	2	20	—	20	—	3	4	1	10	—	6	—	
3	Naumburg	1	14	5	1	5	1	27	4	—	25	4	4	20	—	1	20	—	2	—	—	15	—	4	8	1	10	—	4	28	4
4	Torgau	1	20	—	1	9	4	1	9	—	25	6	4	10	—	2	—	—	—	—	—	12	6	4	—	1	15	—	5	—	
5	Bittenberg	1	18	6	1	9	1	1	5	9	—	27	2	5	10	—	5	10	—	—	—	25	4	4	—	—	—	5	—	—	
6	Eisleben	1	15	7	1	10	—	1	7	—	28	5	5	10	—	3	4	8	5	24	8	—	—	4	5	—	26	10	4	24	4
7	Zeitz	1	15	—	1	5	—	27	6	—	22	6	5	12	6	1	7	6	2	10	—	15	—	5	—	1	10	—	3	15	—
8	Querfurth	1	18	9	1	9	5	1	8	—	25	—	4	5	—	1	18	9	1	18	9	—	5	—	1	5	—	4	—	—	—
9	Bitterfeld	1	17	10	1	6	5	1	4	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	—	5	—	—

Merseburg, den 5. August 1833.

Königlich Preussische Regierung

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 31. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 24. August 1833.

- Das 13te Stück der Gesefsamlung enthält unter
- Nr. 1446. Allerhöchste Cabinettsordre vom 30. Juni 1833, wodurch bestimmt wird, daß von dem Handel, welchen Ausländer auf Wochenmärkten mit solchen Consumtibillen betreiben, welche zu den Wochenmarkt-Artikeln gehören, keine Gewerbesteuer erhoben werden soll.
- Nr. 1447. Allerhöchste Cabinettsordre vom 2. Juli 1833, über die Eintragung der ficalischen Vorrechte auf die Immobilien der Kassen-, Magazin- und Domainenbeamten, oder anderer Verwalter öffentlicher Güter und Einkünfte, so wie der Domainenpächter.
- Nr. 1448. Gesetz wegen des Erbschaftskampels von Lehn- und Fideicommiss-Anfällen. Vom 7. Juli 1833.
- Nr. 1449. Gesetz wegen näherer Bestimmung der Rechte der Fideicommiss-Anwärter in denjenigen Theilen der Provinz Westphalen, welche bei Auflösung der fremden Herrschaft zum Großherzogthume Berg gehört haben. Vom 14. Juli 1833.
- Nr. 1450. Allerhöchste Cabinettsordre vom 18. Juli 1833, betreffend die Vertretung der Stadtgemeinden, in welchen die Städteordnung vom 19. November 1808 gilt, bei persönlicher Betheiligung der Stadtverordneten.

Nr. 331.

Bei Ausführung der sehr bedeutenden Brückenarbeiten bei Sachsenburg ohnweit Artern, können noch bis zum Spätherbst eine große Anzahl tüchtiger Maurergesellen bei Ausführung von Bruchsteinmauerwerk und Steinezuhauen fortwährend Beschäftigung finden. Eben so ist für Handarbeiter bei dem jetzt begonnenen Chausseebau zwischen Ascherleben und Hettstädt, so lange es der Frost gestattet, fortwährend Arbeit und haben die so sich hierzu an benannten beiden Baustellen einfinden, sich bei den dort angestellten Königl. Baubeamten zu melden.

Merseburg, den 16. August 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

In Folge eines Rescripts des Herrn Geheimen Staats-Minister von Kiewitz machen wir die Unterbehörden unsers Departements darauf aufmerksam, daß der Senat der freien Stadt Krakau sich veranlaßt gefunden hat, den dortigen Polizei-

Nr. 332.  
Aufforderung  
an Maurer  
und Handar-  
beiter, um sich  
bei dem  
Ebaufcebau  
einzufinden.

Nr. 333.  
Die Trans-  
porte in das  
Gebiet der

freien Stadt  
Krahan betr.

Behörden die Annahme jedes mittelst Schuttpasses von den Grenzstaaten ausgewiesenen  
Bagabonden, ohne seine zuvor erfolgte ausdrückliche Genehmigung, zu untersagen.

Merseburg, den 17. August 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 334.

Königl. Musik-  
Institut zu  
Berlin betr.

Das Königliche Musik-Institut zu Berlin hat den Zweck, junge Leute zu Organisten, Cantoren, Gesang- und Musik-Lehrern an Gymnasien und Schullehrer-Seminarien auszubilden. Die Lehrgegenstände desselben sind:

- 1) Unterricht im Orgelspiel; 2) Vortrag über die Construction der Orgel; 3) Unterricht im Klavierspiel; 4) Theorie der Musik, bestehend a) in der Harmonielehre; b) in der Lehre vom doppelten Contrapunct und der Fuge; 5) Gesangs-Unterricht; 6) Instrumental- und Vocal-Uebungen zur Ausführung classischer Musikwerke.

Obgleich der Cursus nur 1 Jahr währt, nämlich von Ostern bis wieder Ostern, oder von Michaelis bis wieder Michaelis, so wird doch nach Umständen auch eine zweijährige Theilnahme an dem Unterricht in der Anstalt gestattet. Die Bedingungen zur Aufnahme in das Institut sind folgende:

- 1) ein Alter von wenigstens 17 Jahren;
- 2) daß der Aufzunehmende entweder ein Gymnasium bis Secunda besucht habe, oder mit dem Wahlsfähigkeits-Zeugniß aus einem Schullehrer-Seminar entlassen sey;
- 3) daß er die nöthigen Vorkenntnisse in der Musik und die erforderliche Fertigkeit im Klavierspiel habe;
- 4) daß, obgleich sämmtliche Unterrichts-Gegenstände unentgeltlich ertheilt werden, derselbe die Kosten seines Aufenthaltes in Berlin bestreiten könne;
- 5) daß derselbe außer den erforderlichen vorgenannten Attesten, einen von ihm selbst verfaßten Lebenslauf mit kurzer Erwähnung über seine Erziehung und Bildung sowohl in wissenschaftlicher als musikalischer Hinsicht 4 Wochen vor der Aufnahme an das Königliche Ministerium der Geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten einreiche, von welchem er den weiteren Bescheid zu erwarten hat;
- 6) daß derselbe vor seiner Aufnahme in das Institut sich einer Prüfung des unterzeichneten Directors unterziehe.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß die Zahl der ordentlichen Zöglinge des Instituts sich nur auf 20 erstrecken darf, jedoch mit Genehmigung des Königlichen Ministeriums noch 6 angehenden Musikern, die nicht zu Organisten und Cantoren sich ausbilden wollen, die Theilnahme an den theoretischen Sectionen gestattet werden kann.

Berlin, den 20. Juli 1833.

(gez.) A. W. Bach,

Director des Königl. Musik-Institutes. (Papenstraße Nr. 10.)

Es wird solches hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Merseburg, den 20. August 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.



Nachstehendes Rescript des Herrn General-Directors der Steuern:

Nr. 335.

In mehreren Städten der beiden ersten Gewerbesteuer-Abtheilungen, werden Bäcker oder Schlächter, welche das Gewerbe im Laufe des Jahres beginnen, bis zum Eintritte einer neuen Rollen-Periode unbesteuert gelassen, demnächst aber mit Rücksicht auf diese zeitweise Steuerfreiheit im folgenden Jahre verhältnißmäßig höher veranlagt.

Die Zugänge bei der Gewerbesteuer der Bäcker und Schlächter etc.

Wenn gleich dieses Verfahren dem §. 14.<sup>bb</sup> der Instruction vom 10. November 1820 gemäß ist, so entsteht daraus doch in dem Falle, wo ein solcher neu zugetretener Bäcker oder Schlächter das Gewerbe noch im Laufe desselben Jahres wieder abmeldet, entweder eine schwierigere Ausgleichung oder ein Nachtheil für die betreffende Steuergesellschaft, zumal wenn ein solcher bloß zeitweiser Betrieb jährlich wiederkehren sollte. Sowohl um dieser Inconvenienz vorzubeugen, als zur Erzielung eines übereinstimmenden Verfahrens, wird hierdurch im Verfolg des §. 11. der Beilage B. des Gewerbesteuergesetzes, wie des §. 14.<sup>bb</sup> der Instruction vom 10. November 1820 für Fälle der gedachten Art, Nachstehendes festgesetzt:

- 1) Wenn in Städten der beiden ersten Gewerbesteuer-Abtheilungen, bei den Steuergesellschaften der Bäcker oder Schlächter ein im Vorjahre noch nicht bestandener Gewerbetrieb angemeldet wird, so ist derselbe für das laufende Jahr pro rata temporis mit dem Mittelsatz der dritten Abtheilung, also für einen Bäcker mit 15 Sgr., für einen Schlächter mit 20 Sgr. monatlich alsbald zur Steuer zu ziehen.
- 2) Ist von dem Zutretenden das Gewerbe bereits im nächst vorhergegangenen Jahre geübt und abgemeldet worden, so haben die Abgeordneten der Steuergesellschaft den Steuersatz zu ermitteln, welcher bei der Fortdauer des früheren Betriebes, auf denselben in der Rolle des laufenden Jahres zu veranlagten gewesen seyn würde.

Auf den hiernach bestimmten Steuersatz richtet sich dann die pro rata temporis für das laufende Jahr eintretende Steuerhebung.

- 3) In jedem dieser beiden Fälle wird das betreffende Individuum auf die Zugangskasse übernommen und dadurch dessen Zugangssteuer zum Soll gezogen. Da jedoch in dem vorliegenden Falle die Staatskasse nur auf den rollenmäßigen Sollbetrag, nicht aber auf die Zugangssteuer Anspruch hat, letztere vielmehr der betreffenden Steuergesellschaft gebührt, so muß derselben dieser zur Staatskasse geflossene Betrag dadurch vergütet werden, daß solcher bei der nächstjährigen Veranlagung auf das zu repartirende Steuer-Quantum in Abzug kommt.
- 4) Alle aus Abmeldungen herrührenden Abgänge dieser beiden Steuer-Klassen der zwei ersten Abtheilungen, kommen dann, wie bisher, zur Abgangskasse und Wiederumlage ohne Unterschied, ob der Abgang auf einen Rollensatz oder auf eine Zugangssteuer trifft.

Wenn daher beispielsweise die Schlächter einer Stadt der zweiten Abtheilung für 1833 zwei Zugänge hätten, deren Steuersatz für 1833 nach 1. oder 2. zusammen auf 20 Thlr. bestimmt würden, und wenn von diesen

20 Thlr. durch Wiederabmeldung im Laufe des Jahres 6 Thlr. wieder zum Abgang kämen, so müßte bei der Veranlagung von 1834, Falls der nach der Kopfszahl aufzubringende Steuerbetrag sich auf 250 Thlr. stellte, die Soll-Berechnung ganz einfach in folgender Art geschehen:

Steuerbetrag für 1834 nach der Kopfszahl . . . . .	250 Thlr.
Abgang aus Zugängen von 1833, als Wiederumlagen . . . . .	6 „
	<hr/>
	256 Thlr.
Als Zugangssteuer sind für 1833 . . . . .	20 „
	<hr/>

bereits zum Soll gestellt; es bleiben daher . . . . . 236 Thlr.  
als Soll für 1834, d. h. die ursprünglichen 250 Thlr. nach Abzug der 14 Thlr., welche die Staatskasse für 1832 bereits über das ihr zuständige Rollen-Soll bezogen hat.

Dies Verfahren hält sich genau an die Beträge der Rolle und Semester-Listen, macht die Führung von Asservaten entbehrlich und wird Mißgriffen sowohl als einer Beeinträchtigung der Steuergesellschaften oder einer spätern Hbherbesteuerung der Zugänger vorbeugen.

Berlin, den 10. Juli 1833.

Der General-Director der Steuern.

In dessen Abwesenheit: (gez.) Wegelin.

bringen wir hiermit zur Kenntniß der betreffenden Gewerbetreibenden sowohl als der Gewerbesteuer-Veranlagungsbehörden.

Merseburg, den 15. August 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

### Personal-Chronik.

Nr. 336. Der Dekonom Christian Peter Hdr zu Raumburg ist als Kreisstarator bei landwirthschaftlichen Angelegenheiten angenommen worden.  
Merseburg, den 8. August 1833.

Nr. 357. Der bisherige Bürgermeister, Carl Alexander Heinrich Ruperti, zu Seyda ist zum Justiz-Commissarius bei den Untergerichten im Bezirke des Landgerichts zu Torgau, mit Ausschluß dieser Stadt selbst und mit Anweisung seines Wohnorts in Seyda bestellt worden.  
Raumburg, den 8. August 1833.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
32. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 31. August 1833.

Nr. 1257. Verordnung, die Einführung einer gleichen Wagenspur in der Provinz Sachsen betreffend. Vom 10. Julius 1830.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen. Nachdem Unsere getreuen Stände der Provinz Sachsen bei ihrer zweiten Zusammenkunft auf Erlassung eines Gesetzes wegen Einführung gleicher Wagengleise in dortiger Provinz allerunterthänigst angetragen, auch diesferhalb bei dem dritten Landtage nach Erwägung der ihnen vorgelegten, über die Ausführbarkeit einer solchen Verordnung eingeforderten Gutachten der Kreisstände sämtlicher Kreise, ihre definitive Erklärung, mit ihren Vorschlägen begleitet, abgegeben haben; so verordnen Wir, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, Folgendes:

§. 1.

Von der Zeit der Bekanntmachung dieser Verordnung ab sollen alle Achsen an neuen Rutsch-, Post-, Fracht-, Bauer- und allen andern Arten von Wagen dergestalt angefertigt werden, daß die Breite des Wagengleises von der Mitte der Felge des einen bis zur Mitte der Felge des andern Rades vier Fuß vier Zoll Preussisch beträgt.

§. 2.

Den Stell- und Schirmmachern und andern Handwerkern, welche sich mit dieser Fabrication beschäftigen; wird bei Drei Thalern Strafe untersagt, eine Achse wider die Vorschriften des §. 1. einzurichten und den Schmieden bei gleicher Strafe, solche mit Beschlag zu versehen.

Bei Wiederholung der Contraventionen wird die Strafe verdoppelt.

§. 3.

Nach dem Ablaufe von Sechs Jahren nach Bekanntmachung dieser Verordnung soll in Unserer Provinz Sachsen kein Wagen gebraucht werden, welchem die im §. 1. bestimmten Eigenschaften mangeln.

§. 4.

Diese Verordnung hat für die landrätthlichen Kreise Ziegenrüd und Schleusingen keine Gültigkeit; letztere sind vielmehr von derselben auf unbestimmte Zeit ausgenommen.

Nr. 33A.

Die Einführung einer gleichen Wagenspur in der Provinz Sachsen betr.

§. 5.

Wer sich nach der im §. 3. bestimmten Frist eines Fuhrwerks bedient, welches die im §. 1. festgesetzte Einrichtung nicht hat, soll durch die Polizei- und Wegebeamten, so wie durch die Gensd'armie angehalten, zur nächsten Ortsgerichtsbarkeit gebracht und in eine Geldstrafe von Einem bis Fünf Thalern für den ersten, und von Zwei bis Zehn Thalern für den zweiten und die folgenden Contraventionsfälle genommen werden. Diese Strafe, welche in die Armenkasse des Orts fließt, wo die Contravention entdeckt und bestraft wird, trifft den Eigenthümer des Fuhrwerks, soll jedoch von dem Reisenden, mit Vorbehalt seines Regresses an den Eigenthümer, erlegt werden.

Für eine und dieselbe Reise bis zum Bestimmungsorte, soll nur Einmal Strafe Statt finden und der Reisende über deren Erlegung mit einer Bescheinigung versehen werden.

§. 6.

Von diesen Vorschriften sind allein ausgenommen:

- a) sämtliches Militairfuhrwerk, jedoch nicht dasjenige, welches Privateigenthum einzelner Militairs ist;
- b) fremde Reisende, oder Reisende aus solchen Provinzen des Preussischen Staats, in welchen keine oder eine andere allgemeine Einrichtung der Wagengleise vorgeschrieben ist; und
- c) sämtliche in's Ausland bestimmte Wagen, deren Bestimmung jedoch bewiesen werden muß.

§. 7.

Alle diejenigen, welchen die Anlegung und Unterhaltung der Wege obliegt, sind verpflichtet, solche, wo es nöthig ist, binnen einem Jahre nach Publication gegenwärtiger Verordnung in so weit zu verbreitern, als es die Ausführung dieser Vorschriften erfordert. Die Behörden sollen Aufsicht darüber führen, daß dieser Bestimmung genügt werde, und, wenn dies nach Verlauf eines Jahres nicht geschehen seyn sollte, die Verbreiterung auf Kosten der Verpflichteten bewirken lassen.

§. 8.

Wir befehlen allen Polizei- und Gerichtsbehörden sich nach dieser Verordnung, welche sogleich und außerdem Dreimal während des sechsjährigen Zeitraums, durch die Intelligenz- und Amtsblätter bekannt gemacht werden soll, gebührend zu achten.  
Gegeben Berlin, den 10. Julius 1830.

(L. S.)

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) Freiherr v. Altenstein. v. Schuckmann. Graf v. Lottum.  
Graf v. Bernstorff. v. Hade. Graf v. Dandellmann.

Vorstehendes Gesetz wird hierdurch, in Gemäßheit des §. 8. desselben, wiederholt zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Herren Landräthe haben zu veranlassen, daß der Inhalt desselben sämtlichen Stellmachern, Schmieden u. ihres Kreises speciel bekannt gemacht werde. Den

Polizei-Behörden, besonders aber den Gensd'armen wird es zur Pflicht gemacht, die Befolgung der erteilten Vorschriften genau zu kontrolliren.

Merseburg, den 29. September 1831.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Durch unsere Verfügung vom 13. August 1817 (Amtsblatt 1817. S. 462.) ist den Polizei-Behörden in Gemäßheit einer Verordnung des Königl. Polizei-Ministeriums vom 31. Juli 1817 die Aufmerksamkeit auf die Olitäten-Händler zur strengsten Pflicht gemacht worden.

Indem wir diese Verfügung hierdurch in Erinnerung bringen, weisen wir die sämtlichen Polizei-Behörden an, da wahrgenommen, daß sehr viele Personen mit Olitäten und Arznei-Mitteln in unserm Departement sich herumtreiben, solche ohne Zittern aufzugreifen und wenn sie nicht den betreffenden Königl. Inquisitorien zur Criminal-Untersuchung übergeben werden können (conf. Publicandum des General-Directorii vom 21. Mai 1805. Rabes Sammlung Preuß. Gesetze 11. Band 8. S. 292 und 293.) sie stets sofort über die Grenze zurückzuschaffen.

Merseburg, den 20. August 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehende Allerhöchste Königl. Cabinetordre:

Nach Ihrem Antrage vom 10. d. M. sehe Ich aus den im Bericht angeführten Gründen fest, daß kein Geistlicher, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe, befugt seyn soll, einen Berg-, Hütten- oder Salinen-Arbeiter aufzubieten oder zu trauen, wenn derselbe nicht zuvor einen, den Heiraths-Consens vertretenden, Transchein der vorgesetzten Vergbehörde ihm unmittelbar beigebracht hat. Sie haben diese Vorschrift gehöhrig bekannt zu machen.

Berlin, den 29. Mai 1833.

An

(gg.) Friedrich Wilhelm.

den Staats-Minister Gebr. v. Altenstein und v. Schumann.

wird hierdurch zur Nachachtung für sämtliche Herren Prediger des hiesigen Regierungsbezirks bekannt gemacht.

Merseburg, den 23. August 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nach einem Rescripte der Königl. Oberrechnungskammer vom 10. v. M. ist, im Einverständnisse mit dem Königl. Finanz-Ministerio, der §. 7. des Reglements über die Bewilligung von Grundsteuerlassen im Herzogthume Sachsen vom 8. Mai 1828 dahin erläutert worden, daß das festgesetzte Erlass-Maximum von zwei Jahren nicht überschritten werden darf, es mögen die Gebäude, deren Vernichtung im §. 7. vorausgesetzt wird, mit eingeschwertten Früchten, oder leer abgebrannt seyn.

Um Anspruch auf einen zweijährigen Steuererlass zu haben, genügt es und ist erforderlich, daß der Beschädigte nachweist, sämtliche zu einem Hofe gehörrige Ge-

Nr. 359.

Das polizeiwidrige Herumtreiben der Olitäten-Händler betr.

Nr. 340.

Wegen des von den Berg-, Hütten- oder Salinen-Arbeitern, Verhinderung ihres Aufgebots, bei dem Geistlichen beizubringen den Mangel.

Nr. 341.

Festsetzung des Grundsteuer-Erlass-Maximum bei Brandschäden an Gebäuden und eingeschwertten Früchten.

Häube durch Brand verloren zu haben. Dieser Ausdruck ist aber dahin zu erklären, daß nur sämtliche zum Wirtschaftsbetriebe bestimmte Gebäude darunter verstanden werden und die volle zweijährige Remission dennoch gewährt wird, wenn auch, nach Einsäherung aller Wohn- und Wirtschaftsgebäude, vielleicht Altsiger, Häuser, Schuppen, Schirrkammern, oder Thorhäuser stehen geblieben sind.

Der Fall, wo wegen Fruchtverlust eine Remission gewährt werden kann, ist ganz specfcll im §. 8. allegirt und tritt nur ein, wenn bei Einsäherung von Scheunen oder Stallungen, oder in Städten von Hintergebäuden, erweislich eine bedeutende Quantität eingesäherter Früchte mit verbrannt ist. Bei der Specialität dieser Bestimmung kann demselben keine analoge Anwendung gegeben werden, und es muß jedenfalls festgehalten werden, daß, wenn auch ein Grundbesitzer nachweist, daß seine sämtlichen Gebäude vor dem Abbrennen mit Früchten angefüllt gewesen, und diese mit verbrannt sind, dennoch auf einen solchen Verlust keine besondere Rücksicht genommen werde, vielmehr in der Gewährung des Erlass-*Maximi* von zwei Jahren derselbe ebenfalls gebührend beachtet sey.

Dies wird den Einsassen, Orts- und Kreisbehörden hiermit zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Merseburg, den 21. August 1833.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 342.  
Hypotheken-  
sachen.

Dem Publico wird bekannt gemacht,

I. daß die Hypothekenbücher,

- a) über die in Sittler Flur gelegenen, zu denen unter Jurisdiction der Domprobsteigerichte zu Merseburg stehenden Häusern in Sittler gehörigen Pöntinenz-Feldgrundstücke, zur Gerichtsbarkeit des Rönlgl. Gerichtsamts Lützen gehörig, und
- b) über die geschlossenen Grundstücke in Ostrau, zur Gerichtsbarkeit des Rönlgl. Gerichtsamts für den Landbezirk zu Merseburg gehörig, vollendet und an die betreffenden Gerichtsämter abgegeben worden sind.

Der Erwerb von diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen.

- II. daß die Hypothekentabelle über die in Wegwitzer Aue gelegenen zwei Acker Wiese, welche in das Hypothekenbuch von Wegwitz sub Nr. 1. werden eingetragen werden, und zu dem in Rodden sub Nr. 8. gelegenen Hause des Carl Friedrich Sellmann pertinentialiter gehören, vollendet ist, und in dem Zeitraume vom 1. September bis 1. November d. J. in unserm Hypotheken-Archive eingesehen werden kann. Nach diesem Zeitraume finden Erinnerungen dagegen nicht weiter Statt.

Halle, den 9. August 1833.

Rönlglich Preussisches Landgericht.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
33. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 7. September 1833.

## Nachstehendes Rescript:

Die in dem Circular-Rescripte des Ministerii des Innern vom 9. Juni 1828 enthaltenen Bestimmungen über die Verwendung der Polizei-Strafgelder sind von mehreren Behörden dahin gedeutet worden:

daß nach denselben den Inhabern der Local-Polizei-Gerichtbarkeit alle im Strafgesetze weder als fideicommis bezeichnete noch zu einem bestimmten Fonds gewiesene Geldstrafen gehörten, mithin auch diejenigen, welche wegen solcher Polizei-Contraventionen festgesetzt werden, die entweder (wie dies z. B. hinsichtlich der von den Inhabern der Jurisdiction selbst begangenen Contraventionen und der auf dem Lande vorgefallenen Vergehen gegen die polizeilichen Bestimmungen des Regulativs vom 28. April 1824, über den Gewerbebetrieb im Umherziehen der Fall ist) durch ausdrückliche gesetzliche Vorschriften der Competenz der Local-Polizei-Behörden entzogen sind, oder hinsichtlich deren diese Competenz nach den Allerhöchsten Cabinet's-Befehlen vom 13. Januar 1828 und vom 8. März 1830 und dem Circular-Rescript des Ministerii des Innern und der Polizei vom 23. Mai 1830, als begründet nicht zu erachten ist.

Diese Deutung entspricht jedoch der von des Königs Majestät genehmigten Ansicht des Staats-Ministerii nicht; vielmehr ist nach derselben bei allen Polizei-Contraventionen derjenige als Inhaber der Polizei-Jurisdiction zu betrachten, welchem die Entscheidung über Contraventionen der in Rede stehenden Art in den Gesetzen zugewiesen ist, und diesem gebühren demnach auch die eingezogenen Geldstrafen, wobei es indeß, wie schon das Circular-Rescript vom 9. Juni 1828 erwähnt, darauf, durch welche Behörde die Strafen im einzelnen Falle festgesetzt werden, nicht ankommt.

Aus dem in dem gedachten Rescript aufgestellten Grundsatz folgt übrigens von selbst:

daß die Ortsarmenklassen auf Polizei-Strafen, die ihnen nicht durch das Strafgesetz ausdrücklich überwiesen werden, und namentlich auf Gewerbe-Polizei-Strafen, keinen Anspruch machen können, und die in früheren Verfügungen, z. B. in dem Rescript vom 5. Januar 1824 an die Königl. Regierung zu Coblenz ausgesprochenen, von manchen Behörden irrtümlich noch

Nr. 345.

Das Verfa-  
ren in Polizei-  
Contraven-  
tions-Sachen  
betr.

für gültig gehaltenen entgegenstehenden Bestimmungen nicht mehr anwendbar sind.

Die Königl. Regierung hat darauf zu halten, daß diese zur Kenntniß Ihrer Unterbehörden zu bringende Declaration der Circular-Versfügung vom 9. Juni 1828 in allen vorkommenden Fällen gehörig berücksichtigt werde.

Berlin, den 29. Juli 1833.

Finanz-Ministerium.	Ministerium des Innern	Ministerium des Innern
(gez.) Maassen.	und der Polizei.	für Handel und Gewerbe.
	In Abwesenheit des Herrn	In Abwesenheit Sr. Excellenz
	Chefs Excellenz:	des Herrn Chefs:
	(gez.) Koehler.	(gez.) Beuth.

An  
die Königl. Regierung zu Merseburg.

2154. P. A.

wird hierdurch zur Kenntniß und Nachachtung der betreffenden Behörden gebracht.

Merseburg, den 28. August 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 344.  
Hypotheken-  
sachen.

Die Hypothekenbücher über die beim Rittergut Uebigau Ersten Theils befindlichen geschlossenen und Wandelgrundstücke sind fertig und ist nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen, wie hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Rittergut Uebigau Ersten Theils, den 22. August 1833.

Das Patrimonial-Gericht daselbst.

Germann, als Justitiar.

Nr. 345.  
Hypotheken-  
sachen.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Hypothekenbuch über die zu Großwillsdorf belegenen geschlossenen Güter und Häuser vollendet ist und Hinfichts ihrer der Erwerb neuer Hypothekenrechte nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Markröhlitz, den 24. August 1833.

Das von Holderiedersche Patrimonial-Gericht.

Schier.

Nr. 346.  
Hypotheken-  
sachen.

Die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypotheken- und Landungstabellen über die sämtlichen Wohnhäuser und die walzenden Grundstücken des hiesigen Dorfes und der dazu gehörigen Flur sind fertig und liegen von dem 1. September bis mit dem letzten October dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Weipensfeld zu der Einsicht und der Anmeldung etwaiger Erinnerungen bereit, was hiermit unter der Verwarnung bekannt gemacht wird, daß nach dem Ablaufe dieses Termins keine Erinnerungen dagegen weiter angebracht werden können.

Untergreiskau, den 24. August 1833.

Das Herrlich Wiedemannsche Patrimonial-Gericht.

Meßner.



# Personal-Chronik.

Als Pfarrer sind angestellt nachstehend genannte Candidaten des Predigtamts: Nr. 547.

- 1) Karl Theodor Ludwig Rütbe, als Pfarrer in Alterode, Epchorie Ernslieben;
- 2) Doctor der Philosophie, Wilhelm Ludwig Schürer, als Pfarrer in Hohenlohe, Epchorie Merseburg.

Weiter befördert sind:

- 1) der Diaconus in Zahna, Friedrich Wilhelm Poyda, als Pfarrer in Gdrfschen, Epchorie Naumburg;
- 2) der Prediger an der Strafanstalt in Lichtenburg, Immanuel Ferdinand Hansi, als Pastor an der Stadtkirche in Wahrenbrück, Epchorie Liebenwerda;
- 3) der Diaconus an der Sct. Nicolaikirche in Eisleben, Dr. Lindemann, als Pastor an derselben Kirche.

Als Schullehrer sind neu angestellt nachstehend genannte Candidaten des Schulamts:

- 1) Friedrich August Wilhelm Nipsche, als Schulmeister und Küster in Priestlich, Epchorie Eilenburg;
- 2) Ernst Moritz Gotthold Salzmänn, als Schulsubstitut zu Griefstedt, Epchorie Helldungen.

Weiter befördert sind:

- 1) der Organistsubstitut und dritte Knabenlehrer in Ebnern, Johann Andreas Gottlob Franz, als Cantorsubstitut und zweiter Lehrer an der Knabenschule daselbst;
- 2) der Kinderlehrer in Lobitzsch, Johann Gottfried Burkhardt, als Schulmeister und Küster zu Steinbrücken, im Amte Heringen;
- 3) der Schulmeister in Neuchen, Karl Friedrich Neumann, als Schulmeister und Küster in Meineweh, Epchorie Liffen;
- 4) der Schulmeister in Oerthau, Johann Gottlob Nipsche, als Schulmeister und Küster in Theifen, Epchorie Liffen;
- 5) der Schulsubstitut in Capelle, Epchorie Bitterfeld, Gottfried Christoph Krimmling, als wirklicher Schulmeister und Küster daselbst;
- 6) der Kinderlehrer in Wildschütz, Friedrich Gottlob Reichelt, als Schulmeister und Küster in Mufchwig, Epchorie Merseburg;
- 7) der vierte Mädchenlehrer an der Bürgerschule in Merseburg, Johann Gottfried Herrmann, als dritter Mädchenlehrer an derselben Schule;
- 8) der Elementarlehrer an der Bürgerschule zu Merseburg, Heinrich Gottlieb Bloßfeld, als vierter Mädchenlehrer an dieser Schule;
- 9) der Hilfslehrer an der Seminarschule in Weißenfeld, Christoph Friedrich Raugleben, als Elementarlehrer an der Bürgerschule in Merseburg;
- 10) der Kinderlehrer in Kahla, Christian Herz, als Schulmeister in Zülldorf, Epchorie Herzberg.

Merseburg, den 29. August 1833.

Nr. 548.

# R a t h w e i s u n g

der

im Monate August 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden.  
den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.								Kartof- feln		Brannt- wein		Rauchfutter.									
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbſen		Linsen		Schf.	Quart	ſg. pf.	Heu		Stroh										
	der Preussische Scheffel								der Preussische Scheffel									à Cent.		à Schock.										
	tbl.	ſg.	pf.	tbl.	ſg.	pf.	tbl.	ſg.	pf.	tbl.	ſg.	pf.	tbl.	ſg.	pf.	tbl.	ſg.	pf.	tbl.	ſg.	pf.	tbl.	ſg.	pf.						
1 Merseburg	1	14	5	1	1	11	—	26	2	—	22	10	—	—	—	1	20	—	2	10	—	16	—	5	—	1	10	—	5	—
2 Halle	1	17	—	1	4	4	—	25	9	—	21	7	4	25	—	1	15	—	2	10	—	16	—	3	4	1	10	—	5	15
3 Naumburg	1	12	10	1	1	7	—	24	9	—	19	9	4	20	—	1	20	—	2	—	—	15	—	4	6	1	5	—	5	—
4 Torgau	1	10	6	1	4	10	—	23	—	—	23	9	4	10	—	2	—	—	—	—	—	12	6	4	—	1	10	—	5	—
5 Wittenberg	1	18	5	1	6	11	—	1	5	5	—	26	7	5	10	—	—	—	—	—	—	18	—	4	—	—	—	—	—	—
6 Eisleben	1	16	1	1	4	5	—	26	5	—	25	2	5	10	—	2	20	—	3	10	—	24	3	4	5	—	25	10	4	18
7 Zeitz	1	16	6	1	4	9	—	26	5	—	21	11	5	11	5	1	8	7	2	10	8	—	12	6	5	—	1	8	9	6
8 Quedſurth	1	15	—	1	6	8	—	26	3	—	22	5	4	5	—	1	15	—	1	15	—	1	—	5	—	1	5	—	4	—
9 Bitterfeld	1	19	4	1	4	10	—	28	11	—	25	2	—	—	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	—	5	—

Merseburg, den 4. September 1833.

R ö n i g l i c h P r e u ß i ſ c h e R e g i e r u n g .

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

34. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 14. September 1833.

Nach einem Befehl der Königl. Hohen Ministerien des Innern für Handel und Gewerbe und der Polizei vom 26. v. M. soll von den früher ohne Zeitbestimmung, jedoch in der Voraussetzung einer baldigen Benutzung erteilten, bis jetzt aber unbenutzt gebliebenen Concessionen zur Anlage von Wind- und Wassermühlen, innerhalb Jahresfrist, vom Tage dieser Bekanntmachung an, Gebrauch gemacht werden, widrigenfalls darauf nicht weiter Rücksicht genommen werden könne.

Sämmtliche Königl. Landrathsämter werden hierdurch aufgefordert, diejenigen Polizei-Beörden darzu anzuweisen, in deren Bezirken Concessionen der vorge-  
dachten Art erteilt worden und bis jetzt unbenutzt geblieben sind.

Merseburg, den 28. August 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bei dem Abdruck der Arzneitaxe für das Jahr 1833 haben sich bei nachbenannten Positionen Druckfehler eingeschlichen, welche folgendermaßen zu berichtigen sind:

- 1) pag. 4. bei Bismuth. nitric. praec. soll der ausgeworfene Preis von 3 Egr. 8 Pf. nicht wie in der Taxe irrig angegeben ist, für 1 Unze, sondern für 1 Drachme gelten, wogegen die für die nachfolgenden, sub B. noch aufgeführten Positionen ausgeworfenen Preise sich wieder auf 1 Unze beziehen;
- 2) pag. 26. die für die hier aufgeführten Wurzeln von Radix alcannae bis Radix Belladonnae gr. mod. pulv. ausgeworfenen Preise beziehen sich nicht auf 1 Drachme, sondern auf 1 Unze, daher bei diesen sämmtlichen Positionen statt 1 Drachme, 1 Unze zu setzen ist.

Indem wir zu Folge Rescripts des Königl. Hohen Ministerii der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 19. v. M. diese Druckfehler nachträglich anzeigen, verpflichten wir hiermit die Apotheker zu deren Verichtigung.

Merseburg, den 7. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Filial-Gemeinde Rödern, Ephorie Delitzsch, hat im Jahre 1832 ein neues, zweckmäßig eingerichtetes Schulhaus aus eigenen Mitteln erbaut.

Die Gemeinde Rehehausen, Ephorie Edartsberga, hat in diesem Jahre aus eigenen Mitteln ihre Kirche im Innern ausweisen, einen neuen Altar in derselben bauen lassen und die Kanzel neu bekleidet.

Die Filial-Gemeinde Steinbach, Ephorie Edartsberga, hat in diesem Jahre mit einem bedeutenden Kostenaufwande ein neues gut eingerichtetes Schulhaus erbaut.

Dieses lobenswerthe Bestreben genannter Gemeinden, für die Verbesserung ihres Kirchen- und Schulwesens nach Kräften mitzuwirken, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 28. August 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 352.

Die Ein-  
sendung der Klas-  
sen-Steuer-  
Ab- und Zu-  
gangsslisten.  
bets.

Nach der Instruction für die Erhebung der Klassensteuer vom 18. August 1820, §. 16. sind die Gemeinden verpflichtet, die Klassensteuer-Ab- und Zugangsslisten jedesmal spätestens bis zum 20. Juni und 20. December bei dem Landrathe des Kreises einzureichen; der betreffende Landrath hat dagegen, nach Inhalt des Circular-Rescriptes des Königl. Hohen Finanz-Ministerii vom 18. August 1820, §. 4. diese Ab- und Zugangsslisten nebst der von ihm zusammenzustellenden Kreisliste dergestalt zeitig an die Regierung einzusenden, daß die Festsetzung der Listen, und die Ertheilung der hiernach erforderlichen Verfügungen noch vor Eintritt des Hebungs-Termines für den ersten Monat des betreffenden Semesters erfolgen kann. In Gemäßheit dieser Bestimmungen haben wir durch die Circular-Verfügung vom 5. Mai 1825, Nr. 11,052. angeordnet, daß die Klassensteuer-Ab- und Zugangsslisten fürs I. Semester spätestens bis zum letzten Juni, dieselben Listen fürs II. Semester aber, nach der Circular-Verfügung vom 25. Januar 1830, Nr. 1330. spätestens bis zum letzten December des laufenden Jahres von den Herren Landräthen bei uns eingereicht seyn müssen.

Da diese Termine zeither nicht immer pünktlich eingehalten worden sind, wie-wohl solches für die Aufrechthaltung der Ordnung in der Klassensteuer-Erhebung unerläßlich ist, so bringen wir dieselben wiederholt in Erinnerung, mit der Bemerkung, daß, wenn die gedachten Listen resp. am 1. Juli fürs I. und am 1. Januar fürs II. Semester hier nicht eingegangen seyn sollten, dieselben durch Absendung eines expressen-Boten auf Kosten der säumigen Behörde von uns werden eingeholt werden, und daß die landrätlichen Behörden in eben der Art gegen diejenigen Gemeinden zu verfahren haben, die bis zu dem für sie gesetzten Einsetzungstermine, resp. den 20. Juni und 20. December die fraglichen Listen nicht pünktlich an die landrätliche Behörde eingereicht haben sollten.

Merseburg, den 3. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 353.

Die Inzuläs-  
sige von Nach-  
geboten bei Li-  
citationen bir.

Des Herrn Finanz-Ministers Excellenz hat durch eine, unterm 29. Juni dieses Jahres erlassene, Verfügung bestimmt, daß bei Licitationen Nachgebote in der Regel nicht angenommen werden sollen.

Wir weisen demnach sämtliche Behörden unser<sup>s</sup> Ressorts hierdurch an, sich nach dieser Vorschrift bei allen öffentlichen Ausbietungen ohne Unterschied, namentlich bei Veräußerungen, Verpachtungen, Entreprise-Contracten u. s. w., soweit wir nicht in einzelnen Fällen das Gegentheil ausdrücklich anordnen, auf das genaueste zu achten und in den Licitations-Bedingungen jedesmal besonders zu bestimmen, daß dergleichen Nachgebote keine Berücksichtigung finden würden.

Uebrigens behalte es bei unserer Circular-Verfügung vom 10. November 1832 (17,795. III.)

wonach in geeigneten Fällen der Zuschlag sofort im Termine erteilt werden kann,

sein Bewenden und ist solches nicht nur in den Licitations-Bedingungen zu bemerken, sondern bei der öffentlichen Bekanntmachung des Licitations-Termines besonders zu erwähnen.

In gleicher Art ist auch von nun ab in den öffentlichen Bekanntmachungen der Licitations-Termine ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß nach obiger Bestimmung Nachgebote nicht angenommen werden würden.

Die Ansetzung gehörig geräumiger Termine für die Licitationen empfehlen wir bei dieser Gelegenheit wiederholt an.

Indem wir das Publikum von diesen Bestimmungen ebenfalls in Kenntniß setzen, bemerken wir, daß wir dieselben strenge aufrecht erhalten und Nachgebote daher überall unberücksichtigt lassen werden.

Merseburg, den 6. September 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

### Personal-Chronik.

Durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 2. Juli d. J. haben Se. Majestät der Königl. Regierung die bisherigen Superintendenzur-Respicienten, Prediger Winzer zu Oberröblingen, zum Superintendenten der Dices Schraplau zu ernennen geruht. Nr. 554.

Bei dem zu Magdeburg bestehenden Revisions-Collegio für den Bezirk der Königl. General-Commission zur Regulirung der guthehrliehen und bäuerlichen Verhältnisse in Stendal ist an die Stelle des jetzigen Oberlandesgerichts-Chef-Präsidenten Herrn Fülleborn zu Marienwerder, der Oberlandesgerichts-Vice-Präsident Herr Selbstherr zum Director und an die Stelle des jetzigen Geheimen Ober-Rathes Herrn Wehrmann, der Regierungs-Rath Schulz zum Mitgliede bei diesem Collegio ernannt worden. Nr. 355.

Magdeburg, den 4. September 1833.

Der früher bei der Königl. Regierung in Magdeburg angestellte Referendaricus v. Almann ist in gleicher Eigenschaft zur hiesigen Regierung versetzt worden. Nr. 356.

Merseburg, den 20. August 1833.

Nr. 557. 1) Die hiesigen Oberlandesgerichts-Auskultatoren Paul Eduard Pfotenbauer, Johann Andreas Werner, Friedrich Traugott Franz Wig, Wilhelm Rüttner und Heinrich Ebristoph Stecher sind resp. den 2. Juli, 5. Juli und 14. Juli c. zu Oberlandesgerichts-Referendarien hieselbst befördert;

2) der Kammergerichts-Referendarius Friedrich Wilhelm Wilberg ist den 12. Juli c. zum hiesigen Oberlandesgericht,

3) der Auscultator Ludwig Otto Schede ist den  $\frac{15. \text{ Juli}}{1. \text{ August}}$  c. von dem Stadtgericht in Berlin zu dem Landgericht in Halle versetzt;

4) der Criminal-Actuar Franz Hasper zu Wittenberg ist nach dem Tode des ersten Landgerichts-Secretairs Reinhold und dem Austrücken des zweiten Landgerichts-Secretairs Karl Ernst Adler in die erste Stelle, zum zweiten Secretair bei dem Landgericht zu Wittenberg den 7. August c. ernannt;

5) der invalide Unterofficier Johann Grabow ist den 19. Juli c. zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamt für den Stadtbezirk Wittenberg an des verstorbenen Büttner Stelle,

6) der invalide Unterofficier und Polizei-Sergeant Karl Bath ist den 30. August c. zum Gefangenwärter bei dem Inquistoriate zu Halle an des verstorbenen Ranngießer's Stelle angenommen und bestellt.

Nr. 558.

1) Der Criminal-Richter Dambach zu Querfurth ist als Criminal-Rath in die Criminal-Deputation des Stadtgerichts zu Berlin den 13. August c. versetzt;

2) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar Gustav Adolph Möbner ist den 19. August c. zum Assessor bei dem Kammergericht in Berlin ernannt;

3) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auskultatoren Friedrich Curt Schmidt III. und Gustav Adolph Möbius sind resp. den 5. August und 7. August c. zu Oberlandesgerichts-Referendarien befördert;

4) dem hiesigen Oberlandesgerichts-Referendar Karl Eduard Grabs ist die nachgesuchte Entlassung aus seinem hiesigen Dienst-Verhältnisse den 16. August c.,

5) den hiesigen Oberlandesgerichts-Auskultatoren Ludwig Ferdinand Harnisch und Ernst Florenz Becker ist die nachgesuchte Entlassung aus ihrem hiesigen Dienst-Verhältnisse den 12. August und 30. August c.,

6) dem hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultator Otto Theodor Vollmann ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justiz-Dienste den 2. August c. erteilt, und

7) der Candidat der Rechte, Gustav Adolph Birkner, ist den 21. August c. zum Auscultator angenommen.

Raumburg, den 3. September 1833.

# A m t s - B l a t t

## der

### Königlichen Regierung zu Merseburg.

#### 35. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 28. September 1833.

#### V e r z e i c h n i s s

der Vorlesungen bei der Königl. medicinisch-chirurgischen Lehr-  
Anstalt zu Magdeburg für das Winter-Semester 1833 — 34.

Herr Regierungs-Medicinalrath Dr. Andrea wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 4—5 Uhr die allgemeine und den ersten Theil der speciellen Therapie vortragen, und Montag, Dienstag und Freitag von 3—4 Uhr die Augenheilkunde theoretisch und practisch lehren.

Herr Medicinalrath Dr. Brüggemann wird täglich, mit Auschluss des Sonntags, von 3—4 Uhr die gesammte Anatomie, Mittwoch und Sonnabend von 4—5 Uhr Osteologie, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 4—5 Uhr die Physiologie vortragen und täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 9—12 Uhr die Secir-Übungen leiten.

Herr Medicinalrath Dr. Dohlfhoff wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 5—6 Uhr die allgemeine und den ersten Theil der speciellen Chirurgie vortragen und täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 12—1 Uhr chirurgisch-klinischen Unterricht im allgemeinen Stadt-Krankenhaus erteilen.

Herr Medicinal-Assessor Michaelis wird Montag, Mittwoch und Sonnabend von 9—10 Uhr die Encyclopädie der Naturwissenschaften lehren.

Herr Kreisphysikus Dr. Riemeyer wird täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 10—11 Uhr im allgemeinen Stadt-Krankenhaus klinischen Unterricht in der Behandlung innerer Kranken erteilen.

Herr Regimentärarzt Professor Dr. Scheibler wird Mittwoch und Sonnabend von 4—6 Uhr über die Operations-Lehre Vorlesungen halten.

Herr Prediger Dr. Jenzsch wird Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 2—3 Uhr lateinische und deutsche Sprachübungen halten.

Herr Dr. Faber wird Dienstag und Freitag von 2—3 Uhr die Augenheilkunde und Mittwoch und Sonnabend von 3—4 Uhr die Therapie repetiren.

Herr Dr. Schulze wird Montag und Mittwoch von 8—9 Uhr die Physiologie und Dienstag und Donnerstag von 8—9 Uhr die Encyclopädie der Naturwissenschaften repetiren.

Herr Barges, Wundarzt erster Klasse, wird Sonnabends Morgens von 7—9 Uhr

Nr. 359.

Die Vorlesungen bei der Königl. medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt zu Magdeburg betr.

die Knochen- und Vänderlehre, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 1—2 Uhr die gesammte Anatomie, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 7—8 Uhr die Chirurgie, und Montag und Donnerstag Morgens von 7—8 Uhr die Operationslehre repetiren.

Die schulwissenschaftlichen Prüfungen Behufs der Aufnahme neuer Zöglinge werden am 31. October und 1. November c. Statt finden. Alle diejenigen, welche den Eintritt in die Anstalt wünschen, haben sich, mit den erforderlichen Zeugnissen versehen, bis zum 29. October c. bei dem Herrn Regierungs-Medicinal-Rath Dr. Andred zu melden.

Die Vorlesungen nehmen mit dem 4. November c. ihren Anfang.

Vorstehendes Verzeichniß der Vorlesungen bei der Königl. medicinisch-chirurgischen Lehranstalt zu Magdeburg wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 18. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 360.

Die Ertheilung von Gewerbscheinen an solche Inländer betreffend, welche in dem Bezirke einer andern Regierung wohnen, als derjenigen, bei welcher der Gewerbschein extrahirt wird.

Nachstehende Bestimmung der Königl. Hohen Ministerien der Finanzen, des Innern für Handel und Gewerbe und der Polizei:

Die unterzeichneten Ministerien haben beschlossen, von dem im Circular-Rescripte vom 2. April 1830 mit Bezug auf §. 9. des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 aufgestellten Grundsätze:

daß Inländern nur von der Regierung, in deren Bezirke sie wohnhaft sind, Gewerbscheine ausgefertigt werden dürfen, für diejenigen Fälle eine Ausnahme zu gestatten, in denen der Nachsuchende sein Gewerbe im Regierungs-Bezirke seines Wohnorts aus irgend einem Grunde gar nicht betreiben will.

Es wird daher hierdurch bestimmt, daß von den Regierungen in solchen Fällen auch den nicht in ihren Bezirken wohnhaften Inländern Gewerbscheine zum umherziehenden Gewerbs-Betriebe ausgefertigt werden dürfen, jedoch nur dann, wenn die Gesuche durch die Regierung des Wohnorts mit deren ausdrücklichen Erklärung an sie gelangen, daß gegen die persönliche Qualification des Nachsuchenden nichts zu erinnern ist. Hiernach hat die Königliche Regierung zu verfahren.

Berlin, den 30. August 1833.

Finanz-Ministerium.	Ministerium des Innern	Ministerium des Innern
(gez.) Maassen.	für Handel und Gewerbe.	und der Polizei.
	In Abwesenheit des Herrn	In Abwesenheit des Herrn
	Chefs Excellenz:	Chefs Excellenz:
An	(gez.) Beuth.	(gez.) Roehler.

die Königl. Regierung zu Merseburg.

Nr. 9701. W. d. J. für H. III. 14299. Fin. Min. 2069. W. d. J. u. d. Polizei. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 17. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.



Se. Majestät der König haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 19. August d. J. zu bestimmen geruht, daß Halle statt Wettin die künftige Kreisstadt des Saalkreises seyn soll, was wir hierdurch mit der Bemerkung zur öffentlichen Kenntniß bringen, daß vom 1. October d. J. ab, das Landrätthliche Amt des Saalkreises seinen Sitz in der Stadt Halle haben wird.

Merseburg, den 18. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 361.  
Die Erneuerung der Stadt Halle als Kreisstadt des Saalkreises betr.

Auf den Bericht vom 30. vorigen Monats wird dem Königl. Oberlandesgericht eröffnet, daß unbedenklich auch bei Patrimonial-Gerichten zu Verhandlungen des Mandats-, summarischen und Bagatell-Processes nach §. 73. der Verordnung vom 1. Juni dieses Jahres, die Zuziehung eines Protocollführers in allen den Fällen erforderlich ist, wo dessen Zuziehung bei andern Gerichten erfolgen muß.

Da das Gesetz die Zuziehung eines Protocollführers hauptsächlich aus dem Grunde verlangt, um dadurch für die Sicherheit der Partheien zu sorgen, so können zwei Schöppen oder Gerichtsbeisitzer, die Stelle eines Protocollführers unbedenklich vertreten.

Uebrigens bedarf es eines Protocollführers nicht bei Ausnahme der Klage, der Einwendungen im Mandats-Proceß und der Appellations-Beschwerde, weil hier nicht im Proceß verhandelt, sondern eine einseitige Erklärung aufgenommen wird.

Berlin, den 6. September 1833.

Der Justiz-Minister,

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

(gez.) M ü h l e r.

I. 2975.

Vorstehende Ministerial-Verordnung wird hierdurch sämmtlichen Gerichten im Bezirke des hiesigen Oberlandesgerichts zur Nachachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 13. September 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Es ist der Fall vorgekommen, daß Untergerichte bei Testaments-Aufnahmen außerhalb des Gerichtsortes nicht allein Diäten und Reisekosten, sondern auch noch Commissions-Gebühren erheben; und diese Erhebung auf eine unrichtige Deutung des Rescripts vom 4. August 1823 gründen.

Eine solche Bestimmung enthält aber das letztere nirgends, da es nur verordnet, daß die im Rescript vom 20. August 1819 erwähnten Commissions-Gebühren auch auf die landgerichtlichen, und resp. gerichtsamtslichen Beamten Anwendung finden sollen, wogegen in den Rescripten,

vom 24. März 1820. Jahrb. Bd. 15. p. 37. und 4. October 1822. Jahrb. Bd. 20. p. 288.

auf bestimmte verordnet und resp. erwähnt ist:

daß, wenn der Richter für Aufnahme eines Testaments außer dem Gerichtsorte Diäten liquidirt, er auf Commissions-Gebühren keinen Anspruch machen kann,

und

daß die Worte „Commissions-Gebühren und Diäten“

Nr. 362.  
Die Ausziehung eines Protocollführers bei Patrimonial-Gerichten zu Verhandlungen des Mandats- u. Proceßes betr.

Nr. 363.  
Die Commissions-Gebühren u. bei Testaments-Aufnahmen außer dem Gerichtsorte betr.

(Sportul-Taxe für die Untergerichte. Abschn. V. 80. c.)  
 nur disjunctiv und beziehungsweise für die Fälle, wo das Testament am Orte des Gerichts außerhalb der Gerichtsstelle, oder außerhalb dem Orte des Gerichts oder angenommen worden, gebraucht sind.

Im ersten Falle treten Commissions-Gebühren, (deren Höhe der Abschnitt V. Nr. 47.<sup>a</sup> bestimmt) im letztern aber Diäten ein, und die Kasse erhält die im Abschn. V. 80. A. oder B. gedachten Sätze.

Hiernach haben sich die Untergerichte des uns anvertrauten Departements auf das genaueste zu achten.

Raumburg, den 7. September 1833.

Königl. Preuss. Oberlandesgericht von Sachsen.

**Nr. 364.** Die ärztliche Untersuchung der, der Departements-Ersatz-Commission bei ihrer diesjährigen Versammlung vorschristsmäßig zur Super-Revision vorzustellenden Militairpflichtigen, so wie die Aushebung der Ersatzmannschaften aus den nachbenannten, zum Ergänzungs-Bezirk der 7ten Landwehr-Brigade gehörigen Kreisen des Merseburger Regierungs-Departements, wird:

im Sangerhäuser Kreise, . . .	Montags, den 7.	} October c., zu Sangerhausen,
	und Dienstags, „ 8.	
im Mannsfelder See-Kreise, . .	Mittwochs, „ 9.	} October c., zu Eisleben,
im Mannsfelder Gebirgs-Kreise, .	Donnerstags, „ 10.	
im Querfurter Kreise, . . . .	Sonnabends, „ 12.	} „ „ zu Querfurt,
im Merseburger Kreise, . . . .	Montags, „ 14.	
im Saal-Kreise, . . . . .	Dienstags, „ 15.	} „ „ zu Halle,
im Halleschen Stadt-Kreise, . .	Mittwochs, „ 16.	

von Morgens um 7 Uhr an,

stattfinden.

Damit nun diejenigen Militairpflichtigen, welche sich dabei mit zu stellen haben, sich gehörig dazu einfinden, so wie die Individuen, welche gegen die Entscheidungen der Kreis-Ersatz-Commissionen reclamiren zu können glauben, sich gehörig zeitig mit den zur weiteren Begründung ihrer Reclamationen erforderlichen Beweismitteln versehen und solche noch zu gehöriger Zeit bei den betreffenden Herren Kreis-Landräthen einreichen können, bringen wir vorge dachte Termine hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß auf später derartige Reclamationen keine weitere Rücksicht genommen werden kann und alle etwa, nach erfolgter Aushebung und Vereidigung der zu reclamirenden Individuen, noch eingehenden Anträge, durchaus zurückgewiesen werden müssen.

Magdeburg und Merseburg, den 18./22. September 1833.

Der General-Major u. Brigade-Commandeur, Der Regierungs- u. Militairdepartementsrath, von Wulffen. Schulz.

**Nr. 365.** Die Landrathsstelle des Saalkreises ist dem Königl. Regierungs-Assessor, Herrn von Bassewitz, Allerhöchsten Orts verliehen worden, und wird derselbe seine Function mit dem 1. October c. antreten. Merseburg, den 18. September 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 36. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. October 1833.

Bei der heute in Merseburg erfolgten 24. Verloosung der vormalß Sächßischen Kammer-Credit-Kassenscheine sind folgende Nummern gezogen worden, als:

von Litt. B. à 500 Thlr.	Nr. 80. und 407.
„ „ D. à 50 „	Nr. 636.
„ „ A. à 1000 „	Nr. 244. 301. 420. 519. 639. 744. 1039. 1116. 1444. 2059. 2290. 2696. 3035. 3059. und 3174.

Nr. 366.  
Ausgelooßte  
Kammer-Cre-  
dit-Kassen-  
scheine betr.

Außerdem sind von den unzinßbaren Kammer-Credit-Kassenscheinen Litt. E. à 27. Thlr., die Scheine Nr. 63. und von Nr. 1698. bis 2380. zur Zahlung im künftigen Oßter-Termin ausgesetzt worden.

Die Inhaber der obigen verlooserten und woszu zur Zahlung ausgesetzten Scheine werden daher aufgefordert, nach erfolgtem Eintritte des Oßter-Termins 1834 in den Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der dazu gehörißen Talons und Coupons bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Kasse in Empfang zu nehmen.

Merseburg, den 24. September 1833.

Im Auftrage der Königlich Preußischen Hauptverwaltung der  
Staatsschulden.

Der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident v. Rochow.

Mit Bezug auf unsere Verfügung vom 29. Januar d. J. Seite 25. des diesjährißen Amtsblatts, die Einsendung beglaubigter Abschriften der städtischen Verwaltungss-Stats betreffend, finden wir uns veranlaßt, auch von den städtischen Verwaltungss-Stats für das Jahr 1834 beglaubigte Abschriften zu verlangen und sehen deren Einreichung längstens im Laufe des Monats Januar f. J. entgegen.

Bei Aufstellung der neuen Stats, welche nach §. 124. der Städteordnung noch vor Anfang des neuen Jahres erfolgen muß und die möglichst nach dem unserer Instruction für das städtische Stats-, Kassen- und Rechnungswesen vom 30. März 1832 beigefügten Schema einzurichten sind, müssen die mehreren Städten zu den vorjährißen Stats gemachten Erinnerungen berücksichtigt werden, vorzüglich aber muß jeden Orts, wo solches noch nicht geschehen, unter Titel XIV. der Ausgabe ein angemessener Schuldentilgungs-Fonds ausgeworfen werden. Der Verfügung von Durchschnittsberechnungen bedarf es bei dieser Stats-Einreichung nicht, wohl aber

Nr. 367.  
Die Einsen-  
dung beglau-  
bigter Abschrif-  
ten der städti-  
schen Verwal-  
tungss-Stats  
für das Jahr  
1834 betr.

sind in dem Begleitungsberichte zu Titel V. A. u. B. der Einnahme des Etats die Satzung der Communal-Ausschläge und directen Ausschreibungen bestimmt anzugeben, auch ist zu Titel II. der Ausgabe „Zinsen von Passiv-Capitalien,“ vorkommenden Falls zu bemerken, welche Capitalien mit mehr als 4 vom Hundert verzinst worden und was die Verminderung des höhern Zinsfußes hindert.

Merseburg, den 27. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung. Abtheilung des Innern.

Nr. 368:

Den diesjähri-  
gen Stadtver-  
ordneten-  
Beschl. betr.

Um Irrungen zuvorzukommen, wird hierdurch erinnert, daß bei dem bevorstehenden zweiten Beschl. der Stadtverordneten und Stellvertreter, nur unter den ältern zuerst erwählten Stadtverordneten und Stellvertretern über den Austritt gelooft werden kann und daß die bei der vorigen ersten Ergänzungswahl erwählten Stadtverordneten und Stellvertreter nicht mit zur Ausloosung kommen können, so wie daß bei dem künftigen Stadtverordneten-Beschl. Ausloosungen gar nicht mehr statt finden, sondern nur immer die ausscheiden, welche drei Jahre sungirt haben..

Merseburg, den 28. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung. Abtheilung des Innern:

Nr. 369.

Die von Geist-  
lichen zur Ue-  
bernahme von  
schaften einzu-  
holende Ge-  
nehmigung.  
betr.

Es sind kürzlich mehrfach Fälle vorgekommen, daß Geistliche ihre Gesuche um die Genehmigung zur Uebernahme von Vormundschaften theils bei den Königl. Regierungen, obson dieselben zu unserm Ressort gehöden, theils bei uns unmittelbar anbracht haben. Wir nehmen hiervon Veranlassung, die Geistlichkeit der Provinz anzuweisen, der bestehenden Vorschrift gemäß dergleichen Gesuche zwar bei uns anzubringen, jedoch dieselben zunächst dem betreffenden Superintendenten zu übersenden, welcher sie, mit seinem Gutachten begleitet, bei uns einreichen wird..

Magdeburg, den 18. September 1833.

Königl. Preuß. Consistorium der Provinz. Sachsen.

Nr. 370.

Die Berech-  
nung der Co-  
pialien bei vi-  
dimirten Ab-  
schriften. betr.

Sämmtliche Untergerichte des uns anvertrauten Departements werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Rescript vom 20. Januar c. Jahrbücher Heft 81. pag. 234. das frühere Rescript vom 29. October 1830 wegen Berechnung der Copialien bei vidimirten Abschriften zurückgenommen worden ist, daher denn auch unser darauf sich gründendes Publicandum vom 11. November 1830 ebenfalls aufgehoben wird.

Raumburg, den 7. September 1833:

Königl. Preuß. Oberlandesgericht: von Sachsen.

Nr. 371.

Anmeldung  
des Weinmost-  
gewinns.

Auf den Grund des §. 5. des Gesetzes vom 25. September 1820, wegen Verän-derung der Weinsteuer, werden alle diejenigen, welche Weinmost gewinnen, aufgefor-  
dert, ihren diesjährigen Gewinn an Weinmost längstens bis zum 26. November d. J. bei dem Steueramte ihres Bezirks, nach der Eimerzahl, schriftlich und damit zugleich den Aufbewahrungsort des Weinmostes anzumelden.

Magdeburg, den 20. September 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director: Sack.

In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1819, §. 6. (Gesetz Nr. 372: Sammlung Nr. 549.) wird hiermit bekannt gemacht, daß dem Gutbesitzer Herrn: **Verloren gegangener Staatschuldchein.**  
**Gottlob Rudolph zu Pleißmar im Eckartsbergaer Kreise der Staatschuldschein:**  
 Nr. 87,366. Litt. H. über 100 Thlr.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es werden daher diejenigen, welche sich jetzt im Besiz des oben bezeichneten Documentes befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Controlle der Staatspapiere oder dem genannten Herrn Rudolph anzuzeigen, widrigenfalls die gerichtliche Amortisation desselben eingeleitet werden wird.

Berlin, den 12. September 1833.

Königliche Controlle der Staatspapiere.

Die Super-Revision derjenigen Militairpflichtigen, welche sich, den besteschen: **Nr. 375.**  
 den Vorschriften nach, bei der diesjährigen Versammlung der Departements-Ersag-Commission, zu einer nochmaligen ärztlichen Untersuchung zu stellen haben, so wie Die ärztliche Untersuchung Militairpflichtiger und Aushebung der Ersagmannschaften betr.  
 die Aushebung der in diesem Herbst aus den zum Ergänzungsbezirke der 8ten Landwehr-Brigade gehörigen Kreisen des Merseburger-Regierungs-Departements, zu gestellenden Ersagmannschaften, wird:

im Eckartsbergaer Kreise,	Mittwoch,	den 30. October c.,	zu Eckartsberga,
„ Raumburger	„ Donnerstags,	„ 31. „ „	„ Raumburg,
„ Zeißer	„ Freitags,	„ 1. Novbr. „ „	„ Zeiß,
„ Weißenfelder	„ Sonnabends,	„ 2. „ „	„ Weißenfels,
„ Delitzscher	„ Montags,	„ 4. „ „	„ Delitzsch,
„ Bitterfelder	„ Dienstags,	„ 5. „ „	„ Bitterfeld,
„ Wittenberger	„ Mittwochs,	„ 6. „ „	„ Wittenberg,
„ Torgauer	„ Freitags,	„ 8. „ „	„ Torgau,
„ Liebenwerdaer	„ Montags,	„ 11. „ „	„ Liebenwerda; und
„ Schweinitzer	„ Dienstags,	„ 12. „ „	„ Herzberg,

von Morgens um 7 Uhr an, stattfinden.

Damit nun diejenigen Militairpflichtigen, welche sich dabei mit zu stellen haben; gebrüg sich dazu einfinden, so wie die Individuen, welche gegen die Entscheidungen der Kreis-Ersag-Commissionen reclamiren zu können glauben, sich gebrüg zeitig mit den zur weitem Begründung ihrer Reclamationen erforderlichen Beweismitteln versehen und solche noch zu gehöriger Zeit bei den betreffenden Herren Kreis-Landräthen einreichen können, bringen wir vorgedachte Termine hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß auf später eingehende derartige Reclamationen keine weitere Rücksicht genommen werden kann und alle etwa, nach erfolgter Aushebung und Vereidigung der zu reclamirenden Individuen, noch eingehenden Anträge durchaus zurückgewiesen werden müssen.

Erfurt und Merseburg, den 28. September 1833.

Der General-Major u. Brigade-Commandeur, Der Regierungs- u. Militairdepartementsrath, von Ledebur. Schulz.

Nr. 374.

Hypotheken-  
sachen.

Dem Publico wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über die geschlossenen Grundstücke von Reuschberg zur Jurisdiction des Königl. Gerichtsamts Lügen gehörrig, bis auf die folia No. 16. 20. 45. 47. und 55. vollendet, und an das Königl. Gerichtsamt Lügen zur Fortführung abgegeben worden ist.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Halle, den 31. August 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 375.

Hypotheken-  
sachen.

Daß das hiesige Hypothekenbuch des unterzeichneten Patrimonial-Gerichts angefertigt ist, wird hiermit mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß der Erwerb der Hypothekenrechte nun nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt wird.

Erumpa, den 16. September 1833.

D a s P a t r i m o n i a l - G e r i c h t .  
Harnisch.

Nr. 376.

Hypotheken-  
sachen.

Die alle drei Rubriken umfassenden Hypotheken-Tabellen über die unter unserer Jurisdiction gelegenen Häuser und nicht waltzenden Grundbesitzungen zu Oberwündsich und Jüdenndorf sind vollendet, und liegen während des Zeitraums vom 1. October bis 1. December jetzigen Jahres bei dem unten genannten Justitiar zur Ansicht für die Betheiligten bereit. Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen diese Hypotheken-Tabellen nicht weiter vorgebracht werden.

Schaafstädt, den 17. September 1833.

Das Patrimonial-Gericht für Oberwündsich und Jüdenndorf.

Der Königlich Gerichts-Amtmann Schmidt als Justitiar.

Nr. 377.

Hypotheken-  
sachen.

Die Hypotheken-Tabellen über die geschlossenen Güter der Dörfer Preßsch, Gieskau und Corseburg (Weissenfeller Polizeikreis) liegen in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Raumburg zur Einsicht bereit. Die Interessenten haben ihre etwaigen Erinnerungen dagegen im Laufe der beiden künftigen Monate anzubringen, unter dem Vorwarnen, daß nach Ablauf dieser Zeit Erinnerungen nicht mehr angenommen werden können.

Preßsch, den 18. September 1833.

Herrlich Bogtsches Patrimonial-Gericht.  
Richter.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

Nr. 378.

Der Pfarrer Senior zu Oberöbblingen, Ephorie Sangerhausen, Wilhelm August Breyther, ist am 7. September c. im 74ten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 14. September 1833.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 37. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 12. October 1833.

Bei der, unter Concurrenz der zur diesseitigen Steuer-Creditkasse verordneten Ständischen Herren Deputirten heute Statt gehaltenen 24sten Verloosung der vor-  
malß Sächsischen Steuercredit-Kassen-Obligationen sind folgende Nummern gezogen worden:

Nr. 379.  
Ausgelosete  
Steuercredit-  
Kassen-Obliga-  
tionen betr.

1) von Litt. A. à 1000 Thaler.

Nr. 193. 1178. 1270. 2737. 2856. 4943. 5287. 5348. 7425. 7895. 8061. 9561.  
9878. 10,600. 11,015. 11,032. 11,462. 12,464. 13,147. 13,752. 14,140.  
und 14,366.;

2) von Litt. B. à 500 Thaler.

Nr. 80. 403. 1739. 2398. 2444. 3505. 5002. 5398. 6929. 7119. 7350. und 7942.;

3) von Litt. D. à 100 Thaler.

Nr. 1828. 2433. 2463. 2794. 3039. 3324. 3777. und 4006.

Die Einlösung dieser Obligationen wird Oftern 1834 bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Kasse gegen Rückgabe der Obligationen und der dazu gehörigen Talons und Coupons erfolgen.

Merseburg, den 3. October 1833.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident v. Rochow.

Da aus mehreren Gewerbesteuer-Contraventions-Processen sich ergeben hat, daß von Personen, welche nach Maafgabe der Bestimmung des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824. §. 14. Nr. 5. Gewerbescheine zum Hausirhandel mit Leinwand, Zwillich, Drillich oder mit bunten Geweben, aus Leinen und Baumwollengarn gemischt, erhalten haben, neben diesen Waaren auch ganz aus Baumwolle bestehende Gewebe oder andere Schnittwaaren geführt worden sind, mit welchen gesetzlich im Umherziehen nicht gehandelt werden darf, so veranlassen wir die Gewerbesteuer-Aufnahme-Behörden, den Gewerbebetrieb solcher Händler genau zu controlliren, und die Gend'armen und resp. Polizeidiener anzuweisen, darauf zu vigiliren, ob dergleichen Hausirer Waaren führen, auf welche ihr Gewerbeschein nicht lautet.

Nr. 380.  
Den Hausir-  
handel mit ge-  
webten Wa-  
ren betr.

Im Fall eines begründeten Verdachts haben sie solches event. durch Zuziehung eines Sachverständigen zu constatiren, und die etwaigen Contravenienten unter Verschlagnahme der verbotenen Waaren den betreffenden Behörden zur Einleitung der Untersuchung anzuzeigen.

Merseburg, den 26. September 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 381.  
Die Ausstellung  
von Aus-  
gangspässen  
betr.

Es ist neuerdings der Fall vorgekommen, daß einzelne Polizei-Behörden, welche zur Ausstellung von Ausgangspässen nicht befugt sind, dennoch dem Paß-Edicte vom 22. Juni 1817 entgegen, dergleichen Pässe ausgestellt haben.

Sämmtlichen Polizei-Behörden unsers Verwaltungsbezirks wird daher hiedurch die Vorschrift des §. 9. gedachten Paß-Edicts, (Ges. S. 1817. p. 155.) mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß nur die in unserer Bekanntmachung vom 21. September 1827 (Amtsblatt do 1827. S. 259.) sub 1 bis 12 benannten Behörden zur Ausstellung von Ausgangspässen in unserm Namen, autorisirt sind.

Etwaige Verstöße werden, wenn sie zu unserer Kenntniß kommen, nach der Bestimmung des §. 47. der General-Paß-Instruction vom 12. Juli 1817 geahndet werden.

Merseburg, den 29. September 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 382.  
Die Einberu-  
fung der  
Stadtverord-  
neten Stell-  
vertreter betr.

In Gemäßheit des Schlusses des 48ten Paragraphen der revidirten Städte-Ordnung, wonach, wenn ein Stadtverordneter gänzlich ausgeschieden ist, der Stellvertreter statt seiner auf so lange Stadtverordneter werden soll, als jener es selbst gewesen seyn würde, ist von Sr. Excellenz, dem Herrn Geheimen Staatsminister des Innern und der Polizei, wie hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht wird, entschieden worden, daß der einzuberufende Stellvertreter immer in dem Jahre gewählt seyn muß, in welchem der zu vertretende Stadtverordnete gewählt war, indem sonst jene Bestimmung der Städte-Ordnung in vielen Fällen nicht ausführbar seyn würde. Denn wäre z. B. ein im Jahre 1833 gewählter Stadtverordneter zu vertreten, welcher bis zum Jahre 1836 zu fungiren gehabt hätte und es würde an seiner Statt ein im Jahre 1832 gewählter Stellvertreter einberufen, so würde derselbe nur bis zum Jahre 1835 — folglich nicht auf so lange fungiren können, als der zu Vertretende Stadtverordneter gewesen seyn würde. Unter den in demselben Jahre gewählten Stellvertretern hat aber derjenige den Vorzug, welcher bei der Wahl, ohne Rücksicht auf die Zahl der Wähler in den verschiedenen Bezirken und auf die hiernach sich etwa ergebende relative Stimmzahl, die meisten Stimmen in der ganzen Stadt für sich gehabt hat.

Merseburg, den 1. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 383.  
Das Verbot  
öffentlicher

In Veranlassung eines Vorfalls, wonach durch einen Marionetten-Spieler Gegenstände aus der Bibel öffentlich dargestellt worden, machen wir hiermit auf das Unpassende und Verbotwidrige eines solchen Beginnens aufmerksam und weisen zugleich



sämmtliche Polizei-Behörden unsers Regierungsbezirks an, gemessene Vorkehrungen zur Vermeidung eines solchen Unfalls zu treffen.

Darstellungen  
aus der Bibel  
betr.

Merseburg, den 2. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Wir sehen uns veranlaßt, dem Publikum hierdurch in Erinnerung zu bringen, daß zum vollständigen Ausweise über die erfolgte Zahlung von Domainen-Veräußerungs- und Ablösungsgeldern die Interims-Quittungen der Special-Kassen nicht genügen, sondern daß dazu von der königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden bescheinigte Quittungen der Regierungs-Haupt-Kasse nöthig sind. Diese werden den Interessenten durch die betreffenden Special-Kassen im Austausch gegen die Interims-Quittungen so schnell zugestellt werden, als es der Geschäftsgang irgend gestattet. (Verordnung über die künftige Behandlung des Staatsschuldenwesens vom 17. Januar 1820. §. VII., Gesetz-Sammlung für 1820. S. 12.)

Nr. 384.  
Die über Do-  
mainen-Ver-  
äußerungs-  
und Ablösungs-  
gelder zu er-  
theilenden  
Quittungen  
betr.

Merseburg, den 1. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Sämmtliche Untergerichte unsers Bezirks werden in Bezug auf den §. 4. der Instruction vom 24. Juli c. wegen des Mandats-, des summarischen und Bagatell-Processes hierdurch angewiesen, in den Proceß-Tabellen die Mandats-, summarischen und Bagatell-Processe von den gewöhnlichen gehörig zu trennen.

Nr. 385.  
Proceß-Tabell-  
ten betr.

Raumburg, den 24. September 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Daß dem bisher bei dem Landgerichte zu Wittenberg angestellt gewesenen Justiz-Commissarius, Carl Friedrich Schnabel, die Verlegung seines Wohnorts von Eilenburg nach Freiburg, und die Praxis bei dem Landgerichte zu Raumburg, so wie bei den Gerichtsämtern und Patrimonial-Gerichten in dessen Bezirke gestattet worden ist, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nr. 386.  
Die Verlegung  
des Justiz-  
Commissarius  
Schnabel von  
Eilenburg nach  
Freiburg betr.

Raumburg, den 20. September 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

### Personal-Chronik.

Der Pastor an der Stadtkirche in Delitzsch und Superintendent der Diöcese Delitzsch, M. Friedrich Heinrich Starke, ist am 10. d. M. im 74. Lebensjahre gestorben. Die vicarische Verwaltung der Ephoral-Geschäfte in genannter Diöcese während der Vacanz ist dem Diaconus Volbeding daselbst übertragen worden, da der Archidiaconus M. Morgenstern seines hohen Alters wegen dieselbe von sich abgelehnt hat.

Nr. 387.

Merseburg, den 25. September 1833.

Der Justiz-Commissar Carl Friedrich Heinrich Schmiedt zu Schleusingen ist unterm 13. August c. zum Notar im Departement des Königl. Oberlandesgerichts zu Raumburg ernannt worden. Raumburg, den 13. September 1833.

Nr. 388.

Nr. 389.  
Die Einlösung  
der zinslosen  
Sächs.  
Kammercredit-  
scheine Litt. E.  
betr.

Von den, durch den Art. VI. der zwischen den Kronen Preußen und Sachsen unter dem 28. August 1819 abgeschlossenen Haupt-Convention mit einer Summe von 108,091 Thlr. auf das Königl. Preuß. Herzogthum Sachsen gefallen, unter dem Namen von Spig. Scheinen bekannten zinslosen Kammercredit-Kassenscheinen Litt. E. bleiben am 1. October d. J. noch 93,158 Thlr. rückständig, deren successfulle Einlösung durch die dazu ausgesetzten Tilgungs-Fonds erst mit dem Jahre 1871 gänzlich beendet werden kann. Da die Königl. Sächs. Regierung den Inhabern der conventionmäßig Ihr zur Last gebliebenen gleichartigen Scheine, mittelst Bekanntmachung vom 21. Mai d. J. die Wahl gestattet hat, entweder den Werth derselben, nach Abrechnung der Zwischenzinsen à 4 Procent bis zu deren künftiger planmäßiger Tilgung, schon jetzt dafür anzunehmen, oder die dereinstige Einlösung zum vollen Nennwerthe, nach dem bisherigen Tilgungsplane, noch ferner abzuwarten; so haben Seine Königl. Majestät, unser allergnädigster Herr, durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 10. d. M. ein gleiches Verfahren auch in Bezug auf die Preußen zur Last gebliebenen Scheine zu genehmigen geruhet.

Indem wir dies den Besitzern der zinslosen, vormalß Königl. Sächs. Kammercredit-Kassenscheine Litt. E., welche durch die oben allegirte Convention Preußen zur Vertretung übernommen hat, und welche über die Beträge von 27, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47 und 49 Thlr. lauten, hierdurch bekannt machen, und die nebenstehende Scala beifügen, aus welcher nicht nur der Termin, an welchem, nach der bisherigen Tilgungsweise, ein jeder einzelne Schein muthmaßlich zur endlichen Tilgung gelangen wird, sondern auch der jetzt sofort zahlbare gegenwärtige baare Werth desselben ersichtlich ist, fordern wir dieselben zugleich auf:

sich, sofern sie die sofortige Realisation nach Maassgabe dieser Scala, einer vereinfachen auf dem seitherigen Wege vorziehen, von jetzt an bis zum 31. December d. J. unter Einreichung der Original-Scheine und Beifügung eines Verzeichnisses ihrer Nummern und Gelbbeträge, bei der Königl. Regierung-Hauptkasse in Merseburg, zum Empfange des ihnen, nach der beigegebenen Scala gebührenden gegenwärtigen baaren Werthes desselben in Conventions-Gelde zu melden.

Von denjenigen Eigenthümern solcher Scheine aber, welche diese Meldung bis einschliesslich den letzten December d. J. unterlassen, wird angenommen werden, daß sie von dieser außergewöhnlichen Einlösung keinen Gebrauch machen, sondern ihre Befriedigung noch ferner von der bisherigen planmäßigen Reihenfolge der Tilgung erwarten wollen.

Berlin, den 17. September 1833.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

# S c a l a

nach welcher im Laufe des Jahres 1833 die nach der Haupt-Convention vom 28. August 1819. Art. VI. mit dem Herzogthum Sachsen übernommenen, zur Zeit noch 93,158 Thlr. betragenden unverzinslichen Kammer-Credit-Kassenscheine Litt. E. unter 50 Thlr. eingelöst werden sollen.

Analog dem bisher von der Königlich Sächsischen Regierung beobachteten Tilgungs-Verfahren sind von Preußen aus einem halbjährigen Fonds von 1,225 Thaler zu amortisiren, und zwar:										Die nebenbe-merkten Scheine haben in 1833 bei erfolgter Zinsberechnung von 4 1/2 nachstehenden Werth und sind in diesem Jahre einzulösen: das Stück mit			
Nr.	zu	aus dem terminli- chen Til- gungs- Contin- gent von	Stück	à	von	bis mit	zum Betrage von	beim nächst- folgenden Termine	Ueber- schuß zum- rechnen	Wor- aus abzu- rechnen	Thlr.	Gr.	
1	Ostern 1834.	1,225	45	27	63	3,939	1,215	10	"	"	26	14	
2	Michaelis "	1,235	46	"	3,940	5,662	1,242	"	7	"	25	29	
3	Ostern 1835.	1,218	45	"	5,810	7,760	1,215	3	"	"	25	13	
4	Michaelis "	1,228	45	"	7,761	10,788	1,215	13	"	"	24	28	
5	Ostern 1836.	1,238	46	"	10,820	13,365	1,242	"	4	"	24	14	
6	Michaelis "	1,221	21	"	13,367	15,059	567	"	"	"	23	29	
	"	"	23	29	121	1,084	667	"	"	"	13	25	23
7	Ostern 1837.	1,212	42	"	1,159	3,366	1,218	"	6	"	25	7	
8	Michaelis "	1,219	42	"	3,414	6,035	1,218	1	"	"	24	23	
9	Ostern 1838.	1,226	42	"	6,053	7,589	1,218	8	"	"	24	8	
10	Michaelis "	1,233	43	"	7,590	10,533	1,247	"	14	"	23	24	
11	Ostern 1839.	1,211	42	"	10,691	12,892	1,218	"	7	"	23	10	
12	Michaelis "	1,218	30	"	12,933	15,061	870	"	"	"	22	26	
	"	"	11	31	7	694	341	"	7	"	24	13	
13	Ostern 1840.	1,232	40	"	803	2,405	1,240	"	8	"	23	29	
14	Michaelis "	1,217	39	"	2,593	4,873	1,209	"	8	"	23	15	
15	Ostern 1841.	1,233	40	"	4,878	6,765	1,240	"	7	"	23	1	
16	Michaelis "	1,218	39	"	6,766	8,797	1,209	"	9	"	22	17	
17	Ostern 1842.	1,234	40	"	8,798	10,702	1,240	"	6	"	22	4	
18	Michaelis "	1,219	39	"	10,711	12,755	1,209	10	"	"	21	21	
19	Ostern 1843.	1,235	37	"	12,939	15,063	1,147	"	"	"	21	8	
	"	"	3	34	38	242	102	"	"	"	14	23	10
20	Michaelis "	1,211	36	"	243	1,752	1,224	"	13	"	22	26	
21	Ostern 1844.	1,212	36	"	1,758	3,955	1,224	"	12	"	22	13	
22	Michaelis "	1,213	36	"	3,956	6,308	1,224	"	11	"	22	—	
23	Ostern 1845.	1,214	36	"	6,309	8,522	1,224	"	10	"	21	17	
24	Michaelis "	1,215	36	"	8,522	10,411	1,224	"	9	"	21	4	
Latus 29,337 950 — — — 29,409 69 111 — —													

Analog dem bisher von der Königlich Sächsischen Regierung beobachteten Tilgungs-Verfahren sind von Preußen aus einem halbjährigen Fonds von 1,225 Thaler zu amortisiren, und zwar:

Die nebenbe-  
merkten Scheine  
haben in 1833  
bei erfolgter  
Rinsrückred-  
nung von 4 2  
nachstehenden  
Werth und sind  
in diesem Jahre  
einzulösen:  
das Stück mit

zu	aus dem terminli- chen Tilg- gungs- Conting- ent von Thlr.	Stück	à	von	bis mit	zum Betrage von	beim nächst- folgenden Termine		Thlr.	Sgr.
							Reber- schuß zugun- reden	Vor- schuß abzu- rechnen		
Transport	29,337	980	—	—	—	29,409	69	141	—	—
Ostern 1846.	1,216	36	34	10,423	13,168	1,224	"	8	20	22
Michaelis "	1,217	17	"	13,289	15,066	578	"	"	20	10
" " "	"	18	36	34	903	648	"	9	21	15
Ostern 1847.	1,216	34	"	904	2,573	1,224	"	8	21	3
Michaelis "	1,217	34	"	2,755	4,456	1,224	"	7	20	20
Ostern 1848.	1,218	34	"	4,620	6,272	1,224	"	6	20	8
Michaelis "	1,219	8	"	6,715	6,804	288	"	"	19	26
" " "	"	25	38	64	1,444	950	"	19	20	29
Ostern 1849.	1,206	32	"	1,562	3,764	1,216	"	10	20	17
Michaelis "	1,215	32	"	3,856	6,779	1,216	"	1	20	5
Ostern 1850.	1,224	32	"	6,780	8,689	1,216	8	"	19	23
Michaelis "	1,233	32	"	8,726	11,535	1,216	17	"	19	11
Ostern 1851.	1,242	33	"	11,586	13,306	1,254	"	12	19	—
Michaelis "	1,213	20	"	13,307	15,070	760	"	"	18	19
" " "	"	11	41	41	826	451	2	"	20	3
Ostern 1852.	1,227	30	"	925	3,357	1,230	"	3	19	21
Michaelis "	1,222	30	"	3,367	6,425	1,230	"	8	19	10
Ostern 1853.	1,217	30	"	6,826	8,311	1,230	"	13	18	28
Michaelis "	1,212	30	"	8,312	10,250	1,230	"	18	18	17
Ostern 1854.	1,207	29	"	10,288	11,354	1,189	18	"	18	6
Michaelis "	1,243	30	"	11,427	13,458	1,230	13	"	17	25
Ostern 1855.	1,238	24	"	13,509	15,073	984	"	"	17	15
" " "	"	6	43	260	503	258	"	4	18	11
Michaelis "	1,221	28	"	604	2,645	1,204	17	"	18	—
Ostern 1856.	1,242	29	"	2,646	4,553	1,247	"	5	17	19
Michaelis "	1,220	28	"	4,554	6,321	1,204	16	"	17	9
Ostern 1857.	1,241	29	"	6,484	7,665	1,247	"	6	16	29
Michaelis "	1,219	28	"	7,666	9,253	1,204	15	"	16	19
Ostern 1858.	1,240	29	"	9,267	10,939	1,247	"	7	16	9
Michaelis "	1,218	28	"	11,072	12,750	1,204	14	"	15	29

Latus | 61,140 | 1,786 | — | — | — | 61,236 | 189 | 285 | — | —

Analog dem bisher von der Königlich Sächsischen Regierung beobachteten Tilgungs-Verfahren sind von Preußen aus einem halbjährigen Fonds von 1,225 Thaler zu amortisiren, und zwar:

Die nebenbe-  
merkten Scheine  
haben in 1833  
bei erfolgter  
Zinsrückrech-  
nung von 4 8  
nachstehenden  
Werth und sind  
in diesem Jahre  
einzulösen:  
das Stück mit

Nr.	zu	aus dem terminlich chen Til- gungs- Conting- ent von Thlr.	Stück	à	von	bis mit	zum Vertrage von	beim nächst- folgenden Termine	Ueber- schuß zu rechnen	Ueber- schuß abzu- rechnen		
Nr.		Thlr.		Thlr.	Nr.	Nr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Sgr.	
	Transport	61,140	1,786	—	—	—	61,236	189	285	—	—	
51	Ostern 1859.	1,239	25	43	12,772	15,075	1,075	1	16	15	20	
	" "	"	4	45	1	155	180	"	16	16	12	
52	Michaelis "	1,209	27	"	162	1,475	1,215	"	6	16	2	
53	Ostern 1860.	1,219	27	"	1,476	2,949	1,215	4	"	15	23	
54	Michaelis "	1,229	27	"	2,950	4,592	1,215	14	"	15	13	
55	Ostern 1861.	1,239	28	"	4,674	6,245	1,260	"	21	15	4	
56	Michaelis "	1,204	27	"	6,265	7,432	1,215	"	11	14	25	
57	Ostern 1862.	1,214	27	"	7,433	8,772	1,215	"	1	14	17	
58	Michaelis "	1,224	27	"	8,898	10,066	1,215	9	"	14	8	
59	Ostern 1863.	1,234	27	"	10,210	11,516	1,215	19	"	14	—	
60	Michaelis "	1,244	28	"	11,520	12,590	1,260	"	16	13	21	
61	Ostern 1864.	1,209	27	"	12,602	14,675	1,215	"	6	13	13	
62	Michaelis "	1,219	5	"	14,910	15,077	225	"	"	13	5	
	" "	"	21	47	142	1,654	987	7	"	13	23	
63	Ostern 1865.	1,232	26	"	1,655	3,120	1,222	10	"	13	15	
64	Michaelis "	1,235	26	"	3,126	4,853	1,222	13	"	13	7	
65	Ostern 1866.	1,238	26	"	4,864	7,690	1,222	16	"	12	29	
66	Michaelis "	1,241	26	"	7,691	9,187	1,222	19	"	12	22	
67	Ostern 1867.	1,244	26	"	9,194	10,906	1,222	22	"	12	14	
68	Michaelis "	1,247	27	"	11,062	12,908	1,269	"	22	12	7	
69	Ostern 1868.	1,203	26	"	13,022	14,601	1,222	"	19	12	—	
70	Michaelis "	1,206	5	"	14,652	15,079	235	"	"	11	23	
	" "	"	20	49	44	1,240	980	"	9	12	8	
71	Ostern 1869.	1,216	25	"	1,312	4,100	1,225	"	9	12	—	
72	Michaelis "	1,216	25	"	4,386	6,164	1,225	"	9	11	23	
73	Ostern 1870.	1,216	25	"	6,225	7,702	1,225	"	9	11	16	
74	Michaelis "	1,216	25	"	7,703	9,259	1,225	"	9	11	10	
75	Ostern 1871.	1,216	25	"	9,439	11,640	1,225	"	9	11	3	
76	Michaelis "	1,216	26	"	12,385	14,723	1,274	"	58	10	26	
Summa		92,965	2,472	—	—	—	93,158	322	515	—	—	

Nr. 590.

# N a c h w e i s u n g

der

im Monate September 1833

auf den größten Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden.  
nen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.						Kartof. feln	Brant- wein	Rauchfutter.														
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbsen		Linsen				Heu		Stroh												
	der Preussische Scheffel								der Preussische Scheffel								Sch.	Quart	a Cent.	a Spec.											
	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.		tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.									
1	Merseburg	1	15	3	1	2	—	24	10	—	21	11	—	—	1	20	—	2	10	—	16	—	5	—	1	10	—	5	—		
2	Halle	1	15	6	1	1	7	—	24	7	—	20	2	4	15	—	1	15	—	2	5	—	15	—	3	4	1	5	—	5	15
3	Naumburg	1	15	9	—	29	10	—	21	9	—	13	3	4	20	—	1	20	—	2	—	15	—	4	8	1	5	—	5	—	
4	Torgau	1	11	—	1	5	—	—	28	—	—	24	—	4	10	—	2	—	—	—	10	—	4	—	1	15	—	5	15	—	
5	Wittenberg	1	14	1	1	6	5	1	2	3	—	25	2	5	10	—	—	—	—	17	7	4	—	—	—	—	—	—	—	—	
6	Eisleben	1	13	2	1	1	11	—	25	4	—	22	10	5	10	—	2	20	—	3	10	—	15	11	4	5	—	26	11	4	15
7	Zeitz	1	14	5	1	3	2	—	25	—	—	20	—	3	7	6	1	7	6	2	7	6	11	3	5	—	1	10	—	6	—
3	Querfurth	1	12	6	1	1	5	—	23	9	—	20	8	4	5	—	1	12	6	1	12	6	20	—	5	—	1	5	—	4	—
9	Bitterfeld	1	16	11	1	2	3	—	25	4	—	21	10	—	—	—	—	—	—	12	6	—	—	—	1	10	—	5	—	—	—

Merseburg, den 4. October 1833.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

38. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 26. October 1833.

Das Ministerium hat aus dem an werthvollen Mittheilungen immer reicheren **Nr. 391.**  
Inhalte der in der lezten Zeit im Druck erschienenen Sanitäts-Berichte mit besonderem Wohlgefallen von dem immer regeren Eifer sich überzeugt, den die Medicinal-  
Personen im Allgemeinen der Förderung der eben so sehr den Einzelnen ansprechenden **Die Sanitäts-Berichte betr.**  
als für das Ganze in wissenschaftlicher und administrativer Beziehung gleich wichtigen Zwecke widmen, welche an die gegenwärtig in das Leben eingeführte Einrichtung der zu erstattenden Sanitäts-Berichte geknüpft sind. Wenn es hiernach nun auch einer besonderen Aufforderung zur ferner thätigen Mitwirkung hierbei nicht weiter zu bedürfen scheint, so hält es das Ministerium doch für gerecht und billig, daß denjenigen Medicinal-Personen die verdiente Anerkennung zu Theil werde, welche durch fleißige Einsendung interessanter Materialien für die zur allgemeinen Kenntniß zu bringenden Sanitäts-Berichte eben sowohl von ihren wissenschaftlichen Bestrebungen einen ehrenvollen Beweis abgelegt, als auch durch die löbliche Bereitwilligkeit, mit welcher sie den zur Erreichung eines allgemeinen Zweckes von Seiten des Staates an sie ergangenen Anforderungen genügt, für die treue Erfüllung ihrer Pflichten in einem ihnen anzuvertrauenden öffentlichen Amte eine ihnen zur besonderen Empfehlung gereichende Gewähr geleistet haben. Die Königl. Regierungen werden daher hiermit aufgefodert, im Falle von Anmeldungen zur Zulassung zu den Physicats-Prüfungen, so wie überhaupt bei Anträgen auf die Anstellung oder Beförderung einzelner Medicinal-Personen in irgend einer Kategorie auf die Leistungen derselben in der in Rede stehenden Beziehung, vorzugsweise mit Rücksicht zu nehmen.

Berlin, den 25. September 1833.

Ministerium der Geistlichen, Unterrichts, und Medicinal-  
Angelegenheiten.

Vorstehendes Rescript bringen wir hiermit Höherer Anordnung zufolge zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 22. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehende Entscheidung des Herrn Justiz-Ministers Erceßenz:  
Auf Veranlassung einer Beschwerde der Mühlenbesitzer Puse zu Schönberg und  
Schade zu Stenker hat, über die bereits im Jahre 1825 zur Sprache gekommenen **Nr. 392.**  
**Contraventionen gegen**

Zwangs- und  
Bannrechte  
betr.

Frage, in wiefern die Cognition über Contraventionen gegen Zwangs- und Bannrechte den Gerichten oder den Polizei-Behörden zustehe, neuerlich eine Correspondenz mit dem Ministerio des Innern für Handel und Gewerbe statt gefunden, in Folge deren der Justiz-Minister in Uebereinstimmung mit demselben der Ansicht beitrith:

daß die Competenz der Gerichte in solchen Fällen begründet ist, denn die Exklusiv-Rechte sind für den, welcher sie besitzt, ein Gegenstand des Privat-Eigenthums und es ist lediglich Sache der Interessenten, die Maasregeln in Antrag zu bringen, um in diesen Befugnissen geschätzt zu werden. Durch eine Störung derselben kommt die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht in Gefahr, und muß mithin nach §. 10. 11. Tit. 17. Thl. I. des Allg. Landrechts die Einwirkung der Polizei-Behörde ausgeschlossen bleiben. Die Ausschließung des gerichtlichen Verfahrens kann auch aus den §§. 229. seq. Tit. 8. Thl. II. des Allg. Landrechts nicht gefolgert werden, da diese Vorschriften vom Zwangszwange handeln und auf Zwangs- und Bannrechte um so weniger ausgedehnt werden können als der Grund, weshalb bei jenen ein anderes Verfahren vorgeschrieben ist, darin liegt, daß bei Entscheidung der Vorfrage, ob eine Störung vorhanden ist, das Technische der einzelnen Gewerbe berücksichtigt werden muß und dies ein Geschäft der Gewerbe-Polizei ist, ein Motiv, welches bei Beeinträchtigung der Zwangs- und Bannrechte nicht eintreten kann.

Das Königl. Oberlandesgericht hat daher für die Zukunft hiernach selbst zu verfahren und die Gerichte seines Departements mit der nöthigen Anweisung dieserhalb zu versehen.

Berlin, den 12. August 1833.

Der Justiz-Minister,

An das Königl. Oberlandesgericht zu Ologau.

(gez.)

Mähler.

wird hierdurch auf Befehl des Herrn Ministers des Innern für Handel und Gewerbe Excellenz zur allgemeinen Kenntniß gebracht und werden alle Polizei-Behörden unserer Departements angewiesen, von jetzt ab hiernach zu verfahren.

Merseburg, den 14. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 395.  
Die rückständigen Salz-Abhebung betr.

Diesenigen Gemeinden und Individuen, welche mit der Abhebung des ihnen für das laufende Jahr zugetheilten Salzquantums dormalen noch bedeutend in Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, diese Abhebung noch zu rechter Zeit zu bewirken; widrigenfalls sie es sich lediglich selbst zuzuschreiben haben, wenn gleich nach Ablauf des Monats Januar des nächstfolgenden Jahres, gegen sie, mit executivischer Einziehung des Ablösungsbetrags von 10 Münzpfennigen für jedes bis dahin von ihnen nicht abgehobene Pfund Salz verfahren werden wird.

Merseburg, den 7. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 396.  
Die Mithrung der Käse drei

Nach einem Rescripte Sr. Excellenz des Herrn Ministers des Innern und der Polizei, vom 27. v. M., hat die Königl. Bairische Regierung angeordnet, daß der im



Königreich Baiern bestehendem Passordnung, zufolge, Befuß der Reise nach und durch Baiern, nur denjenigen Reisenden, deren Pässe mit dem Visa einer Königl. Bairischen Gesandtschaft versehen sind, der Eintritt in die Königl. Bairischen Staaten gestattet werden solle.

Reisenden nach und durch Baiern.

Merseburg, den 12. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die von der Königl. Regierungs-Hauptkasse hieselbst ausgestellten Quittungen über die, in dem Quartale vom 1. April bis Ende Juni d. J. für den Ankauf von Domainen und Forstgrundstücken, so wie zur Ablösung von Domainial-Prästationen eingegangenen Capitalien sind, nach erfolgter vorschriftsmäßiger Verschreibung von Seiten der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden, den einschlägigen Special-Kassen zur Aushändigung an die Interessenten, welche sich daher bei diesen Kassen zur Empfangnahme zu melden, und dabei die vorher erhaltenen Interims-Quittungen zurückzugeben haben, übersandt worden.

Merseburg, den 21. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nach Höherer Bestimmung wird am 1. November dieses Jahres auf der neuenbauten Chaussee zwischen Sangerhausen und Kindebrück (Magdeburg, Erfurter Straße) die Erhebung des Chausseegeldes nach dem Tarif vom 28. April 1828 beginnen.

Nr. 395.

Die Erhebung des Chausseegeldes für den zwischen Sangerhausen und Kindebrück belegenen Theil der Magdeburg-Erfurter Straße betr.

Die Erhebung wird auf drei Punkten geschehen und zwar

- a) in der Barrière bei Ober-Röblingen für  
Eine und eine halbe Meile;
- b) in der Barrière unweit Reinsdorf für  
Eine und eine halbe Meile;
- c) in der Barrière zu Sachsenburg für  
Eine und eine halbe Meile;

und ist das Chausseegeld an diesen drei Hebestellen nach den vorbemerkten Sätzen in jeder Richtung zu erlegen, gleichviel von welcher Seite die Passanten zur Barrière gelangen, und wohin sie jenseit der Barrière ihren Weg nehmen mögen. Uebrigens wird der Chausseegeld-Empfang in Sachsenburg mit dem dortigen Steueramte vereinigt, und geschieht in demselben Local, worin Letzteres fungirt.

In Folge der nunmehr eintretenden Erhebung des tarifsmäßigen Chausseegeldes kommen nachbemerkte ältere Abgaben, als:

- 1) das Dammgeld für Benutzung des Ober-Röblingen Damms,
- 2) das Dammgeld für die Passage über den Reinsdorfer Damm,
- 3) das Weggeld zu Heldrungen,
- 4) das Brückgeld zu Sachsenburg

in Wegfall, und werden vom 1. November c. ab nicht mehr erhoben, wogegen es bei Entrichtung der Abgabe für Benutzung des, mit der Chaussee nicht zusammentreffenden

den, Kalbrietther Dammeß an der bisherigen Erhebungsstelle in der Stadt Artern auch fernerhin sein Verbleiben behält.

Magdeburg, den 7. October 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director Sack.

Nr. 397. Der Handlung Webe und Klamroth zu Halberstadt ist unter dem 7. September 1833 ein Acht hintereinander folgende Jahre, vom Ausfertigungstage an gerechnet, gültiges Patent auf

einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten, in einzelnen Theilen und deren Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannten Apparat, die Essigsäure aus Weingeist darzustellen und mit demselben Bleizucker zu erzeugen, ohne Jemand in der Anwendung bereits bekannter Apparate und des zu Grunde liegenden Principis zu hindern,

für den ganzen Umfang des Preussischen Staats verliehen worden.

Nr. 398. Dem Fabrikanten und academischen Künstler Moriz Geiß in Berlin ist am 11. September 1833 ein Patent auf die mittelst Proben nachgewiesene Verbesserung der zum Dachdecken dienenden aus Metall gefertigten Deckplatten,

für den Zeitraum von Acht hintereinander folgenden Jahren, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, und für den ganzen Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 399. Der Hofrath und Geheime Registrator Vogel in Berlin hat unter dem 2. October 1833 ein Patent auf eine durch Beschreibung und Modell erläuterte, für neu und eigenthümlich erkannte Einrichtung einer Kaffee-Maschine,

erhalten, welches von dem gedachten Tage ab Fünf hintereinander folgende Jahre und im ganzen Umfange des Preussischen Staats gültig ist.

Nr. 400. Um den Abschluß hiesiger Amtsblattkasse zeitig genug vor Ablauf dieses Jahres bewirken zu können, wird es dringend nothig, daß die von mehreren Königl. Postbehörden für ein oder mehrere Quartale noch rückständigen Amtsblatt-, Abonnements-, Gelder, allerlängstens bis medio November c. a., bei uns eingeliefert werden, welches wir, um desfalligen fernern Erinnerungen vorzubeugen, sorgfältig zu beachten ergebenst ersuchen.

Merseburg, den 22. October 1833.

Die Redaction des Amtsblatts der Königl. Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 39. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 2. November 1833.

- Das 14te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1451. Urkunde über die Stiftung eines Verdienst-Ehrenzeichens für Rettung aus Gefahr. Vom 1. Februar 1833.
- Nr. 1452. Allerhöchste Cabinetordre vom 11. Juli 1833, die Prüfung der Steinhauer betreffend.
- Nr. 1453. Allerhöchste Cabinetordre vom 23. Juli 1833, die widerrechtliche Zuweisung der bei den Uebungen der Artillerie verschossenen Eisen-Munition betreffend.
- Nr. 1454. Allerhöchste Cabinetordre vom 5. August 1833, betreffend die gebührenfreie Ausstellung der den Gerichten als Vormundschafts-Belehrden erforderlichen Atteste aus den Kirchenbüchern bei Armen-Vormundschaften.
- Nr. 1455. Allerhöchste Cabinetordre vom 5. August 1833, durch welche des Königs Majestät der Stadt Zbun die revidirte Städteordnung vom 17. März 1831 zu verleihen geruht haben.
- Nr. 1456. Polizei-Ordnung für die Häfen und Binnengewässer von Stettin und Swinemünde. Vom 22. August 1833.
- Nr. 1457. Allerhöchste Cabinetordre vom 28. August 1833, betreffend den Erlaß der Injurien unter Privat-Personen und die Verjährung derselben.
- Nr. 1458. Verordnung, wegen Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft in Schlesien und der in der Rudolphinischen Polizeiordnung vom Jahre 1577 enthaltenen Vorschriften wegen Bürgschaften der Frauen für ihre Ehemänner. Vom 30. August 1833.
- Das 15te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1459. Ministerial-Erklärung vom 28. September 1833, die erneuerte Durchmarsch- und Etappen-Convention zwischen der Königlich Preussischen und Kurfürstlich Hessischen Regierung betreffend.
- Das 16te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1460. Allerhöchste Cabinetordre vom 9. October 1833, wegen der Gebühren-Taxe für die Gerichte und Justiz-Commissarien, in dem Mandats-, dem summarischen und dem Vagatellproceße.

Nr. 401.

- Das 17te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1461. Allerhöchste Cabinetsordre vom 22. August 1833, betreffend die Anwendbarkeit der Verordnung vom 8. August 1832 (Gesefsammlung Nr. 1382.) in der Provinz Posen.
- Nr. 1462. Allerhöchste Cabinetsordre vom 27. September 1833, welche die Bestimmungen §. 156. der Zoll-Ordnung vom 26. Mai 1818 und §. 94. der Ordnung wegen Versteuerung des Branntweins vom 8. Februar 1819 declarirt.
- Nr. 1463. Allerhöchste Cabinetsordre vom 17. October 1833, die Ausführung der Verordnung vom 1. Juni d. J., den Mandats-, summarischen und Bagatellproceß betreffend.

Nr. 402. Die zu dem vierten Landtage der Provinz Sachsen versammelt gewesenen Stände haben in einer an Sr. Majestät den König gerichteten Petitionsschrift darum nachgesucht, daß hinsicht einer wirksameren Anwendung des Gesefes vom 10. Juli 1830, (Gesefsammlung Jahrg. 1830. pag. 111.) die Einführung einer gleichen Wagengspur betreffend, sowohl während der sechsjährigen Uebergangs-Periode, als auch in Zukunft, die Anfertigung und der Gebrauch neuer Achsen mit doppelter Spur, um das Wagengleich, nach Bedürfniß, schmaler oder breiter zu machen, gestattet werden möge.

Allerhöchstdieselben haben hierauf die nachstehende Entschliesung:

Auf den im Berichte des Staats-Ministeriums vom 12. v. M. bevorworteten Antrag der Sächsischen Provinzial-Stände setze Ich fest, daß in der Provinz Sachsen die Verfertigung und der Gebrauch neuer Wagenachsen mit der Vorrichtung einer doppelten Spur, um nach Bedürfniß, auf ein breites und auf ein schmales Geleise gestellt zu werden, sowohl während der in der Verordnung vom 10. Juli 1830 bestimmten sechsjährigen Uebergangs-Periode, als in der Zukunft, unter den Maaßgaben nachgelassen seyn soll, daß jedenfalls Eine Spur die im §. 1. der Verordnung vorgeschriebene Breite habe, und daß, nach Ablauf der Uebergangs-Periode, innerhalb der Provinz nur die auf die vorchriftsmäßige Spur verfertigte Vorrichtung von den Reisenden gebraucht werde. Die unterlassene Beobachtung dieser Maaßgaben zieht gegen die Handwerker wegen der Verfertigung und gegen die Reisenden wegen des Gebrauchs vorschriftswidriger Achsen die in den §§. 1. und 5. der Verordnung angedrohten Strafen nach sich. Das Staats-Ministerium hat zu veranlassen, daß diese Bestimmung, in Gemäßheit des §. 8. der Verordnung, durch die Intelligenz- und Amtsblätter der Provinz bekannt gemacht werde. Berlin, den 17. September 1833.

An  
das Staats-Ministerium.  
allernädigst zu fassen geruhet, die ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe.  
Magdeburg, den 14. October 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Kiewig.

Das Königl. Ober-Censur-Collegium hat für nachverzeichnete, außerhalb der deutschen Bundesstaaten in deutscher Sprache erschienene Schriften die Debits-Erlaubniß innerhalb der Königl. Staaten erteilt, als:

- 1) Auszug über Constantinopel nach Laurien im Sommer 1831, von Samuel Brunner, Med. Dr. St. Gallen und Bern bei Huber et Comp. 1833;
- 2) Luftfahrten ins Jbollenland, von Franz Xaver Dramer, zwei Bändchen. Arau 1833, bei Heinrich Remigius Sauerländer;
- 3) Anleitung zur französischen und deutschen Unterhaltungssprache, von M. G. Fried. Arau 1833, bei H. R. Sauerländer;
- 4) Betrachtungen über die einheimischen Eisenwerke und über die Freiheit der Holzausfuhr, von Carl Casthofer. Bern und St. Gallen bei Huber et Comp. 1833;
- 5) Kleine Musiklehre, von C. Rönig. Verbesserte und vermehrte Ausgabe, bei Huber et Comp. in Bern und St. Gallen;
- 6) Theoretisch practisches Handbuch der Fortepiano-Baukunst, von Carl Rüping. Bern und Thur, Verlag von J. F. J. Dalsp, 1833;
- 7) Europa, physische geographische Schilderung, von J. F. Schouw. Mit einem Atlas. Coppenhagen, Verlag der Gyldenalschen Buchhandlung, 1833;
- 8) Ausführliche theoretische Einleitung in die Gesangs- und Instrumental-Musik. Handbuch von Wlr. Benj. Wächter. Im Verlage von Huber et Comp. in St. Gallen und Bern 1833;
- 9) Neues kleines englisches Wörterbuch nach den besten Meistern etc. Bern und Thur, Verlag J. F. J. Dalsp, 34;
- 10) Das Goldmacherdorf, von Heinrich Zschode, fünfte verbesserte Auflage. Arau bei H. R. Sauerländer 1833, und
- 11) für die von mehreren Professoren herausgegebenen Dorpater Jahrbücher für Literatur, Statistik und Kunst, besonders Russlands. Bd. 1. Heft 1. Riga und Dorpat bei Franz und für die künftig hiervon erscheinenden Hefte, welches hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Magdeburg, den 21. October 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Kiewitz.

Um den Unordnungen und Störungen des Privateigenthums, welche aus dem Ausgraben von Thierknochen entstehen können, vorzubeugen, sehen wir uns veranlaßt, folgendes hiedurch anzuordnen:

- 1) Es darf Niemand Knochen auf einem ihm nicht eigenthümlich zugehörigen Plage ausgraben, bevor die desfallsige Genehmigung der Polizeibehörde nachgesucht und erteilt worden ist.
- 2) Diese Genehmigung darf nicht eher von der Polizeiobrigkeit erteilt werden, bis der Eigenthümer seine Zustimmung gegeben, und sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die auszugrabenden Knochen völlig trocken und sowohl von Fleisch und Sehnen, als auch vom Verwesungsgeruche völlig befreit sind.
- 3) Wer den Bestimmungen sub 1. zuwiderhandelt, hat bloß um deswillen, und

Nr. 403.  
Debits-Erlaubniß betr.

Nr. 404.  
Das Ausgraben von Thierknochen betr.

abgesehen von etwanigen Privatanprüchen des Beschädigten und einer etwa verwirkten Criminalstrafe, eine Polizeistrafe von 1 bis 5 Thlr. oder, im Unvermögensfalle, von verhältnißmäßigem Gefängnisse zu gewärtigen.

Merseburg, den 25. October 1833.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 405.

Die Quittung v. J. festgesetzte Preis des einzelnen Blutegels von 1 Egr. 6 Pf. soll für den Zeitraum vom 1. f. M. bis letzten April f. J. aus dem in dem angezogenen Amtsblatt angegebenen Grunde derselbe bleiben, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 27. October 1833.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 406.

Die Quittung v. J. festgesetzte Preis des einzelnen Blutegels von 1 Egr. 6 Pf. soll für den Zeitraum vom 1. f. M. bis letzten April f. J. aus dem in dem angezogenen Amtsblatt angegebenen Grunde derselbe bleiben, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Die Quittung v. J. festgesetzte Preis des einzelnen Blutegels von 1 Egr. 6 Pf. soll für den Zeitraum vom 1. f. M. bis letzten April f. J. aus dem in dem angezogenen Amtsblatt angegebenen Grunde derselbe bleiben, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Auf den Grund eines Rescriptes Sr. Excellenz des Herrn Finanz-Ministers vom 2. October 1833. II. 13,950. weisen wir die Königl. Rent- und Domainen-Aemter, so wie die Königl. Forstämter unseres Bezirks hierdurch an, die Interims-Quittungen über den Empfang von Domainen-, oder Forstveräußerungs-Erbstands- und Ablösungs-Kapitalien, welche an dieselben eingezahlt werden, künftig nach folgendem Formulare auszustellen:

„Interims-Quittung  
Thlr. Egr. Pf.

buchstäblich: (1c. 1c. 1c.)

(Kaufgeld für) (Erbstandsgeld für) (Bezeigungs-Quantum für) (Ablösungs-Kapital für) 1c. sind von dem N. N. zu N. an die unterzeichnete Kasse richtig eingezahlt worden, welches mit dem Bemerken hierdurch bescheinigt wird, daß diese Quittung nur für 6 Monate gültig ist, und daß der Inhaber derselben, gegen Zurückgabe dieser Interims-Quittung, die von der Königl. Regierungs-Haupt-Kasse ausgestellt, und von der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, nach Anleitung der Allerhöchsten Verordnung vom 17. Januar 1820. §. VII. (Gesetzsammlung pro 1820. pag. 12.) bescheinigte Quittung vor Ablauf jener sechsmonatlichen Frist, sobald die desfallige Aufforderung in Bezug auf die, in dem Quartale d. J. eingezahlten Domainen- und Forstveräußerungs- oder Ablösungs-Kapitalien, in dem Amtsblatte erfolgt ist, bei der unterzeichneten Kasse in Empfang zu nehmen hat.

N. N. den

Königlich (Rent-Amt) (Domainen-Amt) (Forst-Kasse) 1c.“

Sobald wir den betreffenden Special-Kassen von Vierteljahr zu Vierteljahr die, von Seiten der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden bescheinigten Quittungen der Regierungs-Haupt-Kasse über dergleichen Veräußerungs- und Ablösungs-Kapitalien, zur schleunigen Ausbändigung an die Interessenten, gegen Rückgabe der Interims-Quittungen, in der bisherigen Art zufertigen, werden wir solches gleichzeitig in unserm Amtsblatte bekannt machen.

Uebrigens dürfen alle Veräußerungs- und Ablösungs-Kapitalien bei Summen über 500 Thlr. im Einzelnen nicht von den Special-Kassen angenommen, sondern müssen direct zur Königl. Regierungs-Haupt-Kasse eingezahlt werden.

Wir machen das Publikum auf diese Bestimmungen unter Bezugnahme auf unsere, in dem 37. Stück des diesjährigen Amtsblatts unter Nr. 384. enthaltenen Bekanntmachung vom 1. d. Mts. behufs der Wahrnehmung seiner Rechte nach Inhalt des Quittungs-Formulars und der vierteljährlich zu erlassenden Amtsblatts-Bekanntmachungen besonders aufmerksam.

Raumburg, den 21. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nach §. 30. der für die Erbschaftskempel-Steuer-Verwaltung in Kraft verbliebenen Instruction für sämmtliche Staats-Verwaltungsbehörden zur Anwendung der Vorschriften der Stempelgesetze d. d. Berlin, den 5. September 1811, soll in den in erb-schaftskempelpflichtigen Nachlasssachen Seitens der betreffenden Gerichtsbehörden zu ertheilenden Erbschaftskempel-lösungs-Attesten außer den Theilen eines jeden Erben und Legatars, so wie der Angabe, ob und in wiefern letztere mit dem Erblasser verwandt sind, auch der Betrag der ganzen Erbschaft angegeben werden.

Da es häufig vorkommt, daß insbesondere die letztere Angabe in den Erbschaftskempel-lösungs-Attesten fehlt, so werden sämmtliche Untergerichte des uns anvertrauten Departements zur genauen Beachtung der allegirten Vorschrift mit der Weisung aufgefordert, in den einzelnen Fällen, wo vorerst nur der liquide Theil zur Erbschaftskempelbesteuerung herangezogen werden soll, weil der Betrag der ganzen Erbschaft noch nicht feststeht, dieses Verhältnisses alsdann in den Erbschaftskempel-lösungs-Attesten besonders zu erwähnen.

Raumburg, den 14. October 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Da wir in Erfahrung bringen, daß bei einigen Gerichten und Notarien noch Zweifel über die Stempelfreiheit von Verhandlungen obwalten, die in Gemäßheit der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und 13. Juli 1829 nach der freien Vereinigung der Partheien aufgenommen werden und uns zur Prüfung und Bestätigung einzureichen sind, so bringen wir nachstehend die unterm 20. October 1832 deshalb an den Herrn Provinzial-Steuer-Director Sach ergangene Entscheidung des Herrn Finanz-Ministers Excellenz zur allgemeinen Kenntniß.

Stendal, den 19. October 1833.

Königl. Preuß. General-Commission der Provinz Sachsen.  
(gez.) von Meding.

Ab-schrift.

In der durch den Ew. Hochwohlgeboren unterm 18. August c. mitgetheilten Bericht der Königl. General-Commission der Provinz Sachsen vom 8. Juli c. be-

Nr. 407.

Die Erb-schaftskempel-lösungs-Atteste dnr.

Nr. 408.

Die Stempel-freiheit in Gemeinheits-theilungs- u. Ablösungs-Verhandlungen betr.

gründeten Voraussetzung, daß die vorgelegten monita sich auf solche Gemeinheits- Theilungs- und Ablösungs- Verhandlungen beziehen, welche der gedachten Commis- sion zur Bestätigung vorgelegt worden, werden Sie auf den Bericht vom 25. Sep- tember c. autorisirt, von den monitis abzustehen, und die Stempelfreiheit jener Ver- handlungen anzuerkennen, dieselbe auch auf Quittungen auszudehnen, welche über Zahlungen zur Erfüllung der zu Stande gekommenen Gemeinheits- Theilung oder Ab- lösung ausgestellt werden.

Berlin, den 20. October 1832.

Der Finanz- Minister,

An den Königl. Geheimen Finanz- Rath und  
Provincial- Steuer- Director Herrn Saß  
Hochwohlgeboren zu Magdeburg.

(gez.) M a s s e n.

Nr. 409.  
Herrenlose De-  
posita betr.

Von nachbenannten im Depositorio des unterzeichneten Königl. Landgerichts befindlichen, theils unter dessen Verwaltung, theils unter derjenigen der einbezirkten Königl. Gerichtsämter stehenden Depositat- Massen, als:

- A) der Masse des zu Lützen verstorbenen Grenzaufsehers Dorneder, zum Betrage von 19 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf.;
- B) der Masse des am 31. Januar c. aus dem Gefängnisse entsprungenen Hand- werksgefelln, welcher unter den zwei Namen: Stauchmann und Seeländer reist, zum Betrage von 3 Thlr. 23. Sgr. 4 Pf.;
- C) der Nachlaß- Masse des verstorbenen Diätarius Carl Friedrich Lange aus Leip- zig, zum Betrage von 27 Sgr. 1 Pf.;
- D) der Nachlaß- Masse der am 11. November 1824 zu St. Ulrich bei Lauchstädt verstorbenen Christiane Justine Voigt, vorher geschiedene Wersel, geb. Por- tius, zum Betrage von 10 Thlr. 29 Sgr. 1 Pf.;
- E) der Nachlaß- Masse des zu Lauchstädt am 11. August 1828 verstorbenen Lein- webermeisters Christian Gottfried Walter, zum Betrage von 7 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf.;
- F) der Nachlaß- Masse des im spanischen Kriege im Jahre 1810 verstorbenen Strumpfwerkergesellen Friedrich Gottschalk von hier, zum Betrage von 24 Thlr. 15 Sgr. 4 Pf.;
- G) des aus der Kaufmann Gründlerschen Concurdmasse auf den verstorbenen Pa- stor Podels zu Wörmlich gekommenen Percepti der 3 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf.;
- H) des aus der Concurdmasse des Commun- Einnehmers Johann Christoph Peter Jehme zu Merseburg auf die Erben des Schneidermeisters Johann Friedrich Händel zu Merseburg gekommenen Percepti der 7 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf.;
- I) des aus der Kaufgelder- Masse des Anspannerguts des Johann Wilhelm Lehn- hardt zu Obblig auf den gewesenen Pächter dieses Guts, Johann Gottlieb Schröder, dessen Aufenthalt unbekannt ist, gekommenen Percepti der 14 Thlr. 8 Sgr. 4 Pf.,

haben die Eigenthümer nicht ermittelt werden können. Es werden daher die Eigen- thümer dieser Massen oder deren Erben hierdurch aufgefordert, sich wegen Empfang- nahme der benannten Depositat- Massen binnen Vier Wochen bei dem unterzeichneten



Landgerichte zu melden, und sich als Eigenthümer derselben oder deren Erben gehörig zu legitimiren, widrigenfalls diese Massen an die allgemeine Justizofficianten-Wittwenkasse werden abgeliefert werden.

Halle, den 22. October 1833.

**Königlich Preussisches Landgericht.**

Bei der am 15. d. M. geschehenen fernern Ausloosung der Leuditz-Köthlschauer Obligationen sind ausgelooft:

Litt. A. Nr. 67. 322. 333. 619. 726. und 727.

„ B. „ 2. 454. 629. 820. 1145. 1149. 1171. 1213. 1242. 1293. 1315. und 1320.

und werden solche auf den 2. Januar 1834 ausgezahlt werden. Die früher ausgelooften und bezahlten Obligationen sind inGesammt vernichtet.

Halle und Leipzig, den 19. October 1833.

**Die Schulden - Tilgungs - Commission.**

Dem Publico wird bekannt gemacht:

- 1) daß das Hypothekenbuch über die geschlossenen Grundstücke von Rápiß, zur Gerichtsbarkeit des Königl. Gerichtsamts zu Lützen gehörig, vollendet und an das gedachte Gerichtsamt zur Fortführung abgegeben worden ist.

Der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Realitäten ist nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

- 2) daß die Hypothekentabelle, welche alle drei Rubriken in sich faßt, von den geschlossenen Grundstücken des Carl Wilhelm Prißschke und dessen Ehefrau, Auguste Christiane Sophie geborne Walther, zu Ober-Teutschenthal, sub Nr. 46. vollendet ist, und vom 1. November bis ultimo December d. J. in unserm Hypotheken-Archive eingesehen werden kann, nach Ablauf dieser Frist aber Erinnerungen gegen diese Tabelle nicht mehr angebracht werden können.

Halle, den 11. October 1833.

**Königlich Preussisches Landgericht.**

Wir machen hierdurch bekannt, daß von den geschlossenen Grundstücken des Dorfes Ogeln im Bezirke des Gerichtsamts Schmiedeberg, des Dorfes Blönsdorf im Bezirke des Gerichtsamts Zahna, des Dorfes Kleinlissa im Bezirke des Gerichtsamts Landsberg und der Dorfer Werben und Tannapels im Bezirke des Gerichtsamts Zörbig, die Hypothekenbücher vollendet, und an die betreffenden Gerichtsämter zur weitem Fortführung abgegeben worden sind, und daß mithin der Erwerb neuer Hypothekenrechte hinsichtlich der vorgenannten Realitäten lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 24. October 1833.

**Königlich Preussisches Landgericht.**

Nr. 410.  
Ausloosung  
von Leuditz-  
Köthlschauer  
Obligationen  
betr.

Nr. 411.  
Hypotheken-  
sachen.

Nr. 412.  
Hypotheken-  
sachen.

Nr. 413.  
Hypotheken-  
sachen.

Daß die Hypothekenbücher:  
a) über die geschlossenen und walzenden Grundstücke zu Proßen und Flur,  
b) desgleichen zu Bainsdorf und Flur, und  
c) über die geschlossenen Grundstücke und Wandeläcker zu Saathayn, Stolzenhayn und Eröbels-Mühsdorf, exclusive der bei unserer Bekanntmachung vom 22. April c. (Amtsblatt Nr. 16.) ausgenommenen Naumann, vollendet sind, wird mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß nun in Ansehung der betreffenden Grundstücke der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Saathayn, den 20. October 1833.

Das Freiherrlich von Weißenbachsche Patrimonial-Gericht.  
M e h n e r.

Nr. 414.  
Patenten-  
bel-  
lung.

Dem Heinrich Uhlhorn zu Grevenbroich, im Regierungsbezirk Düsseldorf, ist ein Acht hintereinander folgende Jahre, vom 1. October 1833, als dem Ausfertigungstage, an gerechnet, gültiges Patent auf eine von dem Lithographen Schlicht zu Mannheim erfundene Steindruck-  
presse, insofern sie in ihrer durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannt ist, für den ganzen Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

### P e r s o n a l - C h r o n i k.

Nr. 415.

Die Stadtgerichts-Auskultatoren, Carl Friedrich Franz von Bredow und Ludwig Victor Graf von Billers, sind resp. von Brandenburg und Berlin, und die Oberlandesgerichts-Auskultatoren, Heinrich Victor von Ponickau und Gustav Adolph von Bodenhausen von Raumburg, anher versetzt und zu Referendarien der Königl. Regierung hieselbst befördert worden.

Nr. 416.

Der bisherige Pfarrer senior zu Budau, Ephorie Herzberg, M. Johann Adam Augustin, ist am 28. September 1833 im 69sten Lebensjahre gestorben.

Nr. 417.

Der bisherige Pfarrer zu Gosel und Sulau, Ephorie Freiburg, Karl Christian Rühler, ist am 30. September 1833 im 67ten Lebensjahre gestorben.  
Merseburg, den 15. October 1833.

Nr. 418.

Dem ersten Lehrer bei dem Schullehrer-Seminar in Weisensfels, Hentschel, ist vom Königl. Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten das Prädicat als Musikdirector ertheilt.  
Magdeburg, den 3. October 1833.

# Am t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
41. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 16. November 1833.

Das Königl. Ober-Censur-Collegium hat für folgende, außerhalb der Staaten des deutschen Bundes in deutscher Sprache erschienene 4 Schriften, als:

- 1) Christliche Religionslehre für die zartere Jugend von G. Gessner, 8te Auflage. Winterthur bei Steiner 1833;
- 2) der Tante Märchenbuch, 2 Bändchen. Ebendasselbst.
- 3) Predigten v. von de Wette, 3te Sammlung. Basel bei Neukirch 1833, und
- 4) W. Wackernagel, die Verdienste der Schweizer um die deutsche Literatur. Ebendasselbst 1833.

Nr. 428.  
Debit- Erlaubniß betr.

die Debits-Erlaubniß für die diesseitigen Staaten erteilt, welches hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Magdeburg, den 5. November 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Kiewitz.

Es wird hierdurch zur Kenntniß des gewerbetreibenden Publikums gebracht, daß nach einem Rescripte des Königl. Hohen Ministerii des Innern für Handel und Gewerbe vom 13. September dieses Jahres in den vormals Sächsischen Landestheilen des hiesigen Regierungsbezirkes, in welchen das Sächsische Mandat vom 29. Januar 1767, betreffend die Landhandwerker, noch Gültigkeit hat, die Ertheilung der Concession:

Nr. 429.  
Die kostenfreie Ertheilung von Concessionen für Dorfhandwerker in den vormals Sächs. Landestheilen betr.

- 1) zur Niederlassung des ersten Dorfkrämers, Zimmermanns, Maurers, Schmidt, Wagners und Schneiders in jedem Dorfe,
- 2) zur Fortsetzung der Gewerbe ihrer verstorbenen Ehemänner durch die Wittwen in Zukunft kostenfrei erfolgen soll.

Merseburg, den 28. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Unter Hinweisung auf unsere Bekanntmachung vom 24. August v. J., das Einwandern fremder Handwerksgefallen, Arbeiter und Diensthoten in die Residenzstadt Berlin betreffend, (Amtsbl. Jahrg. 1832. Stüd 32. Nr. 386.) bringen wir hierdurch zur Kenntniß der Polizei-Behörden und des dabei interessirten Publikums, daß, Höherer Anordnung gemäß:

Nr. 430.  
Die Zulassung fremder Diensthoten in der Residenzstadt Berlin betr.

- 1) die Behufs der Vermietzung zum Gefindebedienste von außerhalb in Berlin ein-

treffenden Individuen nur dort zugelassen werden, nachdem sie sich, wenn auch nicht durch Pässe, doch sonst genügend über ihre Persönlichkeit, so wie darüber, daß nach den Vorschriften der Gesindeordnung ihrer Vermietung nichts entgegenstehe, ausgewiesen, und ihre gute Führung für die letzten 3 Jahre durch glaubhafte Zeugnisse außer Zweifel gesetzt haben.

Diejenigen, welche diesen Forderungen nicht genügen, werden zur sofortigen Wiederabreise angehalten, event. aufgehoben und fortgeschafft werden.

- 2) Dasselbe Verfahren findet gegen die zur Vermietung zugelassenen Individuen Statt, welche nicht innerhalb 8 Tagen die Erlangung eines wirklichen Dienstunterkommens nachweisen, so wie gegen die, der Stadt Berlin nicht angehörenden Diensthboten, welche länger als 14 Tage dienstlos bleiben, insofern sie nicht durch Krankheit an ihrer Entfernung gebindert werden, oder auf irgend eine zulässige Weise daselbst einen eigenen Wohnsitz gründen.

Merseburg, den 5. November 1833.

Röniigl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 431.

Die Sterbekassen betr..

Es ist wahrgenommen worden, daß in unsern Regierungsbezirke Sterbekassen bestehen, zu deren Errichtung die, im §. 651. Tit. 11. Th. I. des Allg. Landrechts vorgeschriebene, und nach der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 29. Sept. d. J. (S. 121 der Gefeg. Samml.) künftig von dem betr. Röniigl. Ober-Präsidio zu ertheilende, landesherrliche Genehmigung nicht ertheilt worden ist.

Wir sehen uns dadurch, und um von sämmtlichen in unserm Bezirke befindlichen Sterbekassen eine genaue Kenntniß zu erhalten, veranlaßt, die Vorsteher dieser sämmtlichen Kassen hiedurch aufzufordern, binnen längstens 4 Wochen, vom Tage der Ausgabe dieses Blattes an gerechnet, von deren Bestehen unter Anföhrung des Zeitpunkts ihrer Entstehung, der Zahl ihrer Mitglieder, der Namen sämmtlicher Vorsteher und, falls sie bereits mit Genehmigung irgend einer Behörde bestehen, unter näherer Angabe dieser Genehmigung, so wie endlich unter Einreichung ihrer Statuten Anzeige zu machen. Diese Anzeige erfolgt hinsichtlich derjenigen Sterbekassen, deren Sitz in den Städten ist, bei den Magisträten derselben, hinsichtlich derjenigen auf dem platten Lande bei den Kreislandrätthen. Die letztern, an welche die von den Magisträten gesammelten Anzeigen abzugeben sind, haben uns nicht nur von allen Sterbekassen ihrer resp. Kreise vollständige, mit den obgedachten Rubriken versehene Listen baldigst zur weiteren Verfügung einzureichen, sondern von denjenigen Kassen, die ohne die vorgeschriebene Genehmigung des Staats bestehen, noch außerdem die vollständigen Statuten beizufügen.

Diejenigen, ohne diese Genehmigung bereits bestehenden, Gesellschaften, welche die obgedachte Anzeige unterlassen, haben zu gewärtigen, daß sie, sobald als ihre Existenz zur Kenntniß der resp. Behörden kommt, als unerlaubte Gesellschaften werden angesehen und behandelt werden, zu welchem Behufe uns dann von den betr. Polizeibehörden ungehäumt desfallige Anzeige zu machen ist.

Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß, wie die Eingangs gedachte Allerhöchste Cabinetsordre auch ausdrücklich festsetzt, unter Sterbekassen alle Kassen, 236

auch weichen für den Sterbefall eines Mitgliedes der Gesellschaft eine Zahlung zu legend einem Zwecke zu leisten ist, möglich auch Begräbniskosten, zu verstehen sind..

Merseburg, den 10. November 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Proben von Wein- und Malzessig sind bisher fast sämmtlich beauftragt der Prüfung ihrer Güte und eingesandt und vom Medicinalrath unsers Collegii geprüft. Da indes diese Prüfung nach einer uns zugegangenen Bescheidung des Königl. Ministerii der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 26. Sept. d. J. ganz eigentlich zu den Functionen der Physiker gehört, so haben künftig die Herren Landräthe Proben von Wein- und Malzessig, welche Personen, so um Concession zu ihrer Fabrication nachsuchen, einreichen, den Kreis-Physicus zur Prüfung vorzulegen, und das Gutachten derselben ihren Verichten beizufügen. Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, verweisen wir auf die Verordnungen im Amtsblatt vom 6. April 1819 (Amtsbl. Nr. 64 g. J.), in der Z. 15 Statt 30 Gran 35 Gran zu lesen ist, die Belehrung über die Vereitung des Malzessigs vom 11. December 1820 (S. 9 des Amtsbl. g. J.), worin die Stärke eines guten Malzessigs angegeben wird, und die Verordnung vom 13. März 1830 (Amtsbl. Nr. 40 g. J.). Die Herren Kreis-Physici werden angewiesen, in ihren Gutachten die Art der Prüfung genau anzugeben, und besonders zu bemerken, ob die Sättigung des zur Probe eingesandten Essigs mit reinem kohlensauren Kali, das Ueberbleibsel nach ihrer Abrauchung keinen Zusatz von scharfen Vegetabilien durch den Geschmack verrathen habe..

Nr. 432.

Die Ueberin-  
dung der Es-  
sige durch die  
Physiker betr..

Merseburg, den 11. November 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

In Verfolg des Rescriptes vom 17. Mai c., die Gewerbesteuer der Schiffer be-  
treffend, welches durch unsere Amtsblatt-Verordnung vom 6. Juni d. J. zur Kennt-  
niß des Publikums gebracht worden ist, hat das Königl. Hohe Finanz-Ministerium  
mittels Rescriptes vom 26. October c. nachstehende, die Heranziehung der Fracht-  
und Lohnfuhrleute betreffende Bestimmung erlassen:

Nr. 433.

Die Gewerbe-  
steuer der  
Fracht- und  
Lohnfuhrleute  
betr..

Es wird hierdurch festgesetzt, daß auch bei den Lohn- und Frachtfuhrleuten  
die Steuer, wenn sie ihr Gewerbe erst anfangen, nur von dem Monate ab,  
wo das beschriftigte Gewerbe angemeldet werden mußte, und wenn sie ihr  
Gewerbe völlig aufgeben, bis zum Ende des Monats, in welchem die Anmel-  
dung erfolgt ist, erhoben werden soll. Es ist jedoch sorgfältig darauf zu ach-  
ten, daß nicht Gewerbes-Abmeldungen mißbräuchlich und zur Verkürzung der  
Steuer für den Zeitraum, wo das Gewerbe der Lohn- und Frachtfuhrleute  
zu ruhen pflegt, zugelassen werden. Wo sich daraus, daß dergleichen Ge-  
werbetreibende demnächst wieder in Zugang gestellt werden, ergibt, daß der  
Gewerbetrieb nicht gänzlich aufgegeben war, ist die Gewerbesteuer für die  
ganze Zwischenzeit von der Abmeldung bis zur Wiederanmeldung nachträglich

einzuziehen. Bei allen andern Bestimmungen der Verfügung vom 26. April 1828 muß es bleiben.

Berlin, den 26. October 1833.

Der Finanz-Minister,

(gez.) M a a s s e n.

nach welcher die Gewerbesteuer-Aufnahme-Behörden genau zu verfahren haben.

Merseburg, den 9. November 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

**Nr. 434.** Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß von der Liste der Prämien, welche auf die 9000 Nummern der am 1. Juli 1833 gezogenen 90 Serien sub Nr. 7. 69. 73. 76. 135. 172. 175. 193. 207. 260. 264. 266. 369. 551. 622. 658. 661. 682. 698. 702. 722. 733. 750. 765. 767. 777. 811. 815. 852. 853. 947. 961. 974. 978. 1027. 1034. 1062. 1073. 1098. 1107. 1169. 1178. 1280. 1315. 1330. 1399. 1443. 1447. 1494. 1513. 1567. 1584. 1639. 1671. 1674. 1701. 1708. 1718. 1742. 1745. 1751. 1803. 1814. 1824. 1831. 1853. 1866. 1971. 2071. 2075. 2079. 2093. 2096. 2132. 2133. 2167. 2189. 2208. 2216. 2225. 2271. 2296. 2315. 2369. 2383. 2392. 2396. 2440. 2446. und 2482. der Serhandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rthlr. in der am 15. October 1833 angefangenen und am 19. desselben Monats und Jahres beendeten ersten Ziehung ausgeloset sind, jedem landrätlichen Amte ein Exemplar zugestellt worden ist und daselbst von Jedermann, der ein Interesse dabei hat, eingesehen werden kann. Merseburg, den 5. November 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Rassenwesen.

**Nr. 435.** Am 7. October v. J. wurde der aus Roßisch gebürtige Viehhändler, Johann Christoph Lebe, auf der von Bitterfeld nach Gräfenhainchen führenden großen Landstraße in den Vormittagsstunden von dem aus Düben gebürtigen Musketier Wilhelm Simon des 31. Infanterie-Regiments, der sich damals als Deserteur umhertrieb, von hinten angefallen, mit einem Steine zu Boden geschlagen und seiner bei sich habenden Waarschaft und mehrerer anderer Effecten beraubt.

Wegen dieses verübten Straßenraubes, verbunden mit Gewaltthatigkeiten an dem Beraubten, und wegen zweiter Desertion ist der 1c. Simon durch ein von Sr. Majestät dem Könige mittelst Allerhöchster Cabinetsordre vom 12. Juli d. J. bestätigtes kriegsgerichtliches Erkenntniß zu

„Ausstoßung aus dem Soldatenstande, 60 Stockhieben in zwei aufeinander folgenden Tagen und 25jähriger Festungsstrafe“

verurtheilt, auch für unfähig erklärt worden,

„je das Bürgerrecht oder den Besitz eines Grundstücks in den Preussischen Staaten zu erwerben;“

was hierdurch bestimmungsmäßig zur Kenntniß des Publikums gebracht wird.

Erfurt, den 17. October 1833.

Königl. Preuß. Divisions-Gericht der achten Division.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

40. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 9. November 1833.

- Das 18te Stück der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1464. Allerhöchste Cabinetsordre vom 29. September 1833, wegen Ertheilung der landesherrlichen Genehmigung, welche zur Errichtung gemeinschaftlicher Wittwen-, Sterbe- und Aussteuerlassen erforderlich ist.
- Nr. 1465. Verordnung, die Verpflichtung der Preussischen Seeschiffer zur Mitnahme verunglückter vaterländischer Schiffsmänner betreffend. Vom 5. October 1833.
- Nr. 1466. Allerhöchste Cabinetsordre vom 6. October 1833, über das bei Verichtigung des Besitztittels in Folge der Cabinetsordre vom 31. October 1831 von den Hypothekenbehörden zu beobachtende Verfahren.

Nr. 419.

Es ist Mir angezeigt worden, daß von mehreren Kreisen und Städten der Provinz Sachsen zur vollkommeneren und besseren Ausrüstung der Landwehr des 4ten Armee-Corps, so wie zu deren besserer Verpflegung während der diesjährigen Lagerung, nicht unbedeutende Beiträge freiwillig aufgebracht und an die betreffenden Landwehr-Bataillons abgeliefert sind. Ich trage Ihnen daher auf, denselben und zwar den Kreisen Stendal, Gardelegen, Salzwedel, Osterburg, Magdeburg, Jerichow, 1. und 2., Calbe, Halberstadt, Wiersleben, Oschersleben, Wernigerode, Langensalza, Erfurt, Schleusingen, Ziegenrück, Weiskene, Mühlhausen, Heiligenstadt, Borsdorf, Nordhausen, Gartensberga, Naumburg, Zeitz, Weiskene, Merseburg, Delitzsch, Bitterfeld, Wittenberg, Torgau, Hoyerwerda, Schweinitz, Liebenwerda und Lützen, Mein Wohlgefallen darüber zu erkennen zu geben.

Nr. 420.

Berlin, den 9. October 1833.

An (gez.) Friedrich Wilhelm.  
den Staats-Minister Freiherrn von Brenck.

Mit Vergnügen erfülle ich den mir gewordenen Auftrag, die vorstehende Allerhöchste Cabinetsordre hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Magdeburg, den 23. October 1833.

Der Geheime Staatsminister von Klenow.

Daß, Sr. des Königs Majestät, dem Messerschmidtgesellen Carl Eckardt zu Halle wegen bewirkter Rettung mehrerer im Wasser verunglückter Personen, das Ehrenzei-

Nr. 421.  
Verleihung  
des Ehrenzei-

den für Rettung aus Gefahr, huldreichst zu verleihen geruht haben, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 26. October 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Durch eine auf eine nicht ermittelte Weise am 20. Mai c. vor Tagesanbruch in dem Städtchen Löst im Regierungsbezirk Cöppeln entstandene Feuersbrunst wurden in einer Stunde außer dem Rathhause und mehreren andern städtischen Gebäuden, 124 Privatwohnhäuser, 79 Hintergebäude und 15 Scheunen nebst dem größten Theil der darin befindlichen Gegenstände ein Raub der Flammen und beinahe 200 Familien verloren dadurch Obdach und Habe.

Nr. 422.  
Kirchen- und Haus-Collecte für die Abgeordneten zu Löst im Regierungsbezirk Cöppeln.

Die Königl. Hohen Ministerien der Geistlichen u. Angelegenheiten, und des Innern und der Polizei, haben unter diesen dringenden Umständen der Stadt Löst eine allgemeine Kirchen- und Haus-Collecte bewilligt.

Die Herren Geistlichen unsers Regierungsbezirks haben an einem geeigneten Sonntage eine Collecte in den Kirchen zu obigem Zwecke zu veranstalten, die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenden einzusenden, letztere haben diese Beiträge mittelst Verzeichnisses oder geht nichts ein, einen Vacatschein an die Haupt-Institutenklasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Vacatscheins aber an uns einzureichen.

Die Herren Landräthe wollen dafür sorgen, daß die Haus-Collecte in den Städten von einem Rathsch-Deputirten und einigen angesehenen Bürgern, auf den Dörfern aber von den Richtern oder Schulzen oder Schöppen veranstaltet und übergend hinsichtlich der Ablieferung der Gelder nach unserer Verfügung vom 3. Juli 1828 (cf. Amtsbll. pro 1828. S. 216.) verfahren wird. Mit Ende des Monats December c. wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 24. October 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Des Herrn Justiz-Ministers Mühlner Excellenz hat mittelst Rescripts vom 4. October 1833 festgesetzt:

Nr. 423.  
Die Competenz der Untersuchungs- und Verurtheilungs-Instanzen betr.

daß vom 1. November d. J. an die Inquisitoriate im Departement des Collegiums alle diejenigen Untersuchungen, mit Ausnahme der bloß polizeilichen, führen sollen, welche bisher zur Competenz der mit den Inquisitoriaten an ein und demselben Orte befindlichen Untergerichte gehörten.

Zugleich aber ist verordnet, daß diese Anordnung auf bereits schwebende Untersuchungen keine Anwendung leide. Hiernach wird daher unser Publicandum vom 28. October 1832 modificirt und dies zur Nachachtung den Untergerichten unsers Departements bekannt gemacht.

Raumburg, den 25. October 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Digitized by Google



Indem wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, daß die nachstehend verzeichneten Deposita bei uns vorhanden sind, fordern wir die unbekannten Eigenthümer derselben oder deren Erben hierdurch auf, sich binnen vier Wochen bei uns zu melden, und sich zur Empfangnahme der Gelder gehörig zu legitimiren, widrigenfalls, nach Ablauf dieser Frist, die Gelder aus unsrer Depositen-Kasse zur allgemeinen Zufügung, Officianten- Wittwen-Kasse in Berlin werden eingesendet werden.

Raumburg, den 25. October 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

**V e r z e i c h n i s s.**

1) Eine Masse sub rubro der von Lüddeckeschen Allodial-Erben, welche am 1. April 1833 in 280 Thlr. Gold und 15 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf. Courant bestand;

2) eine Masse sub rubro der von Lüddeckeschen Erbgelder, deren Bestand sich am 1. April 1833 auf 369 Thlr. 8 Sgr. 11 Pf. Courant belief.

Beide Massen sind im Jahre 1816 von dem Rentanten der vormaligen Stadtgerichte zu Halle, Heuber, ad depositum des Land- und Stadtgerichts daselbst eingezahlt und im Jahre 1828 von dem dasigen Landgerichte zum Deposito des Königl. Oberlandesgerichts abgegeben worden, die Eigenthümer derselben aber völlig unbekannt;

3) das aus der von Seyffertigischen Nachlaß- und Concurs-Masse für das von Repuhnsche Familien-Stipendium angelegte, in ungefähr 75 Thlr. bestehende Depositum.

Nach der nunmehr für das Jahr 1833 geschlossenen Rechnung über die Tilgung der rückständigen Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zinscheine resp. aus dem Zeitraume vor und bis zum 1. Mai und 1. Juli 1818 sind an derartigen Effecten im gedachten Jahre... 266,753 thl. 23 sg. — pf. einschl. 3,433 thl. 12 sg. 6 pf. Gold zum Vbrsen-Course angekauft, und demnächst als getilgt cassirt worden, so daß unter Hinzurechnung der nach unserer Bekanntmachung vom 5. März 1832 bereits früher getilgten, 1,866,732 thl. 3 sg. 3 pf. einschl. 75,708 thl. 12 sg. 6 pf. Gold bis jetzt überhaupt... 2,133,485 thl. 26 sg. 3 pf. einschl. 79,141 thl. 23 sg. — pf. Gold in rückständigen Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zinscheinen zur Einlösung gelangt sind, welches wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Nr. 424.  
Herrenlosse Deposita betr.

Nr. 425.  
Die Tilgung der alten Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons betr.

Berlin, den 18. October 1833.

Königl. Preuß. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Dem Kupferschmiedmeister Karl Heckmann in Berlin ist unter dem 26. October 1833 ein Fünf hintereinander folgende Jahre und für den ganzen Umfang des Staats gültiges Patent

Nr. 426.  
Patenterteilung.

auf eine für neu und eigenthümlich erkannte, durch Beschreibung erläuterte  
Verrichtung zum Entfusseln des Branntweins und eine Verbesserung im He-  
fengeben und Stellen der Branntweinmaische,  
verlichen worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 427.

1) Der Stadtgerichts-Director in Prenzlau, Kammergerichts-Assessor Moritz  
Adolph Riemann, ist mittelst Allerhöchst vollzogener Bestallung vom 11. Septem-  
ber c. zum Landgerichtsrathe in Raumburg und der Landgerichtsrath Aschenborn  
hierselbst zum Justizrath und Mitgliede des Stadtgerichts zu Potsdam ernannt;

2) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendarius, Johann Bernhard Joseph  
Hartleb, ist den 24. September c. zum Criminal-Actuar mit der Function bei dem  
Inquisitoriate zu Wittenberg,

3) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendarius, Julius Wilhelm August Mi-  
chaelis, ist den 23. August c. zum Gerichtsamts-Actuar bei dem Gerichtsamte für  
den Landbezirk Zeitz ernannt;

4) der Gerichtsamts-Actuar, Friedrich August Hübner in Schleuditz ist in glei-  
cher Eigenschaft an das Gerichtsamte zu Landsberg in die Stelle des verstorbenen  
Actuarius von Soden den 30. August c. versetzt;

5) der interimistische Actuar, Friedrich Schröter, ist den 24. September c. zum  
Gerichtsamts-Actuar in Schleuditz,

6) der Auscultator, Johann Heinrich Adolph Pecholt, ist den 24. September  
zum Gerichtsamts-Actuar in Schaafstädt an des verstorbenen Bed Stelle ernannt;

7) dem hiesigen Oberlandesgerichts-Referendarius, Karl Ernst Heinrich Topf,  
ist die nachgesuchte Entlassung aus diesem seinem Dienstverhältnisse den 23. Sep-  
tember c. ertheilt;

8) der Oberlandesgerichts-Auscultator, Karl Herrmann Schede I., ist den 12.  
September von dem Landgerichte in Halle nach Halberstadt-entlassen;

9) der Oberlandesgerichts-Auscultator, Friedrich Wilhelm Fuß, ist den 6. Sep-  
tember c. von Halberstadt zu dem hiesigen Oberlandesgerichte zurückversetzt;

10) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Alexander Theodor Belthau-  
sen, Karl Julius Seeburg und Constantin Ludwig Weiblich sind den 27. August zu  
Oberlandesgerichts-Referendarien hierselbst befördert;

11) der Stadtgerichts-Auscultator, Christian Gottfried Hellfeld, ist den  
6. September c. zum Oberlandesgerichts-Referendarius hierselbst ernannt;

12) der Invalide und bisherige Gerichtsamts-Hülfsbote und Executor, Wil-  
helm Reinecke, ist den 13. September zum Voten und Executor bei dem Gerichtsamte  
zu Schleuditz bestellt;

13) der Justiz-Commissar, Bindewald in Hettstedt, ist den 23. Juli c. zugleich  
zum Notar im Oberlandesgerichts-Departement ernannt.

Raumburg, den 3. October 1833.

# Am t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
42. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 23. November 1833.

Nach einer Bestimmung der Königl. Hohen Ministerien des Innern für Handel und Gewerbe, der Finanzen, und des Innern und der Polizei, dürfen Gewerbescheine zum umherziehenden Betriebe von Feuer-Assecuranz-Geschäften fernerhin nicht mehr ertheilt werden. Die Bewerber mögen Agenten inländischer oder ausländischer Societäten seyn. Wir bringen solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Nr. 436.  
Den Betrieb  
von Feuer-  
Assecuranz-  
Geschäften etc.

Merseburg, den 4. November 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Der Herr Finanz-Minister Excellenz hat uns mittelst Rescripts vom 19. October d. J. eröffnet:  
daß für Versendungen der Grundsteuer aus den Gemeinclassen an die Staatskassen die Portofreiheit zugestanden ist.

Nr. 437.  
Die Bewilligung der Portofreiheit für die Versendungen der Grundsteuer aus Gemeinclassen an Staatskassen betr.

Indem wir dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß und Nachachtung für die Gemeinen, die Königl. Landräthe und die Kreiskassen bringen, überlassen wir den Gemeinen, bei der nächsten monatlichen Ablieferung der Grundsteuer und ferner von dieser ihnen zugestandenen Portofreiheit Gebrauch zu machen.

Merseburg, den 14. November 1833.

Königlich Preussische Regierung.

In Folge Höherer Anordnung ist dem Domainen-Kentmeister Franke in Eisenburg, welcher zeither schon die Gelderhebung für die Forstbeläufe Wartha und Döberschütz mit Eisenburg des Reviers Döberschütz besorgte, auch die Erhebung der Einkünfte und Bestreitung der Ausgaben für die übrigen Unterforste Gräfendorf, Wildenhain und Torfhaus des Reviers Döberschütz vom Jahre 1834 ab übertragen worden. Indem wir das Publikum von dieser Veränderung der Hebestellen hierdurch in Kenntniß setzen, bemerken wir zugleich, daß alle Einnahmen und Ausgaben, welche für das laufende Wirtschaftsjahr für die letztgedachten Unterforste resp. zu erheben und zu leisten sind, noch der Forstkasse in Torgau verbleiben.

Nr. 438.  
Die Erhebung der Einkünfte in den Forstrevieren Gräfendorf, Wildenhain und Torfhaus des Reviers Döberschütz.

Merseburg, den 12. November 1833.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 459.

Die Ernennung des Oberlandesgerichts-Rath von Weissenborn zum Kreis-Justiz-Rath und die zu seinem Geschäftskreise gehörenden Angelegenheiten betr.

Durch Allerhöchste Cabinetsordre ist der bisherige Oberlandesgerichts-Rath von Weissenborn zum Kreis-Justiz-Rath in Erfurt ernannt worden. Derselbe wird mit dem 1. Januar 1834 sein Amt antreten, welches mit dem Hinzufügen bekannt gemacht wird, daß nach einem Rescripte Sr. Excellenz des Herrn Justiz-Minister Wähler vom 8. October d. J. die bisherige Instruction für die Kreis-Justiz-Commission zu Erfurt vom 15. April 1823 folgende Abänderungen erleidet:

Zu dem Geschäftskreise des Kreis-Justiz-Raths gehören folgende Angelegenheiten:

- 1) Es wird ihm die Befugniß zur Aufnahme und Ausfertigung solcher Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit beigelegt, welche von jedem Richter aufgenommen werden dürfen, insofern der Erklärende, oder bei zweiseitigen Geschäften einer der Contrahenten, zu den unmittelbaren Gerichtseingesessenen des Königl. Oberlandesgerichts gehört, oder das Geschäft ein eximirtes Grundstück betrifft.

Die bei einzelnen Geschäften erforderliche Bestätigung, soweit sie durch das Gesetz vom 23. April 1821 nicht aufgehoben worden, bleibt dem Königl. Oberlandesgerichte vorbehalten, ohne daß es jedoch eines nochmaligen Anerkennnisses, oder einer Verlautbarung vor demselben bedarf.

Testamente, Codicille und Erbverträge eximirtter Personen hat der Kreis-Justiz-Rath mit der nächsten Post an das Königl. Oberlandesgericht zur Annahme in das Depositum abzusenden;

- 2) dem Kreis-Justiz-Rathe wird die Pflicht auferlegt: alle Todesfälle eximirtter Personen, welche ihm die Ortsgeistlichen anzeigen haben, so schnell als möglich dem Königl. Oberlandesgerichte, und, wenn Pilegebefohlene unter den nächsten Verwandten sich befinden, zugleich dem Pupillen-Collegium anzuzeigen,

ingeleichen:

Siegelungen des Nachlasses in allen Fällen vorzunehmen, wo das Gesetz es verlangt, oder einer der Interessenten dieselbe in Antrag bringt;

- 3) der Kreis-Justiz-Rath ist verbunden, auf den Antrag der sich meldenden Kreiseingesessenen

Klagen gegen eximirtte Personen, Klagebeantwortungen der Letztern, Appelationen und Revisions-Anmeldungen und deren Rechtfertigungen, ingeleichen:

die Beantwortungen derselben, Executions-Anträge und andere Gesuche in processualischen und nicht processualischen Angelegenheiten zum Protocoll aufzunehmen und an das Königl. Oberlandesgericht abzusenden;

- 4) der Kreis-Justiz-Rath hat, wenn sich der Kläger an ihn wendet, nachstehende, zum Geschäftskreis des Königl. Oberlandesgerichts gehörige Processualien vor sich zu ziehen:

- a) alle, zum Bagatellprocesse nach der Verordnung vom 1. Juni d. J. gehörigen Sachen,

- b) die Gefindesachen, insoweit die Gerichte nach dem Inhalte des Rescripts vom 17. April 1812 dabei concurriren,
- c) wenn über die Räumung einer Wohnung und über die Befugniß zum Aufständigen gestritten wird.

(In diesen Sachen von a. bis c. steht dem Kreis-Justiz-Rathe nicht nur die Verhandlung, sondern auch das Erkenntniß zu.)

- d) Arrestsachen in schleunigen und dringenden Fällen, wobei die Einwirkung des Kreis-Justiz-Rathes auf die, in den §§. 30—38, Tit. 29. der Proceß-Ordnung enthaltenen Bestimmungen beschränkt wird,
- e) Streitigkeiten bei Besitzstörungen (Tit. 31. und Tit. 44. §. 44. und §. 45. der Proceß-Ordnung),
- f) wenn über die Zulässigkeit eines Baues und die Art, denselben zu führen (§. 34. und l. Tit. 42. Proceß-Ordnung) gestritten wird.

Die zu d. nach §. 39. Tit. 29. Proceß-Ordnung erforderliche Festsetzung, so wie die Erkenntnisse in den, zu e. und f. bezeichneten, Sachen bleiben dem Königl. Oberlandesgericht vorbehalten, insofern nicht beide Theile, oder deren Stellvertreter darauf antragen, daß der Kreis-Justiz-Rath sich der Entscheidung unterziehe.

Eben so hat derselbe

- 5) die Aufnahme des Beweises zum ewigen Gedächtnisse auf den Antrag eines Theils zu besorgen, wenn der Fall des §. 21. Tit. 33. Proceß-Ordnung vorhanden ist;
- 6) der Kreis-Justiz-Rath ist das Organ des Königl. Oberlandesgerichts bei der Aufsicht über die Justiz-Verwaltung der Untergerichte. Er ist nicht nur verpflichtet, die von ihm selbst bemerkten Unregelmäßigkeiten und Pflichtverletzungen bei der Justiz-Verwaltung der Untergerichte zur Kenntniß des Königl. Oberlandesgerichts zu bringen, sondern auch, die sich bei ihm meldenden Beschwerdeführer zum Protocoll zu vernehmen, hierauf und auf die schriftlich eingehenden Beschwerden sich die Acten des Untergerichts vorlegen zu lassen, und wenn die Beschwerde sich hieraus nicht sogleich erledigt, die Sache dem Königl. Oberlandesgericht unter Beifügung der Acten anzuzeigen. Am Schlusse des Jahres hat er Conduiten-Berichte über sämmtliche im Kreise wohnende Justizbeamten, Subalternen und Justiz-Commissarien an den Chef-Präsidenten des Königl. Oberlandesgerichts einzureichen;
- 7) zur Bearbeitung durch den Kreis-Justiz-Rath in Folge besonderer Aufträge sind vorzugsweise die nachstehenden Geschäfte geeignet:

Wieder-Aussiegelungen, — Inventuren, — Auctionen, — Aufnahme von Taxen, — Natural-Traditionen, — Wirthschafts-Revisionen, — Rechnungs-Abnahmen, — Verpflichtung von Vormündern, — Aufnahme vormundtschaftlicher Quittungen und Verzicht, — Instructionen solcher Proceße, wobei es auf eine örtliche Untersuchung ankommt, — Zeugen-Bernehmungen, — Eides-Abnahmen, — Sühne-Versuche in Geschrei-

dungen, — Executions-Vollstreckungen, — Abhaltung von Picitations-Terminen in Subhastations-Proceffen, — Führung von fidecalischen und Criminal-Untersuchungen, — Justiz-Visitationen, Rassenrevisionen bei den Untergerichten, Geschäftsrevisionen der Justiz-Commissarien und Notarien.

Es bleibt jedoch dem Königl. Oberlandesgericht unbenommen, einzelne dieser Geschäfte durch andere Commissarien besorgen zu lassen, so wie auch andere hier nicht benannte Geschäfte, welche sich zur commissariatschen Bearbeitung eignen, dem Kreis-Justiz-Rathe zu übertragen.

Dieser hat zu allen Verhandlungen einen Aufcultator oder Referendarius, in dessen Ermangelung einen Subalternen-Beamten, der das Actuariat-Examen gemacht hat, als Protocollführer, oder zwei glaubwürdige, in keinem Dienstverhältniß zu ihm stehende Männer, als Beisitzer zuzuziehen.

Die Festsetzung und Einziehung der Gebühren des Kreis-Justiz-Rathes erfolgt mit den, während der Verbeibaltung des jetzigen Subalternen-Personals für dessen Geschäfte aufkommenden, zur Kasse fließenden Kosten zur Zeit noch durch das Königl. Oberlandesgericht.

Raumburg, den 8. November 1833.

### Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 440.

Die Anwendung der Stempel zu Klagen, Zahlungsbefehlen u. dgl.

Nachstehende Bestimmung des Herrn Justiz-Ministers Ercelexenz:

- 1) zu der Klage, dem Zahlungsbefehle und dem Notificatorium müssen in der Regel die gewöhnlichen Gesuchs- und Ausfertigungstempel verbraucht werden;
- 2) wird die Sache auf vorgebrachte Einwendungen zum summarischen Verfahren verwiesen, so tritt der Proceß-Verthstempel ein und die verbrauchten Gesuchs- und Ausfertigungstempel kommen darauf in Anrechnung;
- 3) würde der Verth- oder Erkenntnistempel weniger betragen als die Gesuchs- und Ausfertigungstempel, welches in der Regel bei Gegenständen bis 100 Thlr. der Fall seyn wird, so werden nur so viel Eingabe- und Ausfertigungstempel genommen, als zur Erfüllung des Verthstempels erforderlich sind, z. B.

der Erkenntnistempel bei einem Gegenstande von 50 Thlr. ist 15 Sgr.:

Es wird also nur zur Klage . . . 5 Sgr.,

zum Mandate . . . . . 10 „

genommen und ein weiterer Proceß-Stempel tritt nicht ein, wird hierdurch den Untergerichten des uns anvertrauten Departements zur Kenntnißnahme und Befolgung bekannt gemacht.

Raumburg, den 9. November 1833.

Königl. Preuss. Oberlandesgericht von Sachsen.

Nr. 441.

Hypothekenbuch.

Das Königl. Oberlandesgericht von Sachsen bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß das Hypothekenbuch über nachfolgende exremte Güter, Grundstücke und Gerechtsame, als:

- im Eckartsbergaer und Quersfurther Kreise:  
die Erbzinsen zu Vibra, Schimmel und Altenroda;
- im Liebenwerdaer Kreise:  
den Ziegram-Busch nebst der Jagd und Gerichtsbarkeit im ganzen Ziegram;
- im Mannsfelder Gebirgskreise:  
die vormal's Benndorffschen und Nitzhauschen Rittergüter zu Quenstedt, — das  
Rittergut, der Kupferberg bei Hettstedt, — die zu dem Rittergute Oberhof  
zu Ballenstedt pertinentialiter gehörrige Sinsleber Hufe;
- im Mannsfelder Seekreise:  
das Rittergut Zeitz mit dem Dorfe Belleben;
- im Merseburger Kreise:  
die zu dem, im Kdnigreiche Sachsen gelegenen Rittergute Ohrniz gehörrigen,  
in den Ortschaften und Marken Schkeithar, Schkölen, Rätzig und Klein-Öb-  
tern zu erhebenden Natural- und Geldzinsen, auch Frohnen und Lehngelder;
- im Saalkreise:  
die Domaine Winkel zu Wettin;
- im Sangerhäuser Kreise:  
das Rittergut zu Gehofen, der Dom- oder Haakenhof genannt, — das Lau-  
sche Rittergut Voigtstedt, — die in den Dörfern Ederleben und Rietznord-  
hausen zu erhebenden, als Erblohn verliehenen Erbzinsen;
- im Schleusinger Kreise:  
die Domainen Rühndorf, Kloster-Rohr und Kloster-Besra;
- im Weissenfelder Kreise:  
das vormalige Domainengut Göthewitz;
- im Weissenfeerer Kreise:  
das Kdnigl. Stiftungsgut zu Griefstedt;
- im Zeitzer Kreise:  
das Rittergut Hollsteig,

vollendet, und der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hy-  
potheken-Patents vom 16. Juni 1820, und §. 10. des Gesetzes vom 16. Juni 1820,  
wegen der, bei nicht vollständig eingerichteten Hypothekenwesen eintretenden, Maaß-  
regeln pag. 108. der Gesetzsammlung, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des  
Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu  
bestimmen ist.

Raumburg, den 8. November 1833.

Kdnigl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

In Gemäßheit des Hypotheken-Patents vom 16. Juni 1820. §. 10. wird hie-  
mit bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über das Dorf Großwilkau, aus 20  
Folien bestehend, vollendet und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte nunmehr

Nr. 442.  
Hypotheken-  
sachen.

lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wiltau, den 9. November 1833.

Gräflich Bisthum'sches Patrimonial-Gericht.  
Schmoll.

Nr. 443. Dem Gewehr-Arbeiter Franz Siebel zu Niederndorf im Kreise Siegen ist ein vom 4. November 1833 Acht hintereinander folgende Jahre im ganzen Umfang des Preussischen Staats gültiges Patent:  
auf ein in seiner ganzen Zusammensetzung als neu und eigenthümlich erkanntes Gewehrschloß mit Sicherheitsdeckel für Percussionsgewehre, ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 444. Seine Majestät der König haben Allernädigt geruht:  
1) dem bisherigen Universitäts-Verwalter und Geheimen Secretair Prillwitz zu Wittenberg, und  
2) dem bisherigen Procuratur-Amtmann Soullier zu Zeitz,  
den Character als Königlich Amtsrath beizulegen und die Patente darüber Allerhöchst zu vollziehen.

Nr. 445. Der Garnison-Verwaltungs-Ober-Inspector Stahl zu Torgau ist in gleicher Eigenschaft nach Erfurt und an dessen Stelle der Casernen-Inspector Stodt zu Potsdam nach Torgau versetzt.  
Merseburg, den 15. November 1833.

Nr. 446. An Stelle des verstorbenen Professors Dr. Weber zu Halle ist der Professor Dr. Frißsch zum Censor für die theologischen Schriften und der Professor Dr. Thilo zum Stellvertreter des 2c. Frißsch in diesem Censor-Amte ernannt worden.

Nr. 447. Im Laufe des dritten Quartals d. J. sind von uns nachfolgende Candidaten des Predigtamts:

- 1) Friedrich Wilhelm Polke aus Rastadt;
- 2) Ernst Albert Brand aus Lettin;
- 3) Bernhard Ludwig Held aus Mülhausen;
- 4) Carl Matthias Müller aus Bremen;
- 5) Friedrich Wilhelm Albert Ramdohr aus Jerichow;
- 6) Carl Friedrich Ludwig Schrader aus Langenweddingen;
- 7) Johann Gottlob Christoph Böschke aus Beyerhaumburg;
- 8) Carl Friedrich Franz aus Hornhausen;
- 9) Robert Ottomar Glöckner aus Querfurth;
- 10) Carl Friedrich Christian Holthauer aus Halle;
- 11) Ernst Gustav Theodor Müller aus Burg;



nach vorherbestandener Prüfung pro ministerio mit Wahlfähigkeit, Attesten versehen worden.

Magdeburg, den 2. November 1833.

1) Der hiesige Oberlandesgerichts-Rath von Weissenborn ist den 8. October c. **Nr. 448.** zum Kreis-Justiz-Rath zu Erfurt ernannt, und an dessen Stelle der Oberlandesgerichts-Rath Belzig zu Paderborn den 9. October c. an das hiesige Oberlandesgericht versetzt;

2) der hiesige Oberlandesgerichts-Assessor Julius Hermann von Kirchmann ist den 14. October c. zum Criminalrichter bei dem Inquisitoriate zu Halle, an des verstorbenen Criminalrichters Lohmeyer Stelle, ernannt; und dessen Stelle bei dem Oberlandesgerichte hier dem Oberlandesgerichts-Assessor und Patrimonial-Kreisrichter Golz zu Wittenberg den 18. October c. verliehen;

3) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar Carl Friedrich Draßdo ist den 9. September c. zum Oberlandesgerichts-Assessor hierselbst,

4) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar Bernhard Brand von Lindau ist den 30. September c. zum Oberlandesgerichts-Assessor hierselbst, und der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar Carl Friedrich Heinrich Stelger den 21. October c. zum Assessor bei dem Kammergerichte in Berlin ernannt;

5) der vormalige Justiz-Commissar Leopold Lindau in Gardelegen ist den 10. Juni c. als Oberlandesgerichts-Referendar hierselbst angestellt;

6) der Oberlandesgerichts-Referendar Ernst Friedrich Lüdecke ist von dem Oberlandesgericht in Münster den 26. September c. zu dem hiesigen versetzt;

7) dem hiesigen Auscultator Ernst Bruno Ehtermeyer ist den 1. October c., dem hiesigen Oberlandesgerichts-Referendar Friedrich Constantin Wiedemann den 15. October c. die nachgesuchte Entlassung aus dem hiesigen Dienstverhältnisse ertheilt, und

8) der hiesige Auscultator Joseph Erich Friedrich Schwarz den 8. October c. von dem hiesigen Landgerichte nach Stettin versetzt;

9) die Candidaten der Rechte, Carl August Eduard Haushalter und Traugott Carl Köfer, sind den 12. und resp. 19. October c. zu Auscultatoren hierselbst angenommen;

10) der invalide Armee-Gensd'arm Martin Schuster ist den 1. October c. zum Gerichtsambotsen- und Executor in Heldringen, der Invalide Johann Christian Friedrich Steinemann den 25. October c. zum Gerichtsambotsen und Executor in Schmiedeberg, und

11) der invalide Unterofficier August Schönhoff den 22. October c. zum Gefangenwärter bei der Landgerichts- und Inquisitoriat-Deputation in Schleusingen, an des pensionirten Scheich Stelle, angenommen.

Raumburg, den 1. November 1833.

Nr. 449.

# Nachweisung

der

im Monate October 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden-  
nen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								Hülſenfrüchte.						Kartoff. feln	Brannt- wein	Rauchfutter.															
	Weizen		Roggen		Gerſte		Hafer		Hirſe		Erbsen		Linsen				Heu	Stroh														
	der Preußiſche Scheffel								der Preußiſche Scheffel																							
	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.					pf.	tbl.	fg.	pf.										
1	Merſeburg	1	13	5	1	—	9	—	25	3	—	20	3	—	—	1	10	—	2	10	—	12	5	—	1	10	—	5	—			
2	Halle	1	11	1	1	—	1	—	24	2	—	19	1	4	15	—	1	15	—	2	—	—	10	—	3	4	1	5	—	6	—	
3	Naumburg	1	13	10	1	—	—	—	21	9	—	15	8	4	—	—	1	20	—	2	—	—	15	—	4	8	1	1	6	5	5	
4	Lörgau	1	11	—	1	4	—	—	28	—	—	23	—	4	10	—	2	—	—	—	—	—	15	—	4	—	1	5	—	6	10	
5	Wittenberg	1	11	4	1	4	5	1	—	2	—	25	—	5	10	—	2	24	—	3	25	—	16	—	4	—	—	—	—	—	—	
6	Eisleben	1	10	10	1	1	7	—	25	—	—	19	1	5	6	8	2	7	4	5	—	—	13	1	4	2	—	27	11	4	22	11
7	Zeitz	1	14	4	1	3	9	—	25	7	—	19	4	3	6	3	1	6	3	2	7	6	—	10	—	5	—	1	10	—	6	5
8	Querfurth	1	15	—	1	—	—	—	23	9	—	20	—	4	5	—	1	15	—	1	15	—	12	6	5	—	1	—	—	4	—	
9	Wittenfeld	1	15	—	1	2	6	—	23	5	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	—	5	—	

Merseburg, den 4. November 1833.

Königlich Preussische Regierung.

# U m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

43. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 30. November 1833.

Es ist uns mehrfach die Anzeige geworden, daß dem Handel mit Holz von den Behörden, welchen die Controlle der Gewerbesteuer obliegt, nicht die gehörige Aufmerksamkeit gewidmet werde. Indessen ist es gerade dieser Handel, welcher aus mehreren Rücksichten besondere Aufmerksamkeit erfordert, einmal nämlich hinsichtlich der oft hierbei vorkommenden Gewerbesteuer-Contraventionen, und sodann vorzüglich des forstwirtschaftlichen Interesses wegen. Nr. 43a.  
Die Aufmerk-  
samkeit auf  
den Holzhandel  
bezt.

Wir weisen daher die gedachten Behörden hierdurch an, den Verkauf des Holzes, insbesondere in den Städten, einer strengen Controlle zu unterwerfen, und diejenigen Holz-Verkäufer, welche den Bestimmungen des Gesetzes, wegen Entrichtung einer Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820, oder dem Regulativ über den Gewerbebetrieb im Umherziehen vom 28. April 1824 entgegen, ihre Berechtigung zum Handel mit Holz nicht durch den Nachweis der geschehenen Meldung zum stehenden Handel, resp. durch Vorlegung des erforderlichen Gewerbescheines darthun können, zur gesetzlichen Untersuchung und Bestrafung zu ziehen, wobei wir zugleich das Publikum hinsichtlich des fahrlässigen Ankaufes von Holz, in gleicher Art, wie dies bereits durch unsere Amtsblatts-Verordnung vom 12. October 1832, (Amtsbl. für 1832. S. 292. Nr. 449.) welche wir hierdurch in Erinnerung bringen wollen, hinsichtlich des Wildprets geschehen, verwarnen. Die letztgedachte Verordnung bringen wir den betreffenden Behörden ebenfalls in Erinnerung, da auch in Bezug auf den Wildpretshandel die bestehenden polizeilichen und gewerbesteuerlichen Vorschriften noch häufig verletzt werden.

Merseburg, den 10. November 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Nach einem von dem Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten von der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinal-Wesen über die Anwendbarkeit des Zinks bei Plumbbrunnen erforderten und mitgetheilten Gutachten ist das Zink nicht nur eben so leicht, sondern noch leichter oxydierbar, als das Blei, wenn es mit Wasser und Luft in Verührung kommt. Das Brunnenwasser enthält stets freie Kohlensäure, und verschiedenartige Salztheile. Eine Lösbarkeit des dadurch gebildeten Zinkoxyds und sein Uebergehen in das Wasser ist demnach unvermeidlich. Das Wasser erregt dann Ekel und selbst Erbrechen, daher

Nr. 451.  
Die schädliche  
Anwendung  
des Zinks bei  
Plumbbrun-  
nen bezt.

man auch von dem Gebrauch der aus Zinkblech gearbeiteten Küchengeräthe hat absteht müssen.

Unter diesen Umständen kann der Gebrauch des Zinks bei der Anlegung von Saugbrunnen in medicinisch-polizeilicher Hinsicht auf keine Weise für zulässig erachtet werden.

Merseburg, den 22. November 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 452.

Kirchen- und Hauscollekte für die Abgebrannten zu Grottkau im Regierungsbezirk Oppeln.

Durch eine am 24. Juli o. entstandene Feuersbrunst wurden in dem Städtchen Grottkau im Regierungsbezirk Oppeln in kurzer Zeit 8 öffentliche Gebäude, mit Einschluß des Rathhauses, der katholischen Pfarrkirche und Pfarrwohnung, 114 Wohnhäuser, 84 Hintergebäude und Stallungen und 13 Scheunen ein Raub der Flammen und gegen 300 Familien obdachlos, die zugleich den größten Theil ihres Privatvermögens verloren.

Die Königl. Hohen Ministerien der Geistlichen u. Angelegenheiten, und des Innern und der Polizei, haben unter diesen dringenden Umständen der Stadt Grottkau eine allgemeine Kirchen- und Hauscollekte bewilligt.

Die Herren Geistlichen unsers Regierungsbezirks haben an einem geeigneten Sonntage eine Collekte in den Kirchen zu obigem Zwecke zu veranstalten, die eingegangenen Gelder an die Herren Superintenden ten einzusenden; letztere haben diese Beträge mittelst Verzeichnisses, oder geht nichts ein, einen Vacatschein an die Haupt-Instituten-Kasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Vacatscheins aber an uns einzureichen.

Die Herren Landräthe wollen dafür sorgen, daß die Hauscollekte in den Städten von einer Magistrats-Deputation und einigen angesehenen Bürgern, auf den Dörfern aber von den Richtern oder Schulzen oder Schöppen veranstaltet und übrigen hinsichtlich der Ablieferung der Gelder nach unserer Verfügung vom 3. Juli 1828 (Amtsbl. pro 1828. S. 216.) verfahren wird. Mit Ende des Monat Januar fut. wird die Collekte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 16. November 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 453.

Die Bestrafung des Verbrecher, welche ihre That, bevor sie überführt werden, freiwillig gestehen.

Ein, und von dem Herrn Justiz-Minister mitgetheilter Allerhöchster Königlich Cabinetbefehl, folgenden Inhalts:

Ich will auf Ihren Bericht vom 30. v. M. dem Schifferknecht Remus in der Strafanstalt zu Rawicz, dessen Bittschrift zurückerfolgt, den Ueberrest der gegen ihn erkannten Zuchthausstrafe erlassen, auch finde Ich nach der bei Gelegenheit dieses Falles von Ihnen gemachten Bemerkung, daß in der Verurtheilung allerdings zwischen dem Verbrecher, welcher sich durch Bekenntniß, der Wahrheit zuwendet, und dem Uebelthäter, welcher durch Lügnen seine Schuld vergrößert, ein Unterschied stattfinden muß. Ich will daher, daß gegen einen Angeschuldigten, der, noch ehe er der That überführt ist, freiwillig

lig gesteht, keine Schärfung der sonst verwirkten gesetzlichen Strafe, also keine körperliche Züchtigung, und immer nur der geringste Grad der, nach Lage der Sache durch die That an sich, und unter den obwaltenden Umständen verwirkten ordentlichen Strafe erkannt werden soll, und veranlasse Sie, die Gerichtsbehörden auf die pflichtmäßige Beachtung der Vorschriften des §. 59. Titel 20. Theil 2. des N. L. R. besonders aufmerksam zu machen.

Berlin, den 9. October 1833.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Staats- und Justiz-Minister Müller.

wird hierdurch sämmtlichen Inquisitorien, Landgerichten und übrigen Untergerichten unsers Departements zur Nachricht und Befolgung, auch mit der Anweisung bekannt gemacht, bei jeder Untersuchung die Angeschuldigten auf diesen Allerhöchsten Cabinettsbefehl aufmerksam zu machen.

Raumburg, den 15. November 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen.

Es wird von Seiten der Chausseegeld-Erheber wiederholend darüber geklagt, Nr. 45 i.  
daß Fuhrleute sich häufig weigern,  
das Chausseegeld von den vor ihrer Ankunft bei der Barrière zurückgesandten  
Vorspannpferden zu entrichten,  
und Zweifel über die Verpflichtung zur Leistung dieser Zahlung äußern.

Die Erhebung  
des Chausseegeldes von  
Vorspannpferden betr.

Ich finde mich dadurch veranlaßt, dem Publikum meine, in den drei Regierungs-Amtsblättern hiesiger Provinz abgedruckte Bekanntmachung vom 27. Juni 1830, welche wörtlich dahin lautet:

„Da der §. 2. der Strafbestimmungen zum Chausseegeld-Tarif vom 28. April 1828 zu der irrigen Meinung Anlaß gegeben hat, daß es erlaubt sey, sich auf Chaussee'n vorgelegter Gespann ohne Entrichtung des Chausseegeldes zu bedienen, insofern ein solcher Vorspann nur die Chaussee-Hebestelle nicht passire: so ist zur Berichtigung dieses Irrthums jene Strafbestimmung mittelst Allerhöchster Cabinettsordre vom 27. Mai c. dahin ergänzt worden, daß, wer eine Chaussee mit stärkerer Bespannung befahren hat, als mit welcher er die nächste Chaussee-Hebestelle passirt, bei Vermeidung der Defraudations-Strafe verpflichtet seyn soll, dieses bei derselben anzuzeigen, und das volle tarifmäßige Chausseegeld (jedoch mit Wegfall der Steigerung des Tages in dem, im §. 2. der zusätzlichen Bestimmung des Tarifs ausgenommenen Falle) von der Gesamtzahl des gebrauchten Gespannes zu entrichten. Das dabei interessirte Publikum wird auf diese ergänzende Bestimmung zur Nachachtung hiermit aufmerksam gemacht,“

wieder in Erinnerung zu bringen.

Jeder Passant, der sich dieser Verpflichtung zu entziehen sucht, hat es sich selbst krizumessen, wenn er als Defraudant des Chausseegeldes zur Untersuchung gezogen,

und mit der, §. 1. der Strafbestimmungen zum Tarif vom 28. April ausgesprochenen Strafe, belegt wird. Magdeburg, den 16. November 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director S a d.

Nr. 455. Die Hypotheken-Tabellen über die waltenden Grundstücke der Flur der Stadt Raumburg, soweit auf die Regulirung des Hypothekenwesens derselben angetragen worden, sind vollendet und liegen in dem Zeitraum vom 1. December d. J. bis zum 1. Februar l. J. zur Einsicht der Interessenten bereit. Nach Ablauf dieser Frist können keine fernern Erinnerungen gegen diese Hypotheken-Tabellen angebracht werden. Raumburg, den 22. November 1833.

Königl. Preuß. Gerichtsamt für den Stadtbezirk.

Nr. 456. Dem Papier-Fabrikanten Johann Dachelhäuser zu Siegen ist unter dem 15. November 1833 ein neues Patent:

auf eine für neu und eigenthümlich anerkannte Maschine zum Reinigen des Papierzeugs und zum Trennen des Ganzzeugs vom Halbzeug, sowohl für sich, als auch in Verbindung mit den bekannten Holländern und Stampfen, auf zehn hinter einander folgende Jahre, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet und für den ganzen Umfang der Monarchie gültig, ertheilt worden.

Nr. 457. Dem Zöglinge des Gewerbe-Instituts zu Berlin, Karl Bonnier aus Achen, ist unterm 15. November, 1833 ein auf zehn hinter einander folgende Jahre, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, und für den ganzen Umfang des Preussischen Staats gültiges Patent:

auf einen in seiner ganzen Zusammensetzung und in der Art seiner Anwendung für neu und eigenthümlich erkannten Apparat zur Erhizung von atmosphärischer Luft, Behufs des Betriebes von Maschinen, ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 458. Der bisherige Diaconus an der Trinitatis-Kirche in Zeitz und Prediger an der Corrections-Anstalt daselbst, Friedrich August Ferdinand Bonefsky, ist als Pastor an der Stadtkirche in Zahna angestellt. Nach seinem am 10. Nov. c. erfolgten Antritte des Pastorats ist demselben auch die Verwaltung der Epchoralgeschäfte in der Dides Zahna übertragen worden.

Nr. 459. Dem als Oberprediger in Gerbstädt angestellten bisherigen Pfarrsubstituten in Zwoschau, Friedrich Albert Parreidt, ist die Verwaltung der Epchoralgeschäfte in der Dides Gerbstädt übertragen worden.

Nr. 460. Dem bisherigen Registrations-Canzlisten Janetz ist die durch den Abgang des zum Geheimen revidirenden Calculator bei der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer beforderten Rassen-Secretairs Geiling zur Erledigung gekommene zweite Rassen-schreiber-Stelle bei der hiesigen Registrations-Haupt-Kasse verliehen worden.

Mersburg, den 21. November 1833.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

44. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 14. December 1833.

Das 19te Stück der Gesefsammlung enthält unter

Nr. 1467. Allerhöchste Cabinetsordre vom 13. October 1833, über die Aufhebung des zweiten Senats bei dem Oberlandesgerichte zu Marienwerder und: die Bestimmung des Instanzenzuges bei allen andern, nur aus einem Civil-Senate bestehenden Oberlandesgerichten, in Mandats-, summarischen und Bagatellsachen.

Nr. 461.

Nr. 1468. Allerhöchste Cabinetsordre vom 14. October 1833, wegen der Grenzen der Gewerbescheinpflichtigkeit der Musiker.

Nr. 1469. Allerhöchste Cabinetsordre vom 24. October 1833, das Ausscheiden der Stadt Halbau aus dem städtischen Wahlverbande betreffend.

Nr. 1470. Allerhöchste Cabinetsordre vom 2. November 1833, die Einführung der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 in der Stadt Rempn, im Regierungsbezirk Posen, betreffend.

Das 20ste Stück der Gesefsammlung enthält unter

Nr. 1471. Allerhöchste Cabinetsordre vom 18. November 1833 nebst deren Anlage, die Abänderungen im Zolltarif betreffend.

Das 21ste Stück der Gesefsammlung enthält unter

Nr. 1472. Zollvereinungsvertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen, Seiner Hoheit dem Kurprinzen und Mitregenten von Hessen und Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Hessen einerseits, dann Seiner Majestät dem Könige von Bayern und Seiner Majestät dem Könige von Württemberg andererseits. Vom 22. März 1833.

ad Nr. 1472. Zusatzartikel zu dem Zollvereinungsvertrage zwischen Preußen, Kurhessen und dem Großherzogthume Hessen einerseits und Bayern und Württemberg andererseits. Vom 31. October 1833.

Nr. 1473. Zollvereinungsvertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen, Seiner Hoheit dem Kurprinzen und Mitregenten von Hessen und Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Hessen, dann Seiner Majestät dem Könige von Bayern und Seiner Majestät dem Könige von Württemberg einerseits, und Seiner Majestät dem Könige und Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Mitregenten von Sachsen andererseits. Vom 30. März 1833.

- p>ad Nr. 1473. Zusatzartikel zu dem Zollvereinigungsvertrage zwischen Preußen, Kurhessen und dem Großherzogthume Hessen, dann Bayern und Württemberg einerseits und Sachsen andererseits. Vom 31. October 1833.
- Nr. 1474. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Majestät dem Könige und Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Mitregenten von Sachsen, wegen gleicher Besteuerung innerer Erzeugnisse. Vom 30. März 1833.
- Nr. 1475. Vertrag zwischen Preußen, Kurhessen, Sachsen: Weimar: Eisenach, Sachsen: Meiningen, Sachsen: Altenburg, Sachsen: Coburg: Gotha, Schwarzburg: Sondershausen, Schwarzburg: Rudolstadt, Reuß: Schleiß, Reuß: Greiz, und Reuß: Lobenstein und Ebersdorf, wegen Errichtung des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins. Vom 10. Mai 1833.
- Nr. 1476. Vertrag zwischen Preußen, Kurhessen und dem Großherzogthume Hessen, ferner Bayern und Württemberg, sodann Sachsen einerseits, und den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten andererseits, wegen Anschließung des letzteren Vereins an den Gesamt- Zollverein der ersteren Staaten. Vom 11. Mai 1833.
- Nr. 1477. Zollcartel zwischen Preußen, Kurhessen und dem Großherzogthume Hessen, ferner Bayern und Württemberg, sodann Sachsen einerseits, und den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten andererseits. Vom 11. Mai 1833.
- Nr. 1478. Vertrag zwischen Preußen, Sachsen und den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen übrigen Staaten, wegen gleicher Besteuerung innerer Erzeugnisse. Vom 11. Mai 1833.
- Nr. 1479. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzburg: Rudolstadt, betreffend die Zoll- und Handelsverhältnisse, imgleichen die Besteuerung der inneren Erzeugnisse in der Unterherrschaft des Fürstenthums Schwarzburg: Rudolstadt. Vom 25. Mai 1833.
- Nr. 1480. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Sachsen: Weimar: Eisenach, betreffend die Zoll- und Handelsverhältnisse, imgleichen die Besteuerung der inneren Erzeugnisse in den Großherzoglichen Aemtern Alstedt und Obisleben. Vom 30. Mai 1833.
- Nr. 1481. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schwarzburg: Sondershausen, betreffend die Zoll- und Handelsverhältnisse, imgleichen die Besteuerung der inneren Erzeugnisse in der Unterherrschaft des Fürstenthums Schwarzburg: Sondershausen. Vom 8. Juni 1833.



Nr. 1482. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Sachsen-Coburg-Gotha, betreffend die Zoll- und Handelsverhältnisse, imgleichen die Besteuerung der innern Erzeugnisse in dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Amte Volkzenrode. Vom 26. Juni 1833.

Von Seiten des Königl. Ober-Censur-Collegiums ist für nachverzeichnete, Nr. 462. außerhalb der deutschen Bundesstaaten in deutscher Sprache gedruckten Schrif- Debits-Er-  
ten, als: laubniß betr.

- 1) Ueber den Ursprung und die Fortschritte des revolutionairen Geistes. Aus dem Französischen übersetzt von W. B. Gaußsch. Haag bei J. Frank. 1833;
  - 2) Politische und militairische Ansichten über die Schweiz, von Napoleon Louis E. Bonaparte. Zürich bei Dressl, Hüßli et Comp. 1833, und
  - 3) Bilder aus der Türkei von Maxim. Heine. St. Petersburg 1833,
- die Debits-Erlaubnis ertheilt worden, welches hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Magdeburg, den 3. December 1833.

Der Geheime Staats-Minister v. Kiewitz.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 25. November v. J. (Amtsblatt pro 1832. Seite 328.) bringen wir die Bestimmungen der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 19. April 1824, daß junge Leute, welche sich vor Erfüllung ihrer Verpflichtung zum Militairdienste anständig machen oder verheirathen, dadurch von ihrer Militairpflicht nicht entbunden werden, hierdurch wiederholt zur öffentlichen Kenntniß und fordern dabei die betreffenden Herren Geistlichen zugleich mit auf, die Militairpflichtigen, welche das Aufgebot bei ihnen nachsuchen, an jene Bestimmung zu erinnern. Uebrigens ist zu der darüber aufzunehmenden Verhandlung ein Stempelbogen nicht erforderlich.

Merseburg, den 27. November 1833.

Königlich Preussische Regierung.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen und der angeordneten Strafen bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß mittelst Rescripts vom 7. d. M. die Hohen Ministerien des Innern und der Finanzen angenommen und festgesetzt haben, daß das nebenbezeichnete Gesetz sowohl auf Zinsen tragende, als auf nicht Zinsen tragende Papiere und gleichmäßig auf Communen, Actien-Gesellschaften, Sparkassen-Institute u. s. w. volle Anwendung finde, dergestalt, daß ein gehörig motivirter Antrag für die in §. 2. des Gesetzes vorbehaltene Allerhöchste Genehmigung auch bei diesen Instituten, in einem jeden speciellen Falle eintreten müsse.

Merseburg, den 23. November 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 463.

Die Verheirathung oder Anstandsma-  
chung militair-  
pflichtiger Per-  
sonen betr.

Nr. 464.

Die Anwen-  
dung des Ge-  
setzes vom 17.  
Juni d. J.  
(Gef. S. Seite  
75.) über Aus-  
stellung von  
Papieren auf  
jeden Inhaber  
ic. betr.

Nr. 465.

Martini-  
Durchschnitts-  
Marktpreise  
betr.

**Martini-Durchschnitts-Marktpreise**  
des Getreides pro 1833, der in der Bekanntmachung vom 8. Mai 1822, Amtsblatt pro 1822, pag. 193, genannten Städte, welche nach den im Gesetz vom 7. Juni 1821 enthaltenen nähern Bestimmungen bei Ablösung von Getreide-Natural-Leistungen zu Grunde gelegt werden sollen.

Nr.	Namen der Städte.	Getreide.												Bemerkungen.				
		Weizen.				Roggen.				Gerste.					Hafer.			
		Der Preussische Scheffel																
		Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.					
1.	Halle. . . . .	1	10	9	1	—	6	—	23	5	—	18	3					
2.	Weissenfels. . .	1	11	9	—	29	9	—	21	10	—	16	3					
3.	Leipzig. . . . .	1	19	3	1	3	—	26	7	—	20	10						
4.	Raumburg. . . .	1	10	2	—	28	11	—	20	7	—	14	2					
5.	Zeitz. . . . .	1	11	3	1	1	10	—	25	—	—	18	7					
6.	Wittenberg. . .	1	9	—	1	3	11	—	28	11	—	23	8					
7.	Torgau. . . . .	1	6	6	1	3	8	—	27	—	—	21	4					
8.	Nordhausen. . .	1	12	10	1	2	1	—	25	8	—	17	6					
9.	Quedlinburg. .	1	6	—	1	3	2	—	26	—	—	19	—					

**Martini-Durchschnitts-Preise**  
des Getreides von den Städten Halle und Quedlinburg, welche in Gemäßheit der Bekanntmachung der Königl. General-Commission der Provinz Sachsen vom 9. Juni 1831 (Amtsblatt Jahrgang 1831, Stüd 25, Nr. 178,) bei Ausführung der Ablösungsordnung vom 19. Juli 1829 in der Zeit vom 18. November d. J. bis dahin 1834 zum Grunde gelegt werden sollen.

Nr.	Namen der Städte.	Getreide.												Bemerkungen.				
		Weizen.				Roggen.				Gerste.					Hafer.			
		Der Preussische Scheffel																
		Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.	Thlr.	gr.	pf.					
		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.					
	Halle. . . . .	1	21	2	1	9	3	—	28	3	—	21	3					
	Quedlinburg.	1	19	1	1	11	7	—	29	6	—	21	11					

Mersburg, den 10. December 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß sowohl einige Polizeibehörden, als auch ein Theil des Publikums der irrigen Ansicht sind, daß es bei Bauten auf dem Lande der Einreichung eines Bauplans an die betreffende Polizeibehörde und Revision desselben von den Kreisbaubeamteten nicht bedürfe. Wir sehen uns daher veranlaßt, in Gemäßheit der §§. 69. und 70. des A. L. R. Thl. I. Tit. 8. hierdurch ausdrücklich zu bestimmen, daß bei allen Bauten, wodurch eine neue Feuerstelle errichtet oder eine alte verlegt werden soll, auch auf dem platten Lande zuvor ein Plan der betreffenden Polizeibehörde eingereicht, und von dieser dem Kreisbaubeamteten zur Revision vorgelegt werden muß, widrigenfalls sowohl Bauherren als Baumeister un-nach-sichtlich in eine Strafe von 5 bis 10 Thlr. genommen werden sollen. Nur bei minder wichtigen verglichen Bauten wollen wir dem Ermessen der Polizeibehörden überlassen, selbige auch ohne Einreichung eines Planes dann zu genehmigen, wenn sie, nach Zugiehung der Gewerke, die vollständige Ueberzeugung gewonnen haben, daß bei Ausführung des Baues etwas Polizeiwidriges nicht vorkommen werde.

Nr. 466.  
Die Einreichung von Plänen der Baueigenen auf dem Lande betr.

Merseburg, den 28. November 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

In dem Städtchen Prausnitz, im Regierungsbezirk Breslau, brannten in der Nacht vom 21. zum 22. Juni d. J. außer der evangelischen Schule 59 Wohnhäuser nebst Zubehör ab und mehr als 100 Familien verloren Obdach und Habe.

Nr. 467.  
Kirchen- und Haus-Collecte für die Abgebrannten zu Prausnitz im Regierungsbezirk Breslau.

Die Königl. hohen Ministerien der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Innern und der Polizei haben unter diesen dringenden Umständen der Stadt Prausnitz eine allgemeine Kirchen- und Haus-Collecte bewilligt.

Die Herren Geistlichen unseres Regierungs-Bezirks haben an einem geeigneten Sonntage eine Collecte in der Kirche zu obigem Zwecke zu veranstalten und die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenden einzusenden. Letztere haben diese Beiträge mittelst Verzeichnisses, oder geht nichts ein, einen Vacatschein an die Haupt-Instituten-Kasse hier einzusenden, das Duplicat des Liefer- oder Vacatscheins aber an uns einzureichen.

Die Herren Landräthe wollen dafür sorgen, daß die Haus-Collecte in den Städten von einer Magistrats-Deputation und einigen Bürgern, auf den Dörfern aber von den Richtern oder Schulzen oder Schöppen veranstaltet und übrigenfalls hinsichtlich der Ablieferung der Gelder nach unserer Verfügung vom 3. Juli 1828 (Amtsblatt pro 1828. Seite 216) verfahren wird.

Mit Ende des Monats Februar künftigen Jahres wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 4. December 1833.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Wenn der Fall eintritt,

daß gegen bereits „vorläufige“ von dem Königl. Provinzial-Steuer-Fiscal verificirte Liquidationen niedergeschlagener Stempel, worauf die Restitution

Nr. 468.  
Restitution der nach eingetragenen vorläufigen

Verifikation  
der Stempel-  
Nieder-  
schlag-  
ungslisten  
nachträglich  
monirten  
Stempelbe-  
träge betr.

des niedergeschlagenen Betrags erfolgt ist, „nachträgliche“ Erinnerungen ge-  
zogen werden,  
so weist nach geschehener Beantwortung und Entscheidung das Königl. Provinzial-  
Steuer-Directorium das Haupt-Steueramt, in dessen Bezirk die Gerichtsbehörde  
liegt, an, den früher indebite restituirten Stempelbetrag wieder einzuziehen, und ad  
extraordinaria bei den Stempelgesällen zu vereinnahmen. In solchen Fällen darf  
die Abmachung des Stempeldefects nicht durch Nachkassirung von Stempelpapier,  
sondern muß durch baare Bezahlung des monirten Betrags an das betreffende Steuer-  
Amt erfolgen.

Hiermit ist jedoch der Fall nicht zu verwechseln, wenn früher niedergeschlagene  
Stempel nachträglich zur „Einziehung“ gelangen, indem dann die abermalige Ein-  
tragung und die anderweitige Cassation des Stempelpapiers geschieht.

Wir machen dies den Verichten des uns anvertrauten Departements zur Nach-  
richt und Achtung bekannt.

Raumburg, den 23. November 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 469.  
Die Ausrei-  
chung neuer  
Zins-Coupons  
zu den Neu-  
märkischen In-  
terimscheinen  
betr.

Vom 2. Januar 1834 ab wird täglich, die Sonn- und Festtage, so wie die drei  
letzten Tage eines jeden Monats ausgenommen, bei der Controlle der Staats-Pa-  
piere, Taubenstraße Nr. 30., die Ausreichung neuer, den Zeitraum vom 1. Januar  
1834 bis Ende December 1837 umfassenden, Zins-Coupons Series IV. Nr. 1. a. 8.  
von versicirten Neumärkischen Interimscheinen, erfolgen, zu welchem Ende und damit  
auch die Abstempelung der Coupons bewirkt werden kann, der gedachten Behörde die  
Interimscheine, nach der Nummer-Folge geordnet, mittelst einer bei Empfangnahme  
der Coupons zu quittirenden Note, wozu die gedruckten Formulare jetzt schon unent-  
geltlich verabreicht werden, originaliter vorzulegen sind.

Indem dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, bemerkt die unter-  
zeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, daß die Beamten der Controlle der  
Staats-Papiere sich neben ihren, bei der Ausreichung der neuen Zins-Coupons ein-  
tretenden, Amts-Verrichtungen mit dem Publikum eben so wenig in Briefwechsel,  
als auf Uebersendung von dergleichen Effecten einlassen können, daß sie vielmehr die  
Anweisung erhalten haben, alle derartigen Anträge abzulehnen, und die ihnen damit  
etwa zugehenden Papiere ohne Weiteres zurückzusenden, welches ebenmäßig verfügt  
werden mußte, wenn dergleichen Gesuche an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung  
der Staats-Schulden gerichtet werden sollten.

Berlin, den 13. November 1833.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Nr. 470.  
Die nach §. 11.  
des Gesetzes  
vom 7. Juni  
1821 in Ge-  
meinschaft-

Wir machen unsere Special-Commissarien darauf aufmerksam, daß unter den  
Amts- und Intelligenz-Blättern, in welchen nach §. 12. des Gesetzes vom 7. Juni  
1821, die Ausführung der Gemeinheits-Theilungs- und Ablösungs-Ordnung vom  
gleichen Tage betreffend, die im §. 11. und 15. dieses Gesetzes angeordnete Bekannt-  
machung eingebracht werden soll, nur das Amtsblatt des Regierungsverwaltungsamts, und das In-

telligenzblatt des Oberlandesgerichts-Bezirks zu verstehen ist, in welchem der Ort der Regulirung belegen ist. Was die Zeitungen betrifft, in welche das Inserat erfolgen soll, so hat, da deren mehrere in der hiesigen Provinz erscheinen, die Insertion aber nur in eine derselben nöthig ist, der Commissarius nach pflichtmäßigem Ermessen diejenige in der Provinz Sachsen herauskommende Zeitung auszuwählen, welche in der Umgegend des Orts der Regulirung am häufigsten gelesen wird. Erscheint diese Zeitung in dem Bezirk eines anderen Oberlandesgerichts, als in dessen Intelligenzblatt die Bekanntmachung inserirt werden muß, so kann — wie von der, den Intelligenz-Comptoren vorgesetzten Postbehörde schon früher anerkannt ist, — in einem solchen Fall das Intelligenzblatt, in dessen Bezirk die Zeitung erscheint, auf das ihm sonst zustehende Recht, daß alle in die Zeitung aufgenommenen Bekanntmachungen, auch bei ihm inserirt werden müssen, keinen Anspruch machen, worauf die Commissarien die betreffende Zeitungs-Redaction bei Uebersendung der Inserate aufmerksam zu machen haben.

*Abtheilungs- und Ablösungs-Sachen zu erlassenden öffentlichen Bekanntmachungen bez.*

Zugleich benachrichtigen wir unsere Special-Commissarien, daß von dem Königlichem Ministerio des Innern für Handel und Gewerbe der allegirte §. 11. in Verbindung mit §. 14. desselben Gesetzes und §. 10. der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung dahin erläutert worden ist, daß die öffentliche Bekanntmachung auch allemal dann erfolgen muß, wenn Erbzingsgüter bei der Gemeinheits-Theilung oder Ablösung concurren. Da es jedoch zum hfteren vorkommt, daß Grundabgaben unter dem Namen von Erben-Zinsen in die Hypothekenbücher eingetragen sind, ohne daß das belastete Grundstück deshalb wirklich ein Erbzinggut wäre, so ist besonders, wenn die öffentliche Bekanntmachung lediglich aus Anlaß solcher Grundstücke erfolgen soll, das obwaltende Rechtsverhältniß zuvor einer reiflichen Prüfung zu unterwerfen und nöthigensfalls unsere Vorbescheidung einzuholen.

Stendal, den 23. November 1833.

Königl. Preuß. General-Commission der Provinz Sachsen.

Die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, von:

Nr. 471.  
Hypotheken-Sachen.

Nr. 26. von Werhau; Nr. 9. und 35. von Minkwitz; Nr. 39. 40. und 46. von Breitenbach; Nr. 11. von Steingrimma; Nr. 18. von Rbsen; Nr. 4. und 9. von Prebel; Nr. 43. von Döbriß; Nr. 40. und 41. von Laucha; Nr. 13.<sup>b</sup> von Kößlig; Nr. 11. und 19. von Theißen; Nr. 10. von Zehschdorf; Nr. 13. von Punschnau; Nr. 79. von Reinsdorf bei Nebra; Nr. 115. von Reichartswerben; Nr. 49. von Nisäma; Nr. 9. von Schwerzau; Nr. 736. von Zeig; Nr. 121. von Erbsen; über die Brauersche Besizung bei Weißenfeld und über den Reichartschens Garten Nr. 4. zu Zehsch, sind vollendet und liegen während des Zeitraums vom 1. Januar bis ultimo Februar 1834 zur Einsicht eines jeden Interessenten bereit. Nach Ablauf dieser Frist können Erinnerungen gegen diese Tabellen nicht mehr angebracht werden.

Raumburg, den 2. December 1833.

Königlich Preussisches Landgericht.

Nr. 472.  
Hypothekensachen.

In Folge des §. 10. der Verordnung vom 16. Junius 1820 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß das Hypothekenbuch über

- 1) eine Hufe Feld in Preßmark und einen Acker Wiese bei Radwiz, welche pertinentialiter zu dem im Dorfe Güntheritz belegenen Pferdner- und Bierhufengute des Christian Föhring gehören;
- 2) eine Hufe Feld in der Strick- oder Schweiss-Mark, ein und einen halben Acker Wiese und eine Gemeindelabel in derselben Mark, welche pertinentialiter zu dem in Zschortau belegenen Gute des Gutsbesizers Johann Gottfried Beutel daselbst gehören,

vollendet sind, und daß Hinsichts ihrer der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Juni 1820 nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und Hypothekenordnung zu bestimmen ist.

Delitzsch, den 29. October 1833.

Königlich Preussisches Gerichtsammt.

Nr. 473.  
Hypothekensachen.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Hypothekenbücher über die geschlossenen Grundstücke zu Ober- und Unterkarnstedt vollendet sind und daß in Hinsicht ihrer, der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu bestimmen ist.

Farnstädt, den 27. November 1833.

Das Adelige Gutsausche Patrimonial-Gericht.  
Stuhlträger.

Nr. 474.  
Hypothekensachen.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Hypothekenbücher über das Dorf Friedersdorf, Osteroda mit Redlin, Rahnsdorf mit Budau im Schreiniger Kreise, ingleichen über Altdönnewitz, Falkenberg, Prieschka mit der Johann Gottlob Winklerschen Häuslernahrung, Nr. 1. zu Heyda und über Schmerkendorf im Liebenwerdaer Kreise vollendet sind und der Erwerb neuer Hypothekenrechte nun lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Friedersdorf, Osteroda, Rahnsdorf, Altdönnewitz, Falkenberg, Prieschka und Schmerkendorf, den 1. December 1833.

Die Patrimonial-Gerichte.  
Martini, Justitiar.

Verichtigung. In der im 41. Stüde, pag. 239. des diesjährigen Amtsblatts abgedruckten Bekanntmachung, die Sterbekassen betreffend, ist oben in der zweiten Zeile anstatt Begräbnisskosten „Begräbnisskassen“ zu lesen.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

45. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 21. December 1833.

In Gemäßheit einer Allerhöchsten Cabinetsordre vom 4. September d. J. und in Folge der darauf an die unterzeichneten Behörden ergangenen Anweisung des Königl. Staats-Ministerii vom 13. v. M., wird das unterm 14. Februar 1810 erlassene, nachstehend abgedruckte Publicandum hierdurch mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß Gesuche und Beschwerden in Gemäßheit der Vorschrift zu 1. des Publicandi, ihrer Natur nach, entweder bei den betreffenden Polizei-, Finanz- und Administrations-Behörden, oder dem gehörigen Gerichte und in weiterer Instanz bei den unterzeichneten Behörden, in indirecten Steuer-, Chaussee- und Brücken-Abgaben-Angelegenheiten bei dem Herrn Provinzial-Steuer-Director in Magdeburg und in Sachen betreffend Gemeintheilungen und Separationen bei der Königl. General-Commission in Stendal angebracht werden müssen, ehe sie höheren und Allerhöchsten Orts vorgetragen werden dürfen.

Merseburg, den 5. December 1833.

Raumburg, den 22. November 1833.

Königl. Regierung.

Königl. Oberlandesgericht.

Seine Königl. Majestät von Preußen u. u. werden durch die immer mehr sich häufenden unzulässigen und unformlichen Gesuche und Beschwerden, die theils unmittelbar, theils bei den Ministerien einkommen, veranlaßt, über diesen Gegenstand von Neuem festzusetzen und zu verordnen:

1. Es soll ein Jeder seine Gesuche und Anträge bei der Behörde anbringen, zu deren Verwaltung die Sachen, welche sie zum Gegenstande haben, zunächst gehören, nämlich die Polizei-, Domainen-, Gewerbe- oder Steuersachen, Unterstützungs-, Remissions-, Pensions- und dergleichen Gesuche bei dem Domainen-Amte, dem Magistrat des Orts, dem Kreis-Landrath oder der sonstigen Amtsbehörde, und die Justizsachen bei dem gehörigen Gerichte.

Die Beschwerden über diese Behörden müssen in Justizsachen bei den Ober-Landesgerichten, und in anderen Sachen bei den Regierungen, die Beschwerden über diese Collegien hingegen bei dem betreffenden Ministerium angebracht werden, und nur demjenigen, welcher vom Ministerio zurückgewiesen, und dennoch von seinem Unrecht, oder von der Unzulässigkeit seines Gesuchs nicht überzeugt ist, steht endlich der Weg zum Throne offen.

In rechtskräftig abgeurtheilten Rechtsstreitigkeiten, dürfen die Partheien

Nr. 475.  
Die Gesuche  
und Beschwerden  
bei Sr.  
Königl. Majestät  
und den  
Behörden etc.

Seine Königl. Majestät und das Ministerium gar nicht mit Beschwerden behelligen.

- II. Den unmittelbar oder bei dem Ministerio einzureichenden Gesuchen und Beschwerden, die deutlich gefaßt und geschrieben werden müssen, ist die Resolution, über welche Beschwerde geführt, oder wider welche Vorstellung gemacht wird, im Original beizulegen. Bei der Unterschrift muß bemerkt werden, ob der Supplicant die Vorstellung selbst gefertigt und unterschrieben hat, oder von wem dieses geschehen, und bei Vorstellungen, die im Namen ganzer Gemeinden eingereicht werden, müssen insbesondere diejenigen Wirths oder Gemeindeglieder, welche die Vorstellung veranlaßt haben, ihre eigene Namen darunter setzen.
- III. Die Bittsteller sollen durch die ordentlichen Posten ihre Gesuche abschicken, nicht aber selbst ihre Vorstellungen überbringen, und nicht durch persönliches Suppliciren lästig werden.
- IV. Ein Jeder, der fähig ist, deutlich zu schreiben, und eine Vorstellung deutlich zu fassen, kann die an Seine Königl. Majestät und Allerhöchst Dero Ministerium gerichteten Vorstellungen für sich, seine Verwandte, Freunde und Bekannte anfertigen. Außerdem können aber auch, vermöge der wiederholt getroffenen Veranstellungen, von Jedem bei den Ober-Landesgerichten und Regierungen, bei allen Gerichten und Behörden des Landes Gesuche und Beschwerden zu Protocol gegeben werden.
- V. Wer den unter Num. I. und II. erteilten Anweisungen nicht Folge leistet, und daher mit Uebergehung einer Behörde, oder mit Unterlassung der bestimmten Form, Beschwerden und Gesuche anbringt, hat zu gewärtigen, daß ihm seine Vorstellung ohne Verfügung zurückgegeben wird.
- VI. Wer sich dadurch nicht bedeuten läßt, und sein unformliches Gesuch wiederholt, desgleichen, wer einmal beschieden worden, und sein Gesuch ohne besondern Grund wiederholt, soll zur Strafe auf 14 Tage bis 4 Wochen in ein Gefängniß, Arbeits- oder Besserungs-Anstalt gebracht werden.  
Im Wiederholungsfall wird die ausgestandene Strafe verdoppelt, und bei jeder ferneren Wiederholung wird die vorher ausgestandene Strafe wieder mit 14 Tagen bis 4 Wochen erhöht.  
Bei Vermögenden wird eine verhältnismäßige Geldstrafe festgesetzt.  
Diese Strafen werden von dem betreffenden Ministerio unmittelbar, oder von der Behörde durch ein bloßes Decret festgesetzt, sobald die verbotene Wiederholung des Gesuchs, durch Vernehmung des Beschwerdeführers oder auf andere Weise festgestellt worden, und es werden solche durch die Behörde zum Vollzug gebracht, welcher deshalb Auftrag geschieht.
- VII. Diejenigen, welche Seine Königl. Majestät oder Allerhöchst Dero Ministerium mit persönlichen Suppliciren belästigen, und sich nicht bedeuten lassen, in ihre Heimath zurückzukehren und daselbst die Resolution abwarten, werden dahin durch die Polizei-Behörden zurückgebracht. Wenn sie



dennoch sich wieder einsinden und das Suppliciren fortsetzen, so werden sie nach den in No. VI. enthaltenen Bestimmungen bestraft und behandelt.

Gemeinden und Gemeinde-Deputirte, die ihren Wohnort verlassen, um bei Seiner Königl. Majestät oder Allerhöchst Dero Ministerium, Vorstellungen selbst zu überreichen und persönlich zu suppliciren, sollen von den Gerichts- und Polizei-Behörden, deren Bezirk sie passiren, angehalten und in ihre Heimath zurückgeschafft werden, nachdem zuvörderst die Vorstellung, die sie eingeben wollen, ihnen abgenommen, sie nach Befinden, über den Inhalt derselben, näher zu Protocoll vernommen, und solche zur Post gegeben worden. Wenn sie dennoch sich persönlich einsinden, um zu suppliciren, so werden sie nach den Bestimmungen No. VI. bestraft und behandelt.

VIII. Diejenigen, welche Vorstellungen nicht deutlich fassen und schreiben können, und der erfolgten Warnung ungeachtet nicht unterlassen, solche für Andere zu fertigen, werden nach den Bestimmungen der No. VI. bestraft und behandelt. Diejenigen aber, die solche Vorstellungen für Verwandte, Freunde und Bekannte fertigen dürfen, dieses aber nicht in der gebührigen Form thun, oder eine schon zurückgewiesene Vorstellung wiederholen, sollen zuerst mit 8 bis 14tägiger Strafe in einem Gefängniß, Arbeits- oder Besserungs-Anstalt bestraft, und im Wiederholungsfalle mit der doppelten Strafe belegt werden. Bei ferneren Wiederholungen soll die vorher ausgestandene Strafe jemal mit 8 bis 14 Tagen erhöht werden.

IX. Die im Allgemeinen Landrechte und in der Allgemeinen Gerichtsordnung wider boshafte und muthwillige Querulanten, wider heimliche Winkelschriftsteller und Consulanten enthaltenen Bestimmungen, behalten für die Fälle, wo förmliche Untersuchung und Erkenntniß statt findet, Kraft und Anwendung.

Seine Königl. Majestät befehlen, daß die gegenwärtige Verordnung öffentlich bekannt gemacht und zu Jedermanns Wissenschaft in möglichster Allgemeinheit gebracht werden soll.

Signatum Berlin, den 14. Februar 1810.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Altenstein.

Dohna.

Beyme.

Des Königs Majestät haben durch eine unterm 23. October d. J. an die Königl. Ministerien des Innern und der Justiz erlassene Allerhöchste Ordre zu bestimmen geruht, daß die Vorschrift des Sächsischen Lehns-Mandats, nach welcher Stadtgemeinden, welche Lehnsgüter besitzen, die Lehen durch Lehnsträger zu suchen verpflichtet sind, bei inländischen Stadtgemeinden fernerhin nicht in Anwendung gebracht werden, mithin die Bestellung von Lehnsträgern für solche Gemeinden nicht weiter erforderlich seyn soll. Zugleich ist der Herr Justiz-Minister Mähler von Allerhöchstbenenselben autorisirt worden, bei den Hypothekenbüchern über solche Lehnsgüter die

Nr. 476.

Die Aufhebung der Bestellung von Lehnsträgern für die Stadtgemeinden bezieht.

Anordnung zu treffen, daß die Stadtgemeinde, nicht aber der Magistrat als Besitzer bezeichnet werde.

Nachdem nun Se. Excellenz der Herr Justiz-Minister die Königl. Oberlandesgerichte der ehemals Sächsischen Districte demgemäß instruiert hat; so werden die Stadtgemeinden der gedachten Districte, Hoher Anweisung zufolge, hiervon benachrichtiget.

Merseburg, den 10. December 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 477.

Die Ausübung  
der Polizei  
durch die Guts-  
herren betr.

Bereits durch unsere Verordnung vom 24. Juli 1817 (Amtsbl. S. 389.) sind die, im Besitze der Polizeigerichtsbarkeit befindlichen Gutsbesitzer auf ihre Verpflichtung aufmerksam gemacht worden, die zur ordnungsmäßigen Beforgung der polizeilichen Angelegenheiten nöthigen Einrichtungen zu treffen, und wenn ihnen gleich dabei überlassen ist, ob sie diesem Geschäfte sich selbst unterziehen, oder dasselbe ihren Justitiarinen oder andern qualificirten Personen übertragen wollen, so sind sie doch verpflichtet worden, jedenfalls dem Kreislandrathe die getroffene Einrichtung zur Bestätigung anzuzeigen.

Da diese Anzeige häufig, und zwar sowohl bei vorgekommenen Veränderungen in der Person des Gutsbesizers als des etwa ernannten Stellvertreters unterlassene, und dadurch eine, für die Verwaltung der Polizei höchst nachtheilige Ungewißheit herbeigeführt worden ist, so sehen wir uns veranlaßt, die gedachte Vorschrift hiedurch in Erinnerung zu bringen.

Zugleich fordern wir die Herren Landräthe auf, nicht nur streng darauf zu halten, daß diese Anzeigen in eintretenden Fällen baldigst erstattet, und wo sie im Rückstande sind, unverzüglich nachgeholt werden, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß diejenigen Gutsbesitzer, welche die Polizeiverwaltung nicht selbst übernehmen, hiezu gehörig qualificirte, von ihrem Polizeibezirke nicht zu entfernt wohnende Stellvertreter bestellen, indem im Weigerungsfalle diese Bestellung auf Kosten des Inhabers der Polizeigerichtsbarkeit von dem Kreislandrathe ex officio würde bewirkt werden müssen.

Merseburg, den 13. December 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 478.

Das Russische  
innehalt  
eines Umkrei-  
ses von 2 Mei-  
len von den  
Wohnorten der  
Russen betr.

In der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 14. October c. (Ges. Samml. von 1833. S. 126.) haben des Königs Majestät bestimmt, daß Russen, welche nur innerhalb eines Umkreises von zwei Meilen von ihrem Wohnorte ihr Gewerbe betreiben wollen, dazu keines Gewerbescheines, sondern nur einer polizeilichen Legitimation bedürfen. Diese Legitimationen dürfen nur von den Kreis-Polizeibehörden erteilt werden, und müssen eine genaue Bezeichnung des Bezirkes, in welchem sie hiernach Gültigkeit haben sollen, durch Benennung der betreffenden Ortschaften, sowie die Namen und Signalements der Inhaber enthalten. Wer ohne eine solche Legitimation, welche nur auf ein Jahr erteilt werden darf, innerhalb eines Umkreises von zwei Meilen von seinem Wohnorte Russen macht, verfällt in die

im §. 30. des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 angedrohte Polizeistrafe, welche nach §. 32. l. c. nach vorgängiger Untersuchung von den resp. Kreis- oder Stadt- Polizeibehörden, in deren Bezirke der Contravenient betroffen ist, festgesetzt wird. Wer dagegen in einer weitem Entfernung als zwei Meilen von seinem Wohnorte Musik macht, bedarf dazu, ohne Rücksicht darauf, ob er bestellt ist, eines Gewerbescheines, in dessen Ermangelung die in §. 26. l. c. bestimmte Gewerbesteuer- Strafe verwirkt ist.

Da die Gewerbesteuer-Veranlagung für das Jahr 1834 bereits geschehen ist, und daher die eingegangenen und bereits berücksichtigten Anträge um Ertheilung von Gewerbescheinen zum Musikmachen vor der Ausfertigung derselben in Bezug auf die Allerhöchste Cabinetsordre vom 14. October c. nicht mehr erörtert werden können, so bleibt es den Gewerbeschein-Extrahenten, welche ihren Gewerbsbetrieb auf den in der Allerhöchsten Cabinetsordre bemerkten Umfang beschränken, und deshalb die ihnen auszubändigenden Gewerbescheine nicht einlösen wollen, überlassen, die Ertheilung der oben bezeichneten Legitimationscheine bei den betreffenden Landrätbl. Ämtern in Antrag zu bringen; welche Legtere zuvor jedoch genau zu prüfen haben, ob die Wittsteller auch in die Kategorie der hiernach nicht gewerbescheinpflchtiger Musiker gehöhen, und die Wittsteller, falls sie finden, daß diese ihr Gewerbe in einem steuerpflichtigen Umfange betreiben wollen, gehörig belehren werden. Die nicht abgelösten Gewerbescheine der Musiker werden von den Gewerbeschein- Behörden in gewöhnlicher Art dem Abgangslisten unter Angabe der Gründe der Rückgabe beigelegt.

Merseburg, den 7. December 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Zu Deckung des in dem Zeitraume vom 1. April bis ult. September d. J. erfor. Nr. 479. derlichen Bedarfs der Feuer- Societät des Herzogthums Sachsen sind besage des jetzt Brandstücken: entlassenen Ausschreibens für den dießjährigen Michaels- Termin von den Societäts- Beiträge d. m. Genossen

247,768	Thlr.	26	Sgr.	—	Pf.	zu Vergütung der Brandschäden,
2,939	„	28	„	11	„	zu Vergütung der Feuergeräthschäden,
71	„	7	„	6	„	zu den Insinuations-Kosten des Ausschreibens,

250,780 Thlr. 2 Sgr. 5 Pf. Summa

aufzubringen, und dazu von den vormalis erbländischen Kreisen, den Stiftern Merseburg und Raumburg: Zeig, von der Niederlausitz, so wie von dem Cottbusischen und Schleusinger Kreise, ingleichen von dem Königl. Preuß. Antheile der Oberlausitz von dem überhaupt

68,634,820 Thlr.

betragenden Haupt- Subscriptions- Quanto

zehn Silbergroschen acht Pfennige vom Hundert beizutragen.

Den sämtlichen Interessenten wird solches zu ihrer Nachricht und Nachachtung

hiermit bekannt gemacht, und dabei zugleich bemerkt, daß sich in obgedachtem Zeitraume überhaupt

135 Brände

ereignet haben, von welchen

16	durch	Blitz,
7	„	Verwahrlosung,
1	„	fehlerhafte Bauart,
33	„	muthmaßliche Brandstiftung,
1	„	bewiesene Brandstiftung,
77	„	unermittelte Zufälle,

entstanden, und dadurch

473 Grundbesitzern

320	Bohnhäuser . . . . .	total eingeschert	77.	partiell beschädigt
421	Zeiten- und Stallgebäude		16	
211	Scheunen . . . . .		18	
34	Schuppen . . . . .		—	
4	Bachhäuser . . . . .		—	
10	Brau- und Brennhäuser		1	
1	Schmiede . . . . .		—	
2	Ziegeleien . . . . .		—	
7	Wassermühlen . . . . .		—	
3	Welmühlen . . . . .		—	
—	Schneidemühle . . . . .	total eingeschert	1	partiell beschädigt
6	Windmühlen . . . . .		—	
2	Kirchen- und Thurmgebäude		—	

worden sind.

Merseburg, den 1. December 1833.

Rönlgl. Preuß. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation.

Nr. 480.

Die Vereinigung mit dem Königreiche Sachsen und dem Großherzogthum Sachsen-Weimar hinsichtlich der Steuern und Dienste, die als Pertinenzien eines Lehns im Sächsischen

Das Rescript des Herrn Justiz-Ministers Mühler, Excellenz, vom 4. November d. J. des Inhalts:

Nach den bisherigen Grundsätzen sind die zu Lehnsgütern im Königreich Sachsen und im Großherzogthum Sachsen-Weimar als Pertinenzien gehörigen Parzellen oder Reigüter, welche im Preussischen Gebiete liegen, als Preussische Lehne angesehen worden, welche auf den Fall der Apertur dieselbe eingezeichnet werden können, und dabei hat es auch für die Folge sein Bewenden.

Was jedoch die Zinsen und Dienste betrifft, die als Pertinenzien zu einem Lehn im Sächsischen oder Weimarschen gehören; so hat eine Vereinigung mit den genannten Höfen dahin stattgefunden:

daß wechselseitig diese nicht mehr als selbstständige Lehne in den Ländern des Wohnsitzes der Verpflichteten angesehen und als solche behandelt werden sollen.

In Bezug auf die Gegenstände dieser Vereinigung, welche zu einem die- oder

jenseitigen Gute gehören, wird auf die Haupt-Convention vom 28. August 1819, oder Weimari-  
Art. II. §. 13—19. Bezug genommen; unbeschadet jedoch schen gehören,  
betr.

1) der besondern, etwas Anderes feststellenden Bestimmungen in der Con-  
vention z. B. in Ansehung der Gerichtsbarkeit Art. II. §. 11. und

2) mit der Beschränkung, daß

a) Prozesse über jene Rechte nur bei den Gerichten des Gebiets der Pflicht-  
gen geführt werden, und auch nur von diesen Gerichten die Execution  
gegen die Pflichtigen geschehen darf;

b) bei der Subhastation eines Guts, wozu Rechte der fraglichen Art gehö-  
ren, die etwa nöthige Taxation solcher Rechte von den sub a. erwähnten  
Gerichten geschehen solle.

Auch bei Allodial-Gütern soll, in Bezug auf die zu ihnen gehörenden Rechte,  
alles das Anwendung finden, was in Ansehung der Lehnsgüter nach Obigem festge-  
stellt worden ist; dagegen sind die Bestimmungen nicht zu erstrecken auf selbststän-  
dige, nicht zu einem Gute gehörigen Rechte, welche in beiden Gebieten ausgeübt  
werden, z. B. auf das einer Familie oder Corporation, ohne Rücksicht auf ein Gut,  
zustehende Recht, Zinsen in mehreren Dörfern, von welchen einige Preussisch ge-  
worden, oder Sächsisch geblieben sind, zu erheben.

Sollten bereits Relutions-Gelder solcher Zinsen und Dienste als lehnbare  
Geldstämme in Beschlag genommen worden seyn, so sind sie nach den jetzt verabre-  
deten Bestimmungen wieder frei zu geben.

Hiernach hat sich das Königl. Oberlandesgericht zu achten.

Berlin, den 4. November 1833.

An das Königl. Oberlandesgericht zu Raumburg.

Der Justiz-Minister,

(gez.) M ü l l e r.

I. 3709.

wird hierdurch öffentlich bekannt gemacht. Raumburg, den 29. November 1833.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht von Sachsen als Lehn- u. Curie.

Obgleich es nicht zweifelhaft seyn kann, daß die durch die Justiz-Ministerial-  
Verordnung vom 31. October d. J. vorgeschriebenen Proceß-Tabellen, wie alle an-  
deren, auch schon für dieses Jahr nach der darin bestimmten neuen Form eingereicht  
werden müssen und daß daher auch von den Gerichten, welche die Proceß-Listen be-  
reits nach der bisherigen Form eingereicht haben, dergleichen anderweit nach der jetzt  
vorgeschriebenen Form einzusenden sind, so werden doch sämtliche Untergerichte un-  
seres Bezirks hierdurch noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht und angewiesen,  
die anderweite Einsendung der Proceß-Listen schleunigst zu bewirken.

Zugleich werden die Gerichte, insbesondere auch die Patrimonial-Gerichte, an-  
gewiesen, die der ebendasselbst vorgeschriebenen Hauptübersicht der Geschäfte beizufü-  
gende Nachweisung der Gerichts-Eingesessenen sehr sorgfältig und überall nach der  
letzten Zählung, deren amtliche Resultate sie zu ermitteln haben, anzufertigen und  
namentlich genau anzugeben: wie viel Einwohner eines Ortes der Patrimonial-Ger-  
ichtsbarkeit und welcher, und wie viel der Königl. Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

Raumburg, den 11. December 1833.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 481.

Die Einsen-  
dung der Pro-  
cesslisten und  
Bevölkerungs-  
Nachweisungen  
betr.

Nr. 482.

# M a c h w e i s u n g

der

im Monate November 1833

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden-  
den Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .								H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartof- feln		Wran- wein		Rauchfutter.														
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbsen		Linsen		Schf.	Quant	a Cent.	Heu		Stroh													
	der Preussische Sack								der Preussische Sack									a Cent.	a Schod.														
	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.	pf.	tbl	fg.		pf.	tbl	fg.	pf.											
1	Merseburg	1	12	6	—	23	9	—	24	5	—	18	9	—	—	—	—	1	10	—	2	10	—	12	—	5	—	1	12	—	6	—	
2	Halle	1	9	9	—	29	10	—	25	1	—	17	7	—	4	5	—	1	15	—	2	5	—	10	—	3	4	1	5	—	6	15	
3	Naumburg	1	11	5	—	29	2	—	21	3	—	15	—	—	4	—	—	1	20	—	2	—	—	15	—	4	3	1	10	—	5	15	
4	Torgau	1	6	—	—	1	3	—	—	27	—	—	21	—	—	4	10	—	2	—	—	—	—	6	5	4	—	1	—	—	5	15	
5	Bitterberg	1	9	1	1	5	9	—	23	9	—	23	9	—	4	20	—	2	—	—	—	—	15	—	4	—	—	—	—	—	6	15	
6	Eisleben	1	6	7	—	29	9	—	22	6	—	17	6	—	5	5	—	2	2	8	2	20	—	12	6	3	10	1	—	—	5	6	
7	Zeitz	1	12	6	1	1	8	—	25	—	—	18	9	—	5	7	6	1	7	6	2	8	9	—	10	—	5	—	1	8	9	6	20
8	Querfurt	1	15	9	—	28	9	—	20	—	—	17	6	—	4	5	—	1	15	9	1	15	9	—	10	—	4	—	1	—	—	4	15
9	Bitterfeld	1	15	—	—	1	2	4	—	25	2	—	22	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	1	10	—	5	—	

Merseburg, den 6. December 1833.

K ö n i g l i c h   P r e u ß i s c h e   R e g i e r u n g .

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

46. Stüd.

Ausgegeben zu Merseburg den 28. December 1833.

- Das 22te Stüd der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1483. Allerhöchste Cabinettsordre vom 11. Juli 1833, über die Glaubwürdigkeit der von Lazareth-Administrationen aufgestellten Todtenscheine und die Aufbewahrung der von Militair-Personen im Felde errichteten Testamente. Nr. 483.
- Nr. 1484. Allerhöchste Cabinettsordre vom 23. October 1833, die Genehmigung des Gewerbebetriebes der Buch- und Kunsthändler, Bibliothekare, Antiquare, Buchdrucker und Lithographen betreffend.
- Nr. 1485. Allerhöchste Cabinettsordre vom 2. November 1833, betreffend den Gerichtsstand minderjähriger oder unter väterlicher Gewalt stehender Soldaten in Civilsachen.
- Nr. 1486. Allerhöchste Cabinettsordre vom 5. November 1833, wegen der Dienst- und Bürger-Eide.
- Nr. 1487. Allerhöchste Cabinettsordre vom 23. November 1833, wegen Verleihung der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831, an die Stadt Merseburg.
- Nr. 1488. Allerhöchste Cabinettsordre vom 24. November 1833, betreffend die Declaration der §§. 37. und resp. 24. und 23. der Gesetze vom 21. April 1825, über die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse.

- Das 23te Stüd der Gesefsammlung enthält unter
- Nr. 1489. Allerhöchste Cabinettsordre vom 3. November 1833, erläuternde Bestimmungen in Bezug auf die künftige Ergänzungsweise der Truppen enthaltend.
- Nr. 1490. Auszug aus der Allerhöchsten Cabinettsordre vom 26. November 1833, wegen Verleihung der revidirten Städteordnung vom 17. März 1833, an die Stadt Bielefeld.
- Nr. 1491. Allerhöchste Cabinettsordre vom 11. December 1833, betreffend die Bestrafung derjenigen Handlungen, wodurch die gerichtliche Pflanzung beweglicher Sachen in den Rheinprovinzen vereitelt wird.

Das Königl. Ober-Censur-Collegium hat für nachfolgende, außerhalb der deutschen Bundesstaaten in deutscher Sprache erschienenen Schriften, als:

Nr. 484.  
Debits-Ex-  
laubniß betr.

- 1) Grundzüge der Propädeutik zum Studium der Medicin, von H. Kochen-Walber. Zürich bei Drell, Füßli et Comp. 1832, und
- 2) Viarmia-Taschenbuch für das Jahr 1833. St. Petersburg, die Debits-Erlaubniß für die dießseitigen Staaten ertheilt, welches hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Magdeburg, den 17. December 1833.

Der Geheime Staatsminister von Kiewiz.

Nr. 485.  
Die Dienst-  
und Bürger-  
Eide betr.

Nachdem die §. 12. und 95. der revid. Städteordnung vom 17. März 1831 vorgeschriebenen und diesem Gesetze angehängten Eidesformeln für die Bürger und für die Magistrats-Mitglieder durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 5. November 1833, wegen der Dienst- und Bürger-Eide, Seite 291. der Gesefsammlung vom Jahr 1833, abgeändert und anders normirt worden sind; so werden die betreffenden Behörden, besonders aber die Magistrate, hiermit auf diese Abänderung aufmerksam gemacht.

Mersburg, den 20. December 1833.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 486.  
Die Erhebung  
des Chaussee-  
geldes für Be-  
nutzung der  
Schwerzer  
Chaussee betr.

In Folge des geschehenen weitem Ausbaues der sogenannten Schwerzer Chaussee (Straße zwischen Zörbig und der von Halle nach Wittenberg führenden Chaussee) wird mit höherer Genehmigung von denjenigen Passanten, welche von der Schwerzer Chaussee kommend, oder dahin gehend, die Wittenberg-Hallesche Straße bei der Barrière Düringsdorf durchschneiden, vom 1. Januar 1834 ab das tarifmäßige Chausseegeld für Eine Meile an ebengeannter Barrière erhoben werden.

Hinsichts derjenigen Passanten, welche von der Schwerzer in die Wittenberg-Hallesche oder aus dieser in die erstgedachte Chaussee einlenken, verbleibt es bei Erlegung des bisherigen Chausseegeldes für 1½ Meile an der Barrière zu Düringsdorf.

Es wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 7. December 1833.

Königl. Provinzial-Steuer-Director Sack.

Nr. 487.  
Das Lehnver-  
hältniß von  
Diensten und  
Grundabgaben  
betr., welche  
von dießseitigen  
Untertanen zu  
Königl. Säch-  
sischen oder

Mittels einer zwischen dem Königl. Preussischen und den Königl. Sächsischen und Großherzogl. Weimarschen Höfen neuerlich abgeschlossenen Vereinbarung ist festgesetzt, daß die Grundabgaben und Dienste, welche von Königl. Preussischen Untertanen zu einem im Königl. Sächsischen oder Großherzogl. Weimarschen Gebiete belegenen Lehn Gute oder beziehungsweise von Untertanen dieser letztern Staaten zu einem im dießseitigen Gebiete belegenen Lehn Gute geleistet werden, nicht ferner als selbstständige Lehne in den Ländern des Wohnsitzes der Verpflichteten angesehen werden sollen. Es bedarf daher bei Ablösungen solcher Dienste und Grundabgaben eines Nachweises darüber, wie die Ablösungs-Capitalien in dem Landesgebiete des Wohn-



ses des Verpflichteten wieder zu Lehn angelegt sind, nicht, sondern können, solche, wenn sie nicht etwa dieweils dritten Personen anderweit verhaftet sind, dem Besitzer des jenseitigen Hauptgutes nach Maassgabe der dort bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausgehändigt werden. Es versteht sich jedoch, daß diese Bestimmungen auf solche Grundabgaben und Dienste keine Anwendung leiden, welche, ohne zu einem Hauptgute zu gehören, etwa einem und demselben Berechtigten, z. B. einer Familie oder Corporation, aus mehreren Dörfern, wovon einige Preussisch geworden, andere Sächsisch geblieben sind, entrichtet werden müssen.

Großherzogl.  
Sächsischen  
Lehngütern ge-  
leistet werden.

Unsere Commissarien haben das Vorstehende in den ihrer Leitung anvertrauten, sowohl den jetzt schon schwebenden, als den künftig eingeleiteten, Ablösungen von Diensten und Grundabgaben wohl zu beachten.

Stendal, den 12. December 1833.

Königliche General-Commission der Provinz Sachsen.

Da das Hypothekenbuch vom Gericht Neuhoß bei Düben, mit Ausnahme des Wendtschen Hauses Nr. 6. beendet ist, so können nunmehr alle darauf Bezug habende Hypothekenrechte lediglich nach den Bestimmungen der Gerichtsordnung, des Allgemeinen Landrechts und der Hypothekenordnung beurtheilt und erworben werden.

Nr. 488.  
Hypotheken-  
sache.

Wölkau, den 29. November 1833.

Das Herrlich Adelsche Patrimonialgericht Neuhoß.

S c h m o r l.

Den Gebrüdern Jakob Bernhard und Friedrich Benjamin Wiszniowski zu Danzig ist unter dem 14. November d. J. ein Patent:

Nr. 489.  
Patentertei-  
lung.

auf eine für neu und eigenthümlich anerkannte Zusammensetzung mechanischer Vorrichtungen zum Bewegen und Fahren der Hämmer für Fortepiano's, für den Zeitraum von Fünf hinter einander folgenden Jahren, vom Ausfertigungstage an gerechnet und im ganzen Umfange der Provinz Preußen gültig, erteilt worden.

Dem Mechanikus F. A. Egells in Berlin ist unter dem 21. November 1833 ein auf Acht hinter einander folgende Jahre, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, und für den ganzen Umfang des Preussischen Staats gültiges Patent:

Nr. 490.  
Patentertei-  
lung.

auf einen in Hinsicht seiner Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannten, aus gußeisernen Röhren bestehenden Dampf-Entwidelungs-Apparat, so wie er durch Zeichnung und Beschreibung erläutert worden, erteilt worden.

Dem Mechanikus Peter Pfister in Berlin ist unter dem 15. November d. J. ein neues Patent:

Nr. 491.  
Patentertei-  
lung.

auf eine Vorrichtung, um an Zeug-Rollen, welche auch als Rasander dienen, die Pressung in der durch eine Zeichnung nachgewiesenen Verbindung mit dem Betriebswerke aufzuheben,

gültig auf Acht hinter einander folgende Jahre, vom Tage der Ausfertigung an gerechnet, für die Provinzen Brandenburg, Sachsen, Nieder-Schlesien und Pommern ertheilt worden.

- Nr. 492. Die von uns im Amtsblatte, Stück 40. sub Nr. 467. vom Jahre 1831 erlassene Bekanntmachung, sehen wir uns genöthigt, allen resp. Absendern von Briefen, die mit Porto belastet sind, hiermit nochmals in Erinnerung zu bringen.

Merseburg, den 22. December 1833.

Die Redaction des Amtsblatts der Königl. Regierung.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

- Nr. 493. Der Regierungs-Referendar und Oekonomie-Commissarius von Rode ist zum Regierungs-Assessor bei dem hiesigen Collegio ernannt worden.

- Nr. 494. Der Regierungs-Assessor Danneil ist von der Regierung zu Magdeburg in gleicher Eigenschaft zu dem hiesigen Regierungs-Collegio versetzt.

- Nr. 495. Der bisherige Pfarrer zu Melben, Ephorie Ebnern, Georg Wilhelm Daniel, ist am 20. November c. im 56ten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 17. December 1833.

- Nr. 496. Der bisherige Pfarrsubstitut Parreidt zu Zwischau ist mittelst Allerhöchster Cabinetsordre vom 12. November d. J. zum Superintendenten der Diöces Gerbstädt ernannt worden.

Magdeburg, den 5. December 1833.

- Nr. 497. Daß der Justiz-Commissarius Kiewandt zu Weissenfels zum Notar im Bezirke des königlichen Obergerichts hieselbst ernannt worden ist, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

- Nr. 498. Der Justiz-Commissarius Daniel Samuel Moritz zu Torgau ist unterm 13. November d. J. zum Notar im Departement des Königl. Obergerichts zu Raumburg ernannt worden.

Raumburg, den 2. December 1833.

- Nr. 499. Der Geschäftsgehilfe Heinrich, bisher zu Neuhalbensleben, ist, nach abgelegtem Examen, zum Oekonomie-Commissarius ernannt, und ihm sein Wohnsitz in Torgau angewiesen.

Dem seitherigen Protocollführer Simon zu Stendal und dem Regierungs-Conducteur Kohler zu Aschersleben ist, nach bestandener Prüfung, die Qualification als Gehülfsen der Oekonomie-Commissarien beigelegt.

Stendal, den 30. November 1833.

# Namen und Sach-Register

zum Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg für das Jahr 1833.

N.	Seite	N.	Seite
Ackermann, ist Schulmeister und Küster zu Merzig . . . . .	8	Architekten, s. Prüfung.	
Aehrenlesen, Abschaffung der dabei stattfindenden Mißbräuche . . . . .	145	Arzneirechnungen, s. Rabatt.	
v. Alemann, ist Reg. Referendar . . . . .	203	Arzneitare, für das Jahr 1833 . . . . .	114
Allgemeine Gebühren-Taxe, die Auslegung und Anwendung derselben für Justiz-Commissarien bei frustrirten Terminen . . . . .	122	— s. Druckfehler.	
Allgemeines Landrecht, Einführung desselben in Beziehung auf die Verwaltungsangelegenheiten der Landgemeinen, in den, zum Verwaltungserbände der Provinz Sachsen gehörigen, der Westphälischen Zwischen-Regierung unterworfen gewesenen Landestheilen . . . . .	109	Ashenborn, ist Justizrath . . . . .	236
Altentheils-Nutzungen, die Ausmittelung des Werthes derselben, Verhuß der Feststellung des Betrages eines Laudemii . . . . .	104	Aufgebot, s. Heiraths-Consens.	
Amnestie, die Verlängerung der Frist zu Beanspruchung derselben, Seitens der sich in den diesseitigen Staaten haltenden Königlich Sächsischen Unterthanen . . . . .	154	— der Verg., Hütten- und Salinenarbeiter . . . . .	195
Amtsblatts-Abonnementsgelder, die baldige Einfindung derselben . . . . .	224	Aufforderung an diejenigen, welche an dem Friederichischen Familien-Stipendien-Fonds Ansprüche zu haben vermeinen . . . . .	72
Angelroth, ist Wegebaumeister . . . . .	140	— s. Stipendien.	
Anmeldung, die gehörig zeitige, zur Begünstigung des einjährigen freiwilligen Militärdienstes . . . . .	10	— an Maurer und Handarbeiter, um sich bei dem Chausseebau zwischen Aschersleben und Hettstädt einzufinden . . . . .	189
— s. Kaufcontracte.		Augustin, Pfarrer sen. zu Budau, ist gestorben . . . . .	232
Au- und Abmeldung, s. Schiffergewerbe.		Auscultatur, die sich künftigh zu derselben meldenden Rechts-Candidaten . . . . .	158
Apotheken-Revisionen, Erinnerungen an bestehende Vorschriften in Bezug auf dieselben . . . . .	70	Ausgangs-Pässe, die Ausstellung derselben . . . . .	214

## B.

Bannrechte, s. Contraventionen.	
v. Bassewitz, ist Landrath des Saalkreises . . . . .	208
Bau-Conducteurs, Anstellungs-Ansprüche derjenigen, welche sich als Privat-Baumeister einen Erwerb zu verschaffen suchen . . . . .	17
Bauhandwerker, s. Prüfung.	
Baum, ist Schulmeister und Küster zu Zülzsdorf . . . . .	8
Bauten, s. Pläne.	
Beck, ist Oberlandesgerichts-Referend.	95
Beck, ist Gerichtsamtsbote . . . . .	15

B.	Seite	B.	Seite
Becker, Oberlandesgerichts-Auscul- tor, dessen Entlassung . . . . .	204	Bevölkerungs-Tabelle, für das Jahr 1832 . . . . .	56
Bedingungen, f. Schullehrer-Semi- nare.		Beyer, ist Gerichtsamts-Actuar . . .	95
Beiträge, f. Domainen-Feuerschaden- fonds.		Biene, f. Zeitschrift.	
Bekanntmachungen, die nach §. 11. des Gesetzes vom 7. Juni 1821 in Ge- meinschafts-Theilungs- und Ablösungs- sachen zu erlassenden . . . . .	258	Bilder, f. Subscription.	
Beliß, Oberlandesgerichtsrath, ist nach Raumburg versetzt . . . . .	247	Bindewald, Justiz-Commissar, ist zum Notar ernannt . . . . .	236
Befolgung, der Gemeinde Gorden, we- gen geleisteter Hülfe bei Löschung eines im Unterforste Böllingen entstandenen Waldbbrandes . . . . .	1	Birkner, ist Oberl. Ger. Auscultator .	204
— mehrerer Gemeinden, für Leistungen an den geistlichen u. Schulgebäuden .	201	Bloßfeld, ist Lehrer an der Bürger- schule hier . . . . .	148
— mehrerer Kreise, für die zur vollkom- menten und besseren Ausrüstung der Landwehr gesammelten Beiträge . .	233	— ist 4ter Mädchenlehrer an der Bürger- schule hier . . . . .	199
Berger, ist 4ter Lehrer an der Schule zu Schaafstädt . . . . .	8	Blüthner, Justitiar, ist zum Justiz- Commissar ernannt . . . . .	13
Berg-, Hütten- und Salinenar- beiter, f. Aufgebot.		Blutegeltare, vom 1. Mai bis zum letzten October d. J. . . . .	86
Berechtigung, einer im 41. St. Seite 232. des diesjährigen Amtsblatts er- lassenen Bekanntmachung . . . . .	260	— vom 1. November 1833 bis letzten April f. J. . . . .	228
Bernegger, Pastor an der Nicolaitirche zu Gieschen, ist gestorben . . . . .	76	Bobardt, ist Schulmeister Adjunctus zu Dömhnde . . . . .	8
Beschäl-Stationen, f. Landbeschäl- Stationen.		v. Bodenhause, ist Reg. Referendar Böhlund, ist Schulmeister in Keimbach	232 148
Beschwerden, f. Gesuche.		Bohnstedt, Dr., ist zum Gehülfsen der Deconomie-Commissarien ernannt .	163
Befigveränderungen, sind von Seiten der Gerichtsbehörden anzuzeigen	63	Bollert, ist Stellvertretender Oberpre- diger bei dem 3ten Arme-Corps . . .	107
Besmann, ist Gefangenwärter . . .	144	Bollmann, Oberlandesgerichts-Au- scultator, dessen Entlassung . . . .	204
Bestrafung des Missethater Simon .	240	Boneficht, ist Superint. in Zahna . .	232
— die der Verbrecher, welche die That, bevor sie überführt werden, geschehen .	250	Born, ist Schulmeister und Küster zu Goldschau . . . . .	8
Bevölkerungs-Nachweisungen, f. Proceßlisten.		Bothe, Gehülfe der Deconomie-Com- missarien, ist gestorben . . . . .	107
		Boyde, ist Pfarrer in Gollme . . . .	7
		Brand v. Lindau, ist Oberlandesge- richts-Meffor . . . . .	247
		Brantwein, die Verunreinigung des selben und Vergiftung des Brunnen- wassers . . . . .	62
		Braun, ist Schulmeister in Kössa . .	148
		v. Bredow, ist Regier. Referendar .	232

B.

Seite

Breitenbach, ist Oberlandesgerichts- Auskultator . . . . .	130
Breyther, Pfarrer Senior zu Ober- röblingen, ist gestorben . . . . .	212
Briefe, die an die Redaction des Amts- blatts gerichtet, sind zu frauliren . . . . .	272
Brückgeß, für die Benutzung der Burg- liebenauer Brücke soll vom 1. April c. ab nur in Wallendorf erhoben werden . . . . .	52
— bei Leubingen, wird nicht mehr erhoben . . . . .	142
Brückemann, Oberschreiber, hat seinen Wohnsitz von Annarode nach Siebige- rode verlegt . . . . .	172
Brunnenwasser, s. Branntwein.	
Büchel, ist Gerichtsamtshote . . . . .	35
Bürger-Eide, s. Dienst- und Bürger- Eide.	
Bundes-Preß-Gesetz, die Anwen- dung desselben . . . . .	54
Burkhardt, ist Schulmeister und Kü- ster zu Steinbrücken . . . . .	199

C.

Caudidaten, s. Wahlfähigkeitstatte.	
Capitalien, s. Transferirungen.	
Censuren, der in der Provinz Sachsen erscheinenden Schriften . . . . .	61
Central-Steuer-Obligationen, Aufgebot verloren gegangener . . . . .	32, 105, 186
Chausseegeld-Erhebung, auf der Straße zwischen Sangerhausen und Könnigsbrunn . . . . .	223
— von den Vorpannpferden . . . . .	231
— für Benutzung der Schwerzer Chaussee . . . . .	270
Cholera, die in Beziehung auf dieselbe Königl. Sächs. Staats beänderten Be- schränkungen des Verkehrs sind auf- gehoben . . . . .	30
Chroniken, s. Ortschroniken.	
Cönnern, s. Ephoralgeschäfte.	

C.

Seite

Collecte, zum Wiederaufbau der Schu- le zu Grauringen . . . . .	63
— zum Wiederaufbau des Bet- und Schulhauses zu Grunewald . . . . .	114
— zum Wiederaufbau der Kirche zu Wald- bröl . . . . .	126
— zum Wiederaufbau der Kirche zu Klöp- pelberg . . . . .	127
— für die Abgebrannten zu Lüdighausen . . . . .	167
— für das Städtchen Löß . . . . .	234
— für die Abgebrannten zu Grottkan . . . . .	250
— für die Abgebrannten zu Prausnitz . . . . .	257
Commissions-Gebühren, bei Te- stamentsaufnahmen außerhalb des Ge- richtsorts . . . . .	207
Competenz, s. Untergerichte.	
— der Untergerichte, in Untersuchungs- sachen . . . . .	234
— des Landgerichts zu Raumburg in Un- tersuchungssachen . . . . .	158
Competenz- Bestimmungen, bei Stempelstraf-Resoluten . . . . .	181
Competenz-Verhältnisse, der Kreis- behörden in städtischen Gemeinde- und andern Verwaltungssachen . . . . .	90
Concessionen, die zur Ausführung neuer Mühlenanlagen bis jetzt unbe- nutzt gebliebenen . . . . .	201
— die kostenfreie Ertheilung derselben für mehrere Dorfhandwerker in den ver- maß Sächs. Landestheilen . . . . .	237
Conrad, ist Schulmeister und Küster zu Zschornewitz . . . . .	148
Conradi, ist Gerichtsamtsh. Actuar . . . . .	162
— ist Oberlandesgerichts-Auskultator . . . . .	163
Contraventionen, gegen Zwangs- und Baurechte und Cognition über dieselben . . . . .	222
Copial-Gebühren, die Berechnung derselben bei vidimirten Abschriften . . . . .	210
Corrections-, Landarmen- und	

C.	Seite	D.	Seite
Krankenanstalt, General- Ueber- sicht über die Verwaltung derselben im Jahre 1832 . . . . . 81—85 G r a n z, ist Divisions- Prediger bei der 6ten Division . . . . . 131		Domainen: Feuerschädenfonds, Einsendung der Beiträge pro 1834 . . . 97 Domainen: Gefälle, die Beiträ- gung derselben . . . . . 26 Domainen: Pfandbriefe, s. Zins- Coupons. Dominien, s. Regulirung. D r a s s b o, ist Oberl. Ger. Assessor . . . 247 D r e ß e r, ist Oberlandesgerichts- Aufcul- tator . . . . . 130 D r u c k f e h l e r, in der Arzneitaxe für das Jahr 1833 . . . . . 201 D r y a n d e r, ist Oberl. Ger. Aufcultator 130	
<b>D.</b>		<b>E.</b>	
D ä c h s e l, ist Oberlandesgerichts- Ca- larien- Kassen- Buchhalter . . . . 35 D a m b a c h, ist Criminalrath . . . . 204 D a n i e l, Pfarrer, ist gestorben. . . . 272 D a n n e i s, Regierungs- Assessor, ist von Magdeburg zur hiesigen Regierung ver- setzt . . . . . 272 D a r s t e l l u n g e n, das Verbot öffentli- cher aus der Bibel . . . . . 214 D e b i t s- E r l a u b n i s s, s. Schriften. D e l e g a t i o n, der Gerichtsbarkeit über die beurlaubten Landwehr- Officiere, an die Untergerichte . . . . . 23 D e l i u s, Oberlandesgerichts- Assessor, ist zum Landgericht nach Torgau versetzt 162 D e l i g s c h, s. Ephoralgeschäfte. D e n u n c i a n t e n- A n t h e i l e, in Hül- fungs- Contraventionsachen . . . . 2 D e p o s i t a, herrenlose . . . . . 5, 230, 235 D e y s, Oberlandesgerichts- Referen- dar, dessen Entlassung . . . . . 79 D i e n s t b o t e n, die Zulassung fremder, in die Residenzstadt Berlin . . . . 237 D i e n s t- und Bürger- Eide, Ablei- gung derselben . . . . . 270 D i e n s t e, s. Zinsen. D i e n s t v e r h ä l t n i s s, s. Militairpflicht. D i e t r i c h, Pfarrer zu Hohenlohe, ist gestorben . . . . . 20 D i r e c t o r i u m, s. medicinisch- chirur- gische Lehranstalt. D i s m e m b r a t i o n e n, s. Kaufverträge. D ö l k, ist Pfarrer zu Hemleben . . . 7 D ö r k, ist Criminal- Director . . . . 162		E b m e i e r, ist Notar . . . . . 172 E c h t e r m e y e r, ist Oberlandesgerichts- Aufcultator . . . . . 130 — Oberlandesgerichts- Aufcultator, des- sen Entlassung aus dem Justizdienste . 247 E d a r d t, Messerschmidgeselle, hat das Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr erhalten . . . . . 233 E d e r t, ist Forstmeister . . . . . 133 E h r e n h a u s, ist Oberlandesgerichts- Referendar . . . . . 79 E h r e n z e i c h e n, s. E d a r d t. E i d e s f o r m e l, s. Dienst- und Bürger- Eide. E i n i g u n g, das bisher unter diesem Namen in den Nerntern Kellra und He- ringen bestandene Gericht, ist aufgelöst 87 E i n k ä u f e, s. Forsteinkäufe. E i s t e r w e r d a, s. Nebenzeuamt. E n g l e r I., ist als Hansaufwärter, Nach- wächter und Ofenheizer bei dem Kö- niglichen Oberlandesgerichte zu Naum- burg angestellt . . . . . 96 E p h o r a l: G e s c h ä f t e, die vicarische Verwaltung derselben in der Diöces Ebnern . . . . . 126	

<b>E.</b>	<b>Seite</b>	<b>F.</b>	<b>Seite</b>
Epheoral = Geschäfte, die vicarische Verwaltung derselben in der Diöcese Delitzsch . . . . .	215	Fischer, ist Kirchner und Mädchenlehrer zu Preßsch . . . . .	8
Erbschaftskampellösungs-Atteste, die Ausstellung derselben . . . . .	229	Fleischhauer, pensionirter Gerichtsamtmanu zu Jessen, demselben ist die Praxis als Justiz-Commissar bei mehreren Gerichtsämtern gestattet . . . . .	106
Erbschaftskampell-Tabellen, die Einreichung derselben . . . . .	12	Florstedt, ist Registrator bei dem Landgerichte zu Giesleben . . . . .	163
Erinnerungen, s. Apotheken-Revisionen.		Förster, Pfarrer zu Taucha, ist gestorben . . . . .	102
Erkenntnisse, die Mittheilung derselben in Steuer-Contraventionsachen, an die Provinzial-Steuer-Direction . . . . .	94	Fohlen, das Freuen derselben auf den Veshäl-Stationen . . . . .	156
Ernst, ist Kanzlei-Inspector beim Landgerichte zu Torgau . . . . .	163	Forsick, Erhebung derselben, in den Forstrevieren Gräfendorf, Wilbenhain und Torschans . . . . .	241
Ersatzmannschaften, die ärztliche Untersuchung und Aushebung derselben, im hiesigen Regierungs-Departement . . . . .	208, 211	Forsichug-Beamt, die ihren Aufgaben beizulegende Beweiskraft . . . . .	78
Esbach, Patrimonialrichter, behält den Titel „Kreisrichter“ . . . . .	129	Franz, ist Regierungsrath . . . . .	44
Essig, die Prüfung der Essigproben . . . . .	238	— ist Pfarrer zu Schodwitz . . . . .	59
Etats, s. städtische Verwaltungs-Etats.		Franz, ist Cantorsubstitut zu Eßuern . . . . .	199
Eybof, ist Justiz-Commissar . . . . .	124	Freiknechte, s. Pässe.	
Executionen, s. Verfahren.		Freiwilige, s. Prüfung.	
<b>F.</b>		Fremde, die wegen Anmeldung derselben erlassenen Bestimmungen werden wiederholt in Erinnerung gebracht . . . . .	86
Falsche Münzen, das Erkennen derselben . . . . .	117	Friederichischer Familien-Etappenendien- Fonds, s. Aufforderung.	
Fehmer, ist Conrector am Gymnasio zu Zeig . . . . .	79	Freisch, Dr. und Professor, ist Stellvertreter des Professors Dr. Weber, als Censor der in Halle erscheinenden theologischen Schriften . . . . .	246
Feldmesser, Regulativ, die Prüfung derselben betreffend . . . . .	173	Frische, ist Schulmeister in Knippelsdorf . . . . .	59
Festner, ist der Lehrer an der Schule zu Laublingen . . . . .	7	Frdhlich, Pfarrer, ist gestorben . . . . .	14
Feuer-Affecuranz-Geschäfte, s. Gewerbeschaine.		Funk, s. Censoren.	
Feuer-Polizei-Einrichtung, die dabei vorgekommenen Personal-Veränderungen . . . . .	18, 43	Fuß, Oberlandesgerichts-Auskultator, ist von Halberstadt zum Oberlandesgericht nach Raumburg versetzt . . . . .	236
Feuer-Societäts-Ausschreiben, pro Termin Ostern u. Michael 1833 . . . . .	127, 263	<b>G.</b>	
		Gebauer, s. Subscription.	
		— s. Privilegium.	



G.	Seite	G.	Seite
Gebührentaxe, f. allgemeine Gebührentaxe.		Gesessammlung, allgemeine, Inhalt des 19. 20. u. 21. Stücks . . . . .	253
Geñliche, Anstellungen und Beförderungen mehrerer derselben 7, 8, 59, 107 147, 199.		des 22. u. 23. Stücks . . . . .	269
— f. Vormundschaften.		Gesuche und Beschwerden, die, an des Königs Majestät . . . . .	261
— Bauen, f. Verfahren.		Gewebte Waaren, f. Hausirhandel.	
Gemäße, deren sich die Gastwirthe bei Verabreichung des Futters an Reisende bedienen sollen . . . . .	137	Gewerbe, f. Hausir-Gewerbe.	
Gemeinen; f. Regulirung.		Gewerbe-Institut, die Aufnahme von Jöglingen in das zu Berlin . . .	61
Genßsch, ist Oberlandesgerichts-Ausscultator . . . . .	15	Gewerbefcheine, sollen Niemanden ohne höhere Erlaubniß vor erreichtem dreißigjährigen Lebensalter ertheilt werden . . . . .	2
Gerichtsamt, f. Vereinigung.		— die Aufnahme des Signalements der, den Inhabern von Gewerbefcheinen bewilligten Begleiter . . . . .	101
Gerichtbarkeit, f. Delegation.		— Ertheilung derselben an Schiffer zum Hausirhandel mit Holz, Kohlen u. vor erreichtem dreißigsten Jahre . . .	194
— über die zum Dorfe Gröbshig gehörige wäße Mark, die Göttermark genannt . . . . .	51	— den Wechsel der Mitglieder der mit Gewerbefcheinen versehenen Rusiker und andern Gesellschaften . . .	122
Gerichtseingesessene, f. Reisekosten.		— die Aufnahme der, den Viehhändlern bewilligten Treiber in dieselben . .	178
Gerichtskosten, Verfahren bei Niederlegung derselben, wegen Armuth	97	— die Ertheilung derselben an solche Inländer, welche im Bezirk einer andern Regierung wohnen, als derjenigen, bei welchen der Gewerbefchein erwährt wird . . . . .	206
Gerlach, ist Pfarrer in Alkershiedt . .	7	— zum umherziehenden Betriebe von Feuer-Versicherungsgeschäften, dürfen nicht mehr ertheilt werden . . .	241
— in landwirthschaftlicher Taxator . .	76	Gewerbefchule, zu Raumburg, den mit dem 1. Mai c. bei derselben beginnenden neuen Lehrkursus . . . . .	69
Gerloff, f. Censoren.		Gewerbefsteuer, der Schiffer . . .	133
Gernstädt, f. Belobung.		— die Heranziehung der Gewerbetreibenden zu derselben . . . . .	137
Gesessammlung, allgemeine, Inhalt des 22. Stücks vom Jahre 1832 . . .	9	— die Zugänge bei derselben, der Bäcker und Schlächter . . . . .	191
" 1. " " " " 1833 . . . . .	29	— der Lohn- und Frachtfuhrleute . .	239
" 2. " " " " " . . . . .	45		
" 3. " " " " " . . . . .	65		
" 4. " " " " " . . . . .	77		
" 5. " " " " " . . . . .	93		
" 6. " " " " " . . . . .	125		
" 7. " " " " " . . . . .	133		
" 8. " " " " " . . . . .	137		
" 9. u. 10. Stücks . . . . .	149		
" 11. Stücks . . . . .	161		
" 12. " " " " " . . . . .	165		
" 13. " " " " " . . . . .	189		
" 14., 15., 16. u. 17. Stücks . . .	225		
" 18. Stücks . . . . .	233		





S.	Seite	J.	Seite
Herbä, ist Pfarrer in Gleina . . . . .	7	Jacob, ist Pfarrer zu Gattersstädt . . . . .	7
Hering, Landes-Deconomierrath, hat die Geschäfte des entlassenen Deconomi-Commissarius Tanz übernommen	107	Jacobi, desgl. zu Rothenberga . . . . .	7
Herrmann, ist dritter Mädchenlehrer an der Bürgerschule hier . . . . .	199	Janed, ist Kassenschreiber bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse . . . . .	252
Herz, ist Schulmeister in Jäzsdorf . . . . .	199	Leutsch, ist Pfarrer in Gersdorf . . . . .	7
Hessendamm, s. Verifications-Bureau.		Instruction, s. Verfahren.	
Heyner, ist Oberamtmann . . . . .	100	Interims-Quittungen, s. Quittungen.	
Heyraths-Consens, für Geistliche und Schullehrer . . . . .	141, 157	Invaliden, die Anstellung derselben als städtische Unterbeamte . . . . .	113
Heyning, desgl. . . . .	100	Järich, ist Oberlandesgerichtsrath . . . . .	162
Hiede, ist Subconrector am Gymnasio zu Zeiz . . . . .	79		
Hille, Deconomie-Inspector, ist in Herzogl. Braunschw. Dienste getreten	107	K.	
Hirsemann, ist Oberlandesgerichts-Referendar . . . . .	79	Kahnt, ist Prorector am Gymnasio zu Zeiz . . . . .	79
Hör, ist Kreis-Exactor . . . . .	192	Kahn-Üeberfahrt, s. Tarif.	
Holzdiebstähle, Einsehung der beschlagnahmten Nachweisungen wird erinnert	18	Kammer-Credit-Kassenscheine, die bei der 23. und 24. Verlosung gezogenen Nummern . . . . .	89, 209
Holzhandel, Aufmerksamkeit auf denselben, wegen der Gewerbesteuer . . . . .	249	— Einlösung der unzinbaren Königl. Sächsischen . . . . .	150, 216
Hübner, Gerichtsamts-Notar, ist nach Landeberg versetzt . . . . .	236	Kannengießer, ist D. L. Ger. Assessor	79
Hübne, ist Criminalrath . . . . .	95	Karten, s. Prämumeration.	
Hütungs-Contraventionen, s. Denuncianten-Antheile.		Kauf-Contracte, Anmeldung der Partheien zur Aufnahme derselben . . . . .	179
Hynisch, ist Superintendent zu Gerbstädt . . . . .	52	Kaufverträge, über zu dismembrende Grundstücke . . . . .	24
Hypothekentabellen und Hypothekenbücher, deren Vollendung für mehrere Güter u. c. 6, 13, 14, 19, 20, 27, 28, 32, 33, 34, 35, 44, 58, 59, 61, 68, 88, 92, 106, 116, 124, 129, 146, 147, 159, 161, 169, 179, 171, 180, 187, 196, 198, 212, 231, 232, 244, 245, 252, 259, 260, 271.		Kaugleben, ist Elementarlehrer an der Bürgerschule hier . . . . .	199
		Kiefling, hat das Prädicat als Oberlehrer erhalten . . . . .	79
		Kindler, ist Oberl. Ger. Aufsehtor . . . . .	79
		Kirchliche Akte, s. Stempelpflichtigkeit.	
		v. Kirchmann, ist Criminalrichter . . . . .	247
		Klagen, s. Stempel.	
		Klassensteuer-Ab- und Zugangslisten, die Einsehung derselben . . . . .	202
		Klassensteuer-Verträge, sollen im Laufe des Jahres nicht erhöht werden	1
		Köhler, ist Pfarrer zu Schlettau . . . . .	148

S.

Sabin, ist Gerichtsambote . . . . .	15
-------------------------------------	----

<b>R.</b>	<b>Seite</b>
Kohler, ist Geschäfts-Gehülfe . . .	<u>272</u>
König, Diätarius, verwaltet das Rentamt zu Torgau . . . . .	<u>172</u>
Kornmann, ist Oberl. Gerichts-Bote	<u>96</u>
Kriese, ist Landgerichts-rath . . . .	<u>95</u>
Knoblauch, ist Schulschreib. in Kröfeln	<u>148</u>
Knochen, s. Thierknochen.	
Kreisstadt, s. Halle.	
Kreistaxatoren, Verfahren bei An- nahme und Bereidigung derselben . .	<u>70</u>
— die Verpflichtung derselben . . . .	<u>146</u>
Kreßschel, Pfarrer zu Rayna, ist ge- storben . . . . .	<u>28</u>
Krimmling, ist Schulmeister und Kä- ster zu Capelle . . . . .	<u>199</u>
Kröpsch, ist Schulmeister und Käster zu Budau . . . . .	<u>8</u>
Kühler, Pfarrer zu Gose, ist gestorben	<u>232</u>
Kümmel, ist Landgerichtsbote . . . .	<u>35</u>
Küttner, ist Oberl. Ger. Referendar	<u>204</u>
Kur- und Reumärk'sche Zins-Cou- pons, s. Zins-Coupons.	
Kuthe, ist Pfarrer in Alsterode . . .	<u>199</u>

<b>R.</b>	<b>Seite</b>
Landbeschal-Stationen, deren Be- setzung mit Landbeschalern i. J. 1833	<u>18</u>
Landgemeinen, s. Allgem. Landrecht.	
Landrathswahlen, Instruction über das Verfahren bei denselben . . . .	<u>37</u>
Landwehr-Officiere, s. Delegation.	
Lange, ist Justizrath . . . . .	<u>95</u>
Langer, ist Adjunctus Ministerii an der Schloß- und Domkirche zu Merseburg	<u>7</u>
Langerhanns, ist Oberlandes-Ger. Referendar . . . . .	<u>130</u>
Lauche, ist Schulmeister und Käster zu Bergröwis . . . . .	<u>8</u>
Laudemialpflichtige Erbenzins- und Erbpachts-Grundstücke, s. Erbsch. Veränderungen.	

<b>R.</b>	<b>Seite</b>
Legitimation, zu Reisen der Stu- denten . . . . .	<u>166</u>
Lehm- und Sandgruben, Vorsichts- maßregeln bei Benutzung derselben .	<u>125</u>
Lehnsträger, für die Magistrate, de- ren Bestellung ist nicht mehr erforderlich	<u>263</u>
Lehnverhältniß, das, von Diensten und Grundabgaben, welche von dießei- tigen Unterthanen zu Königl. Sächsi- schen oder Großherzogl. Weimarschen Lehnholden geleistet werden . . . .	<u>270</u>
Leinung, ist Schulschreib. zu Saubach	<u>8</u>
Leißling, ist Schulmeister und Käster zu Eilbitz . . . . .	<u>8</u>
Lenke, Oberl. Ger. Referendar, ist zum Kammergericht in Berlin versetzt . .	<u>144</u>
Lessing, Oberl. Ger. Auscultator, ist nach Frankfurt a. d. O. versetzt . . .	<u>15</u>
— ist Amtsrath . . . . .	<u>52</u>
Leuchert, ist Oberl. Ger. Auscultator .	<u>163</u>
Leysen, ist Landgerichts-Assessor und Verwalter des Gerichtsamts des ersten Stadtbezirks zu Erfurt . . . . .	<u>95</u>
Lichtenburg, s. Strafanstalt.	
Licitationen, s. Nachgebote.	
Liedtett, ist Schulschreib. in Pansfelde	<u>148</u>
Liebal, ist Oberl. Ger. Referendar . .	<u>144</u>
Liebenwerda, die Verwaltung des dortigen Rentamts . . . . .	<u>143</u>
Lindau, ist Oberl. Gerichts-Referendar	<u>247</u>
Lindemann, Dr., ist Pastor an der Nicolai-Kirche zu Eisleben . . . .	<u>199</u>
Löscher, ist Oberl. Gerichts-Referendar	<u>130</u>
Lohnkutscher, Preussische, haben die in der Bekanntmachung vom 8. October v. J. <u>§. 1.</u> gedachte Abgabe von 1 Egr. pro Pferd und Meile im Großherzog- thum Hessen nicht mehr zu entrichten .	<u>37</u>
Lohrenz, ist Schulschreib. in Hencenwalde	<u>148</u>
Lotse, Pfarrer zu Schierzig, ist gestorben	<u>148</u>
Lucas, ist Schullehrer zu Probsthain .	<u>59</u>

	Seite
Lude, ist Oberamtmann . . . . .	<u>100</u>
Ludwig, ist Schulmeister in Lega . . . . .	<u>148</u>
Lübbemann, Oberl. Ger. Aufcultator, dessen Entlassung . . . . .	<u>79</u>
Lübede, Oberl. Ger. Referendar, ist zum Oberl. Ger. in Raumburg versetzt . . . . .	<u>247</u>
Lücher, ist vierter Diaconus an der Stadtpfarrkirche zu Wittenberg . . . . .	<u>147</u>

**M.**

Maalzeichen, die Beschädigung der- selben an öffentlichen Flüssen . . . . .	<u>4</u>
Malgeffig, s. Essig.	
Mantrius, ist Pfarrer in Seehausen . . . . .	<u>148</u>
Marktpreis-Tabelle, vom Monat December 1832, S. <u>16</u> ; Januar 1833, <u>36</u> ; Februar, <u>60</u> ; März, <u>80</u> ; April, <u>108</u> ; Mai, <u>136</u> ; Juni, <u>164</u> ; Juli, <u>188</u> ; Au- gust, <u>200</u> ; September, <u>220</u> ; October, <u>248</u> ; November, <u>268</u> .	
Martini-Durchschnitts-Markt- preise, pro 1832 und 1833 . . . . .	<u>3, 4, 256</u>
— in mehreren Städten, aus den Jahren 1831 und 1832 . . . . .	<u>47</u>
Marquard, Aufcultator, ist nach Mag- deburg versetzt . . . . .	<u>144</u>
Matthies, ist Pfarrer zu Lausa . . . . .	<u>7</u>
Maurer und Handarbeiter, s. Auf- forderung.	
Medel, Dr., ist Censor der in Halle er- scheinenden medicinischen Schriften . . . . .	<u>163</u>
Medicinisch-chirurgische Lehr- anstalt, Vorlesungen bei der zu Mag- deburg, für das Sommer- und Win- ter-Semester 1833 . . . . .	<u>65, 205</u>
— zu Magdeburg, Ernennung eines Di- rectoriums für dieselbe . . . . .	<u>149</u>
Mehr, ist Cantorsubstitut zu Eisenburg . . . . .	<u>8</u>
Meißengelder, die, der Gerichtshoten	<u>167</u>
Meldung, s. Fremde.	
Mengius, ist Justiz-Commissarius . . . . .	<u>130</u>

	Seite
Menke, ist Katechet zu Lausig . . . . .	<u>8</u>
Merkwürdigkeiten, die Ermittlung örtlicher . . . . .	<u>103</u>
Merzsch, ist Schulmeister und Raster zu Seegrehna . . . . .	<u>8</u>
Meyer, soll als Redacteur von Zeit- schriften binnen 3 Jahren in keinem Bundesstaate zugelassen werden . . . . .	<u>1</u>
Michaelis, ist Oberl. Ger. Referendar . . . . .	<u>95</u>
— ist Gerichtsamt-Actuar . . . . .	<u>236</u>
Mielke, ist Rentamtsdiener . . . . .	<u>29</u>
Militairdienst, s. Anmeldung.	
Militairdienstpflicht, derjenigen Mannschaften, die auf Preuss. Schiffen nach andern Welttheilen segeln . . . . .	<u>9</u>
— derjenigen Schiffsmannschaften, welche das mittelländische Meer befahren . . . . .	<u>133</u>
Militairpflichtige, Aufruf an nicht erschienene . . . . .	<u>51</u>
— s. Ersatzmannschaften.	
— s. Verheirathung.	
v. Minnigerode, ist Reg. Aufcultator . . . . .	<u>92</u>
Mitglieder, s. Gewerbescheine.	
Mizschke, ist Schulmeister und Raster zu Theissen . . . . .	<u>199</u>
Möbbs, ist Oberl. Ger. Referendar . . . . .	<u>204</u>
Mohr, ist Schulmeister und Raster in Abberode . . . . .	<u>148</u>
Moritz, Justiz-Commissarius, ist Notar Mühlenanlagen, s. Concessionen.	<u>272</u>
Müller, ist Schulmeister und Raster zu Langennaundorf . . . . .	<u>8</u>
— ist Oberl. Ger. Rassenbote . . . . .	<u>95</u>
— ist Diaconus in Schlieben . . . . .	<u>148</u>
— ist Schullehrer in Kleindröben . . . . .	<u>148</u>
— ist erster Lehrer an der Mädchenschule zu Herzberg . . . . .	<u>148</u>
Münzen, s. Falsche Münzen.	
Musik-Institut, das, zu Berlin . . . . .	<u>190</u>
Musikmachen, das, innerhalb eines Umfreises von 2 Meilen . . . . .	<u>264</u>

**N.**

Seite

Nachgebote, bei Licitationen, deren Ungültigkeit . . . . .	202
Nebenzollamt, das zu Esserwerda, hat die Befugniß zur Begleitschein-Ausfertigung auf mehrere Hauptämter erhalten . . . . .	143
Nedde, ist Organist, Mädchenlehrer und Glöckner zu Wiehe . . . . .	8
Neumärkische Interimsscheine, f. Zins-Coupons . . . . .	
Neumann, ist Schulmeister und Küster zu Meinenew . . . . .	199
Niemeyer, ist Stellvertreter des Dr. Medel als Censor für die in Halle erscheinenden medicinischen Schriften . . . . .	163
Nieschke, ist Schulmstr. in Gräfendorf . . . . .	148
Niewandt, Justiz-Commissarius, ist Notar . . . . .	272
Nischke, ist Schulmstr. in Prieskählich . . . . .	199
Nörner, ist Kammergerichts-Assessor . . . . .	204
v. Noßitz, ist Oberlandesgerichts-Auscultator . . . . .	163
Notificatorien, f. Stempel . . . . .	

**O.**

Ober-Examinations-Commission, die, zur Prüfung promovirter Aerzte, Wundärzte u. in Magdeburg errichtete . . . . .	181
Oemler, ist Kreisrath für d. Mannsfelder Gebirgskreis . . . . .	144
Oesterreich, ist Reg. Conducteur . . . . .	95
Okulten-Händler, die wegen des polizeiwidrigen Herumtreibens derselben erlassenen Verfügung wird in Erinnerung gebracht . . . . .	195
v. Doppel, ist Oberl. Ger. Referendar . . . . .	162
Ortschroniken, die Anlage derselben . . . . .	10
v. Otterstedt, ist Reg. Auscultator . . . . .	130
Ottlie, ist Schulmeister in Liederstedt . . . . .	148

**P.**

Seite

Pässe, die an Freischneide zu ertheilenden . . . . .	77
— Visirung derselben, nach und durch Baiern . . . . .	222
— f. Ausgangspässe . . . . .	2
Pasertheilung, nach einem bestimmten Orte . . . . .	145
Papiere, die Anwendung des Gesetzes vom 17. Juni d. J. (Gesetzsammlung Seite 75) über Ausstellung von Papieren auf jeden Inhaber . . . . .	253
Parreidt, ist Superintendent zu Gerbstadt . . . . .	252, 272
Patent-Bekanntmachung, für den Papierfabrikant Kesperlein zu Grödlwitz . . . . .	15
— für den Kaufmann Schneider in Berlin . . . . .	24
— für den Geheimen Postrath Pistor zu Berlin . . . . .	64
— für den Candidaten Rindt . . . . .	79
— für den Metallweber und Papierformen-Fabrikanten Rufferath . . . . .	95
— für den pensionirten Kammergerichts-Registrator Steindorff in Berlin . . . . .	76
— für den Seilermeister Hedel zu St. Johann-Saarbrücken . . . . .	107
— für den Kaufmann Accum in Berlin . . . . .	130
— für den Lithographen Vogel zu Frankfurt a. M. . . . .	130
— für den Grundbesitzer Jacob van Romyn zu Brien . . . . .	143
— für den Hof-Hut-Fabrikanten Heinrich Reiff zu Aachen . . . . .	143
— für den Maschinenbauer Regulier Poncellet zu Aachen . . . . .	161
— für die Handlung Hoffmann und Barandon zu Stettin . . . . .	162
— für den Advocat-Anwalt Reuß zu Aachen . . . . .	171
— für Dr. Struve und Hofrath Solzmann . . . . .	171
— für den Uhrmacher Grawert zu Halberstadt . . . . .	180

N.	Seite	N.	Seite
Patent-Bekanntmachung, für die		Pläne, Einreichung derselben bei Bau-	
Mechaniker Gebrüder Müller zu Berlin	187	ten auf dem Lande . . . . .	257
— für H. E. Mefm in Berlin . . . .	187	Plumpbrunnen, s. Sink.	
— für die Handlung Webe und Klam-		Pösch, ist erster Baccalaureus an der	
roth zu Halberstadt . . . . .	224	Knabenschule zu Weiskensfeld . . . .	89
— für den Fabrikanten Moritz Weiz in		Polizei, die Ausbildung derselben durch	
Berlin . . . . .	224	die Gutsherren . . . . .	264
— für den Hofrath und Geheimen Re-		Polizei-Contraventionsachen,	
gistrator Vogel in Berlin . . . . .	224	s. Verfahren.	
— für Heinrich Wihorn zu Grevenbroich		Polizeikassen, s. Denuncianten-An-	
— für den Kupferschmiedemeister Carl		theile.	
Hedemann . . . . .	236	Polnische Insurgenten, die Rück-	
— für den Gewerbarbeiter Siebel zu		lehr der nach Frankreich geflüchteten .	93
Niederndorf . . . . .	246	v. Ponickau, ist Reg. Referendar . .	232
— für den Papier-Fabrikanten Dechel-		Porto, s. Briefe.	
häuser zu Siegen . . . . .	252	Portofreiheit, für die Versendung	
— für den Zögling des Gewerbe-Insti-		der Grundsteuer aus Gemeinen-Kassen	
tuts Carl Wopnier zu Berlin . . . .	252	an Staats-Kassen . . . . .	241
— für die Gebr. Wisniewsky zu Danzig		Poyda, ist Pfarrer in Görschen . . .	199
— für den Mechanikus Egells zu Berlin		Pränumeration, auf lithographirte	
— für den Mechanikus Pfister zu Berlin		Karten, von sämmtlichen landrätlichen	
Patrimonial-Gerichte, s. Reise-		Kreisen der Provinz Brandenburg .	42
kosten.		Predigtamts-Candidaten, siehe	
Patrimonial-Landgerichte, Er-		Wahlsfähigkeits-Atteste.	
richtung einiger . . . . .	27	Preis, s. schwarzes Salz.	
Pekolt, ist Gerichtsamts-Actuar . .	236	Preßgesetz, s. Bundes-Preßgesetz.	
Pernice, Dr., ist Censor der in Halle		Prillwitz, ist Amtsrath . . . . .	246
erscheinenden philosophischen, mathe-		Privilegium, für den Maler Gebauer	
matischen und philologischen Schriften		zur ausschließlichen Herausgabe eines	
Peters, Oberl. Gerichts-Referendar .	144	Bildnisses Ihrer Majestät der Hoch-	
Pferdezuucht, s. Wettrennen.		fel. Königin, Gemahlin Sr. Majestät	33
Pflegebefohlene, Einderufung der-		Proceßlisten und Bevölkerungs-	
jenigen, welche sich auf fremden Uni-		Nachweisungen, die Einsendung	
versitäten befinden . . . . .	159	derselben . . . . .	267
Pfortenhauer, ist Oberlandesgerichts-		Proceß-Tabellen, die Trennung der	
Referendar . . . . .	204	darin aufzunehmenden summarischen	
Pflughaupt, ist im hiesigen Regie-		und Bagatell-Proceße . . . . .	215
rungs-Bezirk als Bau-Conducteur		Protocollführer, dessen Zuziehung	
aufgenommen . . . . .	172	bei Patrimonial-Gerichten zu Ber-	
Pinder, Oberl. Ger. Assessor, ist aus		handlungen des Mandats- u. Proceßes	207
dem Justizdienste geschieden . . .	130	Prüfung, der Bauhandwerker . . .	46



R.	Seite
Prüfung, der Archisten . . . . .	102
— der Freiwilligen zum einjährigen Militairdienst . . . . .	10, 126
— s. Geldmesser.	
Pulvertransporte, s. Schießpulvertransporte.	
v. Puttkammer, Oberl. Ger. Aufsehtator, dessen Entlassung . . . . .	144

Q.	
Quittungen, aber die im 2. Quartale eingezahlten Capitalien für veräußerte Domainen- und Forst-Grundstücke . . . . .	223
— Formulare zu den Interims-Quittungen über Domainen- und Forst-Veräußerungsgelder . . . . .	228
— über Domainen-Veräußerungs- und Ablösungsgelder . . . . .	215

R.	
Rabatt, bei Arzneirechnungen . . . . .	73
Rabe, ist Oberamtmann . . . . .	100
Ranke, ist landwirthschaftlicher Taxator — Kreis-Justiz- und Deconomie-Commissarius, ist nach Aischersleben versetzt . . . . .	88 107 144
Regulirung, der während der Westphälischen Zwischen-Regierung entstandenen Verhältnisse zwischen den Domainen und Gemeinen in den zur Provinz Sachsen gehörigen, ehemals Westphälischen Landestheilen . . . . .	110
Reichelt, ist Schulmeister und Küster zu Muschwitz . . . . .	199
Reincke, ist Gerichtsamtssbote . . . . .	236
v. Reinhardt, ist Oberlandesgerichts-Aufsehtator . . . . .	144
Reinsdorf, ist Oberamtmann . . . . .	100
Reisekosten, für Patrimonialrichter, Reisen, s. Legitimation.	
Reisende, s. Cholera.	

R.	Seite
wenn sie auf Ansuchen der Gerichts-eingesessenen an Sonn- und Festtagen Geschäfte verrichten . . . . .	141
Remonte = Ankauf = Märkte, die Abhaltung derselben . . . . .	76
Rentamt, s. Liebenwerda.	
Richter, ist Rathscheitz zu Großforst — 8	
Riemann, ist Landgerichtsath . . . . .	236
Riemer, Justiz-Commissarius, ist zugleich zum Notar ernannt . . . . .	168
Rink, Forstmeister, hat seinen Wohnsitz von Edlichau nach Dommisch verlegt . . . . .	15
Rinkleben, ist Gerichtsamtss-Notar . . . . .	13
Rinkleben, Justiz-Commissarius, ist zugleich zum Notar ernannt . . . . .	162
Rittler, ist Oberl. Ger. Aufsehtator . . . . .	144
v. Rode, ist Regierungs-Assessor . . . . .	272
Röser, ist Oberl. Ger. Aufsehtator . . . . .	247
Rosla, s. Unteramtmann.	
Rothmann, ist Pfarrer zu Naussig im Thal . . . . .	7
Ruperti, ist Justiz-Commissarius . . . . .	192

S.	
Salzabhebung, die rückständige . . . . .	222
Salzmann, ist Schulsubst. zu Griesstädt . . . . .	199
Sandgruben, s. Lehm- u. Sandgruben.	
Sanitäts-Berichte, Belobung wegen des regen Eifers bei Bearbeitung derselben u. . . . .	221
Schäfer, Unterrichtsanstalt, die zu Frankenselde . . . . .	17
Schaller, ist Schulmeister zu Trebnitz . . . . .	8
Schankwirthschaften, die Verpachtung derselben . . . . .	25
Schede, Aufsehtator, ist vom Stadtgericht zu Berlin zum Landgericht in Halle versetzt . . . . .	79, 204
— Oberlandesgerichts-Aufsehtator, dessen Versetzung nach Harberstadt . . . . .	236
Schießpulver-Transporte, Ver-	

G.	Seite	G.	Seite
vollständigung der nachträglichen Bestimmungen über das Versenden des Schießpulvers . . . . .	45	Warbein, Münzrath Loos zu Berlin unter dem Titel „die Kunst falsche Münzen zu erkennen“, herausgegeben, wird den Kassenbeamten zur Nachachtung empfohlen . . . . .	117
Schiff, ist Subdiaconus an der Ulrichskirche in Halle . . . . .	147	Schriften, die Debits-Erlaubniß außerhalb des deutschen Bundes erschienen . . . . .	101, 227, 237, 255, 269
Schiffer, s. Gewerbeschine.		Schröder, Pfarrer zu Hohenmölsen, ist gestorben . . . . .	95
Schiffergewerbe, die An- und Abmelbung desselben bei der Gewerbesteuer	133	Schröder, ist Diaconus in Zahna . . . . .	7
Schiffsleute, s. Urtheilssprüche.		— ist Gerichtsamts-Actuar . . . . .	236
Schiffsmannschaften, s. Militairdienstpflicht.		Schubert, ist Schulmeister und Küster in Wiederau . . . . .	148
Schiffsschleuse, die Sperrung der Vernburger . . . . .	133	Schärer, Dr., ist Pfarrer in Hohenlohe	199
— beögl. der Bölsberger . . . . .	156	Schulamts-Candidaten, sollen ihren Wohnort und ihre Beschäftigung ungesäumt anzeigen . . . . .	103
— beögl. der zu Jöddenbach . . . . .	177	Schullehrer-Seminar, die Bedingungen zur Aufnahme in dasselbe, werden mit Bezugnahme auf die unterm 5. März 1829 erlassene Bekanntmachung in Erinnerung gebracht . . . . .	78
Schimpf, Pastor zu Heldraugen, ist gestorben . . . . .	144	Schullehrer-Witwen- und Waisen-Pensions-Anstalt, Zustand der Verwaltung derselben pro 1832 . . . . .	90
Schirlich, ist Kreis-Thierarzt . . . . .	172	Schulz, Regierungsrath, ist Mitglied bei dem zu Magdeburg bestehenden Revisions-Collegio, für den Bezirk der Königl. General-Commission zur Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse . . . . .	203
Schlemm, ist Justiz-Commissionsrath	93	Schulze, ist Pfarrer zu St. Ulrich . . . . .	7
Schmedel, Dr., ist Collaborator an der hiesigen Domschule . . . . .	107	Schuster, ist Gerichtsamtsbote . . . . .	247
Schmidt, ist Pastor zu Schmiedeberg	7	Schwarz, ist Oberl. Ger. Aufscultator — Oberlandesgerichts-Aufscultator, ist nach Eretin versetzt . . . . .	247
— ist Schullehrer in Hergisdorf . . . . .	59	Schwarzes Salz, Preis desselben . . . . .	168
— emeritirter Pfarrer zu Reideburg, ist gestorben . . . . .	68	Graf v. Sedendorf, ist Oberlandesgerichts-Referendar . . . . .	79
— ist Oberamtmann . . . . .	100	Seeburg, ist Oberl. Ger. Referendar	236
— Dr., ist Goudirector der Frankeschen Stiftungen . . . . .	131		
— Ill., ist Oberlandesger. Referendar . . . . .	204		
— Justiz-Commiff., ist zum Notar ernannt	215		
Schnabel, Justiz-Commiffar, dessen Veretzung von Eilenburg nach Freiburg	215		
Schneider, ist Oberl. Ger. Aufscultator	163		
Schönbberger, ist Schulmeister und Küster in Braunsdorf . . . . .	148		
Schönherr, ist Pfarrer in Hohenpriesnig	7		
Schönhoff, ist Gefangenwärter bei der Inquisitionats-Deputation zu Schleusingen . . . . .	247		
Schreyer, ist Oberl. Ger. Aufscultator	163		
Schrist, die von dem General-Münz-			



S.	Seite	S.	Seite
Seehandlungs-Prämienſcheine, die bei der erſten Ziehung derſelben ausgelooſeten Nummern . . . . .	240	Stadtverordnete Stellvertre- ter, Einberufung derſelben . . . . .	214
Seefiſch, iſt Archidiaconus an der Stadtkirche zu Wittenberg . . . . .	7	Städtiſche Verwaltungs-Etat, Einſendung beglaubigter Abſchriften der dieſjähri- . . . . .	25
Seefalz, die Einführung derſelben . . . . .	143	Städtiſche Unterbeamten, ſ. In- validen.	
Seffner, iſt Oberl. Ger. Anſcultator . . . . .	163	Stahl, Garniſon-Verwaltungs-Ober- Inspector, iſt in gleicher Eigenschaft nach Erfart verſetzt . . . . .	246
Selbſtherr, Oberlandesgerichts-Vice- Präſident, iſt Director bei dem zu Magdeburg beſtehenden Reviſions-Col- legio für den Bezirk der Königl. Ge- neral-Commiſſion zur Regulirung der gütsherrlicher und bäuerlichen Ver- hältniſſe . . . . .	203	Starke, M., Superintendent zu De- liſch, iſt geſtorben . . . . .	215
Seyffert, iſt Paſtor in Saathayn . . . . .	7	Staudtmeiſter, Pfarrer zu Benn- ſtedt iſt geſtorben . . . . .	144
Seyffert, iſt Oberl. Ger. Referendar . . . . .	162	Stecher, iſt Oberl. Ger. Referendar . . . . .	204
Sidel, ſ. Cenſoren.		Steinemann, iſt Gerichtsamtſbote . . . . .	247
Siedel, iſt Pfarrer zu Belleben . . . . .	7	Stelger, iſt Kammergerichts-Aſſeſſor . . . . .	247
Siegismund, iſt Rector an der Stadt- ſchule in Belgern . . . . .	59	Stempel, zu Klagen, Zahlungsbeſe- len und Notiſicatorien . . . . .	244
Signalements, ſ. Gewerbeſcheine.		— Reſtitution der nach erfolgter vorläu- figer Verifikation der Stempel-Nieder- ſchlagungsliſten nachträglich monirten Beträge . . . . .	258
Simon, ſ. Beſtrafung.		Stempelfreiheit, in Gemeinheits- Theilungs- und Ablösungs-Verhand- lungen . . . . .	229
— iſt Geſchäftsgehilfe . . . . .	272	Stempelpflichtigkeit, der kirchli- chen Aſtreſſe . . . . .	31
Sinz, iſt Gerichtsamtſ-Actuar . . . . .	144	Stempelſtraf-Reſolnte, ſ. Com- petenz-Bestimmungen.	
Soullier, iſt Amtsrath . . . . .	246	Sterbekaffen, die deſhalb zu ma- chenden Anzeigen . . . . .	235
Sperrung, ſ. Schiffschleuſe.		Stern, iſt Oberl. Ger. Anſcultator . . . . .	130
Sporeln, die Erhebung derſelben von den Rentämtern iſt unterſagt . . . . .	12	Steuer-Credit-Kaſſen-Scheine, Aufgebot verloren gegangener . . . . .	13, 27, 32, 53, 105, 186
— dürfen bei Gewerbeſteuer-Contraven- tionen von den Aufnahmehöörden nicht liquidirt werden . . . . .	23	— die bei der 23. und 24. Verloosung gezogenen Nummern . . . . .	89, 213
Staats-Papiere, Nachweiſung der als mortificirt nachgewieſenen . . . . .	49	Steuer-Contraventionsſachen, ſ. Erkenntniſſe	
Staatsſchuldſcheine, Aufgebot ver- loren gegangener . . . . .	62, 211	Stich, iſt Diaconus in Seyda . . . . .	145
Staatsſchuld-Verſchreibungen, die gerichtliche Niederlegung der im Jahre 1832 für den Amortisationsfonds eingelöſeten . . . . .	185		
Stadtverordnete, der dieſjähri- ge Wechſel derſelben . . . . .	210		

<b>C.</b>	<b>Seite</b>	<b>L.</b>	<b>Seite</b>
Stipendien, Aufforderung wegen des Empfanges einiger Familienstipendien	179	Trinkanstalt des Dr. Struve in Rauh- sädte, für die diesjährige Badezeit	83
Stock, ist Garnison-Verwaltungs-Ins- pector zu Torgau . . . . .	246	v. Trotha, ist Regierungs-Referendar	35
Strafanstalt, der Zustand der Lich- tenburg pro 1832 . . . . .	138	<b>U.</b>	
Strafbestimmungen, Anwendung der des Schauffee-Tarifs auf dem Bel- lauer Straßenbamm . . . . .	72	Uhren, das Stellen der öffentlichen, nach den Postnormaluhren . . . . .	67
Studenten, s. Legitimationen.		Ulrich, ist Schulmeister in Quenstedt	59
Subscription, auf die von H. Ge- bauer herauszugebenden Bilder . . .	29	Umlauf, Pfarrer zu Henstedt, ist gestorben	28
<b>T.</b>		Untergerichte, die Erweiterung der Competenz derselben, bei Erkenntnissen erster Instanz gegen Richterimire . .	103
Tabak, Anmeldung der damit bepflan- ten Grundstücke . . . . .	146	Untersteueramt, das zu Kopsla ist aufgehoben . . . . .	129
Tarif, für die Rahmüberfahrt bei Pouch	117	Untersuchungen, s. Competenz.	
Taxationen, s. Verfahren.		Urtheilssprüche, gegen die auf See- reisen begriffenen Schiffsfleute, sollen den Erfab- und Landwehr- Behörden mitgetheilt werden . . . . .	19, 103
Teichner, ist Schulmeister zu Eylde .	7	<b>V.</b>	
Testaments-Aufnahmen, s. Com- missions-Gebühren.		Vaccinations-Risten, die künftige Einrichtung derselben . . . . .	155
Teuditz-Röbbschauer Obligatio- nen, die bei Verloosung derselben herausgekommenen Nummern . . .	124, 231	— die genaue Führung derselben . . .	165
Thiele, Oberl. Ger. Auscultator, ist von dem Land- und Stadtgericht zu Halberstadt zum Landgericht in Halle versetzt . . . . .	130	Vagabunden, s. Verbrecher.	
Thierknochen, das Ausgraben derselben	227	Vath, ist Gefangenwärter beim Inqui- sitoriat zu Halle . . . . .	204
Thilo, Justiz-Commissar, dessen Ent- lassung . . . . .	35	Velthusen, ist Oberl. Ger. Referendar	236
Toppf, Oberl. Ger. Referendar, dessen Entlassung aus dem Justizdienste . .	236	Verbrecher und Vagabunden, die im Jahre 1832 durch die Gensd'arme- rie aufgegriffenen . . . . .	26
Torgau, s. Vereinigung.		— s. Bestrafung.	
Träber, ist Diaconus in Mühlberg .	148	Vereinigung, des Gerichtsamts Tor- gau mit dem dortigen Landgericht . .	161
Transferirungen, auf Capitalien des General-Depositoriums . . . . .	178	Verfahren, bei geistlichen Banten, die deshalb erlassenen Bestimmungen wer- den wiederholt in Erinnerung ge- bracht . . . . .	11
Transporte, in das Gebiet der freien Stadt Krakau . . . . .	189	— in Fällen, in welchen Gemeinden oder ganze Klassen derselben, ein Nittergut zu erwerben beabsichtigen . . . . .	21
Traunung, s. Heiraths-Consens.			
Treiber, s. Gewerbescheine.			

B.	Seite
Verfahren, beiden auf <u>Interlassungen</u> zu richtenden Executionen . . . . .	43
— das der Gerichtsämter, bei den in Vor- mundschaftssachen vorkommenden La- rationen . . . . .	156
— in Polizei-Contraventions-Sachen .	197
Verheirathung, die, militairpflich- tiger Personen . . . . .	235
Verifications-Bureau zu Hesse- dam ist aufgehoben . . . . .	51
Verwaltungs-Angelegenheiten, f. Allgemeines Landrecht.	
Verwaltungs-Etats, Einfindung der städtischen für das Jahr 1834 . .	209
Diebig, Oberpfarrer zu Wahrenbrad, ist gestorben . . . . .	20
Viehändler, f. Gewerbeschäne.	
Viehtransporte, f. Cholera.	
Willers, Graf v., ist Regierungs-Re- ferendar . . . . .	232
Wig, ist Oberl. Ger. Referendar . . .	203
Voigt, ist Schullehrer und Organisten- Substitut zu Schraplau . . . . .	8
Volland, ist Oberl. Ger. Referendar .	144
Vormünder, f. Pflegebefohlene.	
Vormundschaft, f. Einigung.	
Vormundschaften, die von Seiten der Geistlichen hierzu einzuholende Ge- nehmigung . . . . .	210
Vorspann: <u>n. Vorspann-Regu- lative</u> gelber, Befreiung der Aerzte davon . . . . .	121
Vorspannpferde, f. Chauffagegeld- Erhebung.	

## B.

Waarentransporte, f. Cholera.	
Wachsmuth, ist Notar . . . . .	131
Wagenspur, Einführung eisernegleichen	193
— Modification des Gesetzes, wegen Ein- führung derselben . . . . .	226

B.	Seite
Wahlfähigkeits-Atteste, die an Predigamt's-Candidaten ertheilt .	131
163, 246.	
Wahlfähigkeitsprüfung, die dies- jährige im Schullehrer-Seminar zu Weissenfels . . . . .	87
Wahlfähigkeitsprüfungen, Re- sultate der diesjährigen . . . . .	182
Wal mann, Oberlandesgerichts-Re- ferendar, ist nach Halberstadt versetzt	144
Walther, Pfarrer zu Wörl, ist gestorben	68
— Pastor und Adjunctus zu Mäbelen, ist gestorben . . . . .	162
Wanderbücher, die den, in den Deut- schischen Staaten wandernden Hand- werksgesellen auszustellen . . . . .	30
Wandern, f. Gewerbezuhilfen.	
Wander-Regulativ, ist in der Buch- druckerlei von Kobitzsch zu haben . .	140
— Kosten für dasselbe . . . . .	190
Weber, Dr. und Professor, ist Censor der in Halle erscheinenden theologischen Schriften . . . . .	246
Wegearmeikerstelle, eine neu ge- bildete . . . . .	140
Wehrhan, ist Justiz-Commissar . . .	180
Weidlich, ist Oberl. Ger. Referendar	236
Weineffig, f. Effig.	
Weinmoss-Gewinn, die Anmeldeung des diesjährigen . . . . .	210
v. Weissenborn, ist Kreis-Justizrath in Erfurt, und die zu seinem Geschäftsk- reise gehörenden Angelegenheiten .	242
Wellauner Straßendamm, siehe Strafbestimmungen.	
Wendt, ist Gerichtsamt's-Actuar . . .	35
Werner, ist Oberl. Ger. Referendar .	204
Werther, Oberlandesgerichts-Auscul- tator, ist nach Münster versetzt . . .	15
v. Werthern III., ist Kammer-Ge- richts-Inspector . . . . .	144

<b>B.</b>	<b>Seite</b>	<b>3.</b>	<b>Seite</b>
v. Berthern, ist Oberlandesgerichts-		Zahlungsbesetze, s. Stempel.	
Auskultator . . . . .	144	Zeitschrift, die seine, Verbot derselben	182
v. Besiphalen, ist Oberlandesgerichts-		Zerener, s. Enforen.	
Affessor . . . . .	95	Ziegert, ist Oerl. Ger. Auscultator . . .	15
— Oberlandesgerichts-Affessor, ist zum		Ziegler, ist Parrer zu Westa . . .	59
Landgericht in Trier versetzt . . .	130	Zink, die schädliche Anwendung dessel-	
Bettrennen, das bei Preßsch an der		ben, bei Pumpbrunnen . . . . .	249
Elbe . . . . .	74	Zins-Compens, Verabreichung neuer,	
Wiedemann, Oberl. Ger. Referendar,		zu den Domainen-Pfandbriefen . . .	186
dessen Entlassung aus dem Justizdienste	247	— die Tilgung der alten Kur- und Neu-	
Wiegner, ist Landrentmeister bei der		märkschen, vor und bis zum 1. Mai	
hiesigen Regierungs-Hauptkasse . . .	172	und 1. Jul 1818 . . . . .	235
Wilberg, ist Oberlandes-Gerichts-Re-		— die Verabreichung neuer, zu den Neu-	
ferendar . . . . .	204	märkschen Interimsscheinen . . . .	255
Winkler, ist Oberlandes-Gerichts-Au-		Zinsen und Dienste, die als Parti-	
kultator . . . . .	163	nenzien eines Lehn im Sächsischen	
Winger, ist Superintendent . . . . .	203	oder Wemarischen gehören . . . .	266
Wislicenus, ist Pfarrer zu Bedra . . .	59	Zögling, s. Gewerbe-Institut.	
Wittig, Pfarrer zu Obhausen-Petri,		Zülzdorf, ist Landgerichtsbote . . .	35
ist gestorben . . . . .	95	Zürker, Pfarrer, ist gestorben . . .	15
Wittwens-Pensionen, s. Gold-Argio.		Zwangsrechte, s. Contraventionen.	









